

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Juli/Aug. 1987

18. Jg., 7

5,- DM

EL SALVADOR



DUARTE UNTER DRUCK

Inhalt

Kommentar Die Bonner Namibia-Sabotage	3
El Salvador Duartes Basis zerbröckelt Solidarität mit der FMLN/FDR Verhandlungsvorschlag der FMLN/FDR	4 5 6
Nicaragua „Hier gibt keiner auf!“	8
Naher Osten Grundpositionen zu einer internationalen Nahostkonferenz	10
Westsahara Wiederauflammen des Westsaharakriegs	16
Sri Lanka Feldzug gegen die Tamilen	19
Fidschi Rabukas „Vorbeuge“-Putsch	21
FRONTSTAATEN DES SÜDLICHEN AFRIKA	23
Philippinen Neue Elite – alte Politik	59
Indonesien Die „Neue Ordnung“ bleibt intakt	62
Sowjetunion und Dritte Welt Die Fehler der Nationalitätenpolitik überwinden Lehren der Unruhen von Alma Ata	65 66
Solidaritätsbewegung Bankenaktionstage '87	67
Weltwirtschaft Verschuldungskrise – Konjunktur der Verelendung II. BUKO im Zeichen der Verschuldungskrise Fuldaer Erklärung des BUKO	68 71 72
Kultur Interview mit dem nicaraguanischen Liedermacher Luis Enrique Mejia-Godoy	73
Rezension Kriege im Frieden	75
Lesermeinungen	76
BRD-Infodienst: Buchtip zur Türkei, Nicaragua-Plakat, IAF-Protest gegen AIDS-Erlass, Archäologen-Kongreß, Arias in Bonn, Schulpartnerschaften mit Nicaragua	77
Kurzinformationen: Weltwirtschaft, Libanon, Persischer Golf, Südkorea, Kampuchea, Nicaragua, Peru, Argentinien	78



El Salvador

S.4

El Salvadors christdemokratischer Präsident Duarte verliert rapide an Boden. Die Ultrarechte macht gegen seine Regierung mobil. Die Befreiungskräfte der FMLN/FDR sind wieder auf dem Vormarsch. Wir dokumentieren ihren jüngsten Verhandlungsvorschlag für eine politische Lösung. Und wir beleuchten die Hintergründe der Kräfteverschiebung.

Naher Osten

S.10

Das Vorhaben einer internationalen Nahostkonferenz ist neuerdings wieder ins Gespräch gekommen. Der Vereinigungsnationalrat der PLO vom April d.J. hat den diplomatischen Aktivitäten weiteren Auftrieb gegeben. Doch gehen die Auffassungen über eine solche Konferenz, wie Leila Burhani zeigt, weit auseinander.

Frontstaaten im Süden Afrikas

S.23

Südafrikas Apartheidregime setzt weiter auf die Destabilisierung der Frontstaaten im Süden Afrikas. Überfälle und wirtschaftliche Pressionen auf sie gehören zum Alltag. Ihr Aufbau einer Gegenmacht und ihr Rückhalt für die Befreiungskämpfer von ANC und SWAPO sollen zunichte gemacht werden. Wir beleuchten die vereinte Gegenwehr der Frontstaaten. Und wir stellen Angola, Mosambik, Simbabwe und Sambia vor.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulf

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. Arndt, L. Burhani, C. Canöz, H. Czapek, H. Denk, I. el-Masry, M. Fey, V. Klose, D. Knabe, R. Meyer, C. Pauli, R. Radke, G. Schmidt-Bollmann, U. Sperling

Redaktionsschluß: 11. Juni 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: GEB, atom, Mittelamerika Magazin, Blätter des iz3w, BdWi, Fischer Taschenbuch Verlag, Wechselwirkung

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: AIB-Archiv, N. Biver, NBI, New African, Third World, AfricAsia, SWAPO, AIM, USN&WR, IF, Joker, Afrika Bulletin, Radio Venceremos

Kommentar: Die Bonner Namibia-Sabotage



Die bundesdeutsche Politik gegenüber Namibia, das immer noch völkerrechtswidrig von Südafrika besetzt ist, verdient mit der Berufung Hans Kleins zum Chef des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verstärkte Aufmerksamkeit.

Bereits im Jahr 1983 formulierte Dr. Hans Stercken (MdB/CDU) die Eckdaten einer Südafrika-freundlichen Namibiapolitik wie folgt: „Politische und materielle Hilfe für die 'Kräfte des peaceful change' (friedlicher Wandel; d. Red.), damit sie 'in den Augen der Bevölkerung mehr und mehr als die wahren Befreier des Landes erscheinen; eine entschiedene Verurteilung des Friedensstörers ... SWAPO'." (Zit. nach: H. Melber, in: Vereinte Nationen, Nr. 2/1987) Hans Stercken war lange Jahre Vorsitzender der Deutschen Afrika-Stiftung (DAS), Hans Klein neben Eugen Gerstenmaier ihr stellvertretender Vorsitzender. Die DAS gehört zum Netzwerk der Propagandaorganisationen im Interesse des Apartheidregimes.

Entwicklungshelfer der Apartheid

„Friedliche Kräfte“ in Namibia, das sind nach Meinung dieser außen- und entwicklungspolitisch maßgeblichen Politiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Interimsregierung der Mehrparteienkonferenz, d.h. korrupte lokale und regionale Autoritäten, die im Interesse Südafrikas und der transnationalen Konzerne die weitere Ausbeutung Namibias sichern sollen.

Praktische Konsequenz soll die Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit an Namibia sein, die darauf abgestellt ist, eine neokoloniale Lösung für Namibia zu finden.

Für diesen Zweck wurden schon in der vergangenen Legislaturperiode Gelder zur Verfügung gestellt, die über private Entwicklungshilfeorganisationen nach Namibia geschafft wurden. Diese Politik hilft verhindern, daß die Resolution 435 des Weltsicherheitsrates von 1978 in Namibia Wirklichkeit wird.

Diese kam zustande auf Initiative der sog. Kontaktgruppe, in der die USA, die BRD, Großbritannien, Frankreich und Kanada arbeiteten. Die Resolution fordert freie Wahlen unter Kontrolle der UNO und Abzug der südafrikanischen Besatzungstruppen aus Namibia. Dies — so behauptete schließlich die Regierung Reagan — sei aber erst möglich, nachdem die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen seien.

Südafrika, das mit Scheinreformen und der Einsetzung von diversen Marionettenregierungen in Namibia einen Ausweg ohne die Erfüllung der Resolution 435 suchte und sucht, fand bei den Mitgliedern der Kontaktgruppe volles Verständnis. Neu ist lediglich die ungeschminkte Unterstützung seitens zuständiger Minister der Bundesrepublik.

Dabei verfahren BMZ und Bundesaußenministerium arbeitsteilig. Außenminister Genscher bleibt bei seiner Position, daß in Namibia die UNO-Lösung anzustreben sei, während Hans Klein die praktische Hilfe für Südafrikas Strategie, diese zu unterlaufen, vorantreibt.

Stimmungsmache gegen die SWAPO

Unter dem Vorsitz dieser beiden Minister wurde Anfang d.J. eine Kommission eingesetzt, die die Richtlinien der weiteren Namibiapolitik der Bundesregierung erarbeiten soll. Arbeitsergebnisse legte die Kommission bisher nicht vor; zu erwarten ist eine gefestigte Position der Apartheid-Freunde.

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) unterstrich inzwischen, daß sie auch Entwicklungshilfeprojekte, die mit ausländischer Hilfe arbeiten, nicht mehr von ihren Aktionen ausnehmen könne. Diese seien eindeutiger Bestandteil der südafrikanischen Befreiungsstrategie und von daher gegen den Unabhängigkeitswillen des namibischen Volkes gerichtet.

Diese Äußerung der SWAPO stieß — wie nicht anders zu erwarten — auf die empörte Kritik bundesdeutscher Politiker und Medien.

Die größte Schwierigkeit, auf die Südafrika und seine Verbündeten mit ihrer Strategie stoßen, ist die allgemeine Anerkennung der SWAPO inner- und außerhalb Namibias. Kein ernsthafter Beobachter, sei er nun Freund oder Feind der Befreiungsbewegung, stellt in Abrede, daß bei freien Wahlen eine SWAPO-Regierung in Windhuk einziehen würde. In Namibia verfolgen die Sicherheitsapparate daher eine harte Linie gegen SWAPO-Funktionäre und -Anhänger.

Auf der internationalen Ebene wird mit Hilfe einer Diffamierungskampagne versucht, der SWAPO Anerkennung und Unterstützung zu entziehen.

Angeleiert von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die gemeinsam mit einem dubiosen Elternkomitee aus Namibia der SWAPO Menschenrechtsverletzungen in den Flüchtlingslagern für Namibianer vorwirft, nahmen auch CDU-Parlamentarier die Vorwürfe begierig auf.

Die Bundesregierung jedoch mußte — mit Bedauern? — feststellen, daß ihr keine Beweise für die Wahrheit dieser Vorwürfe vorlägen.

Kontakte zum Besatzerregime abbrechen!

Auf einem von der Anti-Apartheid-Bewegung gemeinsam mit dem UNO-Rat für Namibia Ende April d.J. in Bonn durchgeführten Namibia-Workshop verabschiedeten die Teilnehmer ein Aktionsprogramm (siehe Wortlaut in diesem Heft), das eine völlig gewendete Namibiapolitik seitens der Bundesregierung fordert.

Umfassende Sanktionen gegen Südafrika müßten den Befreiungskampf auch des namibischen Volkes unterstützen. Konkret zu Namibia forderten sie: Abbruch der Kontakte mit dem illegalen Besatzungsregime in Namibia; keine Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit; Stopp der Mitarbeit führender bundesdeutscher Juristen bei der Ausarbeitung einer Scheinverfassung zugunsten der Interimsregierung.

Ein detaillierter Aktions- und Forderungskatalog bietet genug Anregungen für politische, kirchliche und Solidaritätsorganisationen, sich in der Bundesrepublik mit dem Befreiungskampf des namibischen Volkes zu solidarisieren. Die Rolle der Bundesrepublik, ihrer politisch und wirtschaftlich Mächtigen gehört in das Zentrum dieser Solidarität.

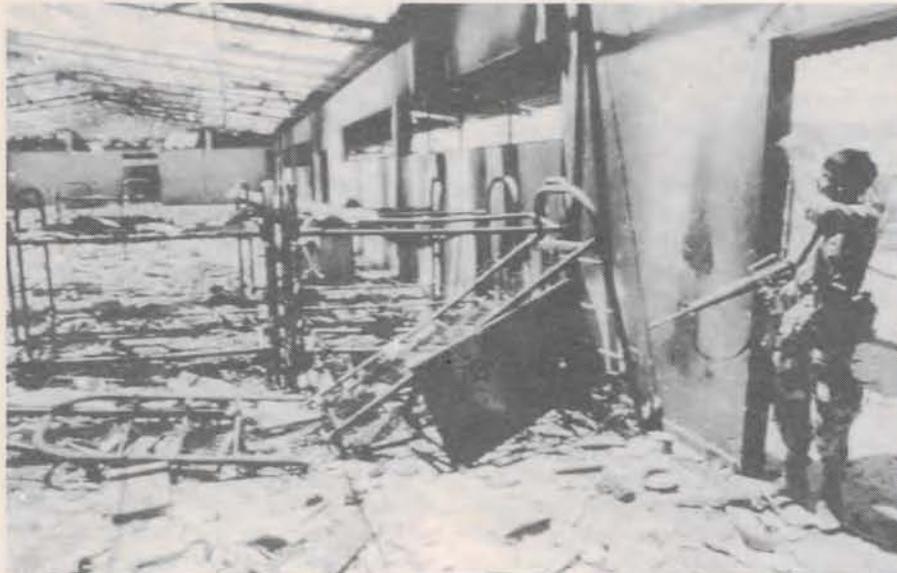
Marianne Kolter

SWAPO-Präsident Sam Nujoma (l.) bei einem Treffen mit Bundesaußenminister Genscher im Jahr 1983



Heidi Czapek

Duartes Basis zerbröckelt



Salvadorianischer Soldat vor den Überresten einer Mannschaftsunterkunft des Armeestützpunktes El Paraiso, der am 31. 3. 1987 von der FMLN angegriffen wurde

Am 31. März d.J. gelang der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) mit dem Angriff auf die Kaserne El Paraiso im Departement Chalatenango (60 km nördlich der Hauptstadt) ihr bisher spektakulärster militärischer Schlag in dem seit sieben Jahren andauernden Bürgerkrieg. Selbst der Generalstabschef der Streitkräfte, Adolfo Blandón, mußte zugeben, daß der Coup auf die als besitzgesicherte Armeebastion des Landes geltende Kaserne „sehr, sehr eindrucksvoll“¹ gewesen sei.

Spätestens mit diesem Handstreich, bei dem nach Armeenangaben ein amerikanischer Militärberater und 72 salvadorianische Soldaten getötet wurden, rief sich die Guerilla all denen wieder in Erinnerung, die den bewaffneten Volkskampf schon fast totgesagt hatten.

Die Aktion strafte auch die Aussage des I. Kommandanten der Kaserne, Oberst Gilberto Rubio, Lügen, der kurz vor dem Angriff behauptet hatte, 40% der Guerilla seien „ausradiert“.² Daß es sich bei der Zerstörung der Kaserne El Paraiso nicht um eine Eintagsfliege handelte, sondern sie Ausdruck der gewachsenen Kampfkraft der FMLN ist, zeigten auch die Aktionen in den folgenden Wochen, darunter ein Angriff auf die Departement-Hauptstadt von Morazan, San Francisco Gotera, am 2. Mai d.J., bei dem die Armee 76 Verluste zu beklagen hatte. Allein in den ersten vier Monaten

d.J. zählte die Armee 2.882 Tote und Verwundete gegenüber 6.151 im gesamten Jahr 1986.

Die FMLN befindet sich seit 1986 auf dem Weg der Konsolidierung. Eine Studie der katholischen Universität der Hauptstadt El Salvador kommt zu dem Schluß, daß die Guerilla trotz „äußerst ungünstiger Umstände“ in den letzten Jahren nicht schwächer, sondern eher stärker und zur schlagkräftigsten Untergrundbewegung der lateinamerikanischen Geschichte geworden sei.³

Ihre Erfolge sind im wesentlichen auf die Anwendung ihrer neuen Strategien und Taktiken zurückzuführen, die teilweise eine Rückkehr zu früheren Guerillakampfmethoden darstellen.

Erfolg durch neue Taktik

Sie zielen vor allem darauf ab, in einem Zermübungskrieg die Wirtschaft weiter zu schädigen, die Regierung dadurch politisch zu schwächen und die US-Wirtschaftshilfe, den einzigen Rettungsring der salvadorianischen Wirtschaft, zu unterlaufen.

Die neue Kriegstaktik besteht aus vier Kernelementen:

- kleinere und dadurch mobilere Kampfeinheiten, die sich – wie im Falle El Paraiso – bei Bedarf wieder zu einer größeren Truppe zusammenfinden können;

- Ausweitung des Konflikts in neue Gebiete, besonders in den Südwesten (siehe Spendenaufruf) und die Städte (mittlerweile operiert die FMLN in allen 14 Provinzen sowie den größten Städten des Landes⁴ ;

- verstärkte Wirtschaftssabotage in Form von Anschlägen auf die exportorientierte Plantagenwirtschaft und das Transport- und Kommunikationsnetz (z.B. rief die FMLN in den ersten fünf Monaten d.J. zu fünf mehrtägigen Verkehrsstilllegungen auf, die den Überlandverkehr zu jeweils 95% lahmlegten);

- Verstärkung der Massenmobilisierung und Wiederaufbau der Volksorganisationen.

Die FMLN reagierte damit auf die 1983 veränderte und von US-Militärberatern entworfene Kriegführung des Konflikts niedriger Intensität (LIC). Diese beinhaltet auf militärischer Ebene die Bildung flexibler und beweglicherer Armeeeinheiten, eine bessere Aufklärung und die Bombardierung der von der FMLN kontrollierten Gebiete.

Im Rahmen dieser Strategie wurde 1986 das Programm „Vereint zum Wiederaufbau“ entworfen.

Herzen und Verstand gewinnen

Dabei wird einerseits die Zivilbevölkerung durch Bombardements aus den Konfliktregionen in von der Regierung kontrollierte „strategische Dörfer“ vertrieben. Andererseits versucht das Militär sein miserables Image aufzumöbeln. Man ist bemüht, „die Herzen und den Verstand“⁵ der ausgebombten Zivilbevölkerung durch anschließende Wiederaufbauprojekte zerstörter Dörfer, politische Propaganda, medizinische und wirtschaftliche Hilfe, zu gewinnen.

Die Ausrüstung des Heeres mit einer starken Luftwaffe, die Aufstockung der US-Wirtschafts- und Militärhilfe (für 1987 ist die Rekordsumme von 770 Mio \$ geplant⁶), die Entsendung weiterer US-Militärberater, die Erhöhung der Mannschaftsstärke der Streitkräfte von 12-14.000 im Jahr 1979 auf derzeit ca. 53.000⁷ sowie zusätzliche Zwangsrekrutierungen in den Städten bildeten die Voraussetzungen dieser doppelgleisigen Kriegsstrategie. Auch die BRD hilft der „guten Sache“: sie hat der salvadoriani-

schen Regierung für 1987 Entwicklungshilfe in Höhe von 148,5 Mio DM zugesagt.⁸

Doch selbst diese Anstrengungen scheinen nicht auszureichen, um zum gewünschten Erfolg zu gelangen. Nichtsdestotrotz setzt Duarte, ganz im Sinne des Militärs und der USA, weiter auf eine militärische Lösung des Konflikts, der seit 1979 etwa 62.000 Tote gefordert hat.⁹

Doch die militärischen Siege der FMLN, die anhaltende Repression gegenüber Regimegegnern, der wirtschaftliche Niedergang des Landes durch die hohen Kriegskosten (40-50% des Staatshaushalts fließen in den „Verteidigungshaushalt“) und die Wirtschaftssabotage der Guerilla (die US-Botschaft schätzt die direkten Schäden auf bisher 2 Mrd \$)¹⁰ sowie die nichteingehaltenen Dialog- und Reformversprechungen der Christdemokraten führten seit 1986 zu schnell wachsendem Widerstand der eigenen sozialen Basis und zu massiver werdender Opposition der extremen Rechten.

Dialog als Farce

Das noch in den Wahlkämpfen 1984 und 1985 von Duarte gepflegte Image eines dialogbereiten Mittelsmannes zwischen Militär und Oligarchie auf der einen, Guerilla und Volksorganisationen auf der anderen Seite erwies sich schon bei den ersten beiden Gesprächen mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Revolutionär-Demokratische Front (FMLN/FDR) über eine Lösung des Konflikts im Oktober und November 1984 in La Palma und Ayagualo als Propagandamanöver.

Nur aufgrund starken inneren Drucks, d.h. durch massenhafte Demonstrationen vor allem der Gewerkschaften, ent-

schloß sich der Präsident zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen. Doch stellte er schon bei den Vorgesprächen in Panama so unannehmbare Forderungen an die FMLN/FDR (z.B. Abgabe der Waffen, obwohl der Verhandlungsort Sesori kurz zuvor vom Militär besetzt worden war), daß die Guerilla das Treffen aus Sicherheitsgründen verweigerte. Duarte saß am 19. September 1986 mit seinem Verteidigungsminister und dem US-Botschafter allein am Verhandlungstisch.

Wie wenig ernst es Duarte mit seinen Dialogvorschlägen meint, zeigte seine Reaktion auf einen Vorschlag der FMLN/FDR vom 26. Mai d.J., am 15. Juli d.J. Verhandlungen über eine Humanisierung des Krieges zu beginnen (siehe Kasten). Damit sollen Gespräche über eine Beilegung des Konflikts erleichtert werden. Duarte lehnte das Angebot ab und forderte die FMLN – wie gehabt – auf, die Waffen niederzulegen und sich in den „demokratischen Prozeß“ einzugliedern.

Die mangelnde Verhandlungsbereitschaft Duartes hat das ohnehin im In- und Ausland gesunkene Ansehen des Präsidenten weiter verschlechtert.

Amnesty international, die katholische Kirche und die salvadorianische Menschenrechtskommission CDHES prangern die Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte schon seit 1980 an. Trotz angeblicher Bemühungen der Regierung, die Menschenrechtslage zu verbessern, zählte die CDHES 1986 1.821 Morde an Zivilpersonen durch Armee, Sicherheitskräfte und „Elemente in Zivil“. 1985 wurden 1.543 Morde gezählt. 213 Menschen verschwanden 1986 spurlos.¹¹

Über 1.000 politische Gefangene befinden sich in den Gefängnissen des Regimes. Gegen sie werden in letzter Zeit verstärkt psychologische Foltermetho-

Solidarität mit der FMLN/FDR

1986 wandte sich die Finanzkommission der FMLN an die Schweizer Solidaritätskomitees mit der Bitte, die im Aufbau befindliche Südwestfront „Seliciano Ama“ zu unterstützen. Da diese allein nicht in der Lage waren, den jährlichen Finanzbedarf von ca. 70.000 \$ für 300 Mitglieder dieser Front (Ernährung, Kleidung, Gesundheitsversorgung und Alphabetisierungsmaßnahmen) zu decken, beschloß das Bundestreffen der Solidaritätskomitees in der BRD im November 1986, sich diese Solidaritätsaktion zu eigen zu machen. Zur Begründung heißt es im Aufruf:

6 Jahre Krieg in El Salvador. 6 Jahre eines ungleichen Kampfes, in dem das revolutionäre Volksheer FMLN einer Regierungsarmee und ihren in den USA ausgebildeten Elitebataillonen gegenübersteht. (...) Wie schon in Vietnam wird versucht, das Volk von der FMLN/FDR, der nationalen Befreiungsbewegung, abzutrennen.

Eine aussichtslose Situation? Vom quantitativen Kräfteverhältnis läge der Schluß nahe. Und doch gelang es dieser hochtechnisierten salvadorianischen Armee und der massiven US-Interventionspolitik bisher nicht, die FMLN zu schlagen. (...)

Das „Geheimnis“ der FMLN/FDR und ihrer Standhaftigkeit in diesem Krieg ist ihre Verankerung im Volk. Diese Verankerung ist ihre Stärke, und sie ist das Ergebnis der politischen Arbeit der FMLN/FDR und ihrer militärischen Kraft. (...)

Mitten im Krieg konnte eine Massenbewegung wiedererstarken, die heute Duarte unüberhörbar mit ihren politischen und ökonomischen Forderungen konfrontiert. (...) Diese neue Massenbewegung, der deutlichste politische Ausdruck des revolutionären Prozesses, ist nicht denkbar ohne den Machtfaktor FMLN/FDR im Lande.

Heute ist ein entscheidender Schritt im revolutionären Prozeß, die Strukturen im (Süd-)Westen El Salvadors ... zu verändern und der Massenbewegung die Möglichkeit zu schaffen, in die Hochburg der Kaffee- und Finanzoligarchie vorzudringen. (...)

1932 wurde in dieser Region einer der bedeutendsten Volksaufstände in der Geschichte El Salvadors blutig niedergeschlagen: 30.000 Menschen fanden den Tod. (...) Seit 1981 dient dieses Gebiet der Armee als Hauptrückzugsgebiet; hier befinden sich mehrere Trainingslager und Kasernen von in den USA oder auf ihren Basen geschulten Elitebataillonen und Jägereinheiten. (...)

In diesem Teil des Landes sind heute noch paramilitärische Organisationen zu finden, die die Bevölkerung kontrollieren und terrorisieren. Um auch hier politische Freiräume für die Organisation der Bevölkerung zu schaffen, muß die FMLN einerseits politische Kleinarbeit leisten und andererseits die paramilitärischen und die militärischen Strukturen angreifen. Ziel ist, die Armee zu zwingen, die Kontrolle über die Bevölkerung zu lockern, und durch Sabotage die Macht der Oligarchie in ihrem Hauptzentrum zu schwächen. (...)

Unterstützt den Aufbau der neuen Front der FMLN/FDR im (Süd-)Westen von El Salvador!

Spendet auf das Konto: Mittelamerika-Sekretariat e.V., Postgiroamt München, Kto. Nr. 72060-802, Stichwort: Südwestfront.



den angewandt, die keine sichtbaren Spuren hinterlassen.¹²

Am 11. März d.J. hat auch die UN-Menschenrechtskommission eine Resolution über El Salvador verabschiedet, die zwar die Folterungen, Verschleppungen und Vertreibungen nicht erwähnt, aber insgesamt vorsichtig Stellung gegen die Regierung Duarte bezieht. Sie erkennt die FMLN als „aufständische Kraft“ an, befürwortet eine politische Verhandlungslösung und die schnelle Wiederaufnahme des Dialogs und sie zeigt sich besorgt über die Unfähigkeit der Justiz, Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen.

Der letztgenannte Punkt ist auch der Grund, warum die Kommission – allen Versuchen der Regierung Duarte zum Trotz, das Ausmaß von der positiven Menschenrechtssituation zu überzeugen – den Fall El Salvador auch weiterhin untersuchen wird.

Die soziale Basis der Christdemokraten, vor allem der Mittelstand und christdemokratische Gewerkschaften (letztere hatten mit Duarte 1984 einen „Sozialpakt“ unterzeichnet), wenden sich enttäuscht vom Präsidenten ab.

Als breite Sammelbewegung des Widerstandes gegen die Kriegs- und Wirtschaftspolitik der Regierung dient dabei

die am 2. Februar 1986 gegründete Nationale Union der Salvadorianischen Werktätigen (UNTS). Sie stellt mit ihren 139 Arbeiter- und Bauernorganisationen und 400.000 Mitgliedern gegenwärtig den größten Zusammenschluß der Regierungsgegner dar und hat sich als „dritte Kraft“ – neben Militär und Guerilla – etabliert.

Auch christdemokratische Gewerkschaften wie der Großteil der Demokratischen Volksunion (UPD) und die COACES (Zusammenschluß der durch die „Agrarreform“ entstandenen Kooperativen) gliederten sich der UNTS an und übten gemeinsam mit progressiven

Verhandlungsvorschlag der FMLN/FDR



FMLN-Guerillera(o)

Am 26. Mai d.J. richtete die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionär-Demokratische Front (FMLN/FDR) an den Präsidenten Napoleon Duarte und an das Oberkommando der Streitkräfte einen Vorschlag, Verhandlungen über eine Humanisierung des Krieges am 15. Juli d.J. zu beginnen und den Dialog wiederaufzunehmen, um zu einer globalen politischen Lösung zu kommen. Darin heißt es u.a.:

I. Vorschlag zur übergreifenden Übereinkunft über die Humanisierung und die Verringerung der ökonomischen, sozialen und politischen Auswirkungen des Krieges. Dieser Vorschlag beruht auf der Aufnahme sofortiger Verhandlungen, die die folgenden Maßnahmen umfassen:

1. Einstellung der Luftangriffe... In Anbetracht der Tatsache, daß unser kleines Land dicht besiedelt ist, treffen die Luftangriffe die Zivilbevölkerung besonders hart und die Angriffe werden dazu benutzt, die Entvölkerung bestimmter Gebiete zu erzwingen und eine Wiederbesiedlung zu verhindern.
2. Aus denselben Gründen fordern wir die Einstellung des Einsatzes von Artilleriewaffen größerer Reichweite...
3. Einstellung des Gebrauchs jeder Art von Tretninen auf beiden Seiten.
4. Einstellung der Wirtschaftssabotage durch die FMLN...
5. Beendigung der Zerstörung von Wohnungen in ländlichen Ortschaften, sozialer Infra-

struktur, Anbauflächen und Viehzuchten aller Ortschaften der Konfliktzonen. (...)

6. Vollständige Respektierung des Rechtes der Bevölkerung, an den Orten zu leben, die sie frei gewählt haben...

7. Freier Versorgungsverkehr der Bevölkerung und freie Abwicklung des Handels in den Konfliktzonen...

8. Keine Einmischung mit militärischen Maßnahmen in die Ausübung der Zivilfunktionen der Bürgermeister, Friedensrichter und anderer Beamter des politischen Staatsapparates.

9. Freilassung aller verhafteter Führer und Mitglieder der Volks- und Genossenschaftsbewegung. Einstellung jeder Art von Verfolgungen, Festnahmen, Entführungen, Morden und der Praktik des Verschwindenlassens gegen jene, die ökonomische, soziale und politische Forderungen stellen. (...)

10. Einstellung der Verfolgung und Festnahme ziviler Bewohner der Konfliktzonen.

11. Respektierung der Gefangenen. Einstellung jeder Art von physischer und psychischer Folter, Einstellung der systematischen Taktik des Verschwindenlassens.

12. Einstellung von Exekutionen von Spionen und Mitgliedern der Informationsnetze auf beiden Seiten.

13. Respektierung der Ärzte und des ärztlichen Personals beider Seiten...

14. Respektierung der Kriegsverletzten beider Seiten...

15. Maßnahmen für die tatsächliche Erfüllung der Übereinkunft, die Taktik des Verschwindenlassens einzustellen...

16. Einstellung jeder Art von Zwangsrekrutierung auf beiden Seiten. (...)

17. Mit dem Ziel, die Wirkung des Konfliktes auf die ökonomische Lage des Volkes zu verringern, müssen die indirekten Steuern, die den privaten Konsum einschränken und in den letzten Jahren unter Berufung auf den Krieg eingeführt wurden, aufgehoben werden...

18. Einstellung der psychologischen Kriegführung, durch die Terror, Angst verbreitet werden und durch die die Bevölkerung getäuscht und falsch informiert wird.

Die 18 vorher genannten Punkte stellen einen vollständigen Plan zur Humanisierung des Krieges und zur Reduzierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkung desselben unter ernsthaften Anstrengungen dar, wobei dieser Vorschlag Konzessionen beider Seiten impliziert. (...)

II. Problemstellung und Vorschlag zur Wie-

dereröffnung des Dialogs in Richtung auf eine allgemeine politische Verhandlungslösung.

(...) damit die Humanisierung des Konfliktes einen wahrhaften Sinn erhält, muß sie in einen Prozeß des Dialogs und der Verhandlung zur Erlangung einer allgemeinen politischen Verhandlungslösung eingebettet werden, die einen dauerhaften und gerechten Frieden garantieren.

Hierfür werfen wir folgende Problemstellung auf und machen folgenden Vorschlag:

A. Problemstellung:

1. Auf dem erreichten Niveau der Entwicklung der Ereignisse können sich der Dialog und die Verhandlung zur Erlangung einer allgemeinen Lösung auf die FDR und FMLN auf der einen und die Regierung und die Streitkräfte auf der anderen Seite nicht beschränken. Die Verschärfung der nationalen Krise zeigt uns den Grad der wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit des salvadorianischen Staates von der Regierung in Washington an. Dies fordert eine Anstrengung aller patriotischen Sektoren zur Suche und zur Schaffung einer nationalen Lösung zwischen Salvadorianern. (...)

2. Aus diesem Grunde wird es nur wenn alle Kräfte und Gesellschaftsgruppen zusammenspielen möglich sein, die Hindernisse zu überwinden und das Schicksal unseres Landes in die eigenen Hände zu nehmen und einen gerechten Frieden zu schaffen. (...)

3. Als Beitrag unserer Fronten zur Ermöglichung eines nationalen Dialogs haben wir im Juli 1986 einen Vorschlag an alle Gesellschaftsgruppen veröffentlicht.

Die wichtigsten 6 Punkte dieses Vorschlags sind kurz zusammengefaßt: Lösung zwischen Salvadorianern, Breite und Pluralismus der Regierung, Waffenstillstand zur Bildung der Regierung, Beginn eines gerechten wirtschaftlichen Regimes, Demokratie und Wiedererlangung der Menschenrechte sowie eine Außenpolitik des Friedens.

B. Vorschlag:

Zu diesem Zweck schlagen wir ein Treffen vor, um die 18 vorher genannten Punkte zu verhandeln. Es wird auch das Thema der Organisation und Promotion des nationalen Dialogs zwischen allen politischen und sozialen Gruppen des Landes eingeschlossen sowie die Organisation und Programmation des direkten kontinuierlichen Dialogs zur Erlangung einer allgemeinen Verhandlungslösung aus dem Konflikt zwischen beiden Seiten.

Kräften Druck auf die Regierung aus. Mitte November 1986 traten Teile der UPD, kurz vor einer Friedenskonferenz der UNTS, wieder aus mit der offiziellen Begründung, die Gewerkschaftsorganisation sei „von der FMLN-Guerilla manipuliert“.¹³ UNTS-Mitglieder allerdings äußerten die Vermutung, daß die UPD-Führer durch das mit dem CIA verbundene Amerikanische Institut für die Entwicklung freier Gewerkschaften (AIFLD) gekauft worden seien.

Auslösendes Moment für die Gründung eines so mächtigen gewerkschaftlichen Dachverbandes waren die zu Jahresbeginn 1986 veröffentlichten Details eines Sparprogramms, das die schwer geschädigte Wirtschaft des Landes, einst die stärkste Mittelamerikas, wiederbeleben und die Löcher in der Staatskasse stopfen sollte.

Im Zentrum des Maßnahmenpakets, genannt „Stabilisierungs- und Reaktivierungsprogramm“, stand die 100%ige Abwertung der Landeswährung zur Steigerung der Exporte und Verminderung der Importe. Das Programm, auf Geheiß der USA und des Internationalen Währungsfonds verordnet, beruhigte aber allenfalls die Gläubiger.

Die Arbeiterschaft ging angesichts der zu geringen Lohnsteigerungen bei hohen Inflationsraten, Kürzungen der staatlichen Ausgaben im Sozialbereich und Preissteigerungen für Benzin, Diesel und öffentliche Transporte auf die Straßen.

Die Rechte macht mobil

Der salvadorianischen Privatwirtschaft, organisiert im Unternehmervverband ANEP und ihrer politischen Lobby, der extremen Rechten (ARENA-Partei), waren etliche Inhalte des Sparplans aus anderen Gründen ein Dorn im Auge. Preiskontrollen für die wichtigsten Grundnahrungsmittel, Begrenzung der Miethöhen und minimale Lohnsteigerungen für Landarbeiter und städtische Tagelöhner wurden von der Unternehmerschaft als Übermaß an Kontrollen und Einschränkungen abgelehnt.

Vollends erbost hat die Oligarchie aber das zweite Wirtschaftspaket, das am 18. Dezember 1986 verabschiedet wurde.

Es enthielt u.a. eine einmalige „Steuer zur Verteidigung der nationalen Souveränität“ – auch Kriegsteuer genannt – auf Vermögen über 100.000 Colón (ca. 36.000 DM). Sie wurde bereits am 2.10.1986 verabschiedet und sollte durch Einnahmen von knapp 30 Mio \$ das Loch im „Verteidigungshaushalt“ stopfen.

Das Steuerpaket sah außerdem eine Erhöhung der Abgaben auf Kaffeeausfuhren, auf Zigaretten- und Alkoholimporte, auf Grundeigentumsverkäufe, Erb-



Protest der UNTS gegen die Sparpolitik der Regierung Duarte

schaften, die Registrierung von Fahrzeugen und auf höhere Einkommen vor – alles Maßnahmen, die vor allem zu Lasten der reichen Oberschicht gehen. Nicht die Tatsache, daß die Mehreinnahmen zur Finanzierung des Krieges dienen sollen, hat die Oligarchie und die extreme Rechte auf die Barrikaden gebracht – sind sie doch schließlich die militantesten Kriegstreiber –, sondern, daß jetzt auch sie und nicht nur das Volk den Krieg bezahlen sollen.

Weitere Gründe für den Protest der extremen Rechten waren die Verabschiedung von Gesetzen, die eine Erweiterung der Kompetenzen des Präsidenten des zentralen Wahlrats, eines Christdemokraten – und eine Verschärfung der Wehrpflicht vorsehen. Jetzt sollen auch die Söhne der Reichen zum Kriegsdienst herangezogen werden.

Die aggressive Reaktion der extremen Rechten auf diese Politik kam von der Ende 1986 gegründeten Bewegung der Nationalen Aktion (MAN), in der Großunternehmer und Großgrundbesitzer tonangebend sind.

Sie startete eine Medienkampagne gegen Duarte, in der das Volk zum Sturz der Regierung aufgerufen wurde. Sie griff gleichzeitig die Armeeführung an, der sie im Hinblick auf die Niederlage von El Paraiso mangelnde Professionalität vorwarf.¹⁴

Hintergrund für diese Kritik dürfte vor allem die Tatsache sein, daß die Armeeführung weiterhin hinter Duarte steht. Als die extreme Rechte im Januar d.J. Putschgerüchte austreute, versicherte die Armee der Regierung ihre Unterstützung. Sie rief zudem die Unternehmer auf, ihren Widerstand gegen die Steuererhöhungen aufzugeben, da sie für die Fortsetzung des Krieges notwendig seien.

Diese hatten am 22. Januar d.J. mit der Schließung von 95% der Privatbetriebe gegen die Wirtschaftsmaßnahmen protestiert. Die extreme Rechte im Parla-

ment (27 von 60 Sitzen) war seit dem 6. Januar den Sitzungen fern geblieben, um vor allem die neue Wahlgesetzgebung rückgängig zu machen. Dadurch konnte der seit dem 6.3.1980 geltende Belagerungszustand am 14. Januar d.J. nicht verlängert werden, da dies 2/3 der Stimmen erfordert.

Dieser Widerstand blieb nicht ohne Erfolg. Am 20. Februar erklärte der Oberste Gerichtshof das Gesetz über die „Steuer zur Verteidigung der nationalen Souveränität“ für verfassungswidrig. Der Antragsteller Rodriguez Porth, ein Führer der MAN, hatte seine Klage damit begründet, daß das Land keiner äußeren Aggression ausgesetzt ist und die Souveränität nicht in Gefahr sei.¹⁵

Auch die UNTS machte gegen die neuen Steuern mobil, denn sie will den Krieg nicht durch weitere Aufrüstungsprogramme zu Lasten des Volkes, sondern auf dem Weg politischer Verhandlungen lösen. Sie befürchtet außerdem, daß Duarte, dem Druck der Rechten nachgebend, das Steuergesetz auf breitere Schichten abwälzen könnte.

Gewerkschaften auf Konfliktkurs

Am 17. Januar d.J. rief die UNTS zu einer Kundgebung in San Salvador auf, bei der die 100.000 Teilnehmer die sofortige Bildung einer neuen Regierung unter Beteiligung der verschiedenen Gesellschaftsgruppen, strukturelle Reformen und die Respektierung der Menschenrechte forderten.

Die Volksorganisationen wurden bei ihren Protesten auch von den zahlreichen Erdbebenopfern unterstützt, die jetzt noch auf ausreichende Hilfe seitens der Regierung warten. Das Erdbeben vom 10. Oktober 1986 hat nicht nur die politische Krise verschärft. Durch die Schäden von 2 Mrd \$, die es anrichtete, haben sich auch die wirtschaftlichen Probleme vertieft.

Regine Meyer

„Hier gibt keiner auf!“

Das Sparprogramm von 1986 konnte die marode Wirtschaft El Salvadors auch nicht zum Besseren wenden. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 35%, die Inflationsrate um 5 auf 35%.¹⁶

Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) belegte für 1986 eine Schrumpfung der Wirtschaft um 0,5%.¹⁷ In einer Rede zum dritten Jahrestag seines Amtsantritts am 1. Juni d.J. gab Duarte zu, daß „mehr als 50% der Bevölkerung unter Bedingungen großer Armut“ leben.¹⁸

Am 7. Februar d.J. hatte Duarte mit einer Kundgebung von 60.000 Menschen in San Salvador nachzuweisen versucht, daß er nach wie vor breite Unterstützung genießt. Allerdings waren viele nur gekommen, weil sie mit 12 \$ belohnt wurden, oder weil sie Flüchtlinge waren, denen man bei Nichtteilnahme die Einstellung der staatlichen Hilfe angedroht hatte. Duarte erklärte bei dieser Gelegenheit, er werde „die sozialen und wirtschaftlichen Reformen“ nicht reduzieren und „gegen jede Form der Destabilisierung kämpfen“.¹⁹

In El Salvador selbst findet er dabei immer weniger Mitstreiter. Seine soziale Basis im Volk hat sich zugunsten der Befreiungsbewegung verringert. Und aus diesem Grunde kündigte die Oligarchie ihm die Zusammenarbeit auf.

Seinen Machterhalt garantiert allein Washington. Dort sieht man die extreme Rechte noch weniger als die Christdemokraten dazu in der Lage, einen Sieg der Befreiungsbewegung zu verhindern. Bei einem weiteren Vormarsch der FMLN bliebe deshalb nur noch die Möglichkeit von Verhandlungen oder der Einmarsch der Marines.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris, 2.4.1987
- 2) Informationsdienst El Salvador (ides), West-Berlin, Nr. 333/3.4.1987
- 3) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 8.5.1987
- 4) Vgl. Frontline, Oakland, 13.4.1987
- 5) Vgl. K.E. Sharpe, El Salvador revisted: Why Duarte is in trouble, in: World Policy Journal, Jg. 3, Nr. 2, Sommer 1986
- 6) Vgl. Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 29.1.1987
- 7) Vgl. IHT, 24.3.1987 und FR, 16.4.1987
- 8) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 18.2.1987
- 9) Angabe nach: IHT, 24.3.1987
- 10) Angabe nach: FR, 23.1.1987
- 11) Vgl. FR, 11.4.1987
- 12) Vgl. Christliches Christentum, Wien, Nr. 106/März 1987
- 13) die tageszeitung (taz), West-Berlin, 24.11.1986
- 14) Vgl. IC, 7.5.1987
- 15) Vgl. IC, 26.2.1987
- 16) Angaben nach: IC, 5.2.1987
- 17) Angabe nach: CEPAL, Notas sobre la economia y el desarrollo de America Latina, Santiago de Chile, 1986
- 18) El Pais, Madrid, 3.6.1987
- 19) IC, 12.2.1987

Trotz unserer Trauer um Benjamin Linder, den US-amerikanischen Aufbauhelfer, den die Contra Ende April d.J. zusammen mit zwei nicaraguanischen Compañeros gezielt umgebracht hat, war dieser 1. Mai ein hoffnungsvoller Tag. Linder hatte in den abgelegenen Gegenden nordöstlich von Jinotega am Aufbau kleiner hydroelektrischer Anlagen gearbeitet, die den campesinos zum erstenmal Strom brachten, ein „Verbrechen“, das die Contra bzw. der CIA nicht ungestraft lassen konnten. Hoffnungsvoll war der Tag, weil Benjamins Engagement bis zur letzten Konsequenz und die Reaktionen seiner Familie, Freunde und Kollegen zeigen, daß es neben den Yankees, den Aggressoren, eben auch noch das andere Amerika gibt.

Trauer um Benjamin Linder

Dies veranschaulichten auch Vietnam-Veteranen, von denen eine ganze Gruppe erst kürzlich einen Fußmarsch durch eben jene Kriegsgebiete gemacht hat, wo Benjamin ermordet wurde, um damit ihrer Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk und ihrem Protest gegen die Aggression Ausdruck zu geben.

So auch die Geschwister Benjamins auf der 1. Mai-Kundgebung auf dem überfüllten Platz der Revolution in Managua: „...Wir wissen, wer Ben und die jüngsten 20 Opfer unter den Nicaraguanern umgebracht hat: Die Regierung der Vereinigten Staaten... Aber wir sprechen im Namen der Jugendlichen, der Arbeiter – aller jener, die die Steuern zahlen, mit denen dieser Krieg finanziert wird, die ihr Leben riskieren müßten wie in Vietnam, und die wollen diesen Krieg nicht; die wollen Frieden.“

Benjamin ist der erste US-Amerikaner nach neun Europäern (darunter die beiden Westdeutschen Tonio Pflaum und Bernhard Koberstein) und einer noch größeren Zahl von Kubanern und anderen Lateinamerikanern, die die Contra ermordet hat.

Höchst aufschlußreich auch die offiziellen Reaktionen: Während der Präsident Daniel Ortega höchstpersönlich die Trauerrede hielt und den Sarg mittrug (wir, die wir oft undifferenziert von „den Amis“ reden, können von dieser Geste eine Menge lernen), gab der hiesige



Das wichtigste Exportgut Kaffee kann oft nur bewaffnet geerntet werden

US-Botschafter gegenüber den Vertretern der hier lebenden US-Bürger (mit ca. 1.500 übrigens die größte Gruppe) vor, von nichts zu wissen. Und aus US-Regierungskreisen war der auch aus Bonn nur allzu bekannte Zynismus zu hören, nach dem Motto: „Selber schuld, was mußte der sich auch in ein Kriegsgebiet begeben...“

Er wurde nur noch übertroffen durch den Kommentar eines Mitglieds der US-Delegation zur 77. Konferenz der Interparlamentarischen Union, die Ende April d.J. hier in Managua getagt hat: „Das war eine wohl gezielte Kugel, weil sie einen US-amerikanischen Kommunisten beseitigt hat.“

Die Fronten sind klar, aber sie bestimmen sich nicht durch die Nationalität, und das wird hier auch ganz differenziert gesehen.

Aber zurück zum 1. Mai. Das Erfreulichste und Hoffnungsvollste war, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen und militärischen Situation (als Reaktion auf die strategische Niederlage hat sich die Contra ausschließlich auf terroristische Aktionen wie das Attentat auf Benjamin

und seine Begleiter, die Sprengung von Hochspannungs- und Telefonmasten usw. in spezialisierten Kleinstgruppen verlegt) überall im Lande unübersichtbare Menschenmassen zu den Maikundgebungen strömten und eine hervorragende Stimmung herrschte.

Dazu muß man wissen, daß der 1. Mai hier keineswegs so eine Tradition hat wie in den industrialisierten Ländern und deshalb üblicherweise auch wesentlich weniger Menschen anzieht als etwa der Revolutionstag. Das hat einmal mit der noch geringen Zahl produktiver Arbeiter aufgrund der technischen Unterentwicklung zu tun (die Beschäftigten der verarbeitenden und der Bauindustrie machen nur 9,5% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus), zum anderen mit dem Erbe von über 40 Jahren Diktatur. Trotzdem und trotz des empfindlich gesunkenen Lebensstandards, was den individuellen Konsum angeht (nach Angaben der Regierung ging er seit 1982 um 25-42% zurück), trotz der leeren Regale, der Schlangen, der katastrophalen Transportsituation usw. waren die Massen auf den Beinen – und zwar bei den sandinistischen Gewerkschaften. Ich kann Euch leider keine Zahlenangaben machen, weil solche nicht erschienen sind, denn das Zahlenlotto wie bei Euch („...nach Angaben der Polizei...“, „nach Angaben der Veranstalter...“) ist hier nicht üblich, aber es waren mit Sicherheit Hunderttausende, auf jeden Fall auch viel mehr als in den beiden letzten Jahren, als die Versorgungslage noch besser war.

Das bedeutet, daß die Überzeugungsarbeit der letzten Monate in bezug auf die Steigerung der Produktivität, die Stärkung der Arbeitsdisziplin und die Hinnahme weiterer Opfer zugunsten der Verteidigung der Revolution angekommen ist.

Die oppositionellen Gewerkschaften (es gibt hier insgesamt sieben weltanschaulich verschiedene Gewerkschaftsbünde) konnten landesweit nicht mehr als 5.000 Personen auf die Beine bringen (und nach den Fernsehbildern erscheint sogar diese Angabe aus der Zeitung noch übertrieben), obwohl sie in keinster Weise behindert wurden – was sie freilich nicht daran gehindert hat, mal wieder lauthals das angebliche Fehlen gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten hier zu beklagen.

Das alles ist umso erstaunlicher, als gerade diese Gewerkschaften die unmittelbaren Tagesforderungen: mehr Lohn, bessere Versorgung, weniger Inflation usw. auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Wenn die Massen dennoch der regierenden Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung Nicaraguas (FSLN) gefolgt sind, wo sie keine Versprechungen gemacht bekamen, dann drückt das auch

aus, daß die zentrale Losung „Bei der Verteidigung der Macht und des wirtschaftlichen Überlebens gibt hier keiner auf“ – auf einem riesigen Transparent über der Tribüne – eben nicht nur leere Worte darstellt, sondern gelebte Wirklichkeit.

Denn die Macht, die hier verteidigt wird, ist eben nicht die Macht einer kleinen Clique von Ausbeutern, sondern die Macht, die sich das organisierte, bewaffnete Volk erkämpft hat, die Macht der Menschen, die auf den Maikundgebungen demonstrierten.

Materielle Anreize angehoben

In der Tat hat sich hier in den letzten Wochen und Monaten einiges zum Positiven verändert; zumindest sind Schritte in die richtige Richtung getan worden. Das fängt mit dem Wirtschaftsplan 1987 an, der selbstkritisch, bescheiden und realistisch ist (was natürlich nicht bedeutet, die Errungenschaften der Revolution infragezustellen) und darauf abzielt, die Verteidigung der Revolution sicher-

an Wochenenden aufarbeiten usw., eingegliedert.

Diese Brigaden gibt es nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich. Ärztebrigaden arbeiten z.B. an Wochenenden die endlosen Wartelisten für Operationen auf; Buchhalterbrigaden arbeiten die Bücher von Betrieben auf, die ihre Buchhaltung nicht auf dem neuesten Stand haben; eine Juristenbrigade arbeitet auf Hochtouren an einer Aktualisierung des Gesetzes zum Schutz des Konsumenten, um auch von der juristischen Seite her der Spekulation Einhalt zu gebieten – um nur einige Beispiele zu nennen.

Diese ganzen Brigaden haben bislang ohne jeden materiellen Anreiz gearbeitet, aber mit dem Abschluß flexibler, an die jeweilige wirtschaftliche Lage des Betriebs geknüpfter Tarifverträge soll der Bewegung auch von dieser Seite her Schubkraft verliehen werden. Mit verschiedenen Zulagen, z.B. für erschwerte Arbeitsbedingungen (hier haben wir einfach nicht die finanziellen Möglichkeiten, um die Arbeitsbedingungen in jedem Fall menschengerecht zu gestalten),



zustellen. Dies nicht nur in einem engen ökonomischen Sinne, sondern auch durch Maßnahmen, die darauf abzielen, die Einkommens- und Versorgungsprobleme zu lösen, die insbesondere die Lohnabhängigen und die Kleinbauern, als die soziale Basis der Revolution, betreffen.

Die in diesem Jahr vorgenommenen Lohnanpassungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Arbeiter haben dennoch zu Tausenden auf die Appelle reagiert, die Produktion zu erhöhen und sich in die sog. Wirtschaftsbrigaden, die freiwillige Arbeit leisten, Engpaßprobleme lösen, liegengeliebene Arbeiten

Arbeitsmenge, Qualität, Initiative, technische Qualifikation, Betriebszugehörigkeit usw. soll ein Arbeiter seinen Lohn bis auf das Zweieinhalbfache steigern können, so daß ein Arbeiter der Lohngruppe 3 (von 39) den Lohn der Gruppe 17 und einer der Gruppe 17 den der obersten Gruppe erreichen kann.

Das kommt Euch vielleicht erst einmal unsozial vor, weil es den in der BRD in den letzten Jahren entwickelten Zielen eines möglichst hohen abgesicherten Einkommensbestandteils usw. widerspricht, aber unter den hiesigen Bedingungen sehr geringer industrieller Tradition und damit auch geringer Diszipli-

niertheit der Arbeiterklasse, wahnsinniger Fluktuation usw. ist es durchaus sinnvoll, durch starke materielle Anreize Initiative, Eigenverantwortlichkeit und Stabilität am Arbeitsplatz zu prämiieren. Auch aus der Landwirtschaft ist Positives zu vermelden. Um den Markt zu entspannen und die Grundversorgung zu verbessern, sind für die Kleinproduzenten von Mais und Bohnen die Preise freigegeben worden – in der Hoffnung, daß diese damit einen Anreiz haben, die Anbauflächen maximal auszudehnen und sich über ein ausreichendes Angebot der Preis von selber regelt. Gefördert werden direkte Verträge zwischen Betriebsgewerkschaften und industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben über den Aufkauf der Ernte, um den Zwischenhandel auszuschalten.

Die Anbauflächen sind bereits erweitert worden. In den meisten Bereichen der Landwirtschaft wurde das Ziel erreicht, den Arbeitstag wieder auf seine normale Länge zu bringen, nachdem er aufgrund einer verfehlten Preispolitik des Staates und unzureichender Versorgung mit Industriewaren auf z.T. 2-4 Stunden gesunken war.

Die Hektarerträge bei Mais und Zuckerrohr sind erheblich gestiegen, ebenso der Ausstoß bei Molkereien, Eier- und Geflügelproduktion. Bei letzterem funktioniert allerdings nach wie vor die Verteilung über die „sicheren Kanäle“ des Staates nicht oder nicht ausreichend.

Bei den Exportprodukten hat die Kaffeernte hervorragend geklappt: mit 14.000 traditionellen Pflückern (statt der 6.000 im Vorjahr – infolge besserer Entlohnung und Sozialleistungen), die z.T. 10 und 12 Stunden gearbeitet haben und nur 3.000 statt der früher 20.000 freiwilligen Brigadisten aus den Städten. Indes wissen wir jetzt schon, daß der Preissturz des Kaffees auf dem Weltmarkt Nicaragua einen Verlust von 50 Mio \$ verursachen wird.

Dennoch wird die Kaffeeproduktion weiter gefördert, auch durch neuartige Rahmentarifverträge, in denen sich beide Seiten in allen Einzelheiten über die jeweiligen Verpflichtungen einigen und vor allem Sozialleistungen wie Häuser, Kindergärten, Mittagstische usw. vereinbart werden. Bei Zucker und Baumwolle gab es erhebliche hausgemachte Probleme, die die Planerfüllung verhindert haben, was aber selbstkritisch zugegeben und jetzt angepackt wird. Daß nicht mehr alles auf den Krieg abgeschoben und beim Alten gelassen wird, muß man auch als einen nicht geringen Fortschritt ansehen.

Und schließlich ist es auch ein Ausdruck gestiegenen Bewußtseins, daß dies Jahr die Reaktion auf die Einberufungen zum Wehrdienst wesentlich zahlreicher ist als im vergangenen.

Naher Osten

Leila Burhani

Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz

Die Antwort auf den palästinensischen Vereinigungsnationalrat (siehe: AIB 6/1987, S. 5ff.) seitens des reaktionären arabischen Lagers kam prompt.

Am 27. April d.J. ordnete die ägyptische Regierung die Schließung aller Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an. Weitere Schritte gegen die in Ägypten lebenden Palästinenser wurden angedroht, falls die PLO „ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens“ wie im ägyptischen regierungsoffiziellen Sprachgebrauch die palästinensische Kritik an dem Separatfrieden von 1978/79 mit Israel bezeichnet wird, nicht aufgibt.

Trio der Separatdealer

Auf der 1. Mai-Kundgebung in Kairo begründete Präsident Hosni Mubarak diesen Schritt so: „Wir unternehmen alles in unserer Macht stehende, um sie mit den USA und Europa zu versöhnen, und dann kommen die Palästinenser daher und wollen uns vorschreiben, wie wir über die internationale Nahostkonferenz zu reden haben. Ich habe Vermittlungsversuche wie in meinem Leben noch nicht unternommen... Und da stellen sie sich einfach hin und kündigen es.“¹ Gemeint ist das palästinensisch-jordanische Abkommen, kurz Amman-Abkommen, vom Februar 1985.

In den Informationsmedien Jordaniens begann eine Kampagne gegen die PLO.

Die PLO hätte ihre Karten an Moskau ausgeliefert. In einer ersten Stellungnahme bestätigte die jordanische Regierung, daß das Amman-Abkommen trotz dessen Kündigung durch das Exekutivkomitee der PLO weiterhin Leitlinie für ihre Nahostdiplomatie sei, wenn nicht mit, dann eben ohne PLO.

Ihr gleich taten es die Marokkaner: Vorwand war die Rede des Präsidenten der Republik Sahara auf der Eröffnungssitzung des 18. Nationalrats. König Hassan II. pfiff daraufhin seine Abgeordneten zurück und untersagte es seinen Untertanen, in Zukunft Beziehungen zur PLO zu unterhalten.²

Worum ging es im Kern? Jordanien, Marokko und Ägypten unterhalten alle drei mehr oder weniger offen Beziehungen zu Israel, trotz aller gegenteiligen Beschlüsse der Arabischen Liga.

Ägypten war der erste arabische Staat der ein Friedensabkommen mit Israel abschloß. Jordanien ließ in den letzten Jahren nichts unversucht, um die PLO in ein ähnliches Separatabkommen einzubeziehen, was schließlich in die Unterzeichnung des Amman-Abkommens zwischen König Hussein und Yassir Arafat mündete. Und Marokko, dessen König sich im letzten Jahr offiziell mit dem damaligen israelischen Premierminister und heutigen Außenminister, Schimon Peres traf, stand bei allem Pate.

Alle drei Länder sind enge Freunde Washingtons im arabischen Lager und ha-

Peres (r.) in Fez bei Marokkos König Hassan II.



ben sich zum Vorreiter einer proamerikanischen Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes gemacht, die gleichsam eine arabische Kapitulation vor Israel darstellt, wie sie den USA die Vorherrschaft über die Region garantieren würde.

Bezüglich einer Friedensregelung für den Nahen Osten stehen sich zwei grundsätzlich voneinander verschiedene Lösungsformeln gegenüber.

Die erste stützt sich auf die verschiedenen Resolutionen der UN-Vollversammlungen und findet sich wieder in den Beschlüssen der PLO und im Friedensplan des arabischen Gipfels von Fez im Jahre 1982.³ Und sie wird unterstützt durch die Nichtpaktgebundenen, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und die sozialistischen Länder. Die Essentials dieser Lösungsformel sind: Zur Beilegung des Nahostkonflikts soll eine internationale Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einberufen werden. An dieser Friedenskonferenz nehmen die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Großbritannien und China) sowie alle am Konflikt beteiligten Parteien, d.h. Israel, die angrenzenden arabischen Staaten (Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon) und die PLO als Vertreter des palästinensischen Volkes teil.

Zwei konträre Lösungsformeln

Die PLO ist gleichberechtigter und unabhängiger Verhandlungspartner. Die Konferenz ist mit umfassenden Vollmachten ausgestattet, einschließlich des Rechts, Entscheidungen zu fällen. Grundlage der Konferenz sind sämtliche Entscheidungen der Vereinten Nationen.

Seit die UNO 1974 die PLO offiziell anerkannt hat, betonte sie in ihren Resolutionen immer wieder, daß das palästinensische Volk wie jedes andere Volk ein Recht auf nationale Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen palä-

stinensischen Staates habe. Dieser Staat solle auf den Gebieten errichtet werden, die Israel während des Sechs-Tage-Krieges 1967 besetzt hat und aus denen es sich vollständig zurückziehen habe.

Dem steht ein völlig anderes Verständnis seitens Israels und der USA über eine Friedenslösung gegenüber:

Das erste Prinzip dieser amerikanischen Lösungsformel lautet: Separate und direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Ziel dieses Prinzips ist es, die arabische Verhandlungsfront durch Aufsplitterung zu schwächen.

In den 50er und 60er Jahren hatten die USA noch bedingungslos die israelischen Aggressionen und Expansionsbestrebungen unterstützt, weil sie in Israel den einzigen Garanten ihrer Hegemonialbestrebungen im Nahen Osten sahen. Seit Beginn der 70er Jahre modifizierten sie ihre Haltung.

Die UNO heraushalten!

Grund dafür war die zunehmende Distanz der arabischen Länder zu Washington bei gleichzeitigem Wachsen ihres politischen und wirtschaftlichen Gewichts (Einsatz des Öls als politische Waffe!).

1969 begann der damalige US-Außenminister Rogers die Möglichkeiten separater Abmachungen zwischen Israel und Ägypten zu erkunden.

Der Widerstand Nassers, der in Rogers' Bemühen den Versuch sah, Ägypten aus der gemeinsamen arabischen Front herauszureißen, ließ den US-Diplomaten seinen Plan modifizieren. Die USA erklärten sich einverstanden mit Verhandlungen unter Federführung der UNO, versuchten diese aber gleichzeitig faktisch zu umgehen, um sich selber als Vermittler ins Spiel zu bringen.

Hier wird das zweite Prinzip der US-Nahostdiplomatie deutlich: Die USA versuchen die Vereinten Nationen aus dem Friedensprozeß im Nahen Osten

herauszuhalten bzw. deren Rolle so klein wie möglich zu halten. Denn eine Schrittmacherrolle der UNO würde auch die Sowjetunion als Garanten für eine Friedensregelung auf den Plan rufen, worin die USA „die Gefahr des wachsenden sowjetischen Einflusses im Nahen Osten“ wittern.

Genau aus diesem Grund scheiterte die erste Nahostkonferenz unter Federführung der UNO im Jahre 1973, deren Rolle die USA auf die eines Mediators zur Truppenentflechtung nach dem Oktoberkrieg 1973 zu reduzieren versuchten. Die Konferenz tagte ganze zwei Tage. Ein greifbares Ergebnis brachte sie nicht. Das dritte Prinzip der US-Nahostdiplomatie besteht darin, die explizite Anerkennung der Resolution 242 von 1967 zur Grundlage eines jeden Friedensprozesses im Nahen Osten zu machen. Die Anerkennung dieser Resolution wird von der PLO abgelehnt.

Denn erstens reduziert sie das Problem der Palästinenser auf das von nicht näher definierten Flüchtlingen. Zum zweiten ist bis heute aufgrund unterschiedlicher Formulierungen in der englischen und französischen Fassung nicht klar, inwieweit sich Israel aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten zurückziehen soll. Fordert die französische Fassung den „Rückzug aus den während des jüngsten Konfliktes besetzten Gebieten“, so fehlt das „den“ in der englischen Fassung. Es ist also nur die Rede vom „Rückzug aus während des jüngsten Konfliktes besetzten Gebieten“.

Israel sieht in der Resolution eine internationale Legitimation für die andauernde Besetzung des palästinensischen Westjordanlandes und des Gazastreifens.

Das vierte Prinzip der amerikanischen Lösungsformel schließlich ist die Absage an die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates und an eine eigenständige palästinensische Vertretung bei Nahostverhandlungen. Soweit überhaupt palästinensische Vertreter zugelassen werden, so soll das nur im Rahmen der Delegationen anderer Konflikt-

Ägyptens Präsident Mubarak (r.), bei einer Visite in Amman, und Jordaniens König Hussein (l.)



parteien geschehen — vorzugsweise bei Jordanien.

Diese vier Prinzipien sollten zum Leitfaden der gesamten US-Nahostdiplomatie bis heute werden. Nach dem Scheitern der Genfer Nahostkonferenz vermittelte Henry Kissinger, Sicherheitsberater von US-Präsident Nixon, am 18.1.1974 ein erstes Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel und Ägypten. Der damals amtierende Präsident und Nachfolger Nassers, Anwar al-Sadat, bezeichnete es als „Wendepunkt und möglichen Ausgangspunkt für künftige Entwicklungen“.⁴

Ladenhüter Reagan-Plan

Sadat wußte, wovon er redete. Fast vier Jahre später besuchte er als erster arabischer Staatsmann Jerusalem.

Er öffnet damit den Weg zu unter US-Auspizien ausgehandelten Separatverhandlungen zwischen Ägypten und Israel. Auf dem Treffen zwischen den damaligen Präsidenten der USA, Israels und Ägyptens, Carter, Begin und Sadat, im September 1978 auf Carters Sommer-sitz in Camp David wurde der Grundstein des ersten Separatfriedens zwischen dem zionistischen Staat und einem arabischen Nachbarstaat gelegt.

Das Separatabkommen zwischen Begin und Sadat war nach Vorstellungen von Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski der erste von „drei konzentrischen Kreisen“, wie er die „Bewegungen in Richtung auf eine Regelung“ bezeichnete. Der mittlere Kreis könne dann nach Vorstellungen Brzezinskis zu einer Übereinkunft zwischen Israel und Jordanien unter Einschluß von gemäßigten Palästinensern führen. Und der dritte Kreis sähe ein Separatabkommen Israel-Syrien vor. Der Genfer Konferenz käme die Aufgabe zu, dieses Separatabkommen zu bestätigen.

Die Rahmenvereinbarungen von Camp David sahen eine bloße Selbstverwaltung für die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen vor, deren Modalitäten zwischen Israel, Jordanien und Ägypten ausgehandelt werden sollten, wobei Israel auch in Zukunft eine Militärpräsenz und Jordanien eine „Sicherheitsrolle“ zugebilligt wird. Sog. gemäßigte Palästinenser sollten an den Verhandlungen beteiligt werden, allerdings nur im Rahmen der ägyptischen oder der jordanischen Delegation.

In den geheimen Ergänzungsabkommen zu Camp David vereinbarten Carter, Begin und Sadat, die radikalen Elemente in der PLO zu eliminieren, um die Befreiungsorganisation in eine pazifistische Organisation verwandeln zu können. Falls dies nicht gelänge, verpflichtete sich Kairo, anstelle der PLO „den Auf-

bau einer dritten Kraft bestehend aus palästinensischen Elementen, die mit den Haschemiten liiert und zur Akzeptierung der Vereinbarungen von Camp David bereit sind, zu ermutigen“.⁵ Aber Camp David führte in eine Sackgasse. Das Separatabkommen stieß im arabischen Lager auf breiten Widerstand. Im Dezember 1977 gründeten Syrien, Libyen, Südjemen, Algerien und die PLO die Arabische Standhaftigkeitsfront und im Dezember 1978 beschloß die arabische Gipfelkonferenz in Bagdad den Abbruch aller wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Kairo. Der starke Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten machte es der traditionellen notablen Führungsschicht unmöglich, sich an dem Separatdeal zu beteiligen.

Im September 1982 wartete US-Präsident Reagan mit einer neuen Nahostinitiative auf. Er meinte angesichts der Schwäche der PLO nach deren Auszug aus Beirut, die arabischen Staaten davon überzeugen zu können, daß die USA ohne UNO und Sowjetunion dazu in der Lage wären, eine Friedensformel für den Nahen Osten zu finden.

Der Reagan-Plan⁶ hatte nichts Neues vorzuweisen: Direkte Verhandlungen, sog. „Selbstverwaltung der besetzten Gebiete“ mit weitgehenden Interventionsrechten Jordaniens und Israels. Keine Beteiligung der PLO an Verhandlungen.

den Yasser Arafat im Dezember 1983 bei Mubarak schuf ihm den Vorwand, im Herbst 1984 die bis dahin heimlich gepflegten Kontakte zu Ägypten in offene diplomatische Beziehungen umzuwandeln.

Die Herausbildung einer Achse Kairo-Amman war die Folge. Mit der Unterzeichnung des Amman-Abkommens durch den PLO-Vorsitzenden Arafat im Februar 1985 meinten die beiden Regimes einen ersten Erfolg verbuchen zu können. In diesem Abkommen erklärte sich die PLO-Führung bereit, auf eine eigene palästinensische Repräsentation zugunsten einer jordanisch-palästinensischen Delegation und auf die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zugunsten einer jordanisch-palästinensischen Konföderation zu verzichten.

Allerdings gelang es Hussein und Mubarak nicht, die PLO-Führung zu einem weiteren Zugeständnis zu überreden, zur Anerkennung der Resolution 242. Jordanien reagierte mit dem Einfrieren des Amman-Abkommens. Die palästinensischen Fraktionen nahmen Verhandlungen zur Wiedervereinigung der PLO auf einer fortschrittlichen und antiimperialistischen Grundlage auf.

Die Beschlüsse des 18. Palästinensischen Nationalrats (PNC) vom April d.J. in Algier, d.h. die Forderung nach einer mit allen Vollmachten ausgestatteten inter-



Nahost-Hauptakteure Reagan (r.) und Hussein in Washington

Angesichts der für die Befreiungskräfte ungünstigen Kräfteverhältnisse in der Region und aufkommender Spaltungen innerhalb der Reihen des palästinensischen Widerstandes hielt der jordanische König Hussein die Zeit für gekommen, in enger Kooperation mit Ägypten auf der proamerikanischen Linie offen mitzuziehen. Der Besuch des PLO-Vorsitzen-

nationalen Konferenz unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, auf der die PLO allein das Recht der Vertretung des palästinensischen Volkes hat, die Zurückweisung der Resolution 242 und jeder Lösung, die unterhalb der Errichtung eines palästinensischen Staates endet, sowie die Ablehnung der Teilung der palästinensi-

schen Selbstrepräsentation, hat die Illusion des proimperialistischen Lagers erst einmal zerstört, die PLO in eine amerikanische Lösungsformel einzubeziehen.

Vor allem die Kündigung des Amman-Abkommens hat in Kairo, Amman und Washington die Gemüter erregt.

Das Abkommen war in seiner Logik eine unmittelbare Fortsetzung von Camp David und nahm den von Begin, Carter und Sadat eingeleiteten Aussöhnungsprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn genau an dem Punkt wieder auf, wo er seinerzeit steckengeblieben war. Es betrieb eine Ausweitung des „Friedensprozesses“ auf Jordanien unter Einbeziehung von sog. „gemäßigten Palästinensern“ – Brzezinskis zweiter konzentrischer Kreis.

Kündigung des Amman-Abkommens

Aus diesem Grund wies die ägyptische Regierung dem Amman-Abkommen, an dessen Zustandekommen sie maßgeblich beteiligt war, eine Schlüsselrolle bei der Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes zu. „Ägypten sieht im Amman-Abkommen und der jordanisch-palästinensischen Annäherung ein Kernelement für diplomatische Aktivitäten in der Region. Die Kündigung des Amman-Abkommens würde einen wichtigen Pfeiler der Strategie des Westens für einen Frieden im Nahen Osten zerstören.“⁷ So warnte der ägyptische Außenminister Meguid vor dem PNC.

Die Ausdehnung des Camp-David-Prozesses auf andere arabische Staaten würde Ägypten die Perspektive eröffnen, seine Isolierung im arabischen Lager zu durchbrechen. Durch enge Beziehungen zur PLO und durch seine Vermittlungstätigkeit zwischen der Palästinenserorganisation und Washington erhoffte sich Ägypten ein größeres Gewicht bei einer Lösung des Nahostproblems. Obendrein wollte es die anderen arabischen Staaten davon überzeugen, daß es mit seiner Option für die amerikanische Lösung doch Recht gehabt habe. Die Blockierung dieses Weges durch die PNC-Beschlüsse droht Ägypten wieder in die Isolation innerhalb des arabischen Raumes zurückzuwerfen.

Auch für Jordanien war die Kündigung des Amman-Abkommens eine bittere Pille. Es hat König Hussein nicht nur die palästinensische Karte entrissen, sondern ebenso seine Illusionen zerstört, sich die Westbank, die von 1948-67 unter jordanischer Kontrolle stand, erneut unter den Nagel zu reißen.

Aus diesem Grund setzte im Februar d.J. eine eifrige Reisediplomatie zwischen Tel-Aviv, Washington und verschiedenen

arabischen Hauptstädten ein.

Man wollte retten, was zu retten ist und sich so schnell wie möglich auf die Modalitäten zur Abhaltung einer internationalen Konferenz einigen, um Fakten zu schaffen, an denen niemand mehr vorbeigehen kann. „Internationale Konferenz“ bedeutet jedoch kein Abgehen des proimperialistischen Lagers von „direkten Verhandlungen“, sondern ist ein bloßer Propagandatricks, der die wirklichen Absichten Washingtons und Tel-Avis verschleiern soll.

Im Februar d.J. hatte der israelische Außenminister und Führer der israelischen Arbeiterpartei, Schimon Peres, 10 Bedingungen formuliert, unter denen er bereit sei, einer internationalen Nahostkonferenz zuzustimmen. Die wichtigsten dieser Bedingungen: Es stünde der Konferenz nicht zu, irgendeiner Partei einen Beschluß ohne deren Einwilligung aufzuzutroyieren, die eigentlichen israelisch-arabischen Verhandlungen müßten außerhalb des Rahmens der internationalen Konferenz geführt werden, die Basis der Konferenz stellen die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates dar.

Nahostkonferenz zu finden. Informationen besagen, daß sie dabei wichtige Schritte vorangekommen sind:

Die Konferenz solle lediglich direkte Verhandlungen einleiten. Unmittelbar auf der Eröffnungssitzung werden dann drei Komitees gebildet, in denen dann die eigentlichen Verhandlungen geführt werden: ein israelisch-jordanisch/palästinensisches, ein israelisch-syrisches und ein israelisch-libanesisches Komitee. Verhandlungsfortschritte in einem dieser Komitees stehen in keinerlei Abhängigkeit von Fortschritten in den anderen Komitees. Mit der Bildung der Komitees ist die Funktion der internationalen Konferenz beendet, die keinerlei Recht hat, in die Arbeit der Komitees einzugreifen bzw. ihr Veto gegen die in den Komitees gefällten Beschlüsse einzulegen.

Nach eifrigen Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Konsuls in Jerusalem, Kloferias, zwischen den Regierungen in Tel-Aviv und Amman stimmte König Hussein einem US-Arbeitspapier zu, in dem weitere Details der internationalen Konferenz entwickelt werden.



Voraussetzung für eine Beteiligung der Sowjetunion sei, daß diese die Auswanderungsbedingungen für sowjetische Juden erleichtere und die diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederaufnahme, die sie infolge des Sechs-Tage-Krieges 1967 abgebrochen hat.⁸

Unmittelbar nach der Tagung des palästinensischen Nationalrates trafen König Hussein, Schimon Peres und der israelische Verteidigungsminister Rabin heimlich in London zusammen mit dem Ziel, eine gemeinsame Definition für eine

Die PLO wird nach den amerikanischen Vorschlägen nur dann an internationalen Verhandlungen beteiligt, wenn sie die Resolution 242 anerkennt und sich von „Gewalt“ und „Terrorismus“ – sprich vom bewaffneten Befreiungskampf – lossagt.

Falls nicht, werde man palästinensische „Führer“ außerhalb der PLO als Mitglieder der jordanischen Delegation benennen. Gedacht sei beispielsweise an den Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, und den Ex-Bürgermeister von

Gaza, Rashad Shawa. Beide sind traditionelle palästinensische Notablen mit engen Verbindungen zum haschemitischen Königshaus. Über eine mögliche Beteiligung der Sowjetunion und der VR China sollten sich die israelische und die jordanisch/palästinensische Delegation vor der Konferenz selber einig sein.⁹

Auf dem darauf erfolgten Kurzbesuch in Kairo am 12. Mai d.J. holte sich König Hussein die Rückendeckung für diesen Plan bei Hosni Mubarak, der den jordanischen Herrscher allerdings ermahnte, entschiedener zu seinen Positionen zu stehen. Um nämlich nicht das gleiche politische und persönliche Schicksal wie Sadat zu erleiden, und Jordanien, das wirtschaftlich völlig abhängig ist von den Überweisungen jordanischer Arbeiter in den Golfländern und von großzügiger Wirtschaftshilfe der Ölscheichs der arabischen Halbinsel, nicht im arabischen Lager zu isolieren, will Hussein sich alternative Hintertüren für den Fall offen halten, daß seine Politik der „direkten Verhandlungen“ im Rahmen einer „internationalen Konferenz“ scheitern sollte. So bestritt das Informationsministerium in Amman offiziell, daß Jordanien in die Beschränkung der sowjetischen Rolle oder die Einschränkung der Vollmachten der internationalen Konferenz einwilligt habe. „Jordanien besteht auf der Beteiligung der fünf Mitglieder des Sicherheitsrates und aller betroffener Parteien, darunter der PLO“, heißt es in der Erklärung vom 12.5.1987.¹⁰

Offerten an die PLO

Genausowenig will Jordanien die Verbindungen zur PLO völlig abbrechen, weil das haschemitische Königshaus bislang die Hoffnung nicht aufgegeben hat, doch noch rechte Kräfte in der PLO-Führung von der Option „jordanisch-palästinensische Delegation“ überzeugen zu können. Denn natürlich würde ein palästinensisches Cover in Form der PLO die von Hussein und Peres angestrebten direkten Verhandlungen sehr vereinfachen.

Es wäre der beste Garant dafür, Widerstände im arabischen Lager und auf internationaler Ebene gegen Separatverhandlungen zum Schweigen zu bringen. Während eine sich in der Ablehnung einer „palästinensisch-jordanischen Delegation“ einige PLO – international als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt – jede Legitimität Jordaniens im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen, infrage stellen und den Friedensprozeß à la Washington torpedieren kann.

Deswegen das Schwanken Jordaniens zwischen Offerten gegenüber der PLO und die gleichzeitigen Drohgebärden:

Wenn Ihr nicht mitzieht, können wir auch ohne Euch.

So erklärte der jordanische Ministerpräsident Rifai: „Jordanien hat alles in seiner Macht stehende getan, damit die PLO zur Teilnahme an der Nahostkonferenz eingeladen wird und sich an deren Arbeit beteiligt. Wir arbeiten darauf hin, daß die PLO entsprechend des Vertrages vom 11. Februar (gemeint ist das Amman-Abkommen; d. Verf.) im Rahmen einer jordanisch-palästinensischen Delegation teilnimmt.“¹¹

Gleichzeitig zieht Amman alle Drähte zum Aufbau einer alternativen palästinensischen Führungsschicht. Am 20. April d.J., also genau am Vorabend des PNC in Algerien, hielt Abu Zaim, Ex-Sicherheitschef von Al Fatah, einen sog. palästinensischen Volkskongreß ab, der dem PNC das Recht absprach, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen.

Neuaufgabe des Fez-Plans?

Abu Zaim hatte sich auf jordanischen Druck von Fatah und der PLO losgesagt, nachdem diese sich geweigert hatte, die Resolution 242 als Grundlage für Nahostverhandlungen zu akzeptieren und Hussein daraufhin das Amman-Abkommen einfro, und eine sog. Korrekturbewegung in Fatah und der PLO gründete. Auch Hikmet Masri, Elias Freij und Rashad Shawi, nach Peres und Husseins Vorstellungen mögliche Kandidaten für die palästinensisch-jordanische Delegation, warnen, der PNC hätte gefährliche Beschlüsse gefaßt.

Der jordanische Premierminister Ziad Er-Rifai hat inzwischen Wahlen noch vor Ende des Jahres in Jordanien angekündigt – die ersten, nachdem 1967 infolge des Sechs-Tage-Krieges in Jordanien der Ausnahmezustand verhängt wurde. Da von den 2,5 Mio Einwohnern Jordaniens 60% Palästinenser sind, will Rifai durch diesen Schachzug den Anspruch der PLO untergraben, für alle Palästinenser inner- und außerhalb der besetzten Gebiete zu sprechen.

Ägypten fährt auf der gleichen Schiene. Es versucht nach den ersten Sanktionen gegen die PLO die Wogen wieder zu glätten und die Differenzen zwischen Kairo und der Befreiungsorganisation wieder herunterzuspielen. Gleichzeitig verlas das ägyptische Radio einen Brief Abu Zaims an Mubarak, in dem dieser in Anspielung auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der PLO und der Sowjetunion behauptet, einige palästinensische Zirkel würden in Zusammenarbeit mit äußeren Kräften versuchen, die PLO zu dominieren.

Die PLO würde die zur Zeit günstigen Chancen für eine Lösung des Nahost-

problems verspielen, was sie noch teuer zu stehen kommen würde. Die Verlesung dieses Briefes kam einer erstmaligen Anerkennung dieser PLO-Dissidentengruppe durch das ägyptische Regime gleich. Mubarak, Hussein, Peres und Washington wissen, daß die Zeit eilt und versuchen, so schnell wie möglich Fakten zu schaffen.

Sie befürchten, daß sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten nach den positiven Beschlüssen des PNC wieder fester um die PLO zusammenschließen werden und daß durch die Wiedervereinigung in Algerien der Massenkampf in den besetzten Gebieten wieder neuen Auftrieb erhält. Das dürfte die Bedingungen zum Aufbau einer alternativen palästinensischen Führungselite erheblich erschweren.

Außerdem wollen sie einer arabischen Gipfelkonferenz mit vollendeten Tatsachen zuvorkommen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, hat angekündigt, daß die arabischen Staatsoberhäupter noch in diesem Jahr in der saudischen Hauptstadt Riad zusammenkommen werden.

Sollte der arabische Gipfel seinen Friedensplan von Fez von 1982 aufrechterhalten und bekräftigen, wird es für Jordanien sehr schwer werden, sich unter Bruch der arabischen Beschlüsse auf direkte Gespräche mit Israel einzulassen – auch wenn dies unter dem Cover einer von den USA gesponsorten internationalen Konferenz geschieht. Der arabische Fez-Plan fordert eine internationale Konferenz, an der die PLO unabhängig und gleichberechtigt teilnimmt und strebt die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten an.

Mit der Wiedervereinigung der wichtigsten palästinensischen Organisationen auf einer gemeinsamen Plattform wurde das erste Hindernis auf dem Weg zum arabischen Gipfel aus der Welt geräumt. Saudi-Arabien ist zur Zeit eifrig dabei, weitere arabische Differenzen zu glätten, um den Weg zum Gipfel frei zu machen.

UN-Konferenz-Befürworter Gorbatschow (l.) und Arafat in Moskau





Israelischer Besatzungssoldat in Gaza (oben); Koalitionspartner Peres (l.) und Schamir im Zwist über eine Nahostkonferenz



So fand Anfang Mai auf saudische Initiative hin ein Gipfeltreffen zwischen dem marokkanischen König Hassan II. und dem algerischen Staatschef Chadli Benjedid an der algerisch-marokkanischen Grenze und ein Treffen zwischen dem syrischen und irakischen Präsidenten, Hafez Al-Assad und Saddam Hussein, auf dem jordanischen Luftwaffenstützpunkt Jufur statt.

Marokko und Algerien sind über die Westsaharfrage zerstritten, während Syrien den irakischen Gegner im Golfkrieg, den Iran, unterstützt. Die Saudis brauchen angesichts der iranischen Weigerung, den Golfkrieg durch Verhandlungen zu beenden, und angesichts der Gefahr, daß der Krieg auch auf die anderen arabischen Golfstaaten übergreifen könnte, die geschlossene arabische Unterstützung. Sie können es sich nicht erlauben, daß der Gipfel aufgrund anderer Dissenspunkte auseinanderzubrechen droht.

Saudi-Arabien, das nie auf die Beteiligung der PLO bei einer Nahostlösung drängte, nimmt jetzt die unabhängige und gleichberechtigte Beteiligung der PLO in Kauf, wenn es sich dafür der geschlossenen Solidarität der Mitglieder der arabischen Liga gegenüber iranischen Drohungen versichern kann.

Noch ein anderer Faktor hat die saudische Haltung positiv beeinflusst. Die Sowjetunion hat ausdrücklich betont,

daß sowjetische Sicherheitsgarantien für die arabischen Golfanrainer auch Saudi-Arabien einschließen, obwohl der „Hüter der islamischen heiligen Stätten“, wie das saudische Königshaus sich selbst zu nennen pflegt, diplomatische Beziehungen zu der atheistischen Sowjetunion ablehnt. Dafür ist Saudi-Arabien bereit, eine gleichberechtigte Rolle der Sowjetunion auf einer internationalen Nahostkonferenz zu akzeptieren.

Schimon Peres konnte sich zwar mit König Hussein weitgehend über die Details einer internationalen Konferenz einig werden. Doch hat ihm das zu Hause Schwierigkeiten eingebracht — mit seinem Koalitionspartner Schamir, dem derzeitigen israelischen Ministerpräsidenten, der die internationale Konferenz, selbst so wie Peres sie versteht, als ein „Verbrechen“ und „einen zerstörerischen Plan“ bezeichnet.

Zwist in Tel-Aviv

Die Regierungskoalition zwischen Arbeiterpartei und Likud-Block droht inzwischen an der Frage der internationalen Konferenz auseinanderzufallen. Schamir will unumwunden direkte Verhandlungen, ohne irgendeine internationale Konferenz als schimmerndes Beiwerk — und sei es nur, um die Ergebnisse der direkten Verhandlungen abzusegnen. Er befürchtet, daß eine internationale Konferenz, vor allem mit der Aussicht auf eine sowjetische Teilnahme, den Druck auf Israel verstärken könne, die besetzten Gebiete zu räumen, von denen Schamir im Gegensatz zu Peres keinen Quadratmeter aufgeben will. „Die Westbank muß ein Teil von Judäa und Samaria bleiben, aus dem wir uns nicht zurückziehen.“¹²

Peres seinerseits weiß, daß König Hussein unter solchen Bedingungen nicht mitziehen kann. Im Gegenteil drängt Hussein auf die Vorabsage Peres', daß Israel im Gegenzug für seine Bereitschaft

zu direkten Verhandlungen, sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen werde. Damit hofft er, doch noch rechte Kreise innerhalb der PLO-Führung von seiner Formel einer internationalen Konferenz überzeugen zu können, um dann mit palästinensischer Rückendeckung auf dem anstehenden arabischen Gipfel für eine Lösung des Nahostproblems à la Washington werben zu können und gleichzeitig seine eigene Position im arabischen Lager stärken zu können.

Die Reagan-Administration befindet sich in einem Dilemma.

Zum einen weiß sie, daß die Zeit eilt. Andererseits ist sie auch nicht an einem Auseinanderbrechen der Regierungskoalition in Israel interessiert. Sie befürchtet, daß der Likud-Block in der Opposition einen noch größeren Störfaktor darstellen könnte.

US-Außenminister Shultz hat in einem Brief an Schamir die Garantie gegeben, daß die USA nur unter den von Israel formulierten Bedingungen an einer internationalen Konferenz teilnehmen würden und sich sofort zurückzögen, falls Israel dies fordere.

Vor dem Jahreskongreß des Ausschusses für amerikanisch-israelische Beziehungen umriß Shultz in Anwesenheit von Schimon Peres die amerikanische Position:

Die USA würden alle Möglichkeiten zu einem Frieden ausloten, darunter die Abhaltung einer internationalen Konferenz, die sofort in direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien mündet, aber er (Shultz) und Ronald Reagan „würden nicht auf einer internationalen Konferenz bestehen und auch nicht von den anderen Parteien verlangen, daß sie sich diesem Gedanken verpflichten“. Auf eine mögliche Rolle der Sowjetunion befragt, meinte er, daß „der Kreml zwar theoretisch eine solche einnehmen könne, aber zur Zeit sei das ausgeschlossen“.

Das Dilemma Washingtons

Der Grund: Neben dem Problem der jüdischen Emigration und der Ablehnung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel weist Shultz auf die konstruktive Rolle der Sowjetunion bei dem Vereinigungsprozeß der PLO in Algerien hin: „Sehen Sie nur, was die jetzt schon wieder machen. Sie ermüden die PLO zu einem höheren Maß an Ablehnung und Radikalität und zum Bündnis mit der übelsten Sorte von Terroristen und Tyrannen in der Region.“ Man wäre sich deswegen im unklaren darüber, ob die Sowjets denn nun eine konstruktive oder eine destruktive Rolle spielen wollten.¹³

Aber alle Garantien seitens der Reagan-

Administration genügen Schamir nicht, der den USA stattdessen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels vorwirft. Allerdings hat Schamir innenpolitisch viel an Einfluß eingebüßt.

Zwar hat die Arbeiterpartei eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das die Auflösung der Knesset und damit Neuwahlen zur Folge gehabt hätte, knapp verloren. Aber es ist nicht sicher, daß Schamir dies ein zweites Mal wird verhindern können. Meinungsumfragen besagen, daß 41% der Israelis für die Arbeiterpartei, aber nur 23% für den Likud-Block stimmen würden.

Will Damaskus eine Konferenz?

Und wie steht es nun mit dem dritten von Brzezinskis konzentrischen Kreisen mit Syrien?

Über die syrische Haltung gegenüber einer internationalen Nahostkonferenz bestehen ziemliche Unklarheiten. Will Damaskus, das ja wegen der israelischen Okkupation der Golan-Höhen ein unmittelbar Betroffener des Nahostkonflikts ist, überhaupt eine internationale Konferenz? Will es eine Konferenz, so wie es in den UN-Beschlüssen und im arabischen Fez-Plan definiert ist? Oder sollte es etwa sogar zu direkten Verhandlungen bereit sein?

König Hussein, seit zwei Jahren regelmäßiger Gesprächspartner von Syriens Staatschef Assad, hat Washington davon in Kenntnis gesetzt, daß Syrien zu direkten Verhandlungen mit Israel im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz bereit sei. Mit der gleichen Nachricht kehrte auch der amerikanische Ex-Präsident und Architekt von Camp David, Jimmy Carter, nach seinem Tête à Tête mit Assad nach Washington zurück. Carter fügte hinzu, daß Assad bereit sei, König Hussein eine führende Rolle bei Verhandlungen zwischen den Arabern zur Vorbereitung einer solchen Konferenz zuzubilligen.¹⁴

An anderen Orten fordern die Syrer eine internationale Konferenz, drängen allerdings nicht besonders auf eine Teilnahme der PLO an einer solchen. In dem gemeinsamen syrisch-sowjetischen Communiqué anlässlich des Besuchs des syrischen Präsidenten Assad in Moskau vom 25. April d.J. heißt es: „Die beiden Seiten unterstützen die Idee einer mit allen Vollmachten ausgestatteten Konferenz unter Federführung der UNO und unter Beteiligung aller betroffener Parteien.“¹⁵ Die PLO wird nicht erwähnt – und sicherlich nicht, weil die Sowjetunion Einwände erhoben hätte, ließ sie doch nichts unversucht, um die Wiedervereinigung der PLO zu ermöglichen.

Ein anderer Freund des syrischen Präsi-

denten weiß noch etwas anderes zu berichten, der Führer der Rebellion gegen Arafat und Führungsmitglied der Palästinensischen Errettungsfront, Abu Musa: „Ich habe noch nie von einem syrischen Führungsmitglied etwas anderes gehört, als daß die internationale Konferenz eine Phase darstellt, die Aufschub gewährt. Alles, was ich aus verantwortlichen Kreisen in Damaskus gehört habe, ist, daß die internationale Konferenz eine Phase sei, die es erlaube, die Vorbereitungen zur Schaffung eines strategischen Gleichgewichts fortzusetzen. Ich kann dem nur zustimmen.“¹⁶

Welche dieser drei Varianten widerspiegelt nun die wirkliche syrische Position? Nur eines ist klar: Syrien versucht die Rolle einer regionalen Großmacht zu spielen, hat aber weder die dazu notwendigen Petrodollars wie Saudi-Arabien noch ist es eine so bedeutende Militärmacht wie Irak oder Ägypten. Zudem steckt das Land in immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es spielt deswegen mit Karten, v.a. mit der palästinensischen und der libanesischen, und pokert zwischen den Alternativen, um herauszufinden, wer ihm für was am meisten bieten kann.

Und ein zweites scheint ebenso klar: An einer unabhängigen palästinensischen Vertretung auf einer Nahostkonferenz ist Syrien auch wenig gelegen. Das würde Damaskus bei Nahostverhandlungen, bei denen das Palästina-Problem im Mittelpunkt der Diskussionen steht, auf einen Platz in der zweiten Reihe verweisen. Gleichzeitig versucht das Regime in Damaskus herauszukriegen, was die USA als Gegenleistung für die Einwilligung in direkte Verhandlungen anzubieten haben, ohne allerdings den Fehler Ägyptens zu wiederholen, andere Trümpfe vorzeitig aus der Hand zu geben.

Die halbherzige Unterstützung der internationalen Konferenz ist insofern eher ein Zugeständnis an Moskau, auf dessen militärischen Schutzschirm Syrien im Kräfterennen mit Israel nicht verzichten will.

Anmerkungen:

- 1) Al-Hurrieh, Nikosia, 3.5.1987
- 2) Vgl. ebd.
- 3) Wortlaut siehe: AIB 11-12/1982, S.8
- 4) M. Robbe, Scheideweg in Nahost, Berlin/DDR 1982, S. 347
- 5) Zit. nach: W. Brönnner, Der Nahostkonflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M. 1979, S. 212
- 6) Wortlaut siehe: AIB 11-12/1982, S.6
- 7) As-Safir, Beirut, 15.4.1987
- 8) Al-Hadaf, Damaskus, 20.4.1987
- 9) Vgl. Al-Hurrieh, 17.5.1987
- 10) An-Nahar, 13.5.1987
- 11) Al-Hurrieh, 10.5.1987
- 12) Al-Hadaf, 20.4.1987
- 13) An-Nahar, 19.5.1987
- 14) Interview mit Jedioth Acharot vom 8.5.1987, zit. nach: An-Nahar, 9.5.1987
- 15) Syria Times, Damaskus, 27.5.1987
- 16) As-Safir, Beirut, 21.5.1987

Wiederau

Ein Wiederaufflammen der Kämpfe um die von Marokko besetzte Westsahara läßt sich seit dem Frühjahr 1987 registrieren. Zum ersten Mal seit 1983 kam es denn auch Anfang Mai d.J. zu einem Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter Marokkos und Algeriens, König Hassans II. und Chadli Benjedids, in Akid Lofti. Daß Algerien, das die westsaharische Befreiungsbewegung Frente POLISARIO unterstützt, in bilateralen Verhandlungen mit den Okkupanten einen Durchbruch hin zu einer politischen Lösung des Konflikts zu erzielen vermag, ist allerdings fraglich.

Am 20. Mai 1973 wurde von der drei Jahre zuvor bereits in ihrem Kern entstandenen „Volksfront zur Befreiung der Seqiat al-Hamra und Rio de Oros“ (Frente POLISARIO) der bewaffnete Befreiungskampf gegen die spanischen Kolonialherren eröffnet.

Am 14.11.1975 veräußerte Spanien seine ehemalige Kolonie an Marokko und Mauretanien, ungeachtet des eindeutigen Spruches des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag, der die marokkanischen historischen Ansprüche auf die Westsahara zurückgewiesen hatte, und auch ungeachtet der Erfahrungen der UN-Mission, die an Ort und Stelle festgestellt hatte, daß der größte Teil der lokalen Bevölkerung die Frente POLISARIO und damit die Unabhängigkeit des Landes unterstützte.

Mauretanien zog sich dann nach schweren militärischen Niederlagen und dem Sturz des Regimes von Ould Daddah im August 1979 vom Madrider Dreierabkommen zurück. Die marokkanische Armee war gezwungen, fast alle ihre ursprünglichen Positionen außerhalb des Hafens Ed-Dakhla und des sog. „nützlichen Dreiecks“ El Aaiun-Smara-Bu Cara zu räumen.

Nicht zuletzt dadurch war Marokko auch diplomatisch gegenüber der am 28.2.1976 proklamierten Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) immer mehr ins Hintertreffen geraten.

Deshalb begann Marokko ab 1981 auf eine neue Strategie zu setzen.

Es baute nacheinander eine Reihe überwiegend aus Sand bestehender Verteidigungswälle, die, mit im wesentlichen von den USA und anderen Verbündeten gelieferten elektronischen Anlagen und ausgedehnten Minenfeldern versehen,

Lothar A. Heinrich

Flammen des Westsaharakrieges



POLISARIO-Kämpfer überwachen Positionen des Gegners (l.); marokkanische Stellung im Verteidigungswall

der Sahrauischen Volksbefreiungsarmee (ALPS) einen immer größeren Teil der Westsahara versperren sollten. Heute ist das gesamte Gebiet, beginnend von Ed-Dakhla im Süden an Bir Enzaran und um Dreiga vorbei, dann entlang der mauretananischen Grenze östlich von Guelta Zemmour und weiter im Norden östlich an Amgala und Smara vorbei bis an die algerische Grenze zwischen Tindouf und Mahbes, von einer solchen Mauer eingeschlossen.

Zermürbungstaktik der Guerilla

Seit dem 16. Februar d.J. wird im Süden an einer sechsten Mauer, die Aoussert und Tichla von Osten her einschließt und von dort bis zum Atlantik reichen soll, gebaut. Ab Tichla verläuft sie demnach entlang der mauretananischen Grenze bis zum mauretananischen Eisenerzhafen von Nouadhibou. Diese Region, die für Mauretanien von erstrangiger ökonomischer Bedeutung ist, droht somit unmittelbar in Kriegshandlungen einbezogen zu werden, sobald die Frente POLISARIO die Mauer auch hier angreift.

In einem Interview mit der algerischen Zeitung „El Moudjahid“ vom 13.10.1986 gab DARS-Verteidigungsminister Brahim Ghali zu, daß die Sahrauische Befreiungsarmee zwischen 1982 und 1984 in der Tat Schwierigkeiten gehabt habe, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Seitdem habe man sich jedoch auf einen Abnutzungskrieg umgestellt und in der Praxis unter Beweis gestellt, daß man nach wie vor über die militärische Initiative verfüge, daß man jederzeit an jedem Ort zuschlagen könne.

So trifft es in der Tat zu, daß die Sahrauische Befreiungsarmee täglich an einem oder gar mehreren Punkten Angriffe auf die marokkanische Armee durchführt, die ihre Linien zum Schutze einer derart langen Mauer empfindlich überspannen mußte. Darüber hinaus mehrten sich gerade in letzter Zeit die Berichte westlicher Zeitungskorrespondenten, die in Begleitung von Einheiten der ALPS die Mauer überschritten haben und weit auf marokkanisch besetztes Gebiet vorgezogen sind.

Daß die ALPS auch hinter der Mauer operiert, erwies sich z.B. im Januar 1987, als ausgerechnet das Fahrzeug, das den saudischen Prinzen Bandar Ben Sultan transportierte, südlich von Smara auf eine Mine auffuhr. Saudi-Arabien ist zur Zeit der Hauptfinanzier des marokkanischen Kolonialkrieges.

Ihre militärische Kraft bewies die ALPS aber vor allem bei ihrem Großangriff vom 25. Februar 1987.

Drei Tage vor dem Jahrestag der DARS und eine Woche vor dem marokkani-

schen Thronfest sowie gleichzeitig mit einer Sitzung der Außenminister der OAU griff eine starke Streitmacht der ALPS den Sandwall im Abschnitt von El Farsia an und konnte ihn sogar nach marokkanischen Aussagen immerhin fünf Stunden lang besetzt halten. Einem Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur AFP zufolge machte die ALPS 83 Gefangene und erbeutete u.a. einen Panzer, zwei Kanonen und mehrere Maschinengewehre.

Die von der Frente POLISARIO vorgelegte Bilanz spricht für den März 1987 von insgesamt 350 Operationen. 388 marokkanische Soldaten seien in jenem Monat gefallen und 490 verwundet worden.

Die Strategie der Frente POLISARIO, in der solche Großangriffe wegen der damit verbundenen Opfer auch auf der eigenen Seite nur eine untergeordnete und primär propagandistische Rolle spielen, besteht darin, die hinter ihrer Mauer verschanzte marokkanische Armee durch permanente Angriffe, bei denen die eigenen Verluste minimal gehalten werden können, nervlich und materiell zu zermürben und so eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Diese Strategie, die wesentlich auf die innenpolitischen Rückwirkungen des Krieges zielt, ist vermutlich die einzig mögliche angesichts der unbestreitbaren Überlegenheit der marokkanischen Armee. Ob sie auch erfolgreich sein wird, ist jedoch alles andere als eindeutig.

Die Sahararepublik ist zwar inzwischen von 67 Staaten, davon der Mehrheit der afrikanischen Staaten, anerkannt, während Marokkos Besetzung der Westsahara von praktisch niemandem offiziell anerkannt ist.



In der Praxis verfügt Marokko jedoch über Verbündete eines ganz anderen Kalibers als die Sahararepublik.

Während der größte Teil der Staaten, die die DARS anerkannt haben, froh sind, wenn sie selbst durch internationale Finanzspritzen überleben können, wird der marokkanische Kolonialkrieg materiell und finanziell von Staaten wie Saudi-Arabien, den USA, Frankreich, Spanien, Südafrika und in wachsendem Maße von Israel unterstützt.

Israel z.B., das sich auch der mannigfachen Bemühungen des marokkanischen Regimes um Separatabkommen (z.B. Camp David 1978) mit seinen arabischen Nachbarn erfreut, revanchiert sich für diese guten Dienste zunehmend mit seinem militärischen Know how. So berichtete die Zeitung der Frente POLISARIO, „Sahara Libre“, im September 1986, daß der marokkanische Kronprinz bei einem Besuch der Mauer am 8.9.1986 von fünf israelischen Offizieren, darunter einem General, begleitet worden sei. Hier enthüllte sich auch der wahre Zweck des Besuches, den der damalige israelische Ministerpräsident Peres König Hassan II. am 21.6.1986 abgestattet habe.

Israel steigt ein

Einem Kommuniqué des Außenministeriums der DARS vom 9.3.1987 zufolge hat der Oberbefehlshaber der marokkanischen Truppen in der Westsahara, General Bannani, am 7. März d.J. – also unmittelbar nach dem Großangriff der ALPS bei Dhouiheb – drei hohe israelische Offiziere in seinem Quartier in der Garnison von Guelta Zemmour empfangen. Die Präsenz israelischer Militärspezialisten bei den US-amerikanisch-marokkanischen Manövern Anfang 1987 wurde sogar von den großen ägyptischen Tageszeitungen „Al Ahram“, „Al Jumhuriya“ und „Al Akhbar“ am 29.1.1987 bestätigt.

In die Reihe der Unterstützer der marokkanischen Kolonialaggression hat sich schließlich sogar die Sozialistische Republik Rumänien eingereiht. Das jedenfalls stellte der Europa-Vertreter der Frente POLISARIO, Mohamed Sidati, im Zusammenhang mit der Versenkung eines rumänischen Fischereischiffes am 8.11.1986 durch die ALPS in den Gewässern der DARS fest.

In Marokko selbst sind zwar jederzeit neue Unruhen und gar Volksaufstände als Ergebnis der wirtschaftlichen und sozialen Lage, die ihrerseits durch den Saharakrieg immer weiter verschlechtert wird, vorstellbar.

Mangels einer schlagkräftigen revolutionären Organisation ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß diese spontanen Ak-

tionen das Regime ernsthaft in Bedrängnis bringen können. Unter den oppositionellen Kräften, die mit Ausnahme vielleicht gewisser Kreise der Armee recht ineffektiv sind, gibt es bis auf die illegale marxistische Organisation „Illal Amam“ keine, die den offiziellen Chauvinismus in der Saharafrage nicht teilt. Auch ist die Mauer keineswegs so wirkungslos, wie sie von der Frente POLISARIO dargestellt wird. Zumindest die Städte einschließlich des Phosphatentrums Bu Craa liegen außerhalb der Reichweite der ALPS.

Mit dem Bau der sechsten Mauer wird der ALPS zweifellos der Zugang zum Atlantik wesentlich erschwert werden. Gerade mit dieser Mauer verfolgt Marokko zwei wichtige Ziele. Zum einen ist dies eine mögliche Wiedereinbeziehung Mauretaniens in den Krieg.

Mauretanien hat denn auch am 13.4.1987 offiziell gegen den Bau dieser nur 400 m von seiner Grenze entfernten Mauer protestiert, weiß man doch gerade dort allzu gut um die weit über die Westsahara hinaus bis zum Senegal reichenden „historischen Ansprüche“ Marokkos. Die Situation wird immerhin als so bedrohlich empfunden, daß der algerische Staatspräsident Chadli Benjedid am 26./27. April d.J. nach Mauretanien eilte, um das Land der algerischen Unterstützung zu versichern.

Das zweite – unmittelbare – Ziel besteht, wie die „Washington Post“ am 27.2.1987 schrieb, darin, „die immer häufigeren Angriffe“ der Frente POLISARIO gegen die internationale Fischereiflotte zu vermindern. So gedenkt man die EG dazu zu bewegen, mit Marokko ein Fischereiabkommen zu unterschreiben, das die fischreichen Gewässer der DARS einschließen und Marokko in die Lage versetzen würde, die aus den enormen Kosten der Besetzung der Westsahara erwachsenden Kredite zurückzahlen.

Der erwähnte Angriff auf das rumänische Schiff war in der Tat nur einer einer ganzen Serie seit Ende vergangenen Jahres.

Generell gewinnt Marokko auch Zeit, in Ruhe seine Strategie des Siedlerkolonialismus weiterzuführen und so die saharische Bevölkerung im eigenen Land durch überwiegend aus ärmsten Schichten rekrutierte marokkanische Siedler zur Minderheit zu machen.

Das Ziel, die Sahrauis im eigenen Land zur Minderheit zu machen, ist schon erreicht. Nach dem Abzug der Spanier 1975 waren ca. 20.000 Sahrauis in den drei großen Städten der Kolonie verblieben, wo bereits 1974 55% der Gesamtbevölkerung lebten (siehe: T. Hodges, Historical Dictionary of Western Sahara, London 1982, Jg. II, S. 287). Der Rest war fast völlig unter den Schutz der

Frente POLISARIO geflüchtet.

Heute zählt alleine die Hauptstadt El Ayoun rund 100.000 Einwohner, die sich folglich fast ausschließlich aus Marokkanern rekrutieren können. Von großer Bedeutung ist allerdings, wie sich das Los der verbliebenen Sahrauis und auch das der marokkanischen Colons gestaltet.

Diese Frage wird vor allem dann relevant, wenn es wider Erwarten doch eines Tages zu einem Referendum kommen sollte, das nicht nur von der Frente POLISARIO gefordert, sondern seit Beginn der 80er Jahre auch von Marokko – allerdings mit völlig anderen Bedingungen verknüpft – akzeptiert wird. Die Informationen, die es dazu von seiten mancher Journalisten, die mit marokkanischem Einverständnis zumindest in El Ayoun geweilt haben, gibt, widersprechen sich völlig.

Während die Frente POLISARIO das Los der Sahrauis unter marokkanischer Herrschaft als dem der Schwarzen in Südafrika oder der Indianer in den Reservaten analog schildert, wird etwa in einer im Mai 1987 in der Londoner Monatszeitschrift „The Middle East“ erschienenen Reportage behauptet, die marokkanische Regierung bevorzuge ihre „saharaischen Provinzen“ und insbesondere die dort lebenden Sahrauis gegenüber dem marokkanischen Kernland in jeder Hinsicht: wirtschaftlich, im Wohnungsbau, bei der Schulbildung, im Gesundheitswesen usw.

Sahrauis zur Minderheit machen!

Auf jeden Fall ist es wahrscheinlich, daß sich dort ein besonders kolonialistisches Bollwerk von armen Marokkanern herausbildet, wie es bekannt ist aus anderen Siedlerkolonien, Algerien, Südafrika, Israel.

Unter diesen Bedingungen liegt der Schlüssel für die Zukunft der Westsahara zunehmend in Marokko selbst. Solange dort ein Regime herrscht, das willens ist, die angebliche „Marokkanität“ der Westsahara mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, werden sich auch die notwendigen internationalen Finanziers für dieses Projekt finden.

Als Auslöser für eine eventuelle Revolution in Marokko ist der Saharakrieg nur ein Faktor – ein wichtiger zwar, aber vermutlich nicht der ausschlaggebende. Eine revolutionäre Situation besteht in Marokko heute nicht.

Auch der Ausgang des von Saudi-Arabien vermittelten Treffens zwischen Präsident Chadli Benjedid und Hassan II. in Akid Lotfi am 4.5.1987 hat erneut deutlich gemacht, daß es im Kräfteverhältnis in dieser Region seit Jahren keine qualitative Veränderung gegeben hat.

Ulrich Rupp Feldzug gegen die Tamilen

Auf über 1.000 Tote, meist Zivilisten, belief sich nach einer Woche die Bilanz einer militärischen Offensive der Regierung in Colombo gegen die von tamilischen Guerilleros gehaltenen Gebiete im Norden des Landes. Zum Anlaß für diesen Feldzug, der am 26. Mai d.J. begann, nahm die Regierung zwei Attentate auf mit Singhalesen besetzte Reisebusse und auf den zentralen Busbahnhof in Colombo Mitte April d.J., bei denen über 300 Menschen ums Leben gekommen waren. Die beiden wichtigsten Guerillaorganisationen, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) und die Revolutionäre Studentenorganisation von Eelam (EROS), bestritten jegliche Beteiligung. Sie machten stattdessen israelische Militärberater, die neben pakistanischen, britischen und taiwanesischen Experten der Armee beistehen, verantwortlich.

Bevor die jetzige Offensive gegen die nördliche, fast vollständig von Tamilen bewohnte Jaffna-Halbinsel begann, hatte die Regierung Jayewardene bereits Ende April d.J. tagelange Bombardierungen gegen das Gebiet angeordnet. Auch bei den jetzigen Angriffen, die Anfang Juni ins Stocken gerieten, wurde vorwiegend die Zivilbevölkerung mit Flächenbombardierungen und unter Einsatz von Napalm angegriffen. Präsident Junius Jayewardene, der dies bestritt, rechtfertigte die Offensive mit folgenden Worten: „Diese Regierung stand vor der Entscheidung, entweder die weiße Fahne zu hissen und den Tamilen zu signalisieren, 'nehmt, was ihr wollt', oder den Kampf aufzunehmen, bis entweder wir oder sie gewonnen haben.“¹ Die Wurzeln des Konflikts liegen in der chauvinistischen Politik der Bourgeoisie der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit der Singhalesen gegenüber den hinduistischen Tamilen seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1948 (vgl. AIB 8-9/1985, S. 49ff. und 7/1986, S. 21ff.). Die unter den Briten begünstigten Tamilen wurden in den darauffolgenden Jahren systematisch politisch, wirtschaftlich, sozial und religiös diskriminiert.

Antitamilische Pogrome in den Jahren 1958 sowie 1977, 1981 und 1983 taten ein Übriges, die Tamilen zu radikalisieren. Guerillaorganisationen, die die Errichtung eines eigenen Staaten Tamil



Regierungssoldaten beim Einsatz im Norden Sri Lankas

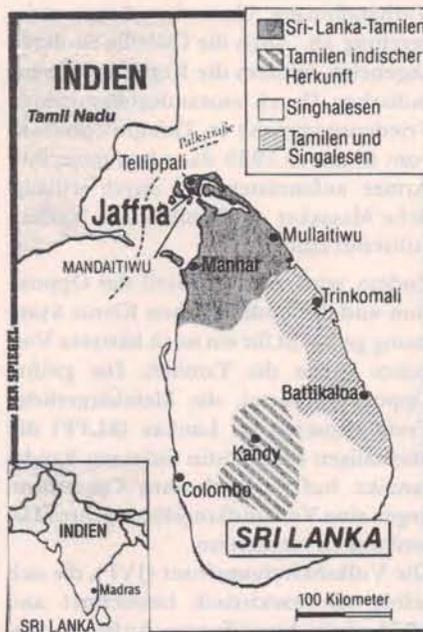
Eelam anstrebten, erhielten Zulauf. Neben den LTTE (gegr. 1972) und der EROS (gegr. 1975) wurden die Befreiungsfront von Tamil Eelam (TELO; gegr. 1973), die Volksbefreiungsfront von Tamil Eelam (PLOT; gegr. 1980) sowie die Revolutionäre Volksbefreiungsfront von Eelam (ERPLF; gegr. 1981) zu den wichtigsten Guerillaorganisationen. Nach dem Pogrom von 1983 und dem darauffolgenden Ausschluß der gemäßigten Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF) mit ihren 18 Abgeordneten aus dem Parlament konnten die fünf Organisationen 6-10.000 Kämpfer rekrutieren. Sie schlossen sich 1984 mit

Ausnahme der PLOT in der Nationalen Befreiungsfront von Eelam (ENLF) zusammen.

Die Politik und die Kampfmethoden des Großteils dieser Organisationen haben mit dazu beigetragen, die chauvinistischen Stimmungen bei beiden Völkern anzuheizen und somit eine friedliche Regelung des Konflikts zu erschweren. So gibt es bei den Guerillaorganisationen kaum Bemühungen, einen gemeinsamen Kampf mit den nationalen Linksparteien zum Sturz der seit 1977 herrschenden Regierung der nationalistisch-konservativen Vereinigten Nationalpartei (UNP) zu führen. Die repressiven Gesetze, die von dieser Regierung erlassen wurden, wurden meist unter dem Blickwinkel betrachtet, inwieweit sie gegen den Kampf der Tamilen gerichtet sind.

Jedoch war die Bekämpfung der Tamilen oft nur ein Vorwand, um die demokratischen Freiheiten des ganzen Volkes zu unterdrücken, Streiks zu verbieten, das Land unter — einem nunmehr vierjährigen — Ausnahmezustand zu halten. Damit abgesichert werden soll eine Politik des nationalen Ausverkaufs, die zu einer Verschlechterung der sozialen Lage geführt hat.

Deshalb forderten die Sozialistische Partei (LSSP), die Kommunistische Partei (CPSL) und die Volkspartei (SLMP), die für eine weitgehende Autonomie der Tamilen eintreten, schon 1985 in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, den Separatismus zu beenden. Der „Kampf für die Überwindung der Krise (muß)



vom unablässigen Kampf für die Absetzung der UNP-Regierung begleitet sein". Sie möchten, „daß die Völker der beiden größten nationalen Gemeinschaften – für die die kapitalistischen Machthaber keine andere Zukunft sehen als gegenseitiges Gemetzel in einem Bürgerkrieg, in dem es keine Sieger geben kann – Schulter an Schulter daran arbeiten können, allen Formen der Diskriminierung, Ungleichheit und Unterdrückung ein Ende zu setzen".²

Militarismus der Guerilla

Ein Hindernis für eine Entschärfung der Krise sind auch die Kampfmethoden einiger Guerillaorganisationen. Richteten sich die bewaffneten Aktionen anfangs ausschließlich gegen Armee, Polizei und in Wehrdörfern auf tamilischem Grund angesiedelte paramilitärische Siedler, so zogen sie zunehmend auch unbeteiligte singhalesische Zivilisten in Mitleidenschaft.

Dies veranlaßte die CPSL im Juni 1986, die „Neigung einiger Gruppierungen, vom bewaffneten Kampf gegen die Sicherheitskräfte zum sinnlosen Terror gegen die Zivilbevölkerung überzugehen“, zu verurteilen. „Mit einem echten Befreiungskampf, zu dem sich diese bewaffneten Organisationen bekennen, sind solche schändliche Taten absolut unvereinbar.“³

Für diese Politik stehen vor allem die LTTE. Sie verfolgten erbarmungslos Organisationen, die in jüngster Zeit Abstand von der Selbstisolierung der Guerilla und von der Position nahmen, die Lösung des Konfliktes sei nur durch militärischen Kampf möglich.

Im Frühjahr 1986 liquidierten die LTTE mehrere hundert Mitglieder der TELO, welche einer indischen Vermittlung zur friedlichen Lösung des Konfliktes nicht mehr ablehnend gegenüberstand und aufgrund ihrer militärischen Stärke zu einer Konkurrenz für die LTTE geworden war. Im Dezember 1986 schlugen die LTTE gegen die ERPLF los, welche in der Ostprovinz stärker als die LTTE verankert war und die bereit war, auch mit Progressiven unter den Singhalesen zusammenzuarbeiten, um die „Befreiung der gesamten lankischen Bevölkerung vom Imperialismus“ zu erreichen.⁴ Dies führte schließlich zum Zerfall der ENLF.

Auch die PLOT, welche der ENLF nicht beigetreten war, hatte unter Angriffen zu leiden, da sie ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der singhalesischen Linken nicht ausschließt. Die EROS ist bisher von Übergriffen verschont geblieben. Allerdings sprachen sich relevante Teile in der Ostprovinz gegen eine Zusammenarbeit mit den LTTE aus und der Spre-

cher der EROS, Balakumar, verurteilte in einem Interview die Angriffe der LTTE auf die Zivilbevölkerung, denn der größte Feind sei das faschistische lankische Regime.⁵

Die Überfälle auf Zivilisten, die separatistische Haltung der Mehrheit der Guerilla, ihre Selbstisolierung und Selbstzerfleischung hat es der Regierung und der Armee nicht unerheblich erleichtert, ihr militärisches Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren und eine militärische Lösung des Konfliktes zu suchen.

Die Truppenstärke der Armee wuchs innerhalb der letzten beiden Jahre von 11.500 auf 24.000 Mann! Mit Reservisten zählen die Streitkräfte 38.000 Mann. Die Polizei zählt weitere 21.000 Mitglieder.

Die Verteidigungsausgaben stiegen auf 370,6 Mio \$ und liegen mit einem Anteil von 14,8% des Budgets um das Zehnfache höher als vor 10 Jahren.⁶ Der Blutzoll des Krieges ist mit annähernd 10.000 Toten seit 1983 gewaltig; 300.000 Menschen sind ins Ausland geflohen.

Der wirtschaftliche Ruin des Landes schreitet voran. Die Ausfuhren sind deutlich zurückgegangen. Die Investitionstätigkeit ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Einnahmen aus dem Tourismus hatten sich schon 1985 auf 73 Mio \$ halbiert. Nach Aussagen des Finanzministers Ronnie de Mel dürfte es 10 Jahre in Anspruch nehmen, das Land wiederaufzubauen unter der Voraussetzung, daß der Krieg sofort beendet werden könnte.⁷

Autonomiebefürwortung Indiens

Doch dazu stehen die Chancen augenblicklich schlecht. Denn die Regierung hat militärisch Oberwasser und lehnt Verhandlungen über eine Autonomie-Regelung ab. Auch die Guerilla ist ihnen abgeneigt, seitdem die Regierung die auf indischen Druck zustande gekommenen Friedensgespräche in Thimpu (Bhutan) vom Sommer 1985 dazu benutzte, ihre Armee aufzurüsten und durch willkürliche Massaker an Tamilen den Waffenstillstand sabotierte.

Zudem wird vom Großteil der Opposition und des budhistischen Klerus Stimmung gemacht für ein noch härteres Vorgehen gegen die Tamilen. Die größte Oppositionspartei, die kleinbürgerliche Freiheitspartei Sri Lankas (SLFP) der ehemaligen Präsidentin Sirimavo Bandaranaike hofft, durch ihre Opposition gegen eine Verhandlungslösung ihre Massenbasis zu verbreitern.

Die Volksbefreiungsfront (JVP), die sich selbst als marxistisch bezeichnet und 1971 einen bewaffneten Aufstand aus-

gelöst hatte, vertritt ähnliche Positionen wie die SLFP. Seit den Pogromen von 1983 verboten, bekämpft sie die jetzige Regierung u.a. mit bewaffneten Mitteln. Die srilankischen Linksparteien sind in dieser Konstellation allein zu schwach, um ausreichenden politischen Druck für eine politische Lösung zu entwickeln.

Bleibt als wichtigster Faktor für eine Autonomieregelung die indische Regierung.

Sie hat scharf gegen die jetzige militärische Offensive protestiert. Sie beschuldigte Colombo des „kaltblütigen Abschlachtens der eigenen Bevölkerung durch Bombenteppiche“.⁸ „Während Indien geduldig und gewissenhaft auf eine politische Lösung hinarbeitete“, so Premierminister Rajiv Gandhi, „wird nun offenbar, daß die Regierung von Sri Lanka Zeit gewinnen wollte, um die militärische Option zu verfolgen.“⁹

Von Indien aus wurden bislang die tamilischen Guerilleros mit Waffen und anderen Gütern versorgt. Nachdem Anfang Juni d.J. die Entsendung von Schiffen mit humanitären Hilfsgütern für die auf der Jaffna-Halbinsel eingeschlossenen Tamilen am Eingreifen der srilankischen Marine scheiterte, wurde die Lieferung mit Hilfe von Flugzeugen abgewickelt. Indien hat viele Gründe, auf eine friedliche Lösung des Konfliktes hinzuwirken. Die 55 Mio Tamilen im indischen Bundesstaat Tamil Nadu drängen die Regierung, ihre Landsleute in Sri Lanka zu unterstützen. Tut sie es nicht, sind auch hier separatistische Tendenzen zu befürchten. Eine Unterstützung für die Gründung eines eigenen tamilischen Staates in Sri Lanka hätte jedoch möglicherweise den gleichen Effekt.

Zudem fürchtet die indische Regierung, daß bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts die USA noch größeren Einfluß in Sri Lanka bekommen könnten. Hieraus ist das energische Engagement der indischen Regierung gegen den Feldzug Colombos und für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien mit dem Ziel einer Autonomie für die Tamilen zu erklären.

Ein härterer Konflikt zwischen Sri Lanka und Indien scheint jedenfalls vorprogrammiert, wenn Colombo weiterhin auf eine militärische Lösung setzt.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 30./31.5. 1987
- 2) Gemeinsame Erklärung der Linksparteien in: AIB 8-9/1985, S. 50/51
- 3) Forward, 15.6.1986, zit. nach: Informationsbulletin (IB), Wien, Nr. 9/1986
- 4) Südasien-Info Nr. 2/1987, S.7
- 5) Vgl. die tageszeitung, 24.4.1987
- 6) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 26.2.1987
- 7) Vgl. FEER, 12.6.1986 und International Herald Tribune, Paris, 17./18.5.1986
- 8) SZ, 30./31.5.1987
- 9) India News, Botschaft der Republik Indien in Bonn, Pressemitteilung, 2.6.1987

Georg Diederichs

Rabukas „Vorbeuge“-Putsch

„Alles hinsetzen – dies ist eine Machtübernahme!“ Mit diesen markigen Worten überraschte ein Armeecoffizier am Vormittag des 14. Mai d.J. die verblüfften Parlamentsabgeordneten der Fidschi-Inseln.

Damit leitete er den ersten Militärputsch in der Geschichte des Landes und der gesamten südpazifischen Region ein. Während bewaffnete und maskierte Soldaten in den Sitzungssaal des Parlamentsgebäudes stürmten, erhob sich auf der Zuschauergalerie der 38jährige Oberstleutnant Sitiveni Rabuka und erklärte den Sturz der demokratisch gewählten Koalitionsregierung unter Führung Timoci Bavadras.

Rascher Aufstieg von Labour

Nur wenige Tage dauerte die Amtszeit der Koalition aus Labour-Partei (FLP) und der Nationalen Föderationspartei (NFP), die bei den Wahlen am 11. April d.J. 28 der insgesamt 52 Sitze im Inselparlament der Hauptstadt Suva erreicht hatte.

Dabei war der schnelle Aufstieg der Labour-Partei von ihrer Gründung im Juli 1985 zur Regierungspartei vor allem den Gewerkschaften zu verdanken. Verärgert über Korruption, Vettern- und Mißwirtschaft im Kabinett des seit der Unabhängigkeit Fidschis von Großbritannien im Jahr 1970 amtierenden Ex-Premiers Ratu Sir Kamiseva Mara und seiner Allianzpartei und empört über einen von der Regierung verordneten Lohnstopp, suchten die Gewerkschaften nach einem politischen Verbündeten.

Zwar rechnete Labour-Chef Bavadra, ein engagierter 52jähriger Arzt, der selbst acht Jahre lang an der Spitze des Verbandes der öffentlichen Bediensteten gestanden hatte, erst zu einem späteren Zeitpunkt mit der Machtübergabe der alten Regierung. Doch als mehr und mehr NFP-Parlamentarier begannen, ihrer eher konservativ ausgerichteten Partei den Rücken zu kehren und bei Labour eine neue politische Heimat fanden, ging der Wechsel schneller als erwartet vorstatten.

Mit den Gewerkschaften im Rücken und einem Regierungsprogramm, von dem sich vor allem die indischstämmige Bevölkerungsmehrheit Fidschis mehr



Chancen versprach, zog der neue Premier ins Parlament ein.

Innenpolitisch leidet Fidschi, das aus ca. 320 größeren und kleineren Inseln besteht und sich über eine Fläche von 18.272 qkm erstreckt, unter dem Kolonialerbe ethnischer Spannungen.

Die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien hatte die wirtschaftliche Macht der melanesischen Ureinwohner dadurch gesichert, daß sie den Bodenbesitz eindeutig zu deren Gunsten regelte. So gehören etwa 83% des Grund und Bodens Alt-Fidschianern, während nur 1,7% auf die ca. 350.000 Nachkommen indischer Arbeiter entfallen, die seit 1879 von den britischen Kolonialisten ins Land geholt wurden.

Heute sind vor allem die Zuckerbauern – Zucker ist Fidschis Hauptexportprodukt – von melanesischen Grundbesitzern abhängig. Über 80% dieser Bauern sind indischer Herkunft.

Labour-Politiker Bavadra nach seinem Wahlsieg (l.); Putschist Rabuka



Diese Rassendifferenzen haben ihren Niederschlag denn auch in den politischen Parteien gefunden. Mit der Allianzpartei Ratu Maras lag die Macht bei den Alt-Fidschianern, die rund 44% der Bevölkerung ausmachen.

Hinter Labour und der NFP versammelten sich dagegen vor allem Angehörige der indischstämmigen Bevölkerungsmehrheit. Labour-Chef Bavadra, selbst Alt-Fidschianer, plädierte jedoch für einen Vielvölkerstaat, in dem es weder Privilegien noch Nachteile wegen der ethnischen Herkunft geben sollte.

Doch gerade diese innenpolitischen Vorstellungen Bavadras waren es, mit denen Oberstleutnant Rabuka, bis vor kurzem Befehlshaber des im Libanon und auf der Sinai-Halbinsel stationierten UN-Truppenkontingents aus Fidschi, dritthöchster Offizier der Streitkräfte und methodistischer Laienprediger, seinen Putsch zu „rechtfertigen“ suchte. Angeblich habe er mit seiner Aktion Rassenunruhen vorbeugen wollen.

Atomwaffenfreien Kurs abbiegen

Auch die meisten Beobachter erklärten den Staatsstreich mit den Ängsten der melanesischen Ureinwohner gegenüber der indischstämmigen Bevölkerung, die nun mehrheitlich in der Regierung vertreten war. Geflissentlich übergangen wurde dabei allerdings, daß die Absetzung der Koalitionsregierung aus FLP und NFP zumindest den USA nicht un-gelegen kam.

Die Regierung Bavadra ließ nämlich keinen Zweifel daran, daß Fidschi künftig eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgen und sich aktiv für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik einsetzen würde.

Die Tragweite dieser Entscheidung wird umso klarer, wenn man sich die Bedeutung Fidschis für die Pazifikstrategie der USA betrachtet. US-Unterstaatssekretär John Monjo umschrieb die Rolle Fidschis 1986 jedenfalls so:

„Fidschi war stets einer unserer verlässlichsten Unterstützer in der Region. Wenn ein besonders unerhörtes Vorgehen der Sowjetunion eine öffentliche Verurteilung erforderte, war Fidschi immer bereit.“

Es hat unseren Kriegsschiffen seine Häfen zu einer Zeit geöffnet, als mächtige politische Kräfte in der Region einen solchen Schritt ablehnten, und es hat eine konstruktive und nützliche Rolle bei den laufenden Verhandlungen über ein regionales Fischerei-Abkommen gespielt.“

Zwar untersagte auch Ex-Premier Ratu Mara 1980 nuklearangetriebenen und mit Atomwaffen bestückten US-Schiffen das Anlaufen fidschianischer Häfen. Doch schon zwei Jahre später wurde diese Entscheidung auf Druck der USA wieder aufgehoben.

Stattdessen eröffnete Fidschi eine Botschaft in Washington und die Reagan-Administration bedankte sich mit 1,5 Mio \$ Wirtschaftshilfe an den von niedrigen Weltmarktpreisen gebeutelten Zuckerelexporteur. Mit US-Hilfe wurde ein Pazifisches Handelszentrum aufgebaut und auch das Asiatisch-Amerikanische Institut für freie Arbeit, das dem US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO nahesteht, richtete auf Fidschi sein Hauptquartier für den Südpazifik ein. Seitdem geißelte dieses Institut die Labour-Partei Dr. Bavadras nach Kräften als „kommunistisch unterwandert“.

US-Militärhilfe bevorzugt

Das besondere Interesse der USA galt allerdings der Armee. Denn Fidschi ist weit und breit das einzige Land der Region südpazifischer Inseln, das sich eigene Streitkräfte leistet.

Seit 1979 nahmen fidschianische Offiziere an Fortbildungsseminaren der US-Streitkräfte teil. Und seit 1983 bilden die USA auf eigene Kosten Soldaten Fidschis an US-Waffen aus. 1986 wurde schließlich Militärhilfe in Höhe von 400.000 \$ bereitgestellt.

Als Gegenleistung erwartet die Reagan-Administration, daß Fidschi die US-

Militärpolitik im Südpazifik unterstützt. So wollen die USA vor allem die Folgen der neuseeländischen Antinuklearpolitik eindämmen und die Häfen der anderen Inselstaaten für ihre Marine offenhalten. Als Mann der USA leistete Ratu Mara bis zu seiner Wahlniederlage im April d.J. wertvolle Dienste.

Eine den USA wieder genehme Politik auf Fidschi zu etablieren, dürfte denn auch der eigentliche Grund des Militärputsches gewesen sein. Dessen Erfolg ist allerdings noch lange nicht gesichert.

Zwar gelang es dem Putschisten Rabuka, sich von Generalgouverneur Ratu Sir Penaia Ganilau zum Chef seiner Interimsregierung ernennen zu lassen. (Zuvor hatte der „Hohe Rat der Obersten Häuptlinge“ den Putsch durch einen entsprechenden Vorschlag faktisch gebilligt.) Doch gelang es z.B. nicht, Premier Bavadra mit einem Ministerposten zu ködern.

Der nämlich rief seine Anhänger zum Widerstand auf und wird darin auch von den meisten Staaten der Region unterstützt. So konnte Fidschi an der jüngsten Tagung des Südpazifischen Forums auf Westsamoa nicht teilnehmen. Und auch die australischen Gewerkschaften der Docker und Seeleute halten ihre Sanktionen gegen das Putschregime weiterhin aufrecht.

BdWi · BdWi · BdWi · BdWi · BdWi

Informationsdienst Wissenschaft & Frieden

Ende 1983 gründete der BdWi den Informationsdienst Wissenschaft und Frieden. Der Infodienst ist die einzige Publikation in der Bundesrepublik, die sich kontinuierlich mit dem Fragenkomplex Wissenschaft – Krieg & Frieden befaßt.

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich (30 – 40 Seiten) und kostet im Jahresabonnement 25.- DM. Für Schüler, Studenten, Arbeitslose, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 20.- DM. Bestellen bei: Informationsdienst, c/o BdWi-Bonn, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1.

Kostenl. Probeexemplar anfordern!



Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden Wege aus dem Wettrüsten

Protokolle zum I. internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongreß, Hamburg 1986 · 488 S. · Unk. Beitrag 25.- DM

Forum Wissenschaft Studienhefte Krise und Zukunft der Hochschule

Eine Analyse der gegenwärtigen Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Bund und Ländern. Vorschläge für einen Neubeginn reformerischer Praxis in Universitäten und Fachhochschulen · 160 S. · Unkostenbeitrag 10.- DM

F&T-Politik – Kritik und Alternativen

Eine Untersuchung des Arbeitskreises Alternative Forschungs- und Technologiepolitik des BdWi · 140 S. · 15.- DM

Zu bestellen beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · Pf. 543 · 3550 Marburg

FORUM Wissenschaft

Das linke Wissenschaftsmagazin

Seit 1984 gibt der BdWi das Wissenschaftsmagazin »Forum Wissenschaft« heraus. Es bildet eines der wenigen Gegengewichte zur hierzulande überwiegend konservativen Wissenschaftspublizistik.

Forum Wissenschaft erscheint vierteljährlich und kann abonniert/bestellt werden bei: BdWi, Postfach 543, 3550 Marburg. Einzelheft 5.- DM, Jahresabonnement 20.- DM (Studenten/Arbeitslose 15.- DM).

Kostenl. Probeexemplar anfordern!

Sonderheft 3-4/87 2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

FRONTSTAATEN IM SÜDLICHEN AFRIKA

DESTABILISIERUNG
UND WIDERSTAND



Inhalt

Freiheitssender Mandela	II
<i>Joachim Becker</i> Destabilisierung im Süden Afrikas Eckdaten zu den Frontstaaten	III V
<i>Shirley Harris</i> Die SADCC – Allianz der wirtschaftlichen Eigenständigkeit	VIII
<i>Peter Garcia</i> Angola macht Boden gut US-Militärbasen in Zaire	XII XIV
<i>Interview mit Roberto de Almeida</i> Erneuerung und Kontinuität	XV
<i>Marianne Kötter</i> Wer verfiert die Scheinunabhängigkeit Namibias? Aktionsprogramm des Bonner Namibia-Workshops	XVI XXIII
<i>Joachim Becker / Petra Sittig</i> Sambia – Frontstaat kurz vor dem Ruin	XXV
<i>Urte Sperling</i> Abschied Mosambiks von der sozialistischen Orientierung?	XXVII
<i>Interview mit Joaquim Chissano</i> Frontstaaten – Rückhalt gegen den Druck des Apartheidsregimes Hunger-Nothilfe für Mosambik	XXIX XXXI
<i>Joachim Becker</i> Apartheid-Gegenspieler Simbabwe	XXXII
<i>Joachim Becker</i> In der Schlinge der Auslandsschulden	XXXIII
Material und Aktionsspiegel Bücher, Kontakte	XXXV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21 / 2 46 72

Redaktion: Wolfram Bronner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebe-haj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kötter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: J. Becker, M. Fey, P. Garcia, V. Klose, G. Schmidt-Bollmann, U. Sperling

Redaktionsschluss: 11. Juni 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-kasse Köln 10652238 (BLZ 370 501 98).

Anzeigen: GEB

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: AIB-Archiv, NBI, New African, Third World, AfricaAsia, AIM, SWAPO, USN&WR, Joker

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Freiheitssender Mandela (Radio Freedom) – Stimme des ANC



In Südafrika ist Krieg! Das Regime der weißen Rassisten hat der Mehrheit der Bevölkerung, den 25 Mio. Afrikanern, diesen Krieg erklärt.

Seit einem Jahr herrscht Kriegsrecht; Armee, Polizei und Geheimdienst haben freie Bahn. Die Opposition gegen die Apartheid wird in den Untergrund gezwungen. Massenverhaftungen, Folter und Mord durch die sog. „Sicherheitsorgane“ sind an der Tagesordnung. Die Rassisten schrecken nicht einmal davor zurück, Kinder in die Gefängnisse zu sperren. Gegen die Befreiungsbewegung des Landes, den ANC, wurde ein regelrechter Vernichtungsfeldzug begonnen. Das Apartheidregime ist nur noch eine einzige Aggression gegen Menschenwürde, Freiheit und alle anderen Werte einer zivilisierten Gesellschaft.

Der Rechtsruck bei den „Wahlen“ Anfang Mai – es war natürlich nur die weiße Minderheit wahlberechtigt – hat den Aggressionskurs des Botha-Regimes bestärkt.

Unmittelbar nach der „Wahl“ hat Botha angekündigt, seine harte Linie noch weiter zu verschärfen. Dabei hat er sich unter anderem ausdrücklich gegen die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf gewandt:

„Das Land soll wissen, daß ich entschlossen dafür sorgen werde, daß die Regierung scharf gegen außerparlamentarische Aktionen vorgeht, ebenso wie gegen die Finanzierung von Organisationen durch Kräfte von außerhalb.“

Dies ist eine Herausforderung an alle, die sich dem Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid verbunden fühlen. Nehmen wir die Herausforderung an! Machen wir den Rassisten einen Strich durch die Rechnung! Die Solidarität mit dem Befreiungskampf muß verstärkt werden – politisch wie materiell – jetzt erst recht!

Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Solidaritätsaktion zugunsten des „Freiheitssenders Mandela – Radio Freedom“.

Da die Rassisten die Medien in Südafrika beherrschen, und zudem die Zensur jede unbequeme Information und jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, kommt der Versorgung der Bevölkerung mit unverfälschter Information größte Bedeutung zu.

Zwar strahlt der ANC mit Hilfe afrikanischer Staaten schon seit längerem Sendungen nach Südafrika aus, aber heute reichen die Kapazitäten nicht mehr. Ein neuer Sender – Radio Mandela – wird deshalb eine wichtige Rolle bei der Information der Bevölkerung, bei ihrer Mobilisierung und Organisation gegen rassistische Aggression spielen. Radio Mandela gibt den Unterdrückten eine Stimme.

Über 300.000 DM wurden bisher für das Projekt von verschiedenen Organisationen (dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee, der Anti-Apartheid-Bewegung, dem BUKO u.a.; d. Red.) gesammelt.

Es müssen aber noch viel mehr werden! Deshalb bitte ich Sie recht herzlich: Helfen Sie mit! Damit die Lüge keine Chance hat!

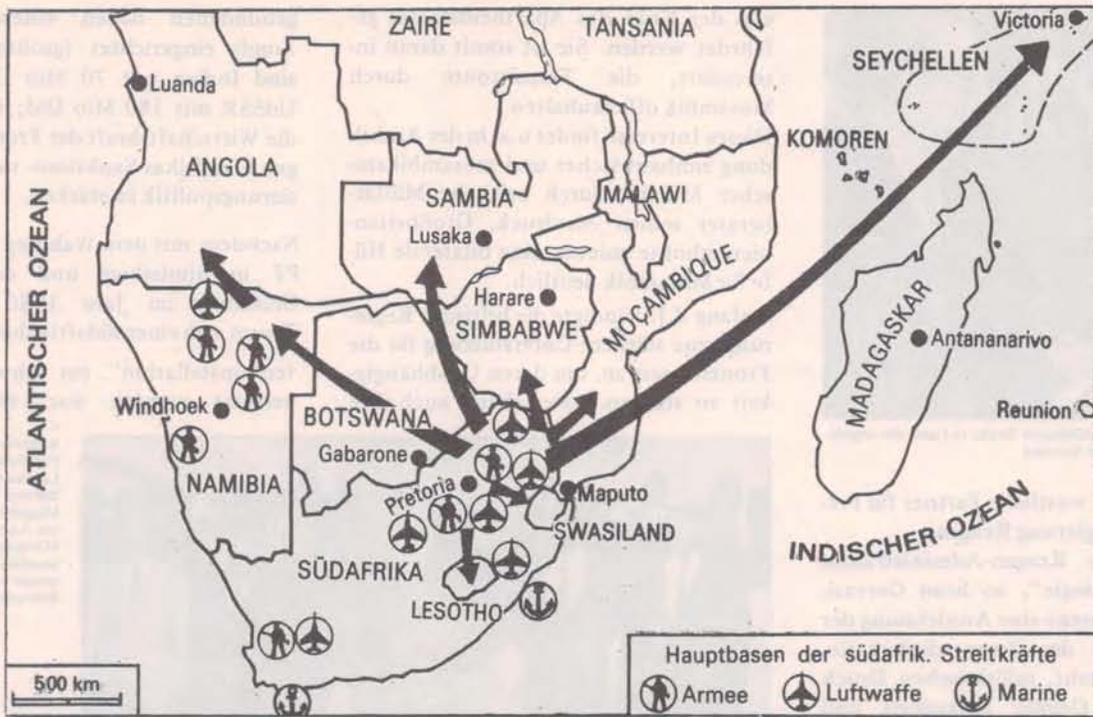
Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!

Helfen Sie mit Ihrer Spende beim Aufbau des Freiheitssenders Mandela.

Ich danke Ihnen und verbleibe
mit freundlichen Grüßen
Prof. Erich Wulff

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
Postgiroamt Frankfurt

527 055-602, Kennwort: Radio Mandela



Joachim Becker

Destabilisierung im Süden Afrikas

„Südafrika, im Krieg gegen das eigene Volk, führt einen unerklärten Krieg gegen seine Nachbarn – die unabhängigen schwarz-regierten Staaten, die das geographische Unglück haben, mit ihm eine gemeinsame Grenze zu haben. Dieser Krieg ist Teil von Südafrikas Politik der 'totalen Strategie', welche die Mobilisierung aller Kräfte beinhaltet – politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer. Das regionale Ziel ist, eine Abhängigkeit zu schaffen oder zu erhalten, die wirtschaftlich lukrativ und politisch unterwürfig sein und als Bollwerk gegen die Verhängung internationaler Sanktionen wirken wird.“¹ Dieses Fazit der südafrikanischen Destabilisierungspolitik ziehen die in Simbabwe lebenden Journalisten David Martin und Phyllis Johnson.

Südafrika als Vormacht erhalten

Die unmittelbaren Ziele der „Regionalpolitik“ des Apartheidstaates sind eine Beendigung der Unterstützung der Staaten der Region für den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) Südafrikas und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) sowie ein Durchkreuzen der Bemühungen der Mitgliedstaaten der Entwicklungskoordinierenden Konferenz des Südlichen Afrika (SADCC), ihre kolonial ererbte Abhängigkeit von Süd-

afrika abzubauen.

Es ist im Profitinteresse des südafrikanischen Kapitals, die wirtschaftliche Vormachtstellung Südafrikas zu zementieren. Die ererbten Abhängigkeiten der Staaten der Region vom Apartheidstaat werden von Südafrikas Regime und seinen westlichen Verbündeten gerne als Argument gegen Wirtschaftssanktionen ins Feld geführt. Besonders peinlich ist ihnen, daß insbesondere Simbabwe, aber auch Sambia nun selbst Sanktionen verhängen wollen.

Als Reaktion auf den verstärkten Sanktionsdruck hat Pretoria seine Destabilisierungsanstrengungen noch verstärkt. Das Botha/Malan-Regime will außerdem sozialökonomische Veränderungsprozesse in den Frontstaaten, namentlich in Mosambik und Angola, verhindern oder möglichst sogar umkehren.

Über die strategischen und taktischen Elemente der Destabilisierungspolitik gibt es, wie insbesondere in der Politik gegenüber Mosambik und Simbabwe deutlich geworden ist, durchaus Differenzen in Südafrika.

Die Mindestwünsche des Monopolkapitals sind die Bewahrung des Kapitalismus in Südafrika und die Expansion in der Region. Das mittlere Kapital ist abhängiger von der Apartheid und hat oft ins Gewicht fallende Wirtschaftsinteressen in der Region.

Die Destabilisierung kann für diese bei-

den Kapitalfraktionen durchaus nützlich sein. Es liegt jedoch nicht in ihrem Interesse, daß unter Druck gesetzte Staaten auch nach ihrem Einlenken massiv destabilisiert werden und so ein permanentes, geschäftsschädigendes Chaos erzeugt wird.

Andere gesellschaftliche Kräfte des weißen Machtblocks haben eine noch aggressivere „regionalpolitische“ Perspektive.

„Geschäftswelt gegen Militär“?

Widersprüche im weißen Machtblock spiegeln sich auch in der Destabilisierungspolitik wider. Die beliebte Formel „Geschäftswelt gegen Militär“ ist jedoch zu einfach. Selbst innerhalb des Militärs gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die beste regionale Strategie.²

Wie das Apartheidregime so wollen auch westliche Regierungen sozialökonomische Veränderungsprozesse in den Frontstaaten blockieren. Westliche Stützer der Destabilisierungspolitik hoffen auch, den rechten regionalen Rahmen für eine verbesserte Version der „Reformpolitik“ in Südafrika unter Kontrolle des gegenwärtigen militärisch-politischen Establishments, die auch Unterstützung in Sektoren der unterdrückten Klassen fände, zu schaffen.



Verbündete US-Außenminister Shultz (r.) und der angolanische Contra-Führer Savimbi

Der wichtigste westliche Partner für Pretoria ist die Regierung Reagan.

„Die von der Reagan-Administration verfolgte Strategie“, so Sean Gervasi, „ist in ihrer Essenz eine Ausdehnung der Militärdoktrin der Zwangsdiplomatie, die darin besteht, militärischen Druck gegen einen Gegner auszuüben und gleichzeitig mit ihm zu verhandeln und ihm, möglicherweise, Hilfe oder andere Vorteile anzubieten. Diese Strategie wurde in enger Zusammenarbeit mit Südafrika umgesetzt, wobei gleichzeitig darauf geachtet wurde, daß die gemeinsame Aktion nicht offenbar wird.“

Die beiden Regierungen schritten zu einer Arbeitsteilung: für Südafrika die Nutzung seines Militärpotentials und seiner beträchtlichen Wirtschaftsmacht gegen die 'Frontstaaten', ohne dabei die Mittel des verdeckten Krieges, wie Sabotage und Subversion, zu vergessen; für die USA die Konzentration auf Diplomatie und die Rolle des 'Vermittlers'.³

Apartheidpfeiler USA, BRD

„Wir spielen eine wichtige Rolle in Afrika, um das Anliegen der USA zu unterstützen... Unsere Politik ist mit der amerikanischen identisch.“⁴ So charakterisierte der damalige Leiter der Südafrika-Sektion der Afrika-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Hans-Joachim Vergau, die bundesdeutsche Afrikapolitik Anfang 1983. Im Südlichen Afrika stützt die Bundesregierung die südafrikanische Destabilisierungspolitik durch die lautstarke Ablehnung von Sanktionen gegen den Apartheidstaat und die stille Verhängung von Sanktionen gegen bestimmte Frontstaaten ab.

Ebenso vehement wie die bundesdeutsche Rechtskoalition lehnt die Regierung Thatcher Sanktionen gegen Südafrika und Namibia, wo sich britische Firmen stark engagiert haben, ab. Aber die britische Regierung will auch vermeiden, daß die nicht unerheblichen britischen Wirtschaftsinteressen in den Frontstaaten, namentlich in Simbabwe,

von der Krise des Apartheidstaates gefährdet werden. Sie ist somit daran interessiert, die Transitroute durch Mosambik offenzuhalten.

Dieses Interesse findet u.a. in der Ausbildung simbabwischer und mosambikischer Militärs durch britische Militärberater seinen Ausdruck. Großbritannien erhöhte zuletzt seine bilaterale Hilfe für Mosambik deutlich.

Anfang d.J. kündigte die britische Regierung eine stärkere Unterstützung für die Frontstaaten an, um deren Unabhängigkeit zu stärken.⁵ Sie scheint auch ihre



Regierende auf dem Frontstaatengipfel von Lusaka (v. l. n. r.): Simbabwes Premierminister Mugabe, die Präsidenten Angolas dos Santos, Mosambiks Machel, Sambias Kaunda, Tansanias Mwinji und Botswanas Masire

bisher sehr reservierte Haltung gegenüber SADCC zu modifizieren.

Die konservativen Regierungen der USA und der BRD stehen den Bemühungen der keinesfalls antikapitalistischen SADCC, die Abhängigkeit von Südafrika abzubauen, eher kühl gegenüber.

Anders westliche Staaten ohne traditionelle Verbindungen nach Südafrika, wie die skandinavischen Länder, die Niederlande, Italien oder Kanada.

Sie sehen die SADCC-Staaten „sowohl als neue Quelle von Rohstoffen als auch als einen Markt“.⁶ Sie sehen auch, daß eine verminderte Abhängigkeit von Südafrika den Konkurrenzdruck auf ihre Firmen verminderte und es ihnen erleichterte, in SADCC-Staaten einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Sie wissen, ein gewisses Maß der Unabhängigkeit ist für die Region notwendig, um einen eventuellen Kollaps als Resultat der Krise Südafrikas zu vermeiden. Die Wiederinstandsetzung der Transportwege durch Mosambik und Angola ist hierfür zentral und sichert auch die fortgesetzte Zugänglichkeit der Region für das Auslandskapital.⁷

Sie vertreten auch gegenüber Südafrika eine härtere Position als die USA, BRD und Großbritannien, die dem Apartheidregime nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus strategischen Gründen mit die Stange halten. Die sozialistischen Länder stärken den Frontstaaten den Rücken, insbesondere den progressiven Staaten. Die Nichtpakt-

gebundenen haben einen AFRICA-Fonds eingerichtet (größte Geldgeber sind Indien mit 70 Mio DM und die UdSSR mit 180 Mio DM; d. Red.), um die Wirtschaftskraft der Frontstaaten gegen Südafrikas Sanktions- und Destabilisierungspolitik zu stärken.

Nachdem mit dem Wahlsieg der ZANU/PF in Simbabwe und der SADCC-Gründung im Jahr 1980 Südafrikas Traum von einer südafrikahörigen „Staatenkonstellation“ ein schwerer Schlag versetzt worden war, verfolgte der

Apartheidstaat von Mitte 1980 bis etwa Ende 1981 seine Destabilisierungspolitik „in ziemlich generalisierter und unterschiedsloser Weise“.⁸

Anfang 1982 ging er zu einer selektiven, dafür aber intensivierten Destabilisierung über. Hauptangriffsziele: Angola, Mosambik und Lesotho.

Angola und Mosambik kamen gleich aus mehreren Gründen ins südafrikanische Visier: sie unterstützten die Befreiungsbewegungen besonders stark; sie haben als Küstenländer besondere Bedeutung für die Bemühungen von SADCC, die verkehrsmäßige Abhängigkeit von Südafrika abzubauen; sie verfolgen die radikalsten Wege sozialökonomischer Veränderung.

Druck auf Maputo

Der Fall Mosambiks ist das Musterbeispiel für die arbeitsteilige Destabilisierung.

Einerseits setzte Südafrika das zu einer Dienstleistungswirtschaft für Südafrika (und Rhodesien) unterentwickelte Mosambik durch die Verhängung von Wirtschaftsanktionen unter Druck. Hierdurch wurde u.a. der gravierende Devisenmangel noch verschärft.

Andererseits baute es die militärische Schlagkraft des sog. Nationalen Widerstands Mosambiks (RNM), dessen Sponsorenschaft es 1980 von rhodesischen Geheimdienst übernommen hatte, aus.

Dem RNM wurde die Zerschneidung der Transitrouten, Zerrüttung der produktiven Struktur und Zerstörung sozialer Einrichtungen zum Ziel gesetzt.

Zu schwerem kolonialem Erbe, Südafrikas „unerklärtem Krieg“ und gravierenden wirtschaftspolitischen Fehlern kamen Anfang der 80er Jahre noch Naturkatastrophen. Die Bitten Mosambiks um Nahrungsmittelhilfe gegen die vom Krieg, aber auch von der Dürre verursachte Hungersnot verhallten 1983 lange ungehört.

Erst als die USA und ihre westlichen Verbündeten von einem „Westtschwenk“ Mosambiks und dessen Bereitschaft zu einem „Nichtangriffsvertrag“ mit Südafrika, der im März 1984 dann auch unterzeichnet wurde und u.a. die ANC-Präsenz in Mosambik stark einschränkte, überzeugt waren, gaben sie „grünes Licht“ für die Nahrungsmittelhilfe.

Auch die Umschuldung, das wußte Mosambik, war von einem Abkommen mit Südafrika abhängig. Die erste Umschuldungsrunde wurde erst nach einem Beitritt Mosambiks zum Internationalen Währungsfonds (IMF) abgeschlossen. In Erwartung eines IMF-Kredits erließ Mosambik im Frühjahr d.J. ein ganzes Paket wirtschaftlicher „Reform“maßnahmen, deren „politische Kosten“, so ein mosambikanischer Regierungsbeamter, „sehr hoch sein werden“.⁹

Nach Abschluß des Nkomati-Abkommens waren die USA auch zu Entwicklungs„hilfe“ bereit – zuvor stand Mosambik auf der „schwarzen Liste“.

Die US-„Hilfe“ soll den Privatsektor und eine klassenmäßige Opposition gegen eine progressive Politik stärken. Die Einflußmöglichkeiten der Frelimo-Regierung auf die Verwendung der „Hilfe“ sind durch die Krise geschrumpft.

Im Schlepptau der USA zeigte sich auch

die bundesdeutsche Rechtskoalition nicht mehr so zugeknöpft gegenüber Mosambik. Sie hatte die Auszahlung von Geldern, welche die sozialdemokratische Minderheitsregierung 1982 zugesagt hatte, zuvor mit allerlei Ausflüchten sabotiert. Kontakte der RNM, die in der BRD ihre Aktivitäten frei entfalten kann, zu CDU/CSU-Kreisen sind dokumentiert. Im Gegensatz zu Mosambik, das allerdings seine diplomatisch-politische Unterstützung für den ANC nicht aufgab, hielt Südafrika den Nkomati-Vertrag nach der Beendigung der Europareise P.W. Bothas im Frühsommer 1984 überhaupt nicht mehr ein. Über das Prinzip der fortgesetzten RNM-Unterstützung hat in Südafrikas Regime wohl Übereinstimmung bestanden, nicht aber über das Ausmaß.

Hauptangriffsziele: Angola, Mosambik, Lesotho

Kräfte, die sich für eine massive RNM-Unterstützung einsetzten, setzten sich durch. 1982 schrieb der südafrikanische Destabilisierungstheoretiker Deon Geldenhuys noch, „Südafrika hätte seine Ziele auf eine Veränderung politischen Verhaltens, nicht politischer Strukturen zu beschränken“.¹⁰ Heute scheinen die Kräfte freie Hand zu haben, die einen – allerdings illusorischen – Regierungswechsel anstreben.

Im Herbst 1986 eskalierte das nun stärker von Sanktionen bedrohte Südafrika den Konflikt stark. Am 19. Oktober jenen Jahres wurde als Kulminationspunkt die Maschine des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel durch ein falsches Funkfeuer zum Absturz gebracht. Mosambik wird in dem Krieg von Truppen aus Simbabwe und Tansania

unterstützt.

Malawi, traditionell treuer Verbündeter Südafrikas und seit Jahren RNM-Basis, hat unter starkem Druck der Frontstaaten in den letzten Monaten anscheinend einen Schwenk vollzogen. Kurz vor Weihnachten 1986 unterzeichnete es ein insbesondere Sicherheitsfragen betreffendes Abkommen mit Mosambik und entsandte ein kleines Truppenkontingent zum Schutz der Bahnlinie zum Hafen von Nacala nach Mosambik.

Schon zuvor waren starke Kräfte im öffentlichen Dienst Malawis gegen die starke Bindung an Südafrika, die durch Auflagen des IMF und der Weltbank Anfang der 80er Jahre wieder verstärkt wurde, und für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Frontstaaten, ohne sich jedoch entscheidend gegen die pro-südafrikanischen Kräfte durchsetzen zu können.

Simbabwe ist, wie es David Martin und Phyllis Johnson formulieren, „das Dilemma der Apartheid“.¹¹

Einerseits haben südafrikanische Konzerne in Simbabwe umfangreiche Wirtschaftsinteressen, die sie nicht gefährden wollen. Darüber hinaus hat die ZANU/PF-Regierung mit ihrer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik deutlich bessere Beziehungen zu westlichen Regierungen als Angola oder Mosambik.

Andererseits ist zu berücksichtigen, „daß ein prosperierendes Simbabwe, das die Transportrouten Mosambiks benutzt und die SADCC-Exportmärkte Südafrika wegnimmt, ein größeres Unglück sowohl für Wirtschafts- als auch Sicherheitsaspekte der politischen Ökonomie der Apartheid wäre“.¹²

„Das einzige vorstellbare Ziel einer Destabilisierung Simbawwes“, so Destabilisierungsberater Geldenhuys, „könnte es

Südliches Afrika – Daten

	Angola	Botswana	Lesotho	Malawi	Mosambik	Namibia	Sambia	Simbabwe	Swasiland	Tansania	Südafrika
Bevölkerung (1984 in Mio)	8,5	1,0	1,5	6,8	13,4	1,1	6,4	8,1	0,7	21,5	31,6
Fläche (in 1.000 qkm)	1.247	600	30	118	330	823	753	391	17	945	1.221
Volksgruppen: Schwarze (in %)	96	99	99	99	97	89	99	97	96	99	70
Weiße (in %)	2	1	1	1	1	7	1	2	3	1	18
Religion: Christen (in %)	52	60	75	32	20	58	17	35	57	30	50
Moslems (in %)	—	—	—	23	13	—	1	—	—	30	2
Animisten (in %)	48	40	25	45	60	42	82	65	43	40	46
BSP (1984 in Mio \$)	7.865	970	800	1.230	1.940	1.660	3.050	6.140	580	6.010	75.730
BSP/Kopf (1984 in \$)	921	940	540	180	145 ²	1.520	480	760	790	290	2.400
Beschäftigte: Landwirtschaft (in %)	74	70	86	83	85	47	73	53	74	86	17
Industrie (in %)	10	13	4	7	7	28	10	13	9	5	35
Außenverschuldung (1984 in Mrd \$)	2,7 ³	0,2	0,1 ³	0,7	1,7 ²	—	3,8 ²	2,1 ²	0,2 ³	2,5	24 ¹
Ausfuhr (1984 in Mio \$)	2.029	640 ²	35 ³	309	185	453 ²	824	1.167	330 ²	456	18.608 ²
Einfuhr (1984 in Mio \$)	1.003	740 ²	501 ³	268	532	452 ²	690	1.144	464 ²	782	15.704 ²
Hauptausfuhrgüter	Erdöl	Diamanten	Wolle	Tabak	Krabben	Diamanten	Kaffee	Tabak	Zucker	Kaffee	Bergbau
Haupthandelspartner	USA, EG	SA, GB	SA	SA, USA	SA, USA	SA	GB, BRD	GB, SA	SA, GB	GB, BRD	GB, USA
Währung	Kwansa	Pula	Loti	Kwacha	Metical	Rand	Kwacha	Z.\$	Lilangeni	Shilling	Rand
1 Währungseinheit = ... DM (März 87)	0,060	1,08	0,91	0,80	0,0090	0,91	0,20	0,90	0,90	0,032	0,91
Lebenserwartung (1984 in Jahren)	43	58	54	45	46	49	51	57	54	52	54
Analphabeten (in %)	75	44	48	75	86	65	46	50	35	21	32
Soldaten und Paramilitärs	75.200	5.000	1.500	5.650	18.000	—	16.000	51.000	3.000	44.850	171.400
Militärausgaben (1984 in Mio \$)	—	26,6	—	25 ⁴	177,4 ³	—	134,0 ⁵	246	18,5 ⁴	315,6 ³	3.100

Abkürzungen: BSP = Bruttonsozialprodukt; EG = Europäische Gemeinschaft; GB = Großbritannien; SA = Südafrika; Z\$ = Zimbabwe-Dollar

Anmerkungen: 1 = 1985; 2 = 1983; 3 = 1982; 4 = 1981; 5 = 1980

sein, es daran zu hindern, wirtschaftlich stark genug zu werden, um seine wirtschaftlichen Verbindungen mit Südafrika auf ein unbedeutendes Niveau abzusinken und militärisch machtvoll genug zu werden, um von der Republik (Südafrika; d. Verf.) nicht abgeschreckt zu werden.“¹³

Um die Politik gegenüber Simbabwe ist es in Südafrika mehrfach zu Kontroversen gekommen. 1981 griff der Apartheidstaat zu diversen wirtschaftlichen Repressalien gegen Simbabwe (u.a. im Transportbereich, Kündigung des Präferenzhandelsabkommens).

Diese Maßnahmen stießen in relevanten Sektoren von Südafrikas Geschäftswelt nicht gerade auf Gegenliebe. „...die USA waren es“, so Joseph Hanlon, „die Südafrikas Staatssicherheitsrat überzeugten, daß es nützlicher wäre, Simbabwe wirtschaftlich angebunden zu halten.“¹⁴

Unter dem Druck der USA und der EG-Länder nahm Südafrika Ende 1981/Anfang 1982 die gravierendsten Wirtschaftssanktionen zurück. Pretoria läßt nichts unversucht, um Simbabwe zur Nutzung der Transitrouten durch Südafrika statt der kürzeren Routen durch Mosambik zu locken und zu zwingen.

Route nach Beira wiederöffnen

Kriegsbedingt ist die direkte Route nach Maputo seit August 1983 geschlossen. Mosambik will nun in Zusammenarbeit mit Simbabwe und Großbritannien diese Route wieder instandsetzen; der mosambikanische Premierminister Mário Machungo hofft auf eine Wiedereröffnung der Linie bis Ende d.J. Die Route nach Beira wird fieberhaft wieder instandgesetzt und durch simbabwisches Militär offengehalten. Sie könnte schon jetzt mehr Verkehr bewältigen.

Wenn es auch (v.a. 1981) militärische

Kommandounternehmen Südafrikas in Simbabwe gegeben hat, der Apartheidstaat „Dissidenten“ im Matabeleland fördert und sich eine Soldateska-Reserve von ca. 5.000 Mann in Militärlagern hält, so haben die gegen Simbawes Unabhängigkeit gerichteten Militäraktionen – zumindest bisher – vorrangig in Mosambik stattgefunden.

Wegen seiner erheblichen Wirtschaftsinteressen in Simbabwe unterstützt Großbritannien das Land und Mosambik gegen Südafrikas Aggressionsdruck.

Anders die Regierungen in Washington und Bonn. Ihnen sagt zwar die simbabwische Wirtschaftspolitik zu, aber dessen zunehmend härtere Position gegenüber Südafrika und Protagonistenrolle in der Sanktionsfrage mißfällt ihnen.

Zwischenposition Sambias

Die USA, von 1980-85 Simbawes wichtigster bilateraler Geldgeber, strichen nach einem scharfen simbabwischen Angriff auf die US-Politik des „constructive engagement“ im Sommer 1986 die Entwicklungs-„hilfe“ ganz. Im Fall der BRD lagen „Hilfs“zusagen und -auszahlungen 1984 und 1985 deutlich niedriger als 1983.

Sambias Regierung tritt ebenfalls für Sanktionen ein und beherbergt außerdem das äußere Hauptquartier des ANC. Seine außenpolitischen Positionen, die im eigenen Land nicht unumstritten sind, passen Südafrika und seinen westlichen Verbündeten oft nicht recht ins Konzept. Andererseits ist Sambia ein wichtiger Vermittler und als wirtschaftlich labiler kapitalistischer Staat unter den Frontstaaten auch oft besonders kompromißbereit gewesen.

Südafrika verfolgt gegenüber Sambia eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Durchaus nicht erfolglos macht es Sambias herrschenden Kreisen wirtschaftliche Angebote. Die kolonialbedingte Südbindung ist durch Auflagen des IMF, der seit Jahren die sambische Wirtschaftspolitik wesentlich beeinflusst, auch schon unmittelbar verstärkt worden.

Auf Sambias Eintreten für Sanktionen reagierte Südafrika im Sommer 1986 mit Vergeltungsakten im Transitverkehr. Sambia nutzt nun verstärkt die Beira-Route.

Die Leistungsfähigkeit der TANZAM-Bahn nach Dar-es-Salaam wird erhöht. Die Wiedereröffnung der kriegsbedingt geschlossenen Benguela-Bahn durch Angola ist in der Diskussion.

Südafrika stabilisiert Sambia auch militärisch. Britische und US-Geheimdienste tauschen mit ihren südafrikanischen Kollegen Informationen über

Aktivitäten des ANC aus.

Der britische Geheimdienst unterhält u.a. in der Botschaft in Lusaka eine verdeckte Station. Sowohl Südafrika als auch der CIA sollen sich an Putschversuchen gegen die Regierung Kenneth Kaundas beteiligt haben.

Gegen Angola hat Südafrika keine wirtschaftlichen Druckmittel und ist daher allein auf militärische Mittel angewiesen. In keinem anderen Frontstaat hat es in einem solchen Ausmaß direkt militärisch interveniert.

Ermutigt durch westliche Regierungen fiel Südafrikas Militär 1975 in Angola ein, um die Regierungsübernahme der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) zu verhindern und die neokolonial orientierten Organisationen Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und Nationale Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) an die Macht zu bringen. Von der MPLA und kubanischen Truppen geschlagen mußte es 1976 abziehen.

Den Wunschtraum einer Regierungsbeteiligung der UNITA, der von der Regierung Reagan geteilt wird, hat es jedoch nicht aufgegeben. Selbst der CIA hält den Wunsch für reine Illusion.

Angriffsziel Nr. 1: Angola

Ab 1981, dem Jahr des Regierungsantritts Reagans, verstärkte Südafrika nach ständigen kleineren Angriffen in den Vorjahren seinen Aggressionsdruck stark und hielt Teile Südangolas besetzt. Die besetzten Gebiete dienten seinen UNITA-Schützlingen als Operationsbasis.

Sprungbrett für die Angriffe ist das von Südafrika illegal besetzt gehaltene Namibia. Mit der Forderung nach einer Koppelung der Unabhängigkeit Namibias an einen Abzug der Kubaner aus Angola leisteten die USA dem Apartheidstaat eine willkommene diplomatische Schützenhilfe. Die Bundesregierung fördert Südafrikas namibische Marionetten nach Kräften.

Nach einem erneuten Vorstoß südafrikanischen Militärs nach Angola trafen die Regierungen Südafrikas und Angolas unter US-Vermittlung im Februar 1984 eine Übereinkunft über eine Truppenentflechtung in Südangola, die u.a. einen südafrikanischen Truppenabzug bis zum 31. März 1984 und eine Einschränkung des Bewegungsspielraums der SWAPO vorsah.

Erst mit gut einjähriger Verspätung schloß Südafrika im April 1985 seinen Rückzug (fast) ab. Schon wenige Wochen später wurde ein südafrikanisches Kommando gestellt, als es Ölanlagen in Cabinda sprengen wollte.



Von südafrikanischen Truppen zerstörte Brücke in Angola



Nach einem südafrikanischen Angriff auf Lesotho im Jahr 1982 blieben 42 Todesopfer zurück, die in Maseru aufgebahrt wurden

Als die UNITA bei einer Großoffensive der angolanischen Regierungstruppen im September 1985 in äußerste Bedrängnis geriet, intervenierte Südafrika prompt wieder einmal mit seinen Truppen. Seitdem sind die südafrikanischen Angriffe nicht abgerissen.

Die USA haben Wirtschaftssanktionen gegen Angola verhängt und entlasten Südafrika mittlerweile durch eine direkte Unterstützung der UNITA. Ab 1981 organisierte der CIA substanzielle Hilfe für die UNITA über Drittländer. Nachdem im Sommer 1985 das gesetzliche Verbot für eine US-Unterstützung der angolanischen Contra aufgehoben worden ist, wird die UNITA seit Ende 1985 via Südafrika und Zaire mit US-Waffen beliefert.

Zangengriff UNITA-Zaire

Zaire, das auch militärisch mit dem „Westen“ kollaboriert, wird von den USA immer mehr zu einer Contra-Basis ausgebaut. Im Frühjahr d.J. erhielt die krisengeplagte Rechtsdiktatur in Zaire von westlichen Ländern und internationalen Finanzinstitutionen einige kräftige Finanzinjektionen.

Die Beziehungen der bundesdeutschen Rechtskoalition zum Mobutu-Regime sind sehr eng. Hingegen ist die BRD das westliche Land mit den nach den USA schlechtesten Beziehungen zu Angola. Diplomatische Beziehungen gibt es erst seit 1979. Im Mai d.J. sagte die Bundesregierung Angola erstmals bilaterale Nahrungsmittelhilfe zu. Anscheinend soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit jetzt doch aufgenommen werden. Im Gegenzug versucht die Bundesregierung ihre speziellen wirtschaftspolitischen Wünsche, wie den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens, durchzuset-

zen.

Die mehr als zwieschlächtige Position der Rechtskoalition kommt auch in der Duldung einer UNITA-Vertretung in München zum Ausdruck. Die UNITA stößt auf offene Sympathie bei der CSU. Der Krieg hat in Angola enorme Zerstörungen angerichtet und großes Leid verursacht.

Von der sozialistischen Option aber haben die Destabilisierer Angola nicht abbringen können. Es unterstützt die SWAPO und den ANC weitergehender als die anderen Frontstaaten.

Der Frontstaat Tansania liegt außerhalb des Zerstörungsradius Südafrikas.

Dafür orchestrierte die Regierung Reagan 1981 eine Kampagne wirtschaftlichen Drucks gegen den mißliebigen Frontstaat. Weder dessen konsequente Unterstützung für die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika noch der Ujamaa-Sozialismus finden bei ihr Gefallen.

Die bundesdeutsche Rechtskoalition schloß sich der US-Kampagne an. Nachdem sie zunächst laut über eine Einstellung der „Hilfe“ nachgedacht hatte, strich sie diese auf 1/3 zusammen.

Kreditschraube gegen Tansania

Im Sommer 1986 konnten Washington, Bonn und Konsorten einen hübschen Erfolg verbuchen: Nach jahrelangem Tauziehen unterzeichnete das krisengebeutelte Tansania ein – allerdings weder in der Regierung noch in der regierenden Partei der Revolution (CCM) unumstrittenes – Abkommen mit dem IMF.

Die Bundesregierung hatte bereits vor Unterzeichnung des IMF-Abkommens „Liberalisierungs“maßnahmen Tansanias mit einer „Hilfs“erhöhung honoriert.

Am verwundbarsten unter den SADCC-Mitgliedern gegenüber südafrikanischem Druck sind **Botswana, Lesotho und Swaziland**, die alle drei mit Südafrika in einer Zollunion verbunden sind.

Lesotho war Opfer einer langen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Destabilisierungskampagne. Diese führte Anfang 1986 zum Sturz der Regierung Leabua Jonathans, die sich durch ihre Asylgewährung für südafrikanische Flüchtlinge und einen Linksschwenk in der Außenpolitik von Südafrikas Vorstellungen entfernt hatte.

Die Dezimierung von ANC, SWAPO mißlang

Im Fall Swazilands setzt Südafrika vorrangig auf Kooptierung. Swazilands Regierung ist für Südafrikas Avancen und Wünsche ausgesprochen empfänglich.

Botswana, das zur Gruppe der Frontstaaten zählt, bleibt im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten gegenüber südafrikanischen Forderungen hart. Es ist mehrfach durch südafrikanische Kommandounternehmen „abgemahnt“ worden. Ökonomisch verfolgt Südafrika gegenüber Botswana eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wobei ersteres allerdings im Vordergrund steht.

Südafrikas Aktionen gegen das kapitalistische und parlamentarische Musterland Botswana stoßen bei westlichen Regierungen auf einhellige, aber folgenlose Ablehnung.

Nicht aufgegangen ist das Kalkül der Destabilisierer, die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO durch eine Isolierung in der Region entscheidend zu schwächen. Der Höhepunkt der „Vertragspolitik“ fiel mit einem Aufschwung der Widerstandsbewegung in Südafrika zu-

sammen.

Die Wurzeln des Widerstands liegen in Südafrika und Namibia selbst. Auch erzwungene „Nichtangriffsverträge“ oder ähnliches schaffen den Befreiungskampf in Südafrika und Namibia nicht aus der Welt, wenn sie auch Strategie und Taktik der Befreiungsbewegungen beeinflussen mögen. Erst die Zerstörung der Apartheid wird dem Südlichen Afrika den so dringend benötigten Frieden bringen.

Die Destabilisierung behindert die Entwicklung der Staaten der Region, bei weitem am massivsten in den beiden progressivsten Staaten Angola und Mosambik. Dort sind die Zerstörungen verheerend.

Die Forderung nach umfassenden Sanktionen gegen den Apartheidstaat und die Unterstützung von ANC und SWAPO müssen durch die politische und materielle Solidarität mit den Frontstaaten ergänzt werden.

Anmerkungen:

- 1) P. Johnson/D. Martin, Introduction; in: P. Johnson/D. Martin (Hg.), *Destructive Engagement. Southern Africa at War*, Harare 1986, S. XV-XXI, hier: S. XV
- 2) Vgl. hierzu: R.H. Green/C.B. Thompson, *Political Economies in Conflict: SADCC, South Africa and Sanctions*; in: P. Johnson/D. Martin, *Destructive Engagement...*, a.a.O., S. 245-280, hier: S. 257ff.; J. Hanlon, *Beggar Your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa*, London/Bloomington 1986, S. 9ff., 32ff., 49ff.
- 3) *Le Monde Diplomatique*, Paris, Juli 1984
- 4) R. Köbler/H. Melber, Die 'Wende' in der bundesdeutschen Afrika-Politik – Kontinuität und Neuorientierung am Beispiel des Südlichen Afrika. Eine Hintergrundanalyse zur öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG zum Thema: „Bundesrepublik Deutschland und Namibia: Stand der Beziehungen und Perspektiven für die Unabhängigkeit“, Bonn, 16./17.9.1985, S.6
- 5) *The Times*, London, 12.2.1987
- 6) J. Hanlon, *Beggar...*, a.a.O., S. 26
- 7) Siehe: T. Mkandawire, *Dependence and Economic Co-operation: The Case of SADCC*; in: *Zimbabwe Journal of Economics*, Harare, Januar 1985, S. 1-10, hier: S. 9
- 8) R. Davies, *South African Strategy towards Mozambique in the Post-Nkomati-Period. A Critical Analysis of Effects and Implications*, Uppsala 1985, S.12
- 9) *Africa Economic Digest*, London, 14.3.1987
- 10) D. Geldenhuys, *The Destabilisation Controversy: An Analysis of a High-Risk Foreign Policy Option for South Africa*; in: *Politikon*, Johannesburg, Bd. 9, Nr. 2, Dezember 1982, S. 16-31, hier: S. 29
- 11) D. Martin/P. Johnson; *Zimbabwe: Apartheid's Dilemma*; in: P. Johnson/D. Martin, *Destructive Engagement...*, a.a.O., S. 42-72
- 12) R.H. Green/C.B. Thompson, *Political Economies...*, a.a.O., S. 256
- 13) D. Geldenhuys, *The Destabilisation...*, a.a.O., S. 29
- 14) J. Hanlon, *Apartheid's Second Front. South Africa's War against Its Neighbours*, Harmondsworth 1986, S.96



SADCC-Gipfel in Luanda

Shirley Harris

Die SADCC - Allianz für Eigenständigkeit

Die täglich mit der militärischen und wirtschaftlichen Aggression des südafrikanischen Apartheidstaates konfrontierten Länder des Südlichen Afrika entwickeln in gleichmäßigem Tempo ihre Widerstandsfähigkeit.

Im Mittelpunkt dieses Prozesses steht die Arbeit der sieben Jahre alten Koordinationskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika (SADCC), einer Allianz zur regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die die sechs Frontstaaten Angola, Botswana, Mosambik, Tansania, Sambia und Simbabwe zusammenbringt mit Lesotho, Malawi und Swaziland.

Die SADCC steht einem der Hauptziele des Apartheidregimes als wesentliches Hindernis entgegen: der Umwandlung seiner Nachbarn in Vasallenstaaten entsprechend den Bantustan-„Homelands“ innerhalb Südafrikas selbst, die der vollständigen wirtschaftlichen Vorherrschaft und politischen Kontrolle unterliegen.

Dieses Ziel ist eine Schlüsselkomponente in Pretorias „Totaler Strategie“ zur Bewahrung der Apartheid angesichts einer anwachsenden Freiheitsbewegung im eigenen Lande und einer ständig zunehmenden Isolierung in der ganzen Welt.

Der Regionalkrieg der Apartheid wird weitgehend auf wirtschaftlichem Terrain ausgefochten, wobei Pretorias militärische und sonstige Aktionen fast immer auf wirtschaftliche Auswirkungen abzielen. In diesem Kampf auf Leben und Tod macht sich Pretoria das Grund-

schema zunutze, das von den europäischen Mächten und den Siedlern zu Beginn dieses Jahrhunderts angelegt wurde, als das Gesamtgebiet des Südlichen Afrika bewußt den südafrikanischen Kolonialstrukturen eingegliedert wurde.

Trotz der politischen Unabhängigkeit dieser Länder sind deren Wirtschaftssysteme heute immer noch ganz stark von Südafrika abhängig, hervorgerufen dadurch, daß sie mit dem Apartheidstaat in Gestalt ausgedehnter Transport-, Verkehrs-, Handels-, Markt- und Arbeitsplatzsysteme eng verbunden sind.

Wirtschaftliche Befreiung fördern

Im Ergebnis dieser Abhängigkeit verdient Pretoria schätzungsweise jährlich 1,5 Mrd \$ an der direkten Ausbeutung seiner Nachbarstaaten. Und noch über solche enormen Profite hinaus erzielt Pretoria Gewinne, die geradezu lebenswichtig für es sind. Den Worten eines der führenden Ideologen Pretorias zufolge ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nachbarn Südafrikas entscheidend für „die Beschränkung ihrer wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Handlungsfreiheit gegenüber Südafrika...“

Nirgendwo auf der Welt tritt der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Beherrschung und der Aufrechterhaltung politischer Macht deutlicher zutage.

Die Führer der schwarzafrikanisch regierten Staaten des Südlichen Afrika begreifen diesen Zusammenhang ebenso gründlich wie die Wächter der Apartheid. Infolgedessen gründeten sie 1980 die SADCC als kollektive Waffe, um aus Pretorias wirtschaftlicher Umklammerung auszubrechen.

Unmittelbarer Ansporn für die Bildung der SADCC war die Befreiung Simbawes, welches das wirtschaftlich höchstentwickelte unter den Pretoria gegenüberstehenden Ländern ist und den Eckpfeiler jeder regionalen Gruppierung bilden muß. Zusammengenommen haben die neun SADCC-Länder eine Bevölkerung von 70 Mio, ein Territorium, das 3/4 der Größe der USA umfaßt, und einen Reichtum an Bodenschätzen, der in der Welt seinesgleichen sucht.

Unter den Mitgliedsstaaten der SADCC herrscht eine große politische Vielfalt – das Spektrum reicht von revolutionären Volksregierungen wie in Angola, Mosambik und Simbabwe bis hin zu reaktionären Regimes wie dem von Malawi –, doch teilen alle ein gemeinsames Interesse an der Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit, und allen ist klar, daß dies nur möglich ist, wenn sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Apartheid durchsetzen.

Zu diesem Zweck hat die SADCC den Prozeß der schrittweisen Umstrukturierung der Wirtschaftsbeziehungen der Region in Gang gesetzt.

Die Ziele der SADCC sind in der Deklaration von Lusaka niedergelegt, die offiziell den Titel „Das Südliche Afrika: auf dem Weg zur wirtschaftlichen Befreiung“ trägt und auf dem Gründungstreffen der Organisation 1980 angenommen wurde.

Die Ziele der Organisation sind:

- die wirtschaftliche Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten besonders, wenn auch nicht nur, von Südafrika zu verringern;
 - den Zusammenhalt zu festigen, um eine echte und gerechte regionale wirtschaftliche Integration zu schaffen;
 - Mittel freizumachen, um die Durchführung einer nationalen, zwischenstaatlichen und regionalen Politik zu fördern; und
 - in konzertierter Aktion die internationale „Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie der Organisation zur wirtschaftlichen Befreiung“ sicherzustellen. Die Herangehensweise der SADCC an die Durchführung dieser Vorhaben fußt auf der Zusammenarbeit in Form einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Die Allianz zentralisiert nicht alle alltäglichen Entscheidungs- und Planungstätigkeiten innerhalb einer Körperschaft in einem Land, sondern teilt verschiedene Mitgliedsländern die Verantwortung für die Leitung verschiedener Be-

reiche zu. Angola ist zum Beispiel verantwortlich für Energie, Simbabwe für die Sicherung der Ernährung und Mosambik für das Transportwesen.

Um eine zweckdienliche Koordinierung zwischen ihren Mitgliedern zu sichern, hat die SADCC ein ständiges vierköpfiges Sekretariat eingerichtet und hält jährliche Gipfeltreffen ab, auf denen die Staats- und Regierungsoberhäupter jedes Mitgliedslandes zusammentreffen.

Die Führer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), die den Kampf um Namibias Unabhängigkeit anführt, und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Vorhut des Freiheitskampfes innerhalb Südafrikas, sind ebenfalls anwesend und an diesen jährlichen Versammlungen beteiligt. Dies demonstriert das Engagement der Allianz für die vollständige Befreiung der Region und den Kampf gegen die Apartheid.

Die Leistungen der SADCC

Die hauptsächlichsten Leistungen der SADCC in den sieben Jahren seit ihrer Gründung umfassen sowohl die Schaffung eines regionalen Identitätsbewußtseins und einer stärkeren Einheit unter den neun Mitgliedsstaaten als auch bedeutende Fortschritte auf programmatischem Gebiet.

Das Aktionsprogramm der SADCC erstreckt sich auf sieben breite Sektoren wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Höchste Priorität hatte von Anfang an einzig das Transport- und Verkehrswesen. Es gibt auch Programme für Ernährung und Landwirtschaft, Energie, Industrie, Bergbau und zur Entwicklung der menschlichen Ressourcen, die für alle anderen Maßnahmen ausschlaggebend ist.

Simbarashe Makoni, Exekutivsekretär der SADCC und Leiter ihres Sekretariats, erklärt:

„Es ist uns gelungen, quer durch die verschiedenen Sektoren fast 400 verschiedenartige Projekte auszuarbeiten, darunter ausgedehnte Eisenbahn- und Hafenprojekte im Wert von vielen Mio \$... Wir haben Programme, die Erdsatellitenstationen zur Errichtung von direkten Telekommunikationsverbindungen zwischen allen Mitgliedsstaaten einschließen.“

Vor der Gründung der SADCC waren sechs von uns neun bei Telefon, Telex und Telekommunikation auf den Transit durch Südafrika angewiesen... Es gibt ein neues, hochinteressantes Programmgebiet auf dem Feld der Energie, wo wir nationale Elektrizitätsnetze aneinander anschließen...“

Wir haben in einigen unserer Mitgliedsstaaten ernstliche (Energie-)Defizite und

sogar die ironische Situation, in der Mosambik mit der größten einzelnen Stromerzeugungskapazität in Cabora Bassa selbst Strom aus Südafrika importiert...“

Ein weiterer Erfolgsergebnis sind die internationale Unterstützung und das Verständnis, die wir uns gesichert haben... (Es hat) ganz begeisterte Reaktionen aus der internationalen Gemeinschaft (gegeben). Das sind die bewilligten 1,1 Mrd \$ und die 1,2 Mrd \$, über die noch verhandelt wird, die der SADCC von der internationalen Gemeinschaft gewährt werden.

In Zukunft werden wir unsere Aufmerksamkeit der Frage der materiellen Produktion von Waren und Dienstleistungen nennenswerten Umfangs zuwenden, die das Leben unseres Volkes verbessern werden. (...).“

Die stetige Entwicklung der SADCC und ihre Erfolge sind angesichts der scheinbar unauflösbaren Bindungen der neun Staaten des Südlichen Afrika an Südafrika kein leichtes Werk gewesen. Nur Angola und Tansania können sich gegenwärtig Pretorias Zugriff weitgehend entziehen.

Am anderen Ende der Skala befinden sich Botswana, Lesotho und Swasiland in fast völliger Abhängigkeit von Pretoria.

Diese drei Länder waren britische Schutzgebiete. Lange Zeit wurden sie direkt von Südafrika verwaltet und liefen zuweilen Gefahr, von ihm annektiert zu werden.

Von Schutzzöllen ablösen

Seit 1909 sind Botswana, Lesotho und Swasiland in einer Zollunion mit Südafrika zusammengeschlossen, die Südafrika die Kontrolle über den Warenverkehr zwischen diesen Staaten sichert und gewährleistet, daß südafrikanische Gesellschaften sie vollständig beherrschen. Dies geschieht dadurch, daß ein hoher Schutzzoll auf Güter erhoben wird, die aus irgendeinem anderen Land als Südafrika kommen.

Auf diese Weise importieren diese Staaten fast alles aus Südafrika, während sie im Gegenzug nur wenig verkaufen. Dies führt zu einem Handelsdefizit, das ihren Gewinn aus der Zollunion um das Vierfache übersteigt.

Es liegt klar auf der Hand, daß sich Botswana, Lesotho und Swasiland besser ständen, wären sie nicht in der Zollunion. Aber sie sind auf die unmittelbaren Einkünfte angewiesen und könnten weder den Schock der Ablösung noch die Vergeltungsmaßnahmen aus Südafrika verkraften.

Man hofft, daß die SADCC mit der Zeit die Art von Unterstützung bieten kann,

die diese Situation umkehren würde. Für die meisten Länder der Region bieten südafrikanische Bergwerke und Farmen Arbeit für hunderttausende von Wanderarbeitern.

Lesotho allein schickt 150.000 Menschen zur Arbeit in den Apartheidstaat, und das Geld, das diese Arbeiter zurückbringen, ist die Haupteinkommensquelle für das Land. Vier weitere Länder haben eine bedeutende Anzahl von Arbeitern in Südafrika, die sich insgesamt auf ca. 100.000 in den Bergwerken und 40.000 auf Farmen und als Hausangestellte beläuft: darunter sind fast 1/3 der arbeitsfähigen Männer Botswanas, 15% der im Arbeitsalter stehenden Männer aus Swasiland, und je 5% aus Malawi und Mosambik.

Ehe sie vor kurzem infolge von Mosambiks fester Haltung zugunsten von Sanktionen ausgewiesen wurden, hatte Mosambik 45.000 Männer in Südafrika; es verdiente an ihnen mehr als an Cashewnüssen, seinem wichtigsten Exportartikel.

Südafrika übt seinen Zugriff auch durch seine Rolle als Hauptlieferant vieler Industriegüter an Nachbarstaaten aus. Trotz ihres Hasses auf die Apartheid sind diese Länder gezwungen, wegen der Transport- und Verkehrsmöglichkeiten aus Südafrika zu importieren; nur zu Pretoria haben sie Telefonverbindungen, Luftbeförderung, Güterverkehrswege und Bahnlinien.

Sechs der neun Mitgliedsstaaten der SADCC – Botswana, Lesotho, Swasiland, Sambia, Simbabwe und Malawi – importieren alle mehr aus Südafrika als aus irgendeinem anderen Land. (...)

Achillesferse Transportrouten

Das Transportwesen ist der Sektor, auf dem die Abhängigkeit der Nachbarländer von Südafrika am kritischsten ist. Hier schlagen Südafrikas Häfen und Eisenbahnen einen riesigen Anteil des internationalen Handels für alle Nachbarn Pretorias, ausgenommen Angola und Mosambik, um. Der Anteil reicht von 1/3 für Malawi bis hin zu 85% für das Binnenland Simbabwe.

Doch ist dies auch der Bereich, auf dem die Möglichkeit, den Griff Südafrikas zu brechen, am weitesten herangereift ist und wo folglich die Anwendung militärischer Taktik durch die Apartheid am aggressivsten ist.

Mit der Befreiung Simbabwes und der Gründung der SADCC war es für den neubefreiten Staat und alle SADCC-Länder offensichtlich logisch, angolanische und mosambikanische Häfen zu benutzen. Abgesehen von politischen Erwägungen waren sie nur halb soweit entfernt wie die südafrikanischen und daher



Gemeinsam genutzte Wasserkraft: Kariba-Staudamm zwischen Sambia und Simbabwe

potentiell viel weniger kostspielig.

Dennoch läuft die Hälfte der Ex- und Importe der SADCC immer noch durch oder nach Südafrika. Darum hat Südafrika die Bahnlinien in Angola und Mosambik angegriffen, um sicherzugehen, daß diese den Verkehr nicht abwickeln konnten.

Die Benguela-Bahn, die Sambias Kupfergürtel mit dem angolanischen Hafen Lobito verbindet, ist durch militärische Aktionen Südafrikas und seiner UNITA-Marionetten seit beinahe 10 Jahren geschlossen.

Die Linie Beira (Mosambik)-Simbabwe wird ständig durch simbabwische Truppen bewacht und dennoch häufig unterbrochen. Die Linie Maputo-Simbabwe wurde 1983, die Linie Malawi-Beira 1982 und die Linie Malawi-Nacala spätestens Ende 1984 geschlossen. (...)

Und nicht nur Häfen und Eisenbahnen sind Angriffen durch Südafrika ausgesetzt, sondern auch die SADCC selbst. Südafrika hat Überfälle in jeder Stadt angedroht oder verübt, in der die SADCC ihre jährlichen Treffen abgehalten hat, einschließlich eines Überfalls auf Gaborone, Botswana, wo die Konsultativkonferenz der SADCC vom Februar 1987 abgehalten wurde.

In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die die Transportverbindungen in der Konfrontation mit Pretoria spielen, hat sich die SADCC in erster Linie auf die Reaktivierung von Handelsrouten zum Meer konzentriert. Kernstück dieser Anstrengungen ist der Ausbau des Beira-Korridors durch Mosambik.

Der Korridor besteht aus einer Ölpipeline, einer Eisenbahn, Straßen und einem Hafen am Indischen Ozean. Dieser hat insofern eine Schlüsselfunktion, als er zum Hauptgüterumschlagshafen im Dienst von fünf Mitgliedsstaaten der SADCC werden kann, von denen vier vom Festland eingeschlossen sind:

Malawi, Simbabwe, Sambia und Botswana.

Ein stabiler Beira-Korridor würde es den SADCC-Ländern ermöglichen, ihre Abhängigkeit von Südafrika qualitativ zu verringern. Geldmitteln, die hauptsächlich von der niederländischen Regierung kamen, verdankt der Hafen von Beira die Wiederherstellung seiner Kapazität von 1976 in Höhe von 3 Mio t.

Der Hafen wickelte jedoch im letzten Jahr nur einen Güterverkehr von etwa der Hälfte dieses Umfangs ab, weil Straßen- und Bahnarbeiten nicht Schritt hielten aufgrund von Sabotageangriffen durch Renamo (RNM)-Contras in Mosambik, die von Südafrika unterstützt werden.

Der Umfang, in dem Beira oder jeder andere Hafen zum Einsatz kommen kann, hängt von der Fähigkeit der SADCC-Mitgliedsstaaten ab, ihn gegen die südafrikanische militärische Aggression zu verteidigen und zu schützen.

Das ist der Punkt, den die Regierung Reagan mit ihren frommen Sprüchen über Wirtschaftshilfe für SADCC verschleiern will.

Pretoria – Kraftwerk der Region?

SADCC-Exekutivsekretär Makoni kommentiert diesen Aspekt der Washingtoner Unterstützung der Apartheid so:

„Es ist ein Unding, wenn die US-Behörde für Internationale Entwicklung, die sich im Augenblick bei uns in Beira in Höhe von 5,5 Mio \$ engagiert, uns bei der Neuverlegung von 25 km Bahnstrecke und der Installierung von 400-t-Kränen in Beira hilft und uns dann erzählt, das Problem der Verteidigung dieser Infrastrukturen gehe sie nichts an.“

Wir können ihnen versichern, daß die Südafrikaner abwarten werden, bis wir

und die amerikanischen Ingenieure mit der Neuverlegung der Bahnstrecke fertig sind, und am folgenden Tag kommen und sie in die Luft jagen werden...

Die Vereinigten Staaten versuchen, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Das finden wir äußerst lästig. Sie kommen dann zur SADCC und sagen, sie wollen uns unterstützen. Aber ich kann Ihnen verraten, daß höhere Beamte in dieser Regierung mir gesagt haben: 'Können Sie nicht eine Möglichkeit finden, mit Südafrika auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenzuarbeiten, ohne mit ihnen über Politik zu reden?'

Im gleichen Tenor haben mir Leute aus der Regierung gesagt: 'Es ist aussichtslos, wenn die Länder des Südlichen Afrika von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ohne Südafrika sprechen, weil Südafrika das Kraftwerk der Region ist.' "

Unter dem Druck, bis zu einem gewissen Maß auf die Forderungen der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung zu reagieren, hat die Regierung Reagan zunehmend Lippenbekenntnisse abgegeben, sie wolle den SADCC-Ländern Hilfe leisten.

Doch besteht der wahre Charakter der Washingtoner Politik darin, Hilfeversprechen und andere Manöver für den Versuch zu nutzen, den regionalen Widerstand gegen die Apartheid zu entschärfen. Und wenn sich die SADCC-Staaten nicht einschüchtern lassen, werden große Hilfssummen, von denen andeutungsweise die Rede war, „auf geheimnisvolle Weise“ zurückgezogen.

US-Einschleusungsversuch Zaires

Auf dem diesjährigen Treffen von Gaborone verpflichteten sich die USA für 1987 zu nur 36 Mio \$ an neuer Hilfe für die SADCC und zu 57 Mio \$ für 1988, weit weniger als ursprünglich stillschweigend vereinbart. M. Peter McPherson, der Hauptverwalter der Behörde für Internationale Entwicklung, drängte die SADCC auch, sich zu erweitern und Zaire mitaufzunehmen, eine Nation, die mit Washington eng verbündet ist und durch das die wirtschaftlichen, militärischen und logistischen Hilfslieferungen an die UNITA-Contras in Angola geschleust werden.

Auch drängten die USA die SADCC dazu, Handelsverbindungen mit der „aufstrebenden schwarzen Geschäftsgemeinschaft in Südafrika“ zu entwickeln. Dies wurde von Exekutivsekretär Makoni umgehend zurückgewiesen, der unverblümt erklärte, daß diese „Gemeinschaft“ nur der Apartheid diene.

Die Position der SADCC aufgreifend, haben in den USA in erster Linie Mitglieder des Kongreßausschusses der Afroamerikaner drei Schlüsselvorlagen im Kongreß eingebracht, die eine 340-Mio-\$-Hilfe für

die SADCC fordern. Ein Großteil davon sollte für die Wiedereröffnung des Beira-Korridors und die Instandsetzung von weiteren dringend benötigten Infrastrukturbereichen verwendet werden.

Neben der Hilfe wird gefordert, die US-Unterstützung für die UNITA in Angola zu beenden und der Armee Mosambiks logistische Unterstützung zu leisten, um den Beira-Korridor auch gegen die RNM-Contras zu sichern.

Die Regierung Reagan widersetzt sich diesen Maßnahmen, was nicht überrascht.

Der Beitrag der SADCC zum Kampf gegen die Apartheid geht noch über ihr Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung hinaus.

Die Allianz insgesamt, besonders aber ihre Mitgliedsstaaten Simbabwe und Sambia, haben eine bedeutende Rolle bei der Ankurbelung der internationalen Sanktionskampagne gegen Südafrika gespielt; dies trotz der Tatsache, daß die SADCC-Länder den härtesten und unmittelbarsten Druck durch Pretorias Vergeltungsmaßnahmen auszuhalten haben.

Exekutivsekretär Makoni schildert, wa-

rum die SADCC gewillt ist, diese Bürde zu tragen: „Die Leute müssen begreifen, daß wir ohnehin bedroht sind und durch die Apartheid bereits eine sehr schwere Bürde tragen...

Diejenigen, die argumentieren, Sanktionen schaden dem Südlichen Afrika, brauchen nur die Tatsache zu betrachten, daß die Benguela-Bahn in den letzten 10 Jahren kaum eine Tonne Güter zum Hafen von Lobito (Angola) befördert hat. Sie brauchen nur die Blockade von Lesotho, die Sprengung der Raffinerie von Luanda, die Sprengung des Hafens von Beira und der Öltanker dort sowie die verschiedenen anderen Kosten zu betrachten, die wir in dem Papier 'Destabilisierungsverluste – anschaulich gemacht' aufgestellt haben. Wir schätzen die direkteren Auswirkungen der Destabilisierung durch Südafrika vorsichtig auf 10 Mrd \$ in fünf Jahren...

Diejenigen also, die argumentieren, daß uns Leiden erspart bleiben, wenn keine Sanktionen verhängt werden, müssen sich die Frage stellen, vor wieviel mehr Leid sie uns zu bewahren hoffen."

(Quelle: Frontline, Oakland, 13.4. 1987, S. 8-9)

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 61/Mai 1987

Schwerpunkt: El Salvador – der Krieg mit Worten und Bildern • Interview mit Mitgliedern des Komitees für Wiederansiedlung • Situation der Solidaritätsbewegung in den USA • Haiti – ein Jahr nach Duvalier • Jahreshauptversammlung der IGM • Essay von Eduardo Galeano zum Krieg in Nicaragua
Einzelpreis 3 DM; Abo (6 Hefte) 18 DM
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 116/Mai 1987

Schwerpunkt: EG-Agrarpolitik und Dritte Welt • Bestandsaufnahme der Arbeit der BUKO-Agro-Kampagne • Südkorea – Analyse des „Modells Korea“ • Die Methoden der Firma Adler • Kirchentag gegen Apartheid • KA-Protokoll
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2/April 1987

Schwerpunkt: Verschuldung • Verschuldungskrise in Tansania – Ende der sozialistischen Transformation • Krisenmanagement in Simbabwe • Südafrika – Vorzugsbehandlung durch westliche Geldgeber • Kirchentag • Kriegsdienstverweigerer in Südafrika • Kinder in Südafrika • ANC
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blicherstr. 14, 5300 Bonn 1

Brasilien Nachrichten, Nr. 92/1986

Schwerpunkt: Landkonflikte in Brasilien • Berichte aus dem Gebiet des Bico do Papagaio • Interview mit einem Rechtsanwalt der „Comissao Pastoral da Terra“ • Interview mit Bischof Pünder • Bewässerungsprojekt im Nordosten • Gründung eines Tribunals für Verbrechen im Zusammenhang mit Großgrundbesitz • Weitere Beiträge: Staudamm von Balbina • Zinsmoratorium • Verfassungsgebende Versammlung
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, c/o LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie, Nr. 25-26/Sommer-Herbst 1987

Schwerpunkt: Entwicklungspolitik gewendet • Bestandsaufnahme der Entwicklungspolitik • Die neue Südpolitik der Bundesrepublik: zwischen Krisenmanagement und Neomerkantilismus • „Entbürokratisierung“ der Entwicklungshilfe? • Gibt es eine Grüne Entwicklungspolitik? • Strategien der Entwicklungshilfe: Schweden und andere skandinavische Länder • Von der „Integration in die Entwicklung“ zur „Feminisierung der Entwicklung“? • Touristische Entwicklungsstrategien
Einzelpreis 9 DM; Doppellieferung 16 DM; Abo 30 DM
Bezug: Peripherie, c/o LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 105/Mai 1987

Schwerpunkt: Wege aus der Verschuldung • Beiträge zu den lateinamerikanischen Positionen zur Verschuldung, zur erfolgreichen „Teile und Herrsche“-Strategie der Gläubiger und zur peruanischen Politik • Überlebensstrategien in den Elendsvierteln Managuas • Lateinamerikanische Immigranten in den USA • Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom José Rodriguez • Gespräch zur mexikanischen Frauenbewegung • Kultur: Raub lateinamerikanischer Kulturschätze
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Peter Garcia

Angola macht Boden gut

Die Benguela-Eisenbahn verbindet die zairische Stadt Kamina mit Angola. Das ist jedoch nicht der einzige gemeinsame Aspekt: Der Name dieser Stadt und der Name der Bahnlinie stehen seit kurzem auch für zwei widersprüchliche Tendenzen in der Außenpolitik Zaires gegenüber seinem westlichen Nachbarn.

Es bleibt abzuwarten, welche Folgen diese neue Konstellation für die anti-angolanische Terrororganisation UNITA haben wird, die bisher von der zairischen Regierung weitgehend unterstützt wurde.

Bis zur Unabhängigkeit Angolas im Jahre 1975 war die Benguela-Bahn der Haupttransportweg für Erze und andere Bodenschätze aus Zaire, Sambia und Ostangola. Infolge der ständigen Sabotageakte der UNITA konnte die fast 2.000 km lange Strecke seit nunmehr 12 Jahren praktisch nicht mehr benutzt werden.

Dieser Zustand soll nun bald Vergangenheit sein: Am 16. April 1987 einigten sich die Staatschefs Angolas, Zaires, Sambias und Mosambiks in der angolanschen Hauptstadt Luanda, die Benguela-Eisenbahn in maximal zwei Jahren wieder in Betrieb zu nehmen. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn Zaires Regierung auf die von ihr unterstützte UNITA massiven Druck ausübt, um eine Beendigung der Sabotage-Tätigkeit zu erreichen.

Die Benguela-Linie wird wiedergeöffnet

Die Teilnahme Zaires an dieser Konferenz ist jedoch nicht nur ein Erfolg der angolanschen Außenpolitik. Hinter der Entscheidung der Regierung Mobutu stehen handfeste wirtschaftliche Interessen.

Zum einen geht es dabei um den eigenen Geldbeutel: Dadurch, daß derzeit der Export des größten Teils der zairischen Bergbauprodukte über südafrikanische Häfen abgewickelt werden muß, entstehen horrend Transportkosten – immerhin werden von Zaire jährlich 6-7 Mio t bewegt. Der Weg mit der Benguela-Bahn über Angola wäre um 2/3 kürzer und auch politisch weniger belastet.

Ein Interesse an der Wiederaufnahme des Betriebs der Benguela-Linie haben aber auch bestimmte westeuropäische Großunternehmen. An erster Stelle wäre hier

die Société générale de Belgique zu nennen, die 90% der ausländischen Anteile an der Bahn und ausgedehnte Schürfrechte in Zaire besitzt.

Als die vier Staatschefs Ende April d.J. in Sambia erneut zusammenkamen, nahm an diesem Treffen auch ein bevollmächtigter Vertreter dieses belgischen Unternehmens teil. Ein zweites Großunternehmen, die britische Lonrho, möchte selbst Anteile der Benguela-Bahn erwerben, um sich den Auftrag über die Instandsetzung der Strecke und des rollenden Materials zu sichern.

Es überrascht deshalb kaum, daß die Kosten der Wiederinbetriebnahme, die auf 280 Mio \$ veranschlagt wurden, von der Société générale de Belgique und der EG übernommen werden sollen.¹

„Flintlock 87“

Die Verständigung zwischen Zaire und Angola in der Frage der Benguela-Bahn bedeutet jedoch nicht, daß sich Zaire von der antiangolanischen Politik Washingtons gelöst hätte.

Nur zwei Tage nach dem Gipfel in Luanda begannen am 18. April unter dem Code-Namen „Flintlock 87“ in Zaire gemeinsame Militärmanöver zwischen den Truppen des Landes und den USA. Etwa zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß Zaires Präsident Mobutu in Washington am 25.2.1987 ein Abkommen mit den USA über die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes bei Kamina getroffen hatte.

Dieser Stützpunkt wurde in den 50er Jahren von Belgien gebaut. Für die USA ist er deshalb wichtig, weil er über zwei Landebahnen für Langstreckenflugzeuge verfügt und nicht allzuweit von UNITA-

Basen an der Grenze zu menschenleeren Gebieten Angolas liegt.

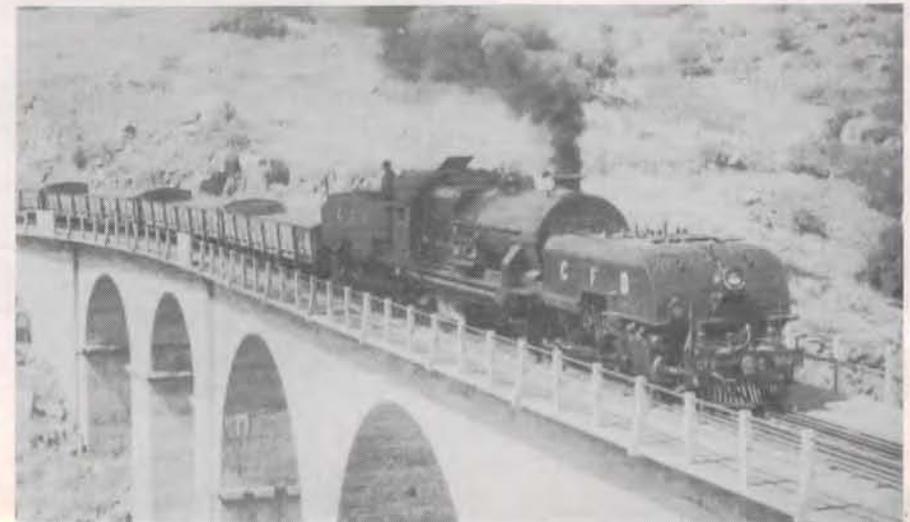
Über den Kamina-Stützpunkt wurde und wird vom US-Geheimdienst CIA der größte Teil der militärischen Unterstützung für die UNITA abgewickelt. Zur Tarnung dieser Waffentransporte werden Flugzeuge der St. Lucia Airways, einer kleinen karibischen Gesellschaft, eingesetzt. Ihre Route führt vom Kelly-Stützpunkt der US Air Force in Texas über die Kapverdischen Inseln nach Kamina.² Auch die modernen Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger sind auf diesem Weg an die UNITA-Terroristen geliefert worden.

Obwohl Zaires Luftwaffe – und damit auch die Regierung des Landes – über diese Vorgänge genauestens informiert sind, streitet Regierungschef Mobutu jedesmal kategorisch ab, daß er die UNITA in irgendeiner Form unterstützt oder daß es auf zairischem Boden Stützpunkte dieser Gruppierung gibt.

Um Mobutu beim Wort zu nehmen, über-



Von strategischer Bedeutung für Angola wie die östlichen Nachbarn ist die Benguela-Bahn (unten)



sandte ihm die Regierung Angolas eine genaue Beschreibung der Lage dieser Stützpunkte auf dem Territorium Zaires — unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß Zaire ja dann nichts dagegen haben könne, wenn Angola in Zukunft die Verfolgung der Banditen auch auf das angrenzende Gebiet Zaires ausdehne. Gleichzeitig gab Angola der Hoffnung Ausdruck, daß Zaire vorher vielleicht selbst für Ordnung sorgen würde, so daß dadurch grenzüberschreitende Maßnahmen gar nicht erst notwendig würden.³ Sowohl für die UNITA als auch für die USA ist es jedoch eminent wichtig, daß diese Gruppierung ihre Präsenz in Zaire eher noch verstärkt. Die unmittelbaren militärischen Vorteile liegen auf der Hand: Ernsthaft schaden kann die UNITA Angolas Wirtschaft nur durch einen Angriff auf die Erdölanlagen in der Provinz Cabinda.

Savimbi salonfähig machen

Sabotageakte in Cabinda sind aber nur von Zaire aus möglich, da diese Provinz vom übrigen Angola durch einen Streifen zairischen Territoriums abgetrennt ist und die auf der anderen Seite gelegene Volksrepublik Kongo der UNITA keine Chance geben würde.

Genau so wichtig sind jedoch auch die langfristigen politisch-diplomatischen Vorteile, die die Verlegung der UNITA-Basen aus dem südafrikanisch besetzten Namibia nach Zaire mit sich bringen würde.

Nur so kann UNITA-Anführer Savimbi der Weltöffentlichkeit mit einiger Aussicht auf Erfolg das Märchen verkaufen, keine Marionette des südafrikanischen Rassenregimes zu sein. Die stärkere Bindung an das schwarzafrikanische Zaire soll der UNITA — und damit der US-Außenpolitik — weltweit mehr Glaubhaftigkeit verleihen.⁴

Ein weiteres Manöver soll dazu beitragen, die UNITA salonfähiger zu machen. Ende März d.J. verbreitete das Washingtoner Informationsbüro dieser Gruppierung eine Erklärung, in der sie eine Einstellung der Sabotage der Benguela-Bahn ankündigte, sofern die UNITA an den Gesprächen zwischen den Regierungen der interessierten Staaten offiziell teilnehmen könne, falls sie in das Abkommen über die Wiederinbetriebnahme mit einbezogen werde und anschließend die Züge kontrollieren dürfe, um „Waffen Transporte zu verhindern“.

Angolas Regierung lehnt seit jeher jegliche Verhandlungen mit den UNITA-Banden kategorisch ab und konnte auch Zaire davon überzeugen, dem UNITA-Kommuniqué keine Beachtung zu schenken. Am 6. April versuchte dann US-Unterstaatssekretär Chester Crocker in

Brazzaville, Angolas Innenminister Alexandre Rodrigues „Kito“ doch noch zur Einbeziehung der Savimbi-Truppe in die Gespräche zu bewegen.

Spätestens die Unterzeichnung des Abkommens von Luanda am 16.4.1987 ohne die UNITA machte deutlich, daß die US-Strategen wieder einmal eine Niederlage errungen hatten: Es war ihnen nicht gelungen, die UNITA durch eine Teilnahme an den Regierungsgesprächen zwischen den vier afrikanischen Ländern aufzuwerten — trotz des noch schnell hingeworfenen Köders von

der UNITA jedoch nicht gelungen, ihre Positionen zu stärken. Im Gegenteil: „Nach der Schlacht von Mavinga (Ende 1985) ... hat die Aktivität der UNITA allgemein nachgelassen. Sie hat sich nicht von den erlittenen Verlusten erholt, die etwa 2.000 betragen, und sie richtet ihre Aktionen grundsätzlich nur noch gegen Zivilisten. Mit Ausnahme der Provinz Kuando-Kubango, in der die UNITA nicht alleine agiert, ist sie nicht mehr in der Lage, unsere Streitkräfte frontal anzugreifen.“

Wenn es jetzt Auseinandersetzungen



Demonstration Hunderttausender in Luanda gegen die Unterstützung der angolanischen Contras durch den US-Kongress im Juli 1985

der Einstellung der Sabotageakte gegen die Benguela-Bahn.

Zumindest ein positives Ergebnis hatte der Kontakt zwischen Crocker und Rodrigues dann doch: Es wurde vereinbart, die seit Februar 1986 unterbrochenen Gespräche zwischen Angola und den USA wiederaufzunehmen.

Angola hatte die Verhandlungen mit den USA damals eingestellt, weil die Regierung Reagan eine Militärhilfe von 15 Mio \$ für die UNITA beschlossen und anschließend deren Führer Jonas Savimbi ins Weiße Haus eingeladen hatte. Angola entschied sich jetzt für eine Fortführung der Gespräche, obwohl inzwischen klar geworden ist, daß die USA in Wirklichkeit die UNITA mit noch viel größeren Summen unterstützt haben.

Danach sind in den letzten beiden Jahren Summen von jährlich 200-300 Mio \$ in die Taschen der Terrororganisation geflossen, wobei ein Teil dieser Mittel aus dem „Irangate“-Topf kam bzw. von Saudi-Arabien, Brunei und Marokko aufgebracht wurde.⁵

Trotz dieser gewaltigen Summen ist es

gibt, wurden sie von unseren Einheiten herausgefordert. Mit anderen Worten heißt das, daß die UNITA vollkommen die Initiative verloren hat.“

Mit diesen Worten erläuterte der Chef des Oberkommandos der angolanischen Streitkräfte FAPLA, Brigade-General António França Ndalu, die aktuelle militärische Situation des Landes.⁶

Hauptziele der UNITA-Gangster sind Straßen, Brücken, Staudämme, Eisenbahnstrecken und Lagerhallen fern von den Bevölkerungszentren. Selbst in den südafrikanischen Massenmedien wird eingestanden, daß sich der UNITA-Terror in erster Linie gegen Zivilisten richtet. Auf Feldwegen werden Minen versteckt, die den Bauern, den Bäuerinnen oder ihren Kindern die Beine wegreißen.

Als Folge dieser Verbrechen muß Angola heute einen der traurigsten Rekorde der Welt aufweisen: Es ist das Land mit dem höchsten Prozentsatz an Beinamputierten. Die beiden Rotkreuz-Werkstätten in Huambo und Cuito stellen nichts anderes her als Beinprothesen, um die

US-Militärstützpunkt in Zaire

Ende Februar d.J. weilte der Präsident von Zaire, Mobutu, zu einem Privatbesuch in Washington. Bei dieser Gelegenheit wurde mit dem Weißen Haus vereinbart, daß die USA in Zukunft über einen Militärstützpunkt in Zaire verfügen werden.

Es handelt sich dabei um die bereits von der belgischen Kolonialmacht in den 50er Jahren erbaute Basis Kamina in der Südprovinz Shaba. Der damals mit einem Aufwand von 100 Mio \$ erbaute Komplex verfügt über zwei Landebahnen von 2.800 m Länge und Einrichtungen für die Stationierung von 70.000 Soldaten.

Die Kosten des Wiederaufbaus des Stützpunktes werden auf ca. 200 Mio \$ geschätzt. Bereits im laufenden US-Haushalt waren 2 Mio \$ für diesen Zweck vorgesehen.

Kamina ist von hohem strategischem Wert. Im Herzen Zentralafrikas gelegen, grenzt die an mineralischen Rohstoffen reiche Provinz Shaba an Angola, Sambia und Tansania. Kamina ist zugleich ein bedeutender Knotenpunkt von Schiffahrtswegen, Straßen und Eisenbahnstrecken.

Der Stützpunkt erlangte bereits mehrmals traurige Berühmtheit in der Geschichte Zaires. 1964 landeten dort belgische Fallschirmjäger und Söldner mit US-Flugzeugen, um gegen Anhänger des ermordeten Staatschefs Lumumba vorzugehen, die sich in Stanleyville verschanzt hatten.

Kamina spielte zudem 1977 und 1978 eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Rebellen der Nationalen Befreiungsfront des Kongo (FLNC), die zweimal in die Provinz Shaba vorgedrungen waren. Ihr Vormarsch konnte damals nur durch den Einsatz marokkanischer bzw. französischer Truppen gestoppt werden.

Seit 1986 dient der Stützpunkt dem CIA zur Belieferung der Banditen der Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) mit US-Waffen. Jedoch rechtfertigen allein die Versorgung der UNITA und der Schutz des Mobutu-Regimes nicht die Unterhaltung eines Stützpunktes solchen Ausmaßes durch die USA.

Angesichts der Schwächung Südafrikas, ihres wichtigsten Verbündeten in der Region, scheint sich eine Veränderung der Strategie Washingtons im Südlichen Afrika anzubahnen. Die Rolle Zaires, das bei der Unterstüt-



Zaires Präsident Mobutu (l.) beim Treffen mit Angolas Präsident dos Santos (r.) im April 1987 in Luanda; von der angolischen Armee in Cuito erbeuteter südafrikanischer Panzerwagen (oben)

zung der UNITA bereits eine enge Kooperation mit Südafrika pflegt, seine Beziehungen zu Israel ausgebaut hat und seine Truppen dorthin entsendet, wo prowestliche Regimes bedroht sind (z.B. Tschad und Togo), soll aufgewertet werden.

Das Ziel der Reagan-Administration ist es, ein regionales Interventionszentrum aufzubauen, das sich – ähnlich wie im Fall Honduras' für Mittelamerika – vor allem gegen die Frontstaaten richtet.

„Die amerikanische Präsenz in Kamina“, so der Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Sam Nujoma, „ist eine schwere Bedrohung für die Frontstaaten, gegen die die USA Aktionen unternehmen könnten wie gegen Libyen.“

Hauptangriffsziel dürfte dabei Angola sein. Der Stützpunkt Kamina und die Zugangsrechte von US-Streitkräften auf der Insel Sankt Helena im Atlantik und zum Hafen Walvis Bay in Namibia stellen einen Einkreisungsversuch dieses Frontstaates dar.

Doch hat man in Washington nicht nur die Frontstaaten im Visier, sondern auch andere sensible Gebiete wie den Sudan und Uganda, die ebenfalls an Zaire grenzen. Darauf deutet ein Brief des zairischen Geheimdienstes hin, der den Aufbau von „Kommandogruppen“ aus Bürgern Sambias, Tansanias, Angolas, des Sudan und Ugandas unter Aufsicht der Militärmission der US-Botschaft in Zaire erläutert.

N. Biver

UNITA-Opfer zu versorgen. Da sie mit der Produktion nicht nachkommen, sind vier neue Werkstätten geplant.⁷

Angesichts dieser Folgen unmenschlichen Terrors fragt man sich, warum die angolische Armee und die über 30.000 Mann starken kubanischen Truppen es bis heute nicht geschafft haben, die verbrecherischen Aktivitäten der UNITA endgültig zu unterbinden.

Dazu muß man sich erst einmal die Größe des Landes und die Bevölkerungsdichte vor Augen halten: Angola hat die fünffache Fläche der Bundesrepublik, aber mit 8,6 Mio eine Einwohnerzahl, die unter der des Landes Baden-Württemberg liegt. Die Armee kann deshalb unmöglich die vielen dünnbesiedelten und unbewohnten Landstriche sowie die 5.000 km lange Landgrenze kontrollieren.

Es werden deshalb immer wieder kleine Sabotagetrupps über die Grenzen mit Namibia und Zaire eindringen können – solange die UNITA von Südafrika und den USA unterstützt wird. Ständige Stützpunkte auf angolanischem Boden würde es heute allerdings ohne die Besetzung des südlichen Grenzstreifens Angolas durch südafrikanische Truppen schon lange nicht mehr geben.

Genau das ist aber der Grund, warum immer noch kubanische Truppen in Angola sind. Dazu Staatspräsident Eduardo dos Santos: „Es ist nicht die Aufgabe der kubanischen Streitkräfte in Angola, gegen die UNITA-Banden zu kämpfen. Wir haben bereits mehrere Male klargestellt, daß die kubanische Streitmacht in Angola ist, um der Regierung der Volksrepublik Angolas gegen größere Angriffe der Rassisten-Truppen Südafrikas zu hel-

fen, besonders in dem Fall, wenn die Invasion eine bestimmte Linie im Süden des Landes überschreitet.“

Kleinere Angriffe der Südafrikaner werden heute von der FAPLA alleine zurückgeschlagen, so z.B. im Januar und Februar dieses Jahres der Überfall auf Mongwa in der Cunene-Provinz.⁸

Neben der Funktion einer strategischen Reserve gegen Südafrika erfüllen die kubanischen Soldaten noch eine zweite wichtige Aufgabe: Sie helfen mit beim Schutz der Erdölanlagen in Cabinda.

Die größten dieser Einrichtungen gehören zu 51% der staatlichen angolischen Gesellschaft Sonangol und zu 49% der US-amerikanischen Chevron Corp. Die Aktivitäten des US-Erdölgiganten in Angola verdeutlichen, daß die antiangolische Haltung der US-Regierung nicht von allen Angehörigen der Oberschicht jenes Landes geteilt wird.

Bisher hat sich die Chevron immer wieder erfolgreich gegen Versuche durchgesetzt, im US-Kongreß ein Verbot seines Angola-Engagements zu erreichen. Es ist im Gegenteil so, daß das Unternehmen beabsichtigt, in der nächsten Zeit seine Kapitalbindung in Angola zu verdoppeln. Ein entsprechendes Abkommen über die Nutzung von Tiefwasserkonzessionen vor der Küste Angolas wurde erst Ende 1986 mit der angolischen Regierung unterzeichnet.

Chevron tanzt aus der Reihe

Allerdings ist das Verhalten der Chevron nicht uneigennützig. Die Financial Times nannte folgende Gründe: Bis 1990 will Angola 3 Mrd \$ im Erdölsektor investieren. Dadurch wird das Land „zu einem der wichtigsten Märkte der Welt für Firmen, die Ausrüstungen und Dienstleistungen für die Erdölindustrie liefern“. Alleine für dieses Jahr sind Investitionen von 700 Mio \$ geplant. Angola kann eine hohe Erfolgsrate bei der Suche nach neuen Vorkommen verzeichnen. Das Konstellation in diesem Sektor ist mit durchschnittlich 1,82 \$ pro Faß eins der niedrigsten der Welt. Aus diesen Gründen ist Angola für ausländische Erdölgesellschaften sehr attraktiv. Die Chevron Corp. weiß also sehr wohl, warum sie antiangolanischen US-Parlamentariern, wie Claude Pepper, nicht kampfflos das Feld räumt.⁹

Aber auch Angola hat von der Zusammenarbeit mit der Chevron profitiert. 90% seiner Devisen erwirtschaftet Angola mit dem Export von Erdöl. In den vergangenen Jahren waren das etwa 1,8-1,9 Mrd \$.

Allerdings sanken 1986 die Öleinkünfte als Folge des Verfalls des Weltmarktpreises um 700 Mio \$, so daß Angola insgesamt nur noch 1,4 Mrd \$ am Export



Roberto de Almeida

Interview mit Roberto de Almeida Erneuerung und Kontinuität

Im folgenden Interview erläutert Roberto de Almeida, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der MPLA-Partei der Arbeit (MPLA-PT) für ideologische Arbeit, die Entwicklung der Partei und einige ihrer Aufgaben auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet.

FRAGE: Seit dem 2. Kongreß der MPLA-PT im Dezember 1985 ist der Parteiapparat ... weitgehend erneuert worden. War dieser Wechsel, der teilweise vom Nachrücken der jungen Generation gekennzeichnet ist, nützlich? Was sind seine positivsten Merkmale?

R. DE ALMEIDA: Die ganze Vorbereitungstätigkeit des zweiten Kongresses ist abgelaufen im Zeichen des Prinzips „Erneuerung und Kontinuität“. Das heißt, die Erfahrung der älteren Kader und Leiter sollte mit dem dynamischeren Handeln der Jugend kombiniert werden, aber ohne Erschütterungen beim Ausführen der laufenden Programme auszulösen.

Trotz der kurzen verstrichenen Zeitspanne spüren wir schon die positive Wirkung der Neuerungen, die auf Gebieten wie dem der Organisation vorgenommen wurden. Hierzu wurde eine bedeutsame nationale Versammlung über die bei der Bildung in der Partei anzuwendenden Methoden durchgeführt, wo das politische und ideologische Erziehungssystem neu formuliert wurde.

Die im Parteiapparat getroffenen Maßnahmen hatten ihr Gegenstück im Staatsapparat, da der Parteivorsitzende in seiner Eigenschaft als Regierungschef eine gewisse Anzahl von Änderungen auf Staatsebene vorgenommen hat. Außerdem hat man mit der Durchführung der Wahl der neuen Abgeordneten für die Volksversammlung, die Mandate für die Organe der Volksmacht erneuert.

FRAGE: Was sind auf wirtschaftlichem Gebiet die Richtlinien der Partei, die den laufenden Fünfjahrplan kennzeichnen werden?

R. DE ALMEIDA: Die vom 2. Kongreß der MPLA-PT gegebene Orientierung betont folgende Schwerpunkte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich:

absolute Priorität für die Bedürfnisse der Landesverteidigung; bessere Leitungs- und Verwaltungsmethoden in der Wirtschaft; höhere Effizienz in Arbeit und Produktion und bessere Versorgung der Bevölkerung; Priorität für die äußeren Wirtschaftsbeziehungen und die Dynamisierung des Exports; Priorität für rationellen Einsatz und höhere Qualität der nationalen Kader und Meisterung der Inanspruchnahme von ausländischen Mitarbeitern.

FRAGE: Eine der Fragen, die die letzte Sitzung des Zentralkomitees (vom November

1986; d. Red.) am meisten beschäftigt hat, ist die Versorgung der Bevölkerung. Was sind die Haupthindernisse, und wie will die Partei sie beseitigen?

R. DE ALMEIDA: Diese Frage hat ihren Ursprung vor allem im Rückgang der Gesamtproduktion, von dem die angolische Wirtschaft betroffen ist und dann in den Schwierigkeiten bei der Zirkulation und dem Absatz der Produkte.

Diese entstehen durch die Situation der Instabilität, die die Marionetten-Kämpfer der Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in den fruchtbarsten und für die Landwirtschaft günstigsten Zonen zu schaffen trachten.

Die Partei hat vor, diese Probleme mit einem verbesserten Handelssystem auf dem Land zu lösen, indem sie dem Kauf von Produkten Vorrang gibt, die dem Geschmack der Bewohner der ländlichen Zonen entsprechen, und ebenso mit einer gerechteren und besser angepaßten Preispolitik. Als Grundvoraussetzung dafür sehen wir an erster Stelle die Reorganisation der Genossenschaften und Bauernvereinigungen an.

FRAGE: Die Fortsetzung des Kampfes gegen die UNITA bleibt selbstverständlich eine Priorität. Wie beurteilen Sie das heutige internationale Klima hinsichtlich des Südlichen Afrika? Und wie erklären Sie die Inkongruenz des amerikanischen Kongresses, der Sanktionen gegen Südafrika im selben Moment verhängt, wo er der UNITA eine — auch militärische — Hilfe gewährt?

R. DE ALMEIDA: Der Kampf der Völker von Namibia und Südafrika, geführt von ihrer jeweiligen Vorhut, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), ist der Hauptfaktor zur Bündelung der Anstrengungen, die auf die Abschaffung des abscheulichen Apartheidsystems zielen.

Auf internationaler Ebene haben wir eine wachsende Einsicht in den Sinn dieses Kampfes, seine wirkliche Breite und seine Ziele erlebt, auch wenn gewisse Länder eine Haltung einnehmen, die noch nicht auf einer kohärenten und absolut festen Grundlage beruht. (...)

So unglaublich es auch erscheinen mag, die amerikanische Regierung verstößt in dieser Sache gegen ihre eigene Gesetzgebung, wie es einmal mehr die Geschichte der Waffenverkäufe an den Iran beweist. Indem die Reagan-Administration den angolischen Marionetten von der UNITA Waffen liefert, verletzt sie ihre eigenen Gesetze über Sanktionen gegen das südafrikanische Rassistenregime, Sanktionen, die allen militärischen und paramilitärischen Aktivitäten Südafrikas gegen die Nachbarländer ein Ende

machen sollen.

Denn es ist zur Genüge bewiesen, daß die UNITA-Handlanger in Angola wie die vom Mosambikanischen Nationalen Widerstand (RNM) in Mosambik die bewaffnete Armee Pretorias bei der Destabilisierung dieser Länder sind. (...)

Jeder konsequente Politiker stimmt ohne Umschweife zu, daß Hilfe für die angolischen Banditen dem Prinzip der Unabhängigkeit Namibias zuwiderläuft, weil sie Hindernisse für eine friedliche Lösung der Probleme schafft, und weil sie die Entwicklung des interregionalen Handels und die Schaffung der zur Wirtschaftsentwicklung nötigen Infrastruktur verhindert.

Das heißt, man stimmt sich nicht nur gegen die Ausführung der Resolution 435/78 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, sondern man verhindert auch mit gewaltsamen Mitteln die Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder der Region. Mir scheint, das ist der größte Fall von Inkongruenz einer Regierung in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten. (...)

FRAGE: Gibt es nach soviel Jahren Destabilisierung Regionen oder ethnische Gruppen, wo die Verankerung der Partei schwächer oder schwieriger ist?

R. DE ALMEIDA: Als einen negativen Faktor im Aufbauprozeß der MPLA-PT haben wir immer ihre schwache Präsenz in den ländlichen Zonen betrachtet.

Die Bauern machten im Juni 1986 nicht mehr als 18,9% der Gesamtheit der Parteimitglieder aus. Diese Situation rührt von der Instabilität durch den Krieg her, die eine ständige Wanderung der Bevölkerung mit sich bringt und die politische Arbeit unter den Massen stört.

Wenn man die Folgen der Kriegssituation außer acht läßt, gibt es keine Region und keine ethnische Gruppe, wo die Präsenz der Partei schwieriger gewesen wäre. Und das überrascht nicht, bedenkt man, daß schon während des nationalen Befreiungskampfes Landsleute aus den verschiedensten Regionen die Reihen der MPLA füllten, als Kommandant oder einfacher Guerillero. (...)

FRAGE: Hat es im Denken der Partei seit ihrer Gründung vor bald 10 Jahren eine Fortentwicklung gegeben?

R. DE ALMEIDA: Die politische Linie der Partei wird anlässlich ihrer Kongresse festgelegt und neu definiert.

Im Fall der MPLA-PT hat es nur zwei Kongresse gegeben — einen außerordentlichen 1980 und den anderen ordentlichen im Dezember 1985 — sowie eine nationale Konferenz. Bei all diesen Gelegenheiten war es die vorherrschende Sorge der Delegierten, den Kurs der Partei neu zu bestätigen, der auf die marxistisch-leninistische Theorie gegründet ist, und den Zusammenhalt und die Disziplin in ihren Reihen zu bewahren, so daß wir wie ein einziger Körper hinter einer einzigen Führung handeln konnten, der des Genossen Präsidenten José Eduardo Dos Santos.

Die Weiterentwicklung, die die Partei im Lauf ihres fast zehnjährigen Bestehens registriert hat, betrifft ihre Arbeitsmethoden, die Funktionsweise ihrer Struktur und ihre verbesserte Anpassung an die nationalen Realitäten. In diesem Sinn hat die Partei an Reife gewonnen und sich von einem gewissen übermäßigen Optimismus befreit, indem sie in einem realistischeren Geist den Schwierigkeiten und Hindernissen ins Gesicht sieht, die beim Aufbau des Sozialismus auftreten. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 393/Februar 1987, Spécial Angola, S. X-XII)

Marianne Kolter

Wer verfiicht die Scheinunabhängigkeit Namibias?

verdienen konnte. In diesem Jahr werden die Deviseneinkünfte durch die Erholung des Erdölpreises wieder spürbar höher liegen.

Insgesamt konnte Angola seine Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen bei 1,4 Mrd \$ halten. Wäre da nicht der hohe – durch die Politik der USA und Südafrikas aufgezwungene – Verteidigungsetat von fast 50% des Regierungshaushalts, hätte Angola die Einnahme-Einbußen im letzten Jahr ohne größere Probleme hinnehmen können. So aber war das Land gezwungen, den Import bestimmter für die Versorgung der Bevölkerung wichtiger Güter einzuschränken.

Gleichzeitig erhöhte die Sowjetunion ihre kostenlose Militärhilfe. Und sie erklärte sich bereit, für erst einmal zwei Jahre auf Zins- und Tilgungszahlungen für die an Angola gewährten Kredite zu verzichten.¹⁰

Zu den Militärgütern, die Angola aus der Sowjetunion erhielt, gehören modernste Kampfflugzeuge der Typen MiG-21F, MiG-23s und Suchoi SU-22. Damit wird Angolas Luftwaffe immer besser in die Lage versetzt, den Luftüberfällen der Südafrikaner Paroli zu bieten.

Als Angola das letzte Mal versuchte, die UNITA-Banden aus Jamba im Südzipfel der fast menschenleeren Provinz Kuando-Kubango zu vertreiben, war den Savimbi-Leuten dieses Schicksal nur durch den massiven Einsatz südafrikanischer Kriegsflugzeuge erspart geblieben. Die nächste Aktion der FAPLA gegen Jamba ist bereits fest geplant; nur wird Angola diesmal besser vorbereitet sein. Das geänderte Kräfteverhältnis fand auch in Kommentaren der internationalen Presse Widerhall. Als im November 1986 ein angolischer Flieger ein Patrouillenfahrzeug der sog. Südwest-Afrikanischen Territorialstreitkräfte, das 20 km weit nach Angola eingedrungen war, in die Luft bombte, kommentierte der britische Guardian: Die angolische Luftwaffe „hat nun anscheinend genug Selbstvertrauen, um Einsätze in das Grenzgebiet zu fliegen“.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie, Paris, 4.-17.5.1987; Le Monde, Paris, 18.4.1987
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris, 20.4.1987 und 2.2.1987; West Africa, London, 2.3.1987
- 3) Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 4) Cadernos do 3º Mundo (CTM), Lissabon, Februar/März 1987
- 5) Afrique-Asie, 4.-17.5.1987; Africa Asia, Paris März 1987, West Africa, 2.2.1987
- 6) Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 7) Star, Südafrika, 11.2.1987, Guardian, London, 10.12.1986
- 8) CTM, a.a.O.; Guardian, 14.2.1987
- 9) West Africa, 2.3.1987 und 30.5.1987; Financial Times, London, 5.2.1987
- 10) African Economical Digest, London, 31.1.1987; Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 11) Star, 11.2.1987; Guardian, 8.1.1987

Namibia, die letzte große Kolonie der Erde, ist für Südafrika im Gesamtkräfteverhältnis des Südlichen Afrika ein oft unterschätzter, in der Öffentlichkeit zu wenig beachteter Faktor.

Namibia ist rohstoffreich. Seine Ausbeutung ist notwendig für die südafrikanische Wirtschaft unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen. Südafrika nutzt das namibische Territorium als Sprungbrett für militärische Überfälle auf die Frontstaaten, in erster Linie auf Angola.

Im Zusammenhang mit Sanktionsforderungen spekuliert Südafrika auf Namibia als Umgehungsstraße. Die Europäische Gemeinschaft hat z.B. in ihre Boykottbeschlüsse Namibia ausdrücklich nicht einbezogen. Die Unabhängigkeit Nami-

bias und eine SWAPO-Regierung hätten in Südafrika eine enorme Signalwirkung. Dies sind Gründe genug für die südafrikanische Regierung, alles zu unternehmen, was einen realen Machtwechsel in seiner Kolonie verhindert.

Eine wirkliche Veränderung zu verhindern, d.h. die Durchführung freier Wahlen unter UNO-Aufsicht entsprechend der Resolution 435 von 1978 nicht stattfinden zu lassen, denn die „Gefahr“ eines Wahlsiegs für die Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) ist nicht von der Hand zu weisen.

Dies versucht Südafrika mit immer neuen Manövern mit Hilfe der Demokratischen Turnhallen-Allianz, von Über-



Südafrikanische Besatzungstruppen im Norden Namibias (oben); Township Kaututura am Rande Windhuks (unten)



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Leserservice

Postfach 510868

5000 Köln 51

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir gewonnen:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Ausnahmezustand in Südafrika

Damit die Mauer
des Schweigens
durchbrochen wird:

Unterstützt den
Freiheitssender Mandela
(Stimme des ANC)



Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

**Freiheit
für
Nelson
Mandela**



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

Absender:

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

70 PF

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51

gangs- und sonstwelchen Regierungen, die letztendlich zu einer international akzeptierten Variante einer Marionettenregierung von Pretorias Gnaden führen sollen. Das letzte Kind dieser Art heißt Interimsregierung, die seit dem 17. Juni 1985 in Windhuk „regiert“.

Doch diese Regierungen finden bisher nicht die erstrebte Unterstützung oder wenigstens Akzeptanz unter den Namibianern, und hier kann sich Südafrika auch für die Zukunft wenig Hoffnung machen. Die Ablehnung einer kolonialen Verschleierungspolitik und der Widerstand der Befreiungsbewegung, der Kirchen und der Gewerkschaften hat in den letzten Jahren an Schlagkraft zugenommen.

Das Angola-„Linkage“

Daher verläßt sich die Regierung P.W. Botha auch nicht allein auf Manöver, sondern sie hat in Namibia ein Herrschaftsinstrumentarium geschaffen, das in der Welt einzigartig ist.

Die Südafrikanischen Verteidigungskräfte (SADF) stehen mit zehntausenden Soldaten in Namibia und werden unterstützt von den sog. Südwestafrikanischen Territorialstreitkräften (SWATF), den Bantustan-Streitkräften sowie speziellen Polizei- und Sicherheitstruppen etwa der großen Minen. Namibia hält damit einen makabren Rekord: auf einen Soldaten kommen ungefähr 10 Zivilisten.

Seit nunmehr fast 10 Jahren herrscht in Namibia der Ausnahmezustand, der Norden des Landes steht gar unter Kriegsrecht, was u.a. eine nächtliche Ausgangssperre bedeutet.

Aufgrund des verstärkten bewaffneten Kampfes der Volksbefreiungsarmee (PLAN), des bewaffneten Armes der SWAPO, Ende der 70er Jahre und der Entstehung eines freien Angola installierte Südafrika im Norden Namibias Ende der 70er Jahre Einrichtungen mit modernster Waffentechnologie.

Mit Terror soll der Widerstand in den Städten und den ländlichen Gebieten niedergehalten werden. Die Militarisierung des gesamten Lebens geht soweit, daß in öffentlichen Einrichtungen, etwa

SWAPO-Kämpfer bei einem Angriff auf einen südafrikanischen Stützpunkt



Namibische Flüchtlinge in Angola

Schulen, uniformierte Angehörige der Sicherheitskräfte direkt vor Ort ihre Kontroll- und Repressionsarbeit ausführen.

Die namibischen Teile dieser Sicherheitskräfte – verbunden mit der Zwangskrutierung Weißer und Schwarzer – sind ein weiterer Hebel Südafrikas, den grundlegenden Konflikt zwischen kolonialer Ausbeutung und antikolonialen Kampf in die namibische Gesellschaft selbst hineinzutragen.

Dies hat erstens den Vorzug, daß die namibische Bevölkerung gespalten wird. Und zweitens erleichtert es Südafrika die Rechtfertigung seiner Politik auf internationaler Ebene.

Die sozialpsychologischen Folgen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Soldaten der PLAN und namibischen Angehörigen der Streitkräfte vergiften die sozialen Beziehungen innerhalb des Landes und werden diese auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit auf Jahre belasten.

Der Entkolonialisierungserfolg der ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik sowie der erstarkende Widerstand führten Mitte der 70er Jahre dazu, daß auch das Thema Namibia wieder auf der Tagesordnung der internatio-

nen Öffentlichkeit stand. Die Verabschiedung der Resolution 435 durch die UNO im Jahr 1978 war Ausdruck von Bemühungen um eine Lösung des „Namibia-Problems“.

Doch bald sollte sich zeigen, daß weder Südafrika noch seine wesentlichen Verbündeten, allen voran die USA, an einer echten Einlösung dieser Resolution interessiert waren. Die Erfindung der Reagan-Administration, die Erfüllung der Resolution 435 müsse an den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola gekoppelt werden („Linkage“), verschaffte der südafrikanischen Regierung ein Argument, mit dem sie ebenso auf Zeit pokern kann wie sie dies mit ihren Marionettenregierungen versucht.

Südafrika machte während der vergangenen Jahre zudem deutlich, daß es gedenkt, die gewonnene Zeit zu nutzen. In Namibia wird systematisch eine Zukunft vorbereitet, in der neokoloniale Einflußmöglichkeiten gesichert sind.

Auch wenn in der Zukunft in Namibia eine unabhängige, aus dem Befreiungskampf hervorgehende Regierung amtiert, wird sie mit diesem Erbe lange Zeit belastet sein.

Wie sehr dieses Erbe die Handlungsmöglichkeiten fortschrittlicher Regierungen in der Dritten Welt einschränken kann, ist gerade im Südlichen Afrika zu beobachten. Kommt dann noch äußerer Druck hinzu – ökonomisch oder militärisch sowie die Unterstützung konterrevolutionärer Banden – werden die Entwicklungsmöglichkeiten der befreiten Staaten entscheidend beschnitten.

Das Beispiel Mosambik zeigt, daß diese Politik ein Land bis an den Rand des gesamtgesellschaftlichen Zusammenbruchs bringen kann. Und in Namibia wird seitens Südafrikas und seiner Verbündeten nichts dem Zufall überlassen.

Neokoloniale Vorsorge

So ist Namibias Wirtschaft schon heute völlig auf den Export von mineralischen Rohstoffen und landwirtschaftlichen und Fischereiprodukten ausgerichtet. Der Export entspricht etwa 60% des Bruttoinlandsprodukts, etwa 90% der materiellen Produktion werden exportiert.

„Namibia“, so stellt das UN-Institut für Namibia fest, „ist daher fast ein klassischer Fall einer Wirtschaft, die, in bezug auf die Güter produziert, was sie nicht konsumiert, und konsumiert, was sie nicht produziert.“¹ Die Profite dieser Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes eignen sich wenige transnationale Konzerne an, die kein Interesse an ihrer Investition in eine aufzubauende nationale Wirtschaft haben. Ihr Abfluß aus Namibia ist erheblich.

NEUERSCHEINUNG

FOOD FIRST COMICS

4,50

NICHT GENUG FÜR ALLE?



HUNGER UND VERSCHWENDUNG
USA, PHILIPPINEN UND WIR



Sach-Comic zur Welternährung
44 S. broschiert
Preis DM 4,50

Bezug:
Gesellschaft für entwicklungs-
politische Bildung (GEB)
Postfach 5222, 7800 Freiburg

Unterrichtsmaterialien Dritte Welt



Lieferbare Titel:

Nr. 1 Nicaragua (überarbeitet 1985)
— Nr. 4 Zigeuner — Nr. 6 Welthandel
I — Nr. 7 Kolonialismus — Nr. 8/9
Welthandel II — Nr. 10 Bolivien
(überarbeitet 1985) — Nr. 11 Impe-
rialismus — Nr. 12 Großtechnologie
— Nr. 13 Tourismus — Nr. 14 Moder-
nisierung des Elends — Nr. 15/16
Waffenexport — Nr. 17 Politische
Flüchtlinge — Nr. 18 Türken in
Deutschland — Nr. 19/20 Israel in
Palästina — Nr. 21 Brasilianischer
Zucker

Loseblattsammlung
Einzelnummer ca. 32 S. A4-Format
— kopierfähig, Einzelpreis DM 6,-
zzgl. Porto
Doppelnummer = doppelter Um-
fang, Preis DM 12,-

Darin ist, auch auf lange Sicht, die Abhängigkeit des Landes vom Weltmarkt angelegt.

Der Abbau wichtiger mineralischer Rohstoffe und die Fischerei vor den Küsten des Landes erfolgen mit dem Ziel, möglichst viel in kürzester Zeit aus dem Land herauszuholen. Hier zeigt sich, daß die internationalen Konzerne es immerhin für möglich halten, daß auch in Namibia die günstigen Ausbeutungsbedingungen, die ihnen die südafrikanische Besetzung des Landes verschafft, einmal vorbei sein könnten.

Raubbau durch die Multis

Zudem wird der Abbau von Diamanten, Uran und sonstigen Rohstoffen in Namibia in einer Art und Weise betrieben, daß die ökologischen Folgen dieses Raubbaus noch Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte das Land belasten werden. Der Abbau von Uran etwa in der Rössing-Mine verseucht die Umgebung mit Radioaktivität und verursacht bei den schwarzen Beschäftigten, für deren Sicherheit kaum Aufwendungen gemacht werden, Krebs und andere Erkrankungen.²

Die SWAPO hat in den letzten Monaten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Beweise vorliegen über den Plan, in Namibia eine Endlagerungsstätte für atomaren Müll einzurichten. An dieser Endlagerungsstätte sei insbesondere die Bundesrepublik interessiert, die bereits mit der Regierung Pieter W. Bothas und der südafrikanischen Verwaltung in Namibia hierzu Kontakt aufgenommen habe.

Sam Nujoma, der Präsident der SWAPO, erklärte, die Bundesrepublik sei bereit, 4 Mrd DM für das Recht zu zahlen, ihren Atommüll in Namibia endzulagern.³ Von der Bundesregierung wird dies bisher bestritten.

Das Projektvolumen entspricht dem vierfachen des derzeitigen Budgets der Interimsregierung. Andere Bereiche wie Bildung und Gesundheit der Bevölkerung werden in Namibia von der südafrikanischen Besatzungsmacht total vernachlässigt. Darüber können auch die von Südafrika und seiner Interimsregierung angekündigten Projekte im Ausbildungssektor nicht hinwegtäuschen.

Diese Projekte lassen eher vermuten, daß es nicht um eine Effektivierung des Bildungssystems im namibischen Interesse geht. Ausbildungsprogramme für den administrativen Bereich etwa legen eher nahe, an die Entwicklung einer kollaborationsbereiten Gruppe in der Bevölkerung des Landes zu denken ebenso wie an die Angehörigen der von Südafrika bereits geschaffenen Institutionen bis hin zur sog. Interimsregierung.

Die Mehrheit der Bevölkerung geht bei

diesen Programmen leer aus, ihre Situation bleibt bestimmt durch soziale und wirtschaftliche Not.

Südafrika verfolgt dabei die Politik, die Kosten seiner heutigen Apartheidpolitik in Namibia zukünftigen Generationen aufzubürden. Es steuert eine Politik der starken Verschuldung des Landes. Bereits im März 1984 betrug die öffentliche Schuld der namibischen Kolonialverwaltung 690 Mio Rand, bis zum Herbst des gleichen Jahres kamen noch weitere 180 Mio Rand hinzu.

Die Anleihen gehören zum „SWA/Namibia Stock“, der voll von der südafrikanischen Zentralbank garantiert wird. Fast die gesamte öffentliche Schuld des Landes wird außerhalb Namibias gehalten; der größte Teil auf südafrikanischen Märkten, bei Banken, die auch in Namibia arbeiten. Es hat aber auch „Übersee-Anleihen“ gegeben. Das seitens westlicher Banken Pretoria eingeräumte teilweise Zahlungsmoratorium betrifft auch Namibia, seine Schulden bleiben stehen. Der südafrikanische Journalist Allister Sparks kommentiert im Observer vom 4.9.1983: „Was das heißt ist, daß ... die übernehmende schwarze Regierung, aller Wahrscheinlichkeit nach eine SWAPO-Regierung, sich in der Lage wiederfinden wird, ein bankrottes Land zu übernehmen.“

Die Zahlung der aufgehäuften Schulden — so die Spekulation der Regierung in Pretoria — würde nach der Unabhängigkeit von den Gläubigern gefordert werden. Auch wenn die Rückzahlungspflicht ehemaliger Kolonien nach internationalem Recht bestritten wird, könnte wirtschaftlicher und politischer Druck ein freies Namibia zu Zugeständnissen an die Gläubiger zwingen.

Resolution 435 ad acta legen!

Offen nannte jetzt Staatspräsident Pieter W. Botha das Ziel, die Resolution 435 ad acta zu legen. Die Bedingungen in Namibia hätten sich seit 1978 derart geändert, daß neue internationale Verhandlungen anzustreben seien.

Der Namibian vom 8.5.1987 fährt fort: „Die stärkere Präsenz der Konservativen Partei im Parlament auf Kosten der Progressiven Föderalen Partei muß zur verstärkten Forderung führen, daß die namibische Interimsregierung den Wünschen Mr. Bothas zu gehorchen hat, der laut südafrikanischem Recht der wirkliche Machthaber über das Territorium ist.“

Dies werde sich auch auf die Verfassungsdiskussion auswirken, die z.Zt. von der Nationalen Partei, einer Schwesterpartei der gleichnamigen südafrikanischen Regierungspartei, blockiert wird. Einer der Streitpunkte sei die Frage der

Zulassung von Parteien, die „der freien demokratischen Ordnung schaden oder sie ablehnen“.⁴

International findet die südafrikanische Regierung Unterstützung für ihre koloniale Politik vor allem in den USA und der BRD.

Die Bundesregierung, die Projekte in Namibia unterstützt und über private Träger wie die Otto Benecke Stiftung finanziert, muß sich vorwerfen lassen, daß sie mit der Beteiligung an der sog. Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit Südafrika zur Seite steht, in Namibia Strukturen zu schaffen, die eine neokoloniale Zukunft des Landes garantieren sollen. Hans Klein, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, pries diese Entwicklungshilfe lautstark an:

„Wir müssen im operativen Bereich zu Ergebnissen kommen, die Sinn machen. Jetzt, vor der Unabhängigkeit, müssen wir versuchen, dem Land Hilfe zu leisten, soviel wie möglich. Es kommt darauf an, daß die Menschen in Namibia diese Unabhängigkeit ohne Blutvergießen erreichen. Der Weg dorthin darf nicht in die Unfreiheit führen. Je mehr Menschen wir dort ausbilden, je mehr Menschen Arbeit haben, desto sicherer lassen sich demokratische Wege einschlagen.“⁵

Wie demokratisch diese Wege nach dem Verständnis des CSU-Bundesministers und Südafrika-Freunds Klein sind, offenbart die Tatsache, daß trotz aller internationaler Rechtsprechung der oberste Verfassungsrichter der BRD, Wolfgang Zeidler (SPD!), gemeinsam mit Mitarbeitern der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung an einer Verfassung für Namibia mitgearbeitet hat. Für diese Verfassung fehlt allerdings jede „demokratische“ Voraussetzung, solange es in Namibia keine freien Wahlen gegeben hat.

Die SWAPO hat inzwischen angekündigt, daß sie in Zukunft diese Politik nicht nur beobachten und verurteilen, sondern diese Projekte auch direkt angreifen werde.⁶

Diese Entscheidung der SWAPO trägt der Tatsache Rechnung, daß die südafrikanische Politik darauf ausgerichtet ist, mit Hilfe einer vom Apartheidstaat abhängigen Elite die namibische Bevölkerung zu spalten. Für den Fall der Befreiung heißt das, die potentiellen Contras sind schon da.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: SWAPO, Department of Information and Publicity, To Be Born a Nation. The Liberation Struggle for Namibia, London 1981, S. 48
- 2) United Nations, Plunder of Namibian Uranium, New York 1982, S. 6ff.
- 3) Windhoek Advertiser, 16.3.1987
- 4) The Namibian, 1.5.1987
- 5) Allgemeine Zeitung, Windhuk, 18.3.1987
- 6) Pressekonferenz des Namibia-Workshop am 30.4.1987 in Bonn, Statement von Moses Garoeb, SWAPO, Tonbandabschrift



Aktionsprogramm des Bonner Namibia-Workshops

Ein von der Anti-Apartheid-Bewegung in Zusammenarbeit mit dem UNO-Rat für Namibia organisierter Namibia-Workshop fand in Bonn vom 28.-30.4.1987 statt.

An dem Treffen nahmen eine hochrangige Delegation der SWAPO unter Leitung von Administrative Secretary Moses Garoeb, eine Delegation des UNO-Rates für Namibia, Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, Vertreter von Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, Jugendorganisationen, Frauenorganisationen, Solidaritätsgruppen, Parteien, Mitglieder des diplomatischen Korps und der Bonner Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika teil. Die Teilnehmer protestierten dagegen, daß das südafrikanische Regime Vizebischof Dr. Zephania Kameeta die Reiseerlaubnis verweigert hatte. Die Teilnehmer erklärten ihre volle Unterstützung für den Kampf des namibischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit unter der Führung der SWAPO, der einzigen und authentischen Vertretung des namibischen Volkes.

Angesichts der Tatsache, daß

- die Bundesrepublik Deutschland die historische Verpflichtung zur Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des brutalen Kolonialregimes des kaiserlichen Deutschland in Namibia (1884 bis 1915) hat;
- die Bundesrepublik im Licht der Erfahrungen mit dem Nazi-Faschismus, der barbarischsten Form des Rassismus, verpflichtet ist, gegen rassistische Diskriminierung, Militarismus, Besetzung und Aggressionskriege zu kämpfen, betonten die Teilnehmer die besondere Verantwortung der Menschen der Bundesrepublik Deutschland für den Kampf der Namibier/innen um Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Freiheit. Die Teilnehmer unterstrichen, daß die Bundesrepublik Deutschland daher die besondere Pflicht hat, sich der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid anzuschließen. Apartheid wurde von der UNO 1973 als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit verurteilt und damit dem Faschismus in Nazi-Deutschland gleichgesetzt.

Die Teilnehmer äußerten ihre große Empörung gegenüber der Tatsache, daß die Politik von aufeinanderfolgenden Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland bezüglich Namibia dem antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Auftrag besonders widerspricht, dem sich die Bundesrepublik Deutschland verschrieben hatte. Die Bundesrepublik Deutschland nahm diese Grundsätze z.B. auf als das Grundgesetz verabschiedet wurde, als sie Mitglied der Vereinten Nationen wurde und als sie den Atomwaffenpakt unterzeichnete. In der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem rassistischen Südafrika erweist sich jene jedoch als eine der Hauptstützen des rassistischen südafrikanischen Regimes bei dessen fortgesetzter illegaler Besetzung Namibias.

Die wachsende Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die südafrikanische Administration in Namibia geschieht trotz der sich in den letzten Jahren ständig verschlechternden Lage in Namibia. Pretorias Besatzungsarmee in Namibia umfaßt mehr als 100.000 Mann. Das Verhältnis zwischen südafrikanischen Besatzungstruppen und der namibischen Bevölkerung ist dadurch eines der höchsten der Welt (1 Soldat kommt auf 13 Menschen).

Südafrikanisches Militär mordet, foltert, bedroht und verhaftet unschuldige Namibier jeden Tag. Drakonische Gesetze, Pressezensur, nächtliche Ausgangssperre und Kriegsrecht in weiten Teilen des Landes verhindern, daß das volle Ausmaß dieser schreienden Ungerechtigkeit in Namibia bekannt wird und daß die internationale Gemeinschaft dagegen angeht. Die Teilnehmer des Namibia-Workshops stellten mit großer Betroffenheit fest, daß die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den USA, Großbritannien und Israel zu den Hauptstützen des südafrikanischen Besatzungs-



BRD-Urangeschäfte in Namibia: das Rössing-Uranbergwerk

regimes in Namibia zählt. Die Bundesrepublik Deutschland

- bereichert sich durch die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe und der billigen Arbeitskräfte in Namibia;
- unterstützt die illegale südafrikanische Besatzung und deren Marionetten-„Interimsregierung“ in Namibia finanziell, wirtschaftlich, politisch und kulturell und ermutigt dadurch die Versuche der Rassisten in Richtung auf eine „Einseitige Unabhängigkeitserklärung“ (UDI) Namibias;
- verletzt das Dekret Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia zum Schutz der natürlichen Rohstoffe Namibias;
- unterstützt verdeckt die „linkage“-Politik (Verknüpfung von kubanischer Truppenpräsenz in Angola und einer Lösung der Namibiafrage; d. Red.) der US-Administration und Südafrikas.

Die Teilnehmer des Namibia-Workshops protestieren gegen die Beteiligung von prominenten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland an der Ausarbeitung der von Südafrika geförderten Scheinverfassung für ein künftig unabhängiges Namibia. Sie stellten fest, daß dies eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der Entschlüsse und Resolutionen der Vereinten Nationen ist, insbesondere der UNO-Sicherheitsrats-Resolutionen 385 (1976) und 435 (1978).

Im Licht des Vorangesagten erklärten die Teilnehmer, daß die Bundesrepublik Deutschland den kolonialen Status von Namibia zementiert und die Abhaltung von demokratischen, freien und fairen Wahlen, wie sie in zahlreichen UNO-Entschlüssen gefordert werden, behindert. Die Teilnehmer des Namibia-Workshops rufen Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien, Solidaritätsgruppen, Frauenorganisationen, Kriegsdienstverweigerer, die Friedensbewegung, die Anti-Atombewegung auf, sich zu verpflichten, ihre Bemühungen zur Erreichung der folgenden Ziele durch Solidaritätsarbeit und Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen:

1. Alle Kontakte mit dem illegalen Besatzungsregime in Namibia und seiner Marionettenregierung abzubrechen;
2. Die Beteiligung an der Ausarbeitung einer Scheinverfassung zu stoppen;
3. Die „Entwicklungshilfe“ für Namibia, die durch die Bundesregierung finanziert, mitfinanziert oder „privat“ geleistet wird, zu beenden, insbesondere die Hilfe für das Berufsbildungszentrum der von der Regierung getragenen Otto-Bennecke-Stiftung;
4. Die Finanzierung der Deutschen Höheren Privatschule (DHPS) in Windhuk zu stoppen, die den schwarzen und weißen Schülern ungleiche Ausbildungsmöglichkeiten bietet;
5. Den Kriegsdienstverweigerern aus Namibia politisches Asyl zu gewähren und den UNO-Rat für Namibia zu drängen, die Kriegsdienstverweigerer zu schützen;
6. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland daran zu hindern, in den südafrikanischen

Kriegsdienst eingezogen zu werden;

7. Die UNO-Konvention (1973), die Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt, zu ratifizieren;
8. Die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheidregime zu beenden, wie insbesondere die Bereitstellung von U-Boot-Blaupausen, UNIMOG-Militärlastwagen, Hubschraubern, G-3-Gewehren, Teilen für die Urananreicherungsanlage Pelindaba und das Navigationsüberwachungssystem Project Advokaat sowie die verantwortlichen Politiker, Industriellen usw. vor Gericht zu stellen;
9. Die Einfuhr von namibischem Uran zu beenden;
10. Jede Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen Namibias zu beenden, wie z.B. die das UNO-Dekret Nr. 1 von 1974 verletzende Einfuhr von Karakulfellern;
11. Die Verantwortlichen für die Verletzung des UNO-Dekrets Nr. 1 vor Gericht zu stellen;
12. Die Dresdner Bank zu zwingen, sich aus Namibia zurückzuziehen;
13. Die Lagerung von Atommüll in Namibia durch die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern;
14. Beziehungen zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und der National Union of Namibian Workers (NUNW, Namibischer Gewerkschaftsbund) und seinen Einzelgewerkschaften herzustellen;
15. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der namibischen Arbeiter bekannt zu machen;
16. Materielle und finanzielle Unterstützung der NUNW und ihren Einzelgewerkschaften zukommen zu lassen;
17. Boykottaktionen in Solidarität mit den namibischen Arbeitern zu initiieren;
18. Alle Verträge und Kontakte mit der Deutschen Evangelischen Lutherischen Kirche (DELK) in Namibia zu beenden;
19. Die offizielle Unterstützung der bundesdeutschen Kirchen für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rates der Kirchen sicherzustellen und den Namibischen Kirchenrat stärker zu unterstützen;
20. Eine konstruktive, institutionalisierte Arbeitsbasis zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der SWAPO aufzubauen;
21. Die Verbreitung von Informationen in der Bundesrepublik Deutschland über die Situation in Namibia zu intensivieren, um der Preszensur im Land entgegenzuwirken;
22. Die Vereinbarung zwischen der „Deutschen Welle“ und dem Südwestafrikanischen Rundfunk zu beenden;
23. Die Verwendung von jeglicher Apartheidpropaganda in den Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc. in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern;
24. Die bundesdeutschen Schulbücher auf die Übereinstimmung mit den Richtlinien der UNESCO hin zu überprüfen;
25. Die Resolutionen von internationalen Konferenzen zur Namibiafrage zu verbreiten;
26. Filmproduzenten, Mitarbeiter in den Medien, Künstler etc. zu drängen, die Befreiung Namibias zu ihrer eigenen Sache zu machen und die Wirklichkeit des namibischen Lebens in ihrer Arbeit darzustellen;
27. Anstrengungen wie die der Namibia Friedensplan-Kontakt- und Studiengruppe bzgl. der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 hervorzuheben;
28. Die Bemühungen für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Namibia zu intensivieren;
29. Unterstützungsfonds für politische Gefangene und Rechtshilfefonds einzurichten;
30. Den Tourismus nach Namibia zu beenden;

31. Die materielle, solidarische Unterstützung für die SWAPO, insbesondere für die Flüchtlingslager in Kwanza Sul (Angola), Nyango (Sambia) wie auch für die Loudima-Schule (Kongo) zu verstärken;
32. Projekte in Namibia nur nach eingehender Konsultation mit der SWAPO zu unterstützen. Die Unterstützung für diese Projekte sollte nur über den namibischen Kirchenrat, die SWAPO-Schulen oder die NUNW und deren Einzelgewerkschaften abgewickelt werden;
33. Weiterhin die Anti-SWAPO-Kampagne, die von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM), dem „Namibia Information Office“ und anderen in der Bundesrepublik Deutschland als Teil des gesamten südafrikanischen Propagandakrieges gegen die Befreiung Namibias geführt wird, zu verurteilen und zu bekämpfen;
34. Den UNO-Rat für Namibia zur Wachsamkeit gegenüber dem Material der IGFM und zu Gegenaktionen aufzufordern;
35. Den UNO-Rat für Namibia zu drängen, geeignete Maßnahmen gegen den Mißbrauch des UNO-Emblems durch die IGFM zu ergreifen;
36. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Volker Stolz, Geschäftsführer der südafrikanischen Propagandaagentur „Namibia Information Office“ in Bonn zu verurteilen und dessen Aberkennung zu verlangen;
37. Auf die offizielle Anerkennung der SWAPO als einzige und authentische Vertretung des namibischen Volkes durch die Bundesregierung hinzuwirken und mit dieser Zielrichtung das politische und diplomatische Ansehen der SWAPO in der Bundesrepublik Deutschland zu vergrößern;
38. Wichtige historische Daten des namibischen Befreiungskampfes wie z.B. Kassinga, das Windhuk-Massaker, die Gründung der SWAPO usw. zu begehren;
39. Auf die Verhängung von umfassenden und bindenden Sanktionen gegen Südafrika gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen hinzuwirken als einem weiteren friedlichen Druckmittel, um Südafrika zur Durchführung der Resolution 435 zu zwingen;
40. Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf unter Führung des African National Congress (ANC) zu verstärken;
41. Die demokratischen Gewerkschaften Südafrikas zu unterstützen und die jüngsten brutalen Übergriffe des Rassistenregimes gegen die COSATU zu verurteilen;
42. Die Aggressionsakte und die Destabilisierungspolitik Pretorias gegen die Frontstaaten im Südlichen Afrika wie den jüngsten Angriff auf Sambia zu verurteilen;
43. Die politische und materielle Solidarität mit den Frontstaaten zu intensivieren.

AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
 - Abonnements
 - Adressenänderungen
 - Kündigungen
- gilt ab sofort folgende Adresse:
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

Joachim Becker/Petra Sittig

Sambia – Frontstaat vor dem Ruin

„Sambia kurz vor dem Ruin“,¹ so berichtete die Presse im Mai d.J. über den Frontstaat. Derartig in die Schlagzeilen der internationalen Presse geriet das Land, als ein Maßnahmenpaket des Internationalen Währungsfonds (IMF) im Dezember 1986 eine soziale Explosion auslöste.

Es umfaßte eine „Liberalisierung der Importe, eine 70%ige Abwertung der Landeswährung, Abbau der staatlichen Verwaltung und Aufhebung der Subventionen bei Nahrungsmitteln“.² Die Erhöhung des Preises für eine Maismehlsorte um 120% führte zu massiven Protesten und Unruhen unter den städtischen Armen des sog. „Copperbelt“, des Kupfergürtels, wo Industrie und Stadtbevölkerung (ca. 50% der Gesamtbevölkerung) konzentriert sind.

Bruch mit dem IMF

Aufgrund dieser Unruhen nahm Präsident Kenneth Kaunda die Preiserhöhung wieder zurück.

„Kaunda setzte die Subventionen wieder herauf und behauptete, die Ratschläge des Fonds seien nicht praktikabel.“³ Er machte „den Fonds für Hunger und Tod verantwortlich“⁴ und brach mit dem IMF.

In Zukunft will das Land seinen Schuldendienst auf 10% des Nettodeviseneinkommens nach Abzug bestimmter lebenswichtiger Einfuhren beschränken.⁵ Die Inflation soll durch einen Preisstopp und strikte Kontrollen bekämpft werden.

Zwar ist dies die schwerste Wirtschaftskrise Sambias seit seiner Unabhängigkeit vor 23 Jahren (1964), deren Ende nicht absehbar ist. Doch darf man nicht übersehen, daß es sich um eine Zuspitzung permanenter Schwierigkeiten handelt. Grundlage des sambischen Akkumulationsmodells ist der Kupferexport (1984: 87% der Exporterlöse).⁶ Diese Grundlage ist äußerst schmal und brüchig. Bei dem jetzigen Tempo des Kupferabbaus wird sie in weniger als 20 Jahren völlig entfallen.⁷

Die Abhängigkeit vom Kupferexport machte sich schon in den 60er Jahren negativ bemerkbar. Trotz einer schrittweise verstärkten Kontrolle des sambischen Staates über die Wirtschaft gelang

es nicht, die Weltmarktabhängigkeit entscheidend abzubauen. Die neuerrichteten, auf Importsubstitution zielenden Konsumgüterindustrien waren (und sind) sehr vom Import von Maschinen und Vorprodukten abhängig.

Die Agrarpolitik hatte jahrelang große Einbußen bei den Realeinkommen der Familienlandwirtschaft und eine massive Abwanderung in die Städte zur Folge.

Die Familienlandwirtschaft genoß kaum staatliche Unterstützung. Auch wenn die Regierung in der letzten Zeit ihre Agrarpolitik modifiziert hat und nun größere Anreize für eine Überschußproduktion bietet, so hat sie doch das Vertrauen der Bauern verloren.

Stärker als die Kleinbauern dürften die kommerziellen, kapitalistischen Farmen von der neuen Agrarpolitik profitieren. Etwa 60% der vermarkteten Produktion kommen von nur 1.000 kommerziellen Farmern.⁸ Da bei Landwirtschaftsmaschinen, Traktoren, Dünger und Saatgut die Importabhängigkeit hoch ist, schluckt die agrarkapitalistische Großproduktion einiges an Devisen.

Folge der jahrelang verfehlten Agrarpolitik waren permanente Nahrungsmittel-

importe. Mit der Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik wurde im Vorjahr bei Nahrungsmitteln die Selbstversorgung erreicht.

Mit dem dauerhaften Verfall der Kupferpreise geriet die sambische Wirtschaft in eine Dauerkrise. In den letzten 10 Jahren ist das reale Pro-Kopf-Einkommen um fast 45% gesunken.⁹

Die Regierung versuchte, die Devisenausfälle durch Kreditaufnahmen im Ausland zu überbrücken. Mittlerweile beträgt die Auslandsverschuldung ca. 4,6 Mrd. \$. Der Schuldendienst verschlingt selbst bei günstigsten Umschuldungsbedingungen 40-50% der Exporterlöse.¹⁰

Der Devisenmangel schlägt auf die Produktion voll durch; das gilt insbesondere für die äußerst importabhängige Industrie.

Seit 1978 hat Sambia sich immer wieder an den IMF gewandt und folglich eine Sparpolitik nach IMF-Rezepten betreiben müssen. Diese hatte u.a. enorme Reallohnseinbußen der Arbeiterschaft zur Konsequenz. Die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Regierung und Gewerkschaften werden durch die dramatische Verschlechterung der materiellen Lage erschwert.

In den letzten Monaten erschütterte eine Streikwelle das Land. Die Gewerkschaftsführung hat, noch verstärkt durch Repressionsmaßnahmen der Regierung, an Rückhalt unter den Arbeitern verloren.

Gleichzeitig ist das Heer der städtischen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten im-

Schlüsselbereich der sambischen Wirtschaft ist die Kupferproduktion



mer mehr angeschwollen. Ihre Verzweiflung, Wut und Perspektivlosigkeit schaffte sich in den Unruhen nach den Preiserhöhungen im letzten Dezember Luft. In einem hohen Maß individueller Gewaltkriminalität findet die Frustration ihr ständiges Ventil.

Die Last der Krise wird nicht von der gesamten Bevölkerung getragen. Die Nationale Planungskommission kommentierte im Jahr 1984: „Mit dem Niedergang der Wirtschaft wurden die Armen ärmer. Der Umfang der reichen (Gruppe) scheint kleiner, aber reicher geworden zu sein.“¹¹

Bei dieser kleinen, reichen Gruppe, in Sambia „Apamawamba“ genannt, handelt es sich um private Geschäftsleute, darunter auch eine Gruppe von kommerziellen Farmern, und hohe Funktionäre in Regierung und staatlich kontrollierten Unternehmen. Es gibt einen regen Austausch zwischen den Spitzenfunktionären der staatlich kontrollierten Betriebe, deren Zahl nach den Reformen von 1969/70 stark zunahm, und dem Privatsektor.¹²

Diese Kräfte forderten bereits eine weichere Politik gegenüber dem rhodesi-

Landes: Es sei „unsinnig und unmoralisch“, zu verlangen, Sambia solle weniger Zeit und Energie auf die Gegnerschaft zu Südafrika und mehr auf die eigene Wirtschaft verwenden.¹⁵

Der Apartheidstaat versucht mit Zuckerbrot und Peitsche Sambia von seiner strikten Anti-Apartheid-Politik abzubringen. Bei der Dosierung seines Drucks beachtet Südafrika, daß die sambische Regierung in der Vergangenheit mehrfach die Rolle eines – durchaus kompromißbereiten – Vermittlers gespielt hat und für das Apartheidregime auch in Zukunft in einer solchen Rolle nützlich sein könnte.

Der verstärkte Druck Südafrikas deutet darauf hin, daß Kaundas harte Haltung in der Sanktionsfrage ernst genommen wird.

Es ist kein Zufall, daß das wirtschaftlich arg bedrängte Sambia sich im April d.J. außerdem noch eines südafrikanischen Übergriffs erwehren mußte. Hinter dem Angriff auf Sambia unter dem Vorwand, eine Aktion gegen den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) auszuführen, ist durchaus System zu sehen.

Zwar wurde diese Aktion, bei der in der

Südafrika trainierte Banditen, nach ihrem früheren Führer „Mushala Gang“ genannt, treiben im Westen des Landes ihr Unwesen, allerdings mit geringer Intensität.

Die Regierung hat Maßnahmen gegen die militärische Destabilisierung ergriffen. Wie Verteidigungsminister, General Malimbe Masheke, bekanntgab, werden Tansania und Sambia ihre militärischen Aktivitäten koordinieren.¹⁶

Zur militärischen Bedrohung Sambias durch den Apartheidstaat kommt eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika hinzu.

„Eisenbahndiplomatie“

Auch nach Eröffnung der Bahnlinie nach Dar-es-Salaam, der TAZARA, wurden in den 80er Jahren noch über 40% des sambischen Außenhandels über die Südroute, also weitestgehend Südafrika, abgewickelt.¹⁷ Als Reaktion auf Sambias aktives Eintreten für Sanktionen griff Südafrika im Sommer letzten Jahres zu Repressalien im Transitverkehr.

„Zieht Südafrika in Zukunft seine Schraube noch mehr an, wird sich für Sambia ... wohl bald die bittere Frage stellen, ob es sich sein Engagement für die schwarze Mehrheit in Südafrika überhaupt noch leisten kann“, schreibt Silvia Höner in der Frankfurter Rundschau vom 12. Dezember 1986. Die Waffe der „Eisenbahndiplomatie“ droht jedoch stumpf zu werden.

Die Leistungsfähigkeit der TAZARA, die in der Vergangenheit durch schwerwiegende operationelle Probleme beeinträchtigt war, konnte bereits 1986 gesteigert werden. Weitere Instandsetzungsmaßnahmen stehen an.

Sambia hat in den letzten Monaten Kupfer über den mosambikanischen Hafen Beira statt über Südafrika exportiert. Die sambische Regierung hofft auf die Wiedereröffnung der kriegsbedingt geschlossenen Benguela-Bahn durch Angola, die derzeit in der Diskussion ist.

Ziel all dieser Bemühungen: Abbau der Abhängigkeit von Südafrikas Transitrouten.

Eine weitere Facette der Bindung an Südafrika ist die Importabhängigkeit. Wichtige Firmen in Sambia, beispielsweise im Maschinenbau, sind von südafrikanischen Unternehmen kontrolliert und beziehen ihre Vorprodukte und Maschinen vorzugsweise aus Südafrika. Eine ähnliche Vorliebe legen zahlreiche ausländische Manager – auch in nationalisierten Unternehmen – an den Tag.

Viele Importe für den Bergbau, insbesondere Ausrüstungsgüter, kommen aus dem Apartheidstaat.

Durch den gravierenden Devisenmangel



Eine Minderung der Abhängigkeit von Südafrika bringt der Ausbau der TAZARA-Bahnlinie

schen Minderheitsregime und treten auch heute für eine weniger prononcierte Anti-Apartheid-Politik ein.

Druck in eine ähnliche Richtung scheint der IMF auszuüben. Hinter der harten IMF-Haltung, so verlautete aus Londoner „Insider-Kreisen“, stehe als Überlegung, daß Sambia zu einer Abschwächung seiner kompromißlosen Haltung in der Sanktionsfrage gebracht werden solle.¹³

Trotz der gewaltigen Schwierigkeiten und der Kritik im eigenen Land läßt sich Präsident Kaunda nicht davon abbringen, die „Befreiungsbewegungen (zu) unterstützen“.¹⁴

Er sagt, der Kampf gegen Südafrika sei wichtiger als die Wohlfahrt des eigenen

Stadt Livingstone vier Zivilisten ermordet wurden, international auf das Schärfste verurteilt – sogar seitens der USA, Großbritanniens und auch der Bundesregierung. Dennoch ist mehr als fraglich, ob damit zukünftige Übergriffe des Apartheidstaates verhindert werden. Schließlich ist dies nicht der erste Angriff Südafrikas auf Sambia.

Vielmehr unternahm Südafrika in den vergangenen Jahren immer wieder einzelne Aktionen. Südafrika – und in einem Fall auch der US-Geheimdienst CIA – sollen sich an Putschversuchen gegen die Regierung Kaundas beteiligt haben.

Südafrikanische Kommandounternehmen griffen Ziele in Sambia an. Von

ist die Importabhängigkeit von Südafrika noch verstärkt worden, denn Pretoria bietet günstige Exportkredite und ist zu schneller Lieferung in der Lage. Es genießt in Sambia den Ruf eines billigen Lieferanten.

Dieser Ruf zeigt selbst bei Gewerkschaften Wirkung. Angesichts von Versorgungsengpässen und hohen Preisen bei Konsumgütern forderte 1983 Timothy Walamba, Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft, Sambia solle mehr Waren in Südafrika kaufen.

„Soviel wir auch unseren Brüdern und Schwestern, die immer noch unter rassistischen Regimen leben, helfen müssen, darf dies nicht auf Kosten unserer eigenen Leute gehen“, sagt er.¹⁸ Gegensanktionen Südafrikas könnten die soziale Unzufriedenheit in Sambias Städten verstärken, wenn wichtige Konsumgüter knapp werden und/oder im Preis stark steigen.¹⁹

Trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist Kenneth Kaunda ein aktiver Verfechter von Sanktionen. Sambia unterstützt weiterhin den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), der in Lusaka sein Hauptquartier hat, und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO). Noch haben in der sambischen Regierung bei der Außenpolitik die stärker nationalistischen Kräfte das Sagen.

Die Frage ist, ob Südafrika zusammen mit seinen westlichen Verbündeten bei der Destabilisierung Sambias Erfolg haben wird. Sambias außenpolitische Handlungsspielräume werden durch die tiefe Wirtschaftskrise immer mehr eingeschränkt. Der Frontstaat hat internationale Rückenstärkung gegen Südafrikas Destabilisierung bitter nötig.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 13.5.1987
- 2) Ebd., 12.12.1986
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.2.1987
- 4) FR, 4.5.1987
- 5) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 2.5.1987
- 6) Vgl. J. Hanlon, Beggar your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 300
- 7) Vgl. IHT, 14.6.1986
- 8) Vgl. C.B. Thompson, Challenge to Imperialism. The Frontline States in the Liberation of Zimbabwe, Harare 1985, S. 239
- 9) Vgl. South, London, Februar 1987
- 10) Vgl. FR, 12.12.1986, Financial Times, London, 18.4.1986
- 11) Zit. nach: J. Hanlon, Beggar your Neighbours..., S. 253
- 12) Vgl. C.B. Thompson, Challenge..., a.a.O., S. 238ff.
- 13) Vgl. Informationsdienst südliches Afrika (issa), Bonn, Nr. 2/1987
- 14) FAZ, 27.2.1987
- 15) Ebd.
- 16) Vgl. Africa Report, New York, Januar-Februar 1987
- 17) J. Hanlon, Beggar your Neighbours..., S. 301
- 18) Ebd., S. 252
- 19) Vgl. issa, Nr. 2/1987

Urte Sperling

Abschied Mosambiks von der sozialistischen Orientierung?

Seit Mitte der 80er Jahre befindet sich Mosambik am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruches.

Ein Bericht der Regierung vom August 1986 besagt, daß seit dem IV. Kongreß der regierenden Frelimo-Partei (1983) weder im produktiven Sektor noch im Bildungs- und Gesundheitswesen die gesteckten Ziele erreicht wurden. Vielmehr ging die Produktion in allen Bereichen dramatisch zurück. Das Brutto-sozialprodukt sank im Zeitraum von 1982-85 um 33%, das Export-Planziel wurde nur zu 1/3 erfüllt, die Deviseneinnahmen halbierten sich.

Dadurch konnten für die verarbeitende Industrie notwendige Güter nicht importiert werden, während Baumwolle und Zucker – traditionelle Exportprodukte – eingeführt werden mußten.

Andererseits können inzwischen aufgrund des Devisenmangels notwendige Güter für die Industrie nicht importiert werden, was den Produktionsrückgang weiter beschleunigt.

Die Staatsbetriebe arbeiten mit ständig wachsenden Verlusten, die vom Staatshaushalt gedeckt werden müssen. Zugleich steigen die Verteidigungsausgaben, weist der Staatshaushalt ein chronisches Defizit von ca. 10 Mrd Meticais (= 50 Mio \$ nach neuem Kurs) auf. Die

Außenverschuldung des Landes beträgt gegenwärtig ca. 2,8 Mrd \$.¹

Vor den Aggressionen der von Südafrika militärisch und materielle ausgehaltenen und gelenkten sog. Rebellen des Mosambikanischen Nationalen Widerstands (RNM)² sind 250.000 der insgesamt 14 Mio Mosambikaner in die Nachbarländer geflüchtet. 1 Mio Menschen wurden von ihren Heimatorten vertrieben und fast 4 Mio sind vom Hungertod bedroht.

Die offiziellen Versorgungswege und der Austausch von Stadt und Land funktionieren nicht mehr. Schmuggel und Schwarzmarkt beherrschen das Leben derjenigen, die noch über Geldeinkünfte verfügen. Angesichts dieser Lage haben viele Fachkräfte das Land verlassen.

3-Jahres-Programm zur wirtschaftlichen Wiederbelebung

Im Februar d.J. trat nun ein Drei-Jahres-Programm zur wirtschaftlichen Wiederbelebung in Kraft, mit dessen Hilfe die Regierung Landwirtschaft und Industrie ankurbeln will. Der Meticai wurde um 500% abgewertet (1 \$ kostet nach offiziellem Kurs statt vorher 40 nun 200 Meticais; auf dem Schwarzmarkt zahlt man 1.800 Meticais).

Mosambikanischer Alltag: von RNM-Contras zerstörter LKW



Mit Steuer-, Preis- und Lohnreformen sollen die Staatseinnahmen erhöht werden. Die Staatsbetriebe dürfen künftig Kredite nicht mehr für die Zahlung von Löhnen verwenden, sondern Lohnerhöhungen müssen erwirtschaftet werden. Im Landesdurchschnitt sollen die Löhne um 50% steigen, wobei je nach individueller Leistung über ein Prämiensystem Lohnerhöhungen zwischen 50 und 100% erreicht werden können.

Entlassungen überflüssiger Arbeitskräfte sind künftig gesetzlich möglich. Privatisierungen in der Industrie wurden angekündigt, jedoch nicht näher spezifiziert. Für Staatsangestellte soll es keine Entlassungen geben, sondern die Möglichkeit, sie in ländliche Regionen zu versetzen.

Preissteigerungen quer Beet

Drastische Preissteigerungen gibt es bei Post, Strom, Wasser, insbesondere im Transportwesen und bei Inlandflügen (jeweils 300%) sowie für Benzin (600%). Die Mieten – bisher festgesetzt nach dem Einkommen der Mieter – werden nun anhand des Wertes der Häuser bemessen. Wohnhäuser wurden übrigens nach der Unabhängigkeit verstaatlicht und bleiben auch Staatsbesitz. Für – bisher kostenlose – Krankenhausaufenthalte müssen künftig Betroffene, die über Einkommen verfügen, Gebühren entrichten.

Die vorgesehenen Lohnsteigerungen liegen deutlich unter der geplanten Preissteigerungsrate. Die Steuerreform belastet höhere Einkommen stärker als niedrige, doch betroffen sind auch die unteren Schichten.

Durch eine spürbare Anhebung der Erzeugerpreise für Agrarprodukte und mit Hilfe eines 3 Mrd Meticais umfassenden Fonds zur Versorgung der ländlichen Regionen mit notwendigen Gütern soll die landwirtschaftliche Kleinproduktion bis 1990 um fast 90% steigen. Damit hofft man, die Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land wiederherstellen, den Schwarzmarkt eindämmen und die Versorgungslage insgesamt verbessern zu können.

In der staatlichen kommerziellen Landwirtschaft, dem Transport und der Leichtindustrie sind Zuwächse von 17, 23 bzw. 12% jährlich geplant. Die Einkünfte aus Eisenbahnen und Häfen sollen von 135 Mio \$ im Jahr 1987 auf 300 Mio \$ 1990 steigen. Der Staatshaushalt wurde insgesamt von 85,6 Mrd Meticais auf 26,7 Mrd reduziert. Über 30% sind für Militärausgaben vorgesehen.³

Die Bewältigung der akuten Hungersnot durch Soforthilfen steht nach wie vor an erster Stelle. Ministerpräsident Machungo: „...der Erfolg unseres Planes (hängt) unglücklicherweise davon ab... ob die

Joaquim Chissano, ein Befreiungskämpfer der ersten Stunde, wurde nach dem Tod von Präsident Samora Machel bei einem Flugzeugunglück am 19. Oktober 1986 mit der Führung Mosambiks betraut. Einstimmig wählten die 26 Mitglieder des Zentralkomitees der Frelimo-Partei den Mann, der seit der Unabhängigkeit ununterbrochen das Amt des Außenministers innegehabt hatte, zum Vorsitzenden der Partei und damit zum Staatspräsidenten. Im folgenden Interview erläutert er die Destabilisierungspolitik Südafrikas und Möglichkeiten der Gegenwehr.

FRAGE: Wie steht es um die Beziehungen Ihres Landes zu Südafrika?

J. CHISSANO: Die Situation verschlechtert sich, vor allem was unsere wirtschaftlichen Beziehungen betrifft. Südafrika führt gegen uns de facto eine Sanktionspolitik.

Es benutzt den Hafen von Maputo immer weniger; der Warenumsatz von und nach Südafrika ist von 7 Mio t auf heute 0,96 Mio t zurückgegangen. Eine drastische Reduzierung mit sehr ernstesten Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Die Südafrikaner behaupten, es läge daran, daß die Bahnlinie so schlecht funktioniert. Doch das ist nur ein Vorwand. Es stimmt zwar, daß es Sabotageakte gibt. Aber wer ist denn für die Aktivität der bewaffneten Banditen, die die Bahnlinien einschließlich der Verbindung zwischen Südafrika und Maputo angreifen, verantwortlich?

Außerdem geht die Zahl der mosambikanischen Arbeiter in Südafrika ständig zurück. Dieses Jahr sind es nur 30.000, d.h. zweimal weniger als 1986. Dies bedeutet auch wirtschaftlichen Druck auf die Volkstepublik Mosambik.

Sanktionen durch Südafrika

Was den politischen Bereich angeht, so haben wir Beweise, daß die Beziehungen zwischen Südafrika und den bewaffneten Banditen ungeachtet der Verpflichtungen, die Südafrika durch das Abkommen von Nkomati (von 1984; d. Red.) übernommen hat, unverändert sind. Die Südafrikaner und die bewaffneten Banditen machen gemeinsame Pläne. Pretoria versorgt sie mit Lebensmitteln, Munition und anderen Gütern.

Dies ist also der Stand unserer Beziehungen. Wir unterhalten jedoch weiter Kontakte zur Regierung Südafrikas, um sie zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.

FRAGE: Wer sind gegenwärtig diese „bewaffneten Banditen“?

J. CHISSANO: Hier hat sich eigentlich nichts verändert.

Wir wissen, daß die ersten Gruppen bewaffneter Banditen in Rhodesien gebildet wurden und daß sie nach der Unabhängigkeit Simbawes Aufnahme in Südafrika fanden, wo sie sich zu dem entwickeln konnten, was sie heute sind. Ihre Führer waren Ausländer, Portugiesen, Südafrikaner oder Rhodesier.

Heute ist die Situation ungefähr die gleiche; ihre Führer sind die gleichen Leute, nur ihre Hautfarbe ist teilweise anders, denn man hat mosambikanische Sprecher gesucht. Dieser Versuch war jedoch ein Mißerfolg. Das Büro in den USA wird von einem Amerikaner geleitet. (...)

Die amerikanische Regierung ... behauptet, sie unterstütze die bewaffneten Banditen in keiner Weise und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Es könnte aber sein, daß entsprechend dem Beispiel Nicaraguas eine mächtige amerikanische Lobby den mosambikanischen

Interview mit J Rückhalt ge



„Contras“ heimlich Unterstützung zukommen läßt.

FRAGE: Gibt es Formen des Banditentums, die sich parallel zu den bewaffneten Gruppen entwickeln und Hilfe aus dem Ausland erhalten?

J. CHISSANO: Es sind immer dieselben Banditen, die für Angriffe auf wehrlose Zivilisten verantwortlich sind und die versuchen, traditionelle Vorstellungen bei der Landbevölkerung wiederzubeleben, vor allem das Stammesdenken.

Sie plündern und vernichten die Habe der Bauern und versuchen, sie auf ihre Seite zu bringen, indem sie den Tribalismus verbreiten und ethnische Gegensätze schüren. Dies lernen sie vom Regime in Pretoria, das diese Politik in großem Maßstab betreibt.

Hungerhilfe ungenügend

Vergeblich versuchen die Banditen, die Macht der traditionellen Häuptlinge wiederzubeleben. Hier in Mosambik hat das Volk diese Macht in der Zeit vor der Unabhängigkeit spontan beseitigt.

Wir haben kein einziges Gesetz gemacht, um die Häuptlingsherrschaft abzuschaffen. 1974 hatte die Frelimo sogar Maßnahmen zum Schutz der traditionellen Häuptlinge – der „regulos“ – getroffen, während man ihre Lage überprüfte. Doch nach der Unabhängigkeit – neun Monate später – war die Häuptlingsherrschaft praktisch verschwunden, weil die Leute sie nicht mehr wollten. Das war keine von oben verordnete Maßnahme.

Noch heute kenne ich nicht viele Häuptlinge, die etwas gegen unsere Regierung haben. Manche arbeiten aktiv mit der Partei zusammen und leben friedlich als Bauern. (...)

FRAGE: Wieviele Mosambikaner sind von der Dürre betroffen oder leiden unter den Kriegsfolgen?

J. CHISSANO: Ungefähr 4 Mio Mosambikaner sind von der Dürre und den bewaffneten Banditen betroffen, die sie zwingen isoliert zu leben und sie an ihrer Arbeit hindern. 2 Mio befinden sich bereits in einer sehr dramatischen Notlage.

Unmittelbar notwendig wären große Mengen von Lebensmitteln und Medikamenten sowie

Quim Chissano in Pretoria

Transportmittel. Zahlreiche Menschen waren auch gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen und brauchen ein Dach über dem Kopf (Zelte zum Beispiel) und Kleidung. Weiter brauchen wir mehr landwirtschaftliche Geräte für die Gebiete, in denen es inzwischen geregnet hat. Es ist ein furchtbares Gefühl, wenn man sieht, wie Bauern nach langen Jahren der Dürre aus Mangel an landwirtschaftlichen Geräten das Land nicht bebauen können. Das Ende der Dürre bedeutet daher leider nicht eine sofortige Besserung der Situation.

Die internationale Hilfe entspricht nicht unserem Bedarf, obwohl es internationale Komitees gibt, die ihre Anstrengungen verstärkt haben. Dies gilt z.B. für Oxfam und die Lebensmittelhilfe einiger Länder – u.a. der USA, Schwedens, Japans und Italiens.

Aber wir sind noch sehr weit davon entfernt, unseren Bedarf decken zu können, zumal die Folgen der Dürre auch in den großen Städten zu spüren sind.

FRAGE: Kann man die ersten Monate der Präsidentschaft Chissanos mit dem Begriff „Dezentralisierung“ kennzeichnen?

J. CHISSANO: Es handelt sich mehr um eine Umverteilung von Aufgaben.

Und die geht nicht auf mich zurück, sondern ist 1986 auf einer Sitzung des Zentralkomitees beschlossen worden, die der verstorbene Präsident Samora Machel geleitet hat. Der Posten eines Premierministers ist während seiner Präsidentschaft geschaffen worden, und die Wahl eines Präsidenten der Nationalversammlung war bereits in der Zeit nach den allgemeinen Wahlen beschlossen worden.

Es handelt sich also nicht um persönliche Initiativen, sondern um kollektive Beschlüsse.

FRAGE: Welche Frontstaaten arbeiten auf dem Gebiet der Verteidigung mit Mosambik zusammen?

J. CHISSANO: Alle Frontstaaten arbeiten mit uns zusammen, natürlich in unterschiedlichem Umfang, entsprechend den Möglichkeiten des betreffenden Landes.

Schon seit einiger Zeit arbeitet Simbabwe mit Mosambik auf militärischem Gebiet zusammen, indem es Truppen zur Verfügung stellt. Tansania wird in Kürze folgen. Auch Angola ist uns auf diesem Gebiet behilflich, ungeachtet seiner eigenen Probleme infolge des Krieges.

Kurzum, die Frontstaaten betrachten die Hilfe für Mosambik als eine Aufgabe von hoher Prio-

rität für die Sicherheit der Region. Und sie handeln entsprechend.

FRAGE: Manche europäischen Regierungen halten die Hilfe für die Frontstaaten für wirksamer als Sanktionen gegen Südafrika. Was ist Ihre Meinung?

J. CHISSANO: Das ist eine komplizierte Frage, denn tatsächlich bedeutet die Hilfe für die Frontstaaten einen wichtigen Beitrag für unseren Widerstand gegen den Druck des Apartheidregimes.

Die Stärkung dieser Länder, die in der Konferenz zur Entwicklungskoordination des Südlichen Afrika (SADCC) zusammenarbeiten, um eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika zu erreichen, ist im Interesse der europäischen Länder. Wenn man aber gleichzeitig Druck auf Südafrika ausüben würde – vor allem durch den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Land –, könnte man eine Stärkung des Regimes und seines militärischen Potentials verhindern. Die Hilfe für die Frontstaaten wäre dann noch wirksamer.

Wir glauben, daß die europäischen Länder in beiden Richtungen handeln sollten. (...)

FRAGE: Was brauchen Sie am dringendsten?

J. CHISSANO: Im Moment hängt die Entwicklung unseres Landes zu einem großen Teil von internationaler Hilfe ab.

Um das für die nächsten drei Jahre vorgesehene Programm zur wirtschaftlichen Umgestaltung verwirklichen zu können, müssen wir Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vornehmen, die Industrie wiederaufbauen, Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft beginnen. Weiterhin gibt es Dringlichkeitsprogramme vor allem zur Unterstützung der Flüchtlinge und der aus Südafrika ausgewiesenen mosambikanischen Minenarbeiter.

Die internationale Gemeinschaft muß die Programme der Frontstaaten unterstützen, vor allem auch das zum Ausbau der Eisenbahn von Beira, die für die Entwicklung der Region und den Handel der Binnenländer eine hervorragende Rolle spielt. Es geht uns dabei natürlich nicht darum, daß wir nur das internationale Transportnetz favorisieren, sondern auch den Ausbau des inneren Verkehrsnetzes, Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung, vor allem auch im Bereich der Landwirtschaft.

Die Entwicklung der Landwirtschaft hat für uns tatsächlich Vorrang, und hier wieder besonders die Familienwirtschaft. Um die Bauern zu unterstützen, müssen wir den Handel zwischen Stadt und Land erweitern und insgesamt die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung verbessern. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 396/23.3. 1987, S. 16-18)

Hilfen und Kredite rechtzeitig eintreffen.“⁴

Ausgearbeitet wurde das Drei-Jahres-Programm seit Januar 1986 in Zusammenarbeit mit Beratern von Internationalem Währungsfonds (IMF) und Weltbank. Und es trat in Kraft, nachdem gegen Jahresende 1986 die Verhandlungen mit beiden Institutionen konkrete Resultate zeigten.

Der IMF sagte ein Strukturanpassungsdarlehen über 29 Mio \$ mit zehnjähriger Laufzeit und einem eher symbolischen Zinssatz von 0,5% zu, die Weltbank stellte ein Darlehen von mindestens 56,8 Mio \$ zur Unterstützung des Agrarprogramms sowie zwei Kredite in Form von technischer Hilfe über 35,4 Mio \$ in Aussicht.⁵

Das Maßnahmenpaket wurde in der Auslandspresse als „Schocktherapie“ (O Jornal) bezeichnet. Laut „Times“ äußerte ein US-Diplomat: „Wir haben das Gefühl, daß die Wirkung der IMF-Maßnahmen und die konsequente Konversion der Wirtschaft auf kapitalistischer Basis radikale politische Wendungen bringen wird.“⁶

Oberdestabilisierer Pretoria

Die mosambikanischen Marxisten sehen demgegenüber ihre Politik eher als „taktischen Rückzug“ und Präsident Chissano verweist auf die Kontinuität zur Ära Machel.⁷

Aranda da Silva, Handelsminister und einer der Hauptverfasser des Plans bemerkte: „Die Veränderungen sind signifikant. Sie stellen eine große Wende im Denken dar. Vieles wird sich ändern, auch das Verhalten vieler Menschen. Aber wir sehen dies nicht im Widerspruch zu unseren sozialistischen Zielen. Heute gibt es einen Schwarzmarkt im Land, und eine Reihe Leute werden vom Nichtstun reich. Das widerspricht dem Sozialismus, und nicht unsere Maßnahmen.“⁸

Nach der Unabhängigkeit verstaatlichte die Frelimo die von den Portugiesen verlassenen Plantagen und die einheimische Leichtindustrie (Baumwollfaser, Tee- und Kaschuerverarbeitung, Speiseöl-, Getränkeproduktion, Zucker- und Ölraffinerien). Sie konzentrierte die Staatsausgaben auf diesen Bereich sowie auf den Aufbau eines – im afrikanischen Maßstab vorbildlichen – Erziehungs- und Gesundheitssystems.

Die einseitige Förderung der Staatsbetriebe wirkte sich auf die landwirtschaftliche Kleinproduktion demotivierend aus. Dies bewog die Regierung in Maputo schon 1977 zu einer Selbstkritik und zur Entwicklung von Unterstützungsprojekten für kleinbäuerliche Familienbetriebe. Auch auf lange Sicht war nicht damit

Entladung von EG-Nahrungsmittelhilfe in Maputo



zu rechnen, daß die Exporte einheimischer Agrarprodukte den Devisenbedarf des Landes decken könnten.

Das Hauptproblem blieb die vom portugiesischen Kolonialismus geerbte strukturelle Außenabhängigkeit der Wirtschaft. Verschärft wurde dieses Problem durch die prinzipiell feindliche Haltung des Haupt„partners“ und Nachbarstaates Südafrika.

Auch nach der Unabhängigkeit bildeten die südafrikanischen Goldüberweisungen für die Vermittlung von 150.000 mosambikanischen Wanderarbeitern an die Goldminen in Transvaal, die Zahlungen Pretorias für den Strom aus dem Kraftwerk Cabora Bassa, für die Benutzung des Hafens von Beira und der mosambikanischen Schienenwege, die eine Reihe von Frontstaaten mit Südafrika verbinden, Haupteinnahmequellen für den mosambikanischen Staatshaushalt.⁹

1980 stürzte im heutigen Simbabwe das rassistische Smith-Regime, und die Frontstaaten erhielten einen wirtschaftlich potenten Verbündeten. Sie schlossen sich zur Entwicklungskoordinationkonferenz des Südlichen Afrika (SADCC) zusammen, um sich vom Apartheidstaat ökonomisch unabhängiger zu machen. Pretoria reagierte mit einem systematischen Destabilisierungsprogramm, das sich aufgrund der strategisch wichtigen geographischen Lage des Landes für die SADCC-Pläne in erster Linie gegen Mosambik richtete. So reduzierte das Apartheidregime Zug um Zug das Wanderarbeiterkontingent und zahlte nicht mehr in Gold.



Der Hafen von Maputo ist mit dem Einsetzen eines internationalen Hilfsprogramms mehr als ausgelastet

Der RNM zerstörte Hafenanlagen, Transit-Eisenbahnlinien und Stromleitungen, und Südafrika verlangte Entschädigungen für den Ausfall der vereinbarten Lieferungen.¹⁰ Die Regierung in Maputo beziffert die jährlichen Einnahmeverluste auf 150 Mio \$.¹¹

1984 versuchte der damalige Präsident Samora Machel durch ein Waffenstillstandsabkommen mit Südafrika (Nkomati-Vertrag)¹² dem Land eine Atempause zu verschaffen. Doch Südafrika hielt sich nicht an den Vertrag.

Mehr Westhilfe für Chissano

Angesichts der komplizierten Lage bemühte sich Mosambik zunächst um Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Doch die sozialistischen Länder sahen sich nicht in der Lage, ein weiteres „Zuschuß“land aufzunehmen. Mosambik behielt einen Assoziiertenstatus, die RGW-Entwicklungshilfe blieb auf dem alten Stand. (Etwa ein Drittel des Kreditvolumens kam bisher aus den sozialistischen Ländern. Traditionell gute Beziehungen bestehen auch mit Skandinavien.)

Nach dieser Absage wandte sich Samora Machel an die EG-Staaten, und 1985 trat Mosambik dem IMF bei. Doch blieb dies zunächst ohne konkrete Folgen. Auch die zahlreichen Appelle an die Weltöffentlichkeit, durch schnelle und effektive Hilfe die Hungerkatastrophe einzudämmen, blieben vom Westen lange un-



Erhöhte Verteidigungsbereitschaft gegen die Contras und verstärkte landwirtschaftliche Produktion sind Schlüssel der Hungerbekämpfung in Mosambik

beantwortet.

Der RNM hat nicht nur in Südafrika, sondern auch in den USA potente Unterstützer. Sie suchten und suchen den Sturz der FRELIMO-Regierung oder zumindest die Anerkennung des RNM als Verhandlungspartner durchzusetzen.

Der mysteriöse Flugzeugabsturz vom Oktober 1986 auf südafrikanischem Gebiet, bei dem Samora Machel und andere namhafte Führungsmitglieder ums Leben kamen, dürfte im Zusammenhang mit solchen Vorstellungen seine Erklärung finden.

Unter dem Machel-Nachfolger, Präsident Joaquim Chissano, zeichnete sich seit Jahresbeginn in der Haltung der NATO-Staaten eine Wende ab.

IMF und Weltbank wurden aktiv, und auch die UNO lancierte ein Sofortprogramm zur Hungerhilfe über 200 Mio \$. Die US-Entwicklungsorganisation AID bewilligte Gelder. Das US-Außenministerium sprach sich gegen eine Anerkennung des RNM und für eine Unterstützung Chissanos aus.

Großbritannien, das in Simbabwe bereits mosambikanische Offiziere ausbildet, Italien und Portugal signalisierten ihre Bereitschaft zur Beteiligung an einer Umschuldung. Auch die Bundesrepublik stellte – wenngleich zögerlich – einen Kredit in Aussicht.

Das Entstehen der SADCC und das Engagement Simbawwes in Mosambik dürften eine wichtige Rolle für diesen Sinneswandel gespielt haben. Die EG-Länder, denen es um die langfristige Interessensicherung in der Region geht, sehen in der Unterstützung der SADCC eine Möglichkeit, den harten Boykott Südafrikas zu vermeiden, ohne die schwarzafrikanischen Staaten zu verprellen.

Kampf ums Überleben

Durch den Einsatz von Truppen aus Simbabwe gelang es Ende 1986, die RNM im Bereich des Beira-Korridors zurückzudrängen, so daß mit dem Wiederaufbau der zerstörten Hafenanlagen und Eisenbahnlinien begonnen werden konnte, nachdem die Finanzierung des Projektes u.a. mit EG-Krediten und portugiesischen Geldern abgesichert ist.

Die Frontstaaten erreichten darüber hinaus, daß Malawi seine Unterstützung für die RNM einstellte und sich stattdessen an den SADCC-Initiativen beteiligte.

Betrachtet man die neue Wirtschaftspolitik in Mosambik von den subjektiven Absichten her, so handelt es sich um den Versuch, durch zeitweilige Zugeständnisse an den internationalen Kapitalismus langfristig Bedingungen für die Realisierung alter Ziele zu schaffen.

Mit dem Sparprogramm soll ein effektivitäts- und leistungsorientierter Kurs mit

Marktelementen eingeleitet werden, ohne bestimmte sozialpolitische Grundoptionen prinzipiell aufzugeben. Für sich genommen stellt das Programm also keine Entscheidung für einen kapitalistischen Weg dar.

In Mosambik existiert noch keine relevante nationale Bourgeoisie als innerer Motor einer derartigen Entwicklung. Der mehr marktwirtschaftliche Kurs in der Agrarpolitik und die Umsetzung der Privatisierungsempfehlungen im Bereich der Industrie können allerdings langfristig zur Herausbildung eines bürgerlich-kapitalistischen Sektors führen, vorausgesetzt, daß es überhaupt gelingt, die beschlossenen Maßnahmen zu realisieren.

Noch bleiben die westlichen Kredite und Hilfen weit hinter den Erwartungen in Maputo zurück. Und der RNM, der nach wie vor seinen Geldgeber und Waffenlieferanten in Südafrika und in den USA hat, setzt seine Überfälle fort.

Die Einstiegsbedingungen des IMF waren – im Vergleich zu sonstigen Auflagepaketen und zu den gängigen Zinssätzen – moderat. Kommentatoren sprechen von einem Präzedenzfall im IMF-Verhal-

ten gegenüber afrikanischen Staaten.¹³ Es bleibt allerdings abzuwarten, wie sich die Verhandlungen weiterentwickeln. Für den von der Regierung Chissano verfolgten Kurs gibt es angesichts der Weltlage keine Alternative. Der Ausgang ist offen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Garantir execução do prioritario, Relatório do Governo sobre a situação do país, in: Tempo, Maputo, 10.8.1986; zur aktuellen Situation vgl. auch: die tageszeitung, Westberlin, 22.5.1987
- 2) Zum RNM siehe: AIB 1-2/1987, S. 10ff.
- 3) Vgl. African Business, London, April 1987
- 4) Ebd.
- 5) Vgl. South, London, Mai 1987 und Africa Economic Digest (AED), London, Jg. 8, Nr. 11/14.3.1987
- 6) Times, London, 6.3.1987
- 7) Ebd. und Afrique-Asie, Paris, Nr. 396/23.3.1987
- 8) Zit. nach: South, Mai 1987
- 9) Zur Wirtschaftspolitik der FRELIMO seit ihrem Bestehen vgl. Joseph Hanlon, Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer, Bonn 1986
- 10) Vgl. Blätter des iz3w, Nr. 117/Mai 1984
- 11) Vgl. Garantir execução..., a.a.O.
- 12) Zum Nkomati-Vertrag siehe: AIB 4/1984, S. 11ff. und AIB 5/1984, S. 4ff.
- 13) Vgl. AED, a.a.O.



Hunger-Nothilfe für Mosambik

Bezifferte man im Frühjahr die Hungernden in Mosambik noch auf 4-4,5 Mio, so ist ihre Zahl – nach Schätzungen des Welternährungsprogramms (WFP) – im Mai d.J. auf 6,7 Mio angestiegen. Das heißt, etwa die Hälfte der mosambikanischen Bevölkerung ist mittlerweile betroffen.

Die Hauptursache der Notlage, darin sind sich die Beobachter einig, ist im anhaltenden Kriegszustand des ostafrikanischen Landes zu suchen. Es ist der Frontstaat im Süden Afrikas, der von der militärisch-wirtschaftlichen Destabilisierung durch das Apartheidregime und die von ihm und Washington ausgehaltene Contra am härtesten drangsalieren wird.

Es fehlt Mosambik nicht nur an mindestens 789.000 t Getreide, an anderen Grundnahrungsmitteln und Saatgut, um ein Massen-

sterben abzuwenden. Ebenso mangelt es auch an Transportmitteln und medizinischen Versorgungsgütern. Und in Anbetracht dessen, daß jetzt im Lande die kalte Jahreszeit mit Temperaturen bis zu 5 Grad einsetzt, ist auch die Bereitstellung von Kleidung und Decken für die teils unbedeckte, teils in Lumpen gehüllte Bevölkerung vonnöten.

Um die Nothilfe ohne Verzögerungen und am wirksamsten zu den Betroffenen zu bringen, ruft das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) zu Geldspenden auf. Sie sollen direkt an die Frelimo-Regierung in Maputo weitergeleitet, also nach deren Erfordernissen eingesetzt werden. Das ASK bittet um Spenden auf das Konto: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PGA Frankfurt/M., Nr. 527055-602, Stichwort: Mosambik.

Joachim Becker

Apartheid-Gegenspieler Simbabwe

Simbabwe hat sich neben Angola zum zentralen Gegenspieler Südafrikas unter den Frontstaaten entwickelt.

Die Regierung Mugabe tritt aktiv für Sanktionen gegen den Apartheidstaat ein. Sie unterstützt die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias politisch und diplomatisch. Simbabwe sei allerdings militärisch nicht stark genug, um dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und dem Panafrikanischen Kongress von Azania (PAC) Basen einzuräumen, unterstrich Simbawwes Premierminister Robert Mugabe im letzten August noch einmal.¹

Wenngleich die regierende Afrikanische Nationalunion Simbawwes-Patriotische Front (ZANU-PF) traditionell mit dem von der Organisation der Afrikanischen Einheit immer noch als Befreiungsbewegung anerkannten, in Südafrika jedoch bedeutungslosen PAC liiert ist, so scheint sie doch mittlerweile engere Bande mit dem ANC geknüpft zu haben.²

Simbabwe stört Pretorias regionale Hegemoniebestrebungen empfindlich, indem es das benachbarte Mosambik militärisch und wirtschaftlich unterstützt.

Noch im Dezember 1980 enthielt sich der simbabwische Delegierte in der UN-Vollversammlung bei einer Abstimmung über Wirtschaftssanktionen mit der Begründung, sein Land selbst könne die Sanktionen nicht verkräften, der Stimme.³

Heute ist Simbabwe im Commonwealth und bei den Nichtpaktgebundenen einer der aktivsten Fürsprecher für Sanktionen. Im August 1986 kündigte Premierminister Mugabe an, Simbabwe werde die Commonwealth-Sanktionen (u.a. Einstellung des Flugverkehrs mit Südafrika) voll umsetzen. Einen präzisen Zeitpunkt nannte er damals nicht.⁴

Im Januar 1987 sagte er: „Wir (Simbabwe und Sambia; d. Verf.) mußten sie bewußt aufschieben, um uns mit anderen Frontstaaten zu besprechen, weil einige der Sanktionen ihre Zusammenarbeit erfordern. Aber sie kommen, und sie kommen sehr bald.“⁵ Bis Anfang Mai d.J. waren die erforderlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Sanktionspaketes noch nicht geschaffen.

Die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika ist für Simbabwe keine leichte



12000 Soldaten Simbawwes sichern den Beira-Korridor in Mosambik

Entscheidung. „...wir akzeptieren“, so Mugabe kurz vor Simbawwes Unabhängigkeit, „daß Südafrika eine geographische Realität ist. Als solche müssen wir einige Mindestbeziehungen mit ihm haben.“⁶

Die politischen Beziehungen wurden sofort auf ein Minimum reduziert. Pretorias Diplomaten mußten gehen, allein eine Handelsvertretung blieb.

Komplizierter ist die Verminderung der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Anteil südafrikanischer Firmen am simbabwischen Produktivkapital dürfte auch heute kaum unter den für 1980 geschätzten 25%⁷ liegen. Der Anteil Südafrikas am simbabwischen Außenhandel konnte von 24,8% im Jahr 1981 auf 15% im Jahr 1986 (Januar-September) gesenkt werden.⁸

Etwa 40% der Industriegüterexporte Simbawwes gehen nach Südafrika – ihr Zugang zum südafrikanischen Markt wird durch ein Handelsabkommen erleichtert. Anfang 1981 stoppte Simbabwe die Rekrutierung simbabwischer Arbeiter für Südafrikas Minen, so daß die Zahl simbabwischer Wanderarbeiter in Südafrika von 10.377 im Jahr 1980 auf 7.304 im Jahr 1986 fiel.⁹

Wirtschaftliche „Gegensanktionen“ Pretorias gegen Simbabwe seien, so rechnet die südafrikanische Financial Mail am 15.8.1986 vor, ein „zweischneidiges Schwert“. Eine „reale Möglichkeit“ sei jedoch eine verstärkte Militärintervention Südafrikas in Mosambik.

Durch Mosambik laufen Simbawwes kürzeste Transitverbindungen zum Meer. Diese Transportalternativen wieder zu nutzen, war eine der ersten Prioritäten

der Regierungen Simbawwes und Mosambiks direkt nach der Unabhängigkeit; diese Alternativen zu den Verkehrsrouten durch Südafrika zu zerstören, eines der wesentlichen Destabilisierungsziele Südafrikas. Wurden 1983 immerhin 53,9% des simbabwischen Außenhandels über Mosambik abgewickelt, so waren es 1985 nur ca. 10%.¹⁰

Hauptgrund: Südafrikas Krieg gegen Mosambik. Gegen die Nutzung der mosambikanischen Routen arbeiten auch die in Simbabwe dominanten südafrikanischen Speditionsfirmen.

Seit Oktober 1982 schützt simbabwisches Militär die Transitroute von Mutare nach Beira. Seit dem Sommer 1985 geht es auch offensiv gegen die Contra vor. Die Offensive gegen die Contra in Zentralmosambik im Frühjahr 1987 wurde gemeinsam von mosambikanischen und simbabwischen Truppen getragen.

Simbabwe entlastet Mosambik stark. Auch wirtschaftlich greift es Mosambik unter die Arme.

Im November 1986 sagte Simbabwe Mosambik eine Kreditlinie von 50 Mio Z\$ zu; 90.000 t Mais wurden in das unter einer kriegsbedingten Hungersnot leidende Mosambik geschickt. „Das Überleben Mosambiks ist unser Überleben“, so Premierminister Mugabe.¹²

Simbabwe bereitet sich auf eine Eskalation der Konfrontation mit Südafrika vor. Die Wehrpflicht soll eingeführt werden.¹³

Mit der Vereinigung von ZANU-PF und der Afrikanischen Volksunion Simbawwes (ZAPU) sollte auch die Destabilisierung durch Südafrika erschwert werden. Die Vereinigungsgespräche zwischen den beiden Parteien wurden von der ZANU-PF jedoch am 17. April d.J. für abgebrochen erklärt. Strittig waren anscheinend Personalfragen.

Anmerkungen:

- 1) The Herald (H), 9.8.1986
- 2) Vgl. City Press, Johannesburg, 25.1.1987
- 3) Vgl. H, 18.12.1980
- 4) Ebd., 9.8.1986
- 5) Ebd., 19.1.1987
- 6) Ebd., 26.3.1980
- 7) Zahl nach: C. Stoneman (Hg.), Zimbabwe's Inheritance, London/Basingstoke 1981, S. 119
- 8) Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, June 1984, Harare, Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1987
- 9) Rand Daily Mail, Johannesburg, 10.2.1981 bzw. J. Hanlon, Beggar Your Neighbours, Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 78 und Financial Mail, Johannesburg, 13.3.1987
- 10) P. Johnson/D. Martin, South Africa Imposes Sanctions against Neighbours, Harare 1986, S. 9, 14
- 11) H, 27.11.1986 bzw. African Business, London, April 1987
- 12) Africa Report, New York, Januar-Februar 1986
- 13) H, 4.3.1987

Joachim Becker

In der Schlinge der Auslandsschulden

Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank – beide von westlichen Ländern dominiert – schwächen die Widerstandskraft von Staaten des Südlichen Afrika gegenüber dem Apartheidstaat.

Teilweise verstärken sie sogar direkt die wirtschaftliche Bindung an Südafrika. Oft ist die Schuldenkrise der Frontstaaten durch die Destabilisierung Südafrikas – zurückhaltend sekundiert von seinen westlichen Verbündeten – verschärft worden.

Auch Simbabwe, das unter den Frontstaaten die am stärksten diversifizierte Wirtschaft aufweist, bleibt nicht von Schuldenproblemen verschont.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit lautete das nationale und internationale Expertenurteil noch: „unterschiedlich“ im internationalen Vergleich.¹ Tatsächlich beliefen sich die Auslandsschulden Ende 1979 nur auf 850 Mio Simbabwe Dollar (Z\$ = 1,16 DM; Stand Dezember 1986), darunter 450 Mio Z\$ während der Smith-Ära eingefrorener Gelder. Der Schuldendienst beanspruchte nur 1,3% der Exporterlöse.²

Schon wenige Jahre später bot sich ein völlig verändertes Bild. Für 1984 wurde die Auslandsschuld bereits auf 3,5 Mrd Z\$ geschätzt, der Zentralbankgouverneur Kombo Moyana projektierte den Schuldendienst für dasselbe Jahr auf 32% der Exporterlöse.³ Der rasante Anstieg der Auslandsschulden hat IMF und Weltbank einige Einflußmöglichkeiten eröffnet.

Die Explosion der simbabwischen Auslandsschulden ist nicht allein auf eine lückenhafte Produktionsstruktur und negative weltwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen. Sie ist auch die Frucht einer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik und einer – in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeit – sorglosen Schuldaufnahme im Ausland.

Die Regierung der Afrikanischen Nationalunion Simbawes - Patriotic Front (ZANU-PF) wollte einerseits transnationales und nationales Kapital und die weißen Fachkräfte bei der Stange halten und somit Produktionseinbrüche vermeiden, andererseits aber auch die Realeinkommen der afrikanischen Bevölkerung erhöhen und die Dienstleistungen für

diese Bevölkerungsgruppe verbessern, um so in die Unabhängigkeit gesetzte Erwartungen einzulösen.

Diese auf Konfliktvermeidung angelegte Wirtschaftspolitik setzte in den Augen der Regierung eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 8%, ein hohes Exportwachstum und eine hohe Schuldaufnahme im Ausland voraus.⁴

„Anstatt grundlegende Reformen in der ererbten Wirtschaft (wie eine Landreform) durchzuführen, war die Abkürzung zur Entwicklung, Hilfe zu bekommen“, so die simbabwische Wirtschaftswissenschaftlerin Theresa Chimombe.⁵ Auch „Hilfe“ muß oft verzinst und zurückgezahlt werden.

Die Staatsausgaben für soziale Dienste, wie Bildung und Gesundheit, wurden stark gesteigert. Damit ging in den ersten Jahren eine merkliche Ausdehnung der Zahl der öffentlich Bediensteten bei gleichzeitiger Afrikanisierung Hand in Hand.

Dem Staatsapparat wurde sein rassistischer Charakter genommen; er bleibt in seiner Struktur jedoch weitgehend unangetastet. Das mit den hohen „unproduktiven“ Ausgaben verbundene Haushaltsdefizit, das fast jedes Jahr wuchs, wurde und wird in beträchtlichem Maße mit Auslandskrediten finanziert. Fiel die „Hilfe“ geringer als angenommen aus, wurden die Lücken mit teureren kommerziellen Krediten gestopft.

Die gewohnheitsmäßige Finanzierung staatlicher Konsumausgaben durch Auslandskredite ist ein Schritt in die Schuldenfalle, denn so werden Zahlungsverpflichtungen eingegangen, ohne zu einem devisensparenden Abbau der Importabhängigkeit oder zu einem Ausbau der Exportkapazität beizutragen.

Wenn entsprechende Maßnahmen auch gesamtwirtschaftlich nicht getroffen werden, sind Probleme mit der Auslandsschuld vorprogrammiert. Sozialausgaben müssen auf die Dauer eine ausreichende produktive Basis haben.

Investitionen machen nur einen kleinen Teil des simbabwischen Haushalts aus. Staatlich kontrollierte Firmen führten z.T. große Investitionsprogramme durch. Die öffentlichen Investitionen konzentrierten sich auf den für den kapitalistischen Staat „klassischen“ Bereich der Infrastruktur.

Das öffentliche Investitionsprogramm

ist zu einem beträchtlichen Teil mit Auslandsmitteln finanziert.

Auffällig ist der gesamtwirtschaftlich hohe Anteil der mit Auslandsmitteln finanzierten Investitionen – 1980 ca. 30%, 1984 46%.⁶

Hohe Anteile ausländischer Finanzmittel wurden in den Wirtschaftsplänen zugrunde gelegt. Die Notwendigkeit „großer Injektionen von Auslandskapital“ begründeten die Planer im Dreijahresplan 1982/83-1985/86 insbesondere mit den Haushaltsdefiziten und steigenden unproduktiven Ausgaben. Auch ein „Rückgang des relativen Anteils privater Ersparnis“ wurde zwar konstatiert, aber nicht weiter analysiert.⁷

Hier setzte bereits damals unter Hinweis auf ein erhebliches, nicht voll ausgenutztes investierbares Surplus Kritik an.⁸ Real lag der Anteil der mit Auslandsmitteln finanzierten Investitionen noch über den ohnehin schon hohen Planwerten. Auslandsmittel ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit Auslandskrediten.

„Injektionen“ auf Pump

Trotz des bereits enormen Gewichts des Auslandskapitals in den Produktionssektoren und ihres immer wieder erklärten Willens, die lokale – private wie staatliche – Kontrolle der Wirtschaft zu erhöhen, bemüht sich die Regierung um neue Auslandsinvestoren. Daher liberalisierte sie den Gewinntransfer ins Ausland.

Das Resultat: Stark anschwellende Devisenabflüsse, aber kaum ausländische Direktinvestitionen (bis 1985 ca. 50 Mio Z\$). Den verdeckten Gewinntransfer ins Ausland verteuerte die Regierung mit steuerlichen Maßnahmen jedoch systematisch.

Indem sie die neugegründete Minerals Marketing Corporation mit dem Exportmonopol bei Bergbauprodukten ausstattete, versuchte die Regierung, der Manipulation konzerninterner Verrechnungspreise einen Riegel vorzuschieben.

Die Regierung baute bei ihrer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik auf ein hohes Exportwachstum. Nach Aufhebung der Sanktionen stiegen die Ausfuhren 1980 und 1981 deutlich. 1981 behinderte Südafrika mit seiner „Transportdiplomatie“ Simbawes Exporte empfindlich. 1982 fielen die Exporte real.

Bei Kapitalgüterimporten bestand sanktionsbedingt ein großer Nachholbedarf. In den beiden Jahren des durch Aufhebung der Sanktionen, kräftige Mindestloohnerhöhungen, eine expansive staatliche Ausgabenpolitik und gute Ernten getragenen Booms ließ die Regierung bei den Importen Steigerungsraten zu, welche die Zunahmen bei den Exporten

ten merklich überschritten.

1981 übertrafen die Warenimporte erstmals seit Jahren die Warenexporte. Das Leistungsbilanzdefizit wuchs — noch verschärft — durch die Folgen der internationalen Rezession und der Dürre — von 156,7 Mio Z\$ im Jahr 1980 auf 532,8 Mio Z\$ im Jahr 1982.⁹ 1982 sah die Regierung die Notwendigkeit von Kurskorrekturen gekommen.

Die Phase der Verschuldungspolitik, die einer „je mehr desto besser“ Haltung sehr nahe kam und Fälligkeitsstruktur und Zinssätze der Kredite nur ungenügende Aufmerksamkeit schenkte, war zu Ende.¹⁰ Für neue Schuldaufnahmen im Ausland wurden strenge Richtlinien erlassen.

Ihr Hauptaugenmerk legte die Regierung auf die Steigerung des Exportüberschusses. Sie ergriff die klassischen Maßnahmen der Sparpolitik (Austerität): Währungsabwertung, Reallohnsenkung, Abbau des Haushaltsdefizits und der (Nahrungsmittel-)Subventionen. Die Übereinstimmung dieses Maßnahmenpaketes mit den üblichen Forderungskatalogen des IMF ist auffällig, aber kein Zufall. Im März 1983 stimmte der IMF einem Kreditpaket an Simbabwe — 59 Mio Z\$ aus der Kompensatorischen Finanzierungsfazilität und 316 Mio Z\$ als Bereitschaftskredit — zu.

Auf entsprechende Maßnahmen drängten aber auch zumindest wesentliche Teile des Kapitals, vor allem das Exportkapital. „Nachdem er entschieden hatte, daß Akkumulation in Simbabwe eine große Dosis — lokalen und ausländischen — Privatkapitals benötigte, mußte sich der Staat des 'Vertrauens' des Kapitals und des Gütesiegels des IMF, das oft als entscheidend angesehen wird, erfreuen. Dies, wiederum, verlangte

Der Export des simbabwischen Maises erfolgt noch immer über den südafrikanischen Hafen Durban



einen Satz von Politikmaßnahmen, der die Waagschale zugunsten des Kapitals und gegen die Volksklassen ... senkte.“¹¹ So das Resümee des angesehenen simbabwischen Wissenschaftlers Thandika Mkwandawire.

Daher blieben die Nominallohne nach einer Lohnerhöhung Anfang 1982 für mehr als eineinhalb Jahre eingefroren. Bis heute verfolgt die Regierung eine restriktive Lohnpolitik. Damit soll die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten gestärkt und der Inlandskonsum beschränkt werden. Die Austerität machte bei hohen Gehältern nicht Halt. Für die Exportsektoren bedeutete die Abwertung des Z\$ um 20% im Dezember 1982, die sich gegenüber den meisten Währungen bis heute fortgesetzt hat, einen warmen Regen. „Obwohl die Schwächung des Simbabwe-Dollar die Exportleistung und Konkurrenzfähigkeit des Landes auf Auslandsmärkten verbessern sollte..., haben die mageren Preise für die meisten von Simbawes Rohstoffen die Hoffnung auf eine wirkliche Verbesserung frustriert“, bilanzierte die RAL Merchant Bank im Sommer 1986.¹²

Grenzen des Sozialabbaus

Die Abwertung soll, so die orthodoxe Theorie, auf die Importe dämpfend wirken. In Simbabwe sind die Einfuhren jedoch ziemlich strikt kontrolliert, und die Einfuhrquoten wurden ohnehin auf die Minima zusammengestrichen.

Flankierend wurden spezifische Maßnahmen der Exportförderung ergriffen. Dies schlug sich auch im Haushalt nieder. Im öffentlichen Dienst wurde ein Einstellungsstopp verfügt. 1983 begann die Regierung, die Nahrungsmittelsubventionen mit dem Ziel ihrer Abschaffung rigoros abzubauen. Beim Umsiedlungsprogramm wurden drastische Kürzungen vorgenommen.

Steuerlich wurden im Haushalt 1983/84 eher die ärmeren Bevölkerungsgruppen zur Kasse gebeten. Bei den ihr wichtigsten konsumtiven Ausgaben vermied die Regierung Abstriche.

Mit der Verabschiedung eines Nachtrags Haushalts 1983/84 ging Simbawes Regierung auf Konfliktkurs mit dem IMF. Dieser verweigerte daraufhin prompt die Auszahlung der letzten Tranche des Kredits von 1983.

Obwohl die Regierung versucht, den weiteren Anstieg der Sozialausgaben zu begrenzen, ist das Defizit seit 1983/84 regelmäßig gestiegen. Zunehmende Mittel wird wegen der Destabilisierungspolitik des Apartheidstaates künftig der Verteidigungsetat binden.

Wider die Vorstellungen von IMF und Weltbank handelte die Regierung auch in

einem weiteren Bereich. Im März 1984 verkündete Finanzminister Bernard Chidzero einschneidende Beschränkungen beim Transfer von Gewinnen und sonstigen Einkommen ins Ausland. Während diese Maßnahmen im Ausland kaum Zustimmung fanden, wurden sie in simbabwischen Wirtschaftskreisen — als einmalige Aktion — positiv aufgenommen.

„Es wäre Wahnsinn sich im Ausland zu verschulden, um Dividenden zu bezahlen“, begründete Chidzero die Maßnahmen.¹³ Gleichzeitig unterstrich er, daß es sich um zeitweilige Maßnahmen handele und die Regierung im Prinzip an ihrer auf Ermutigung von Auslandsinvestitionen und Liberalisierung der Devisenkontrollen gerichteten Politik festhalten wolle.¹⁴

Im März 1985 gab die Regierung bekannt, sie werde schrittweise wieder die normale Gewinnrepatriierung zulassen. Finanzminister Chidzero zur Begründung: „Wir pressen die Inlandswirtschaft aus und begünstigen Ausländer, was zu Hause Spannungen schaffen wird. Aber das ist der Preis, den wir für Investitionen ... und auch unseren guten Namen zahlen müssen.“¹⁵

Dabei hatten sich die Maßnahmen vom März 1984 als sehr durchschlagend erwiesen. Simbabwe vermied einen Devisenabfluß von etwa 20 Mio Z\$ monatlich. Die Leistungsbilanz verbesserte sich erheblich.

Die Schuldenlast ist dennoch sehr drückend. Die Devisenzuteilungen für Importe mußten für das erste Halbjahr 1987 stark gekürzt werden.

Die simbabwische Industrie fürchtet als Folge ernsthafte Probleme. Der Schuldendienst wird dieses Jahr etwa 35% der Erlöse aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen schlucken und einen Höhepunkt erreichen. Er bleibt bis zum Ende des Jahrzehnts hoch.

Es hat noch weitere Diskussionen mit dem IMF gegeben. Einem Abkommen steht das Haushaltsdefizit im Weg — wie Finanzminister Chidzero sagt.¹⁶

Mittlerweile ist es vorrangig die Weltbank, die Änderungen der Wirtschaftspolitik im Sinne des transnationalen Kapitals durchzusetzen sucht. Seit September 1986 verhandelt die Regierung mit der Weltbank über einen 125 Mio.-\$-Kredit zur Exportförderung.

Die Weltbank hat weitreichende Wünsche: eine Verminderung des Haushaltsdefizits, Veränderungen bei den Staatsunternehmen und eine Liberalisierung der Importkontrollen. Ziel der Weltbank ist es u.a., international nicht konkurrenzfähige Industrien in den Bankrott zu treiben — also faktisch eine Deindustrialisierung.

Die Regierung, so Finanzminister Chidzero, stimmt mit der Weltbank im Prin-

zip überein, benötige aber Zeit, um die vollen Folgen solcher Maßnahmen herauszuarbeiten.¹⁷ Für die Financial Times vom 19.3.1987 stehen die Zeichen auf „Importliberalisierung“.

Ließe sich die Regierung auf die „Liberalisierungs“-wünsche der Weltbank ein, verstärkten sich Weltmarktabhängigkeit und -orientierung, schrumpften die Handlungsspielräume der Regierung weiter. Verstärkte Weltmarktorientierung und eine tatsächliche Reformpolitik stehen im simbabwischen Kontext alternativ.

Der Akzent der simbabwischen Wirtschaftspolitik auf der Exportförderung hat sich durch die Schuldenkrise ohnehin schon verstärkt. Sparmaßnahmen waren nach 1982 erforderlich. Aber es hätte fortschrittlichere Alternativen einer Sparpolitik gegeben.¹⁸

Anmerkungen:

- 1) Report of the Commission of Inquiry into Incomes Prices and Conditions of Service under the Chairmanship of Roger C. Riddell, Salisbury 1981, S. 94; X.M. Kadhani, The Economy: Issues, Problems and Prospects, in: I. Mandaza (Hg.), Zimbabwe: The Political Economy of Transition 1980-1986, Dakar 1986, S. 99-122, hier: S. 121
- 2) Vgl. R.H. Green, Parameters, Permutations and Political Economy: Zimbabwe 1973-1986/7, Conference on Economic Policies under Crisis Conditions in Developing Countries, Harare 2.-5. September 1985, Tab. 3; T. Mkwandawire, „Home Made“ (?) Austerity Measures. The Case of Zimbabwe, paper presented at a seminar on „Austerity Policies in Africa: under IMF Control“, Dakar, 19.-21.6.1984, S. 17, Tab. 6
- 3) Vgl. The Financial Gazette (FG), Harare 25.10.1985; Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1985. Wegen der starken Abwertung des Z\$ fällt die absolute Schuldensteigerung in Z\$ höher als in US\$ aus.
- 4) Vgl. R.H. Green, Parameters..., a.a.O., S.11
- 5) T. Chimombe, Foreign Capital; in: Mandaza 1986, S. 123-140, hier S. 139
- 6) Vgl. Republic of Zimbabwe, Transitional National Development Plan 1982/83-1984/85, Bd. 1, November 1982 (Harare), Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1986
- 7) Republic of Zimbabwe 1982, S. 39
- 8) Vgl. Moto, Gweru, Dezember 1982/Januar 1983
- 9) Angaben nach: Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, Dezember 1985, Harare, S. 16, Tab. 9.1.
- 10) R.H. Green, Parameters..., a.a.O., S. 40
- 11) T. Mkwandawire, 'Home Grown' (?) Austerity Measures: The Case of Zimbabwe, Africa Development-Afrique et développement, Dakar, Bd. 10, Nr. 1/2, Januar-Juni 1985, S. 236-263, hier: S. 237
- 12) The Herald, Harare, 22.6.1986
- 13) FG, 30.3.1984
- 14) The Herald, 28.3.1984
- 15) Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1987
- 16) Ebd.
- 17) Ebd.
- 18) Siehe: T. Mkwandawire, „Home Made“..., a.a.O., S. 258ff.

Material- und Aktionsspiegel

Da die neuere deutschsprachige Literatur zur südafrikanischen Destabilisierungspolitik und den Frontstaaten lückenhaft ist, werden hier auch englische Bücher vorgestellt, die in der Bundesrepublik bezogen werden können.

Bücher

Einen guten Überblick über Südafrikas Destabilisierung der Frontstaaten vermitteln Phyllis Johnson/David Martin (Hg.), *Destructive Engagement. Southern Africa at War*, Harare 1986, XXI + 378 S., 25 DM (Bezug: AKAFRIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld).

Der erste Teil des Buches enthält Länderstudien zu Mosambik, Simbabwe, Angola, Namibia, Lesotho, Swaziland und Botswana. Der zweite Teil umfaßt Beiträge zu Südafrikas Wirtschaftskrise, Aufrüstung, Südafrika als Nuklearmacht, SADCC und Südafrika sowie zur US-Politik des „constructive engagement“.

Joseph Hanlon, *Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer*. Aus dem Englischen von Erica und Michael Fischer, edition südliches afrika 21, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1986, 356 S., 28,80 DM.

Im Zentrum des Buches von J. Hanlon, der 1979-84 als Korrespondent mehrerer englischsprachiger Presseorgane in Mosambik arbeitete und 1986 eine detaillierte Studie zur südafrikanischen Destabilisierungspolitik vorlegte, steht der Versuch einer sozialistisch orientierten Entwicklung auf der Grundlage eines extrem ungünstigen kolonialen Erbes und unter dem Destabilisierungs„beschub“ des Apartheidstaates. Auch die westliche Komplizenschaft mit Südafrikas Destabilisierung macht Hanlon deutlich, ohne die inneren Gegner einer sozialistischen Orientierung zu vergessen.

Michael Wolfers/Jane Bergerol, *Angola in the Frontline*, Zed Press, London 1985, 238 S., ca. 40 DM (Bezugsmöglichkeit: Das arabische Buch, Wundstr. 13, 1000 Berlin 19) schildern detailliert wie sich die MPLA mit kubanischer Unterstützung im zweiten Befreiungskrieg gegen die angolanischen Protégés des Westens, Südafrika und Zaire, durchsetzte. Die Autoren zeichnen die Entstehung von Fraktionen in der MPLA und den folgenden Putschversuch einer Gruppe um Nito Alves im Jahr 1977 ebenso nach wie die Konsolidierung der MPLA und ihre Umwandlung in eine marxistisch-leninistische Partei.

Der zweite Schwerpunkt des Buches ist der nationale Aufbau unter dem Vorzeichen der sozialistischen Orientierung, auf Basis eines katastrophalen kolonialen Erbes und unter ständigem Aggressionsdruck.

Referat für Information und Öffentlichkeitsarbeit der SWAPO von Namibia, *Entstehung einer Nation. Der Befreiungskampf für Namibia*, Zed Press, London 1981, 422 S., 25 DM (Bezugsmöglichkeit: Solidaritätsshop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90)

ist eine bereits 1981 im englischen Original erschienene Analyse der zuerst deutschen, dann südafrikanischen Kolonialherrschaft, der imperialistischen Strategie und des Befreiungskampfes aus der Sicht der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO. Ergänzt wird die Analyse durch zahlreiche Dokumente und Fotos. Eine umfassende Darstellung der kolonialen und nachkolonialen Gesellschaft Simbabwes liefert:

Christoph Reichert, *Das neue Zimbabwe. Gesellschaft im Übergang*, ISSA - wissenschaft-

liche Reihe 18, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1984, 401 S., 38 DM.

Nach einer detaillierten Analyse der sozialökonomischen Entwicklung der Siedlerkolonie Rhodesien setzt sich Christoph Reichert kritisch mit der simbabwischen Entwicklungspolitik der ersten drei Jahre nach der Unabhängigkeit in Programmatik und Praxis auseinander.

Mit einem zentralen Teilaspekt der Entwicklungspolitik der ZANU/PF-Regierung, der Agrarpolitik, beschäftigt sich:

Ruth Weiss, *Die Saat geht auf. Eine neue Politik gegen den Hunger in Afrika. Das Beispiel Simbabwe*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal/Lünen 1987, 196 S., 16,80 DM.

Zunächst stellt die bekannte Journalistin Ruth Weiss, die mehrere Jahre für die simbabwische Nachrichtenagentur ZIANA arbeitete, die vorkoloniale Landwirtschaft und die Agrarentwicklung in der Kolonialzeit – Entwicklung der weißen kapitalistischen Farmen und gezielte Unterentwicklung der afrikanischen Landwirtschaft – dar. Vor diesem Hintergrund diskutiert sie die Agrarpolitik des unabhängigen Simbabwe.

Kontaktadressen

Der **Afrikanische Nationalkongreß (ANC)** hat eine Vertretung in der BRD. Sie gibt gegen Spende ein monatliches Informationsbulletin heraus. Adresse: ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 352295, Konto: Postscheckamt Köln 312 813-509.

Die **Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO)** unterhält ebenfalls eine Vertretung in der BRD und publiziert ein Informationsbulletin. Adresse: SWAPO, Postfach 300868, 5300 Bonn 3, Tel. 0228/ 691783, Konto: Postscheckamt Köln 148764-500.

Bundesweite Aktionen und Unterstützung für lokale Gruppen organisiert die Geschäftsstelle der **Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)**, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 211355. Sie gibt Aktions- und Informationsmaterialien sowie die monatlich erscheinenden **Anti-Apartheid-Nachrichten** heraus.

Die **informationsstelle südliches afrika (issa)**, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 213288 gibt zusammen mit der AAB den achtmal jährlich erscheinenden **Informationsdienst südliches afrika** sowie Bücher und Broschüren zum Südlichen Afrika heraus.

Diverse Materialien (Plakate, Boykottbroschüre, Mosambik-Tee usw.), Aktionshinweise und Rundbriefe zum Südlichen Afrika sind auch beim **Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK)**, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069/ 709060 bzw. dessen Vertriebsstelle **Solidaritätsshop Dritte Welt**, dieselbe Anschrift, Tel. 069/ 778863 erhältlich.

Zentrale Anlaufstelle für die Solidaritätsarbeit mit Mosambik in der BRD ist der **Koordinierungskreis Mosambik**, Luisenstr. 17, 4600 Dortmund 1. Er besteht aus Organisationen und Einzelpersonen. Zu seinen Aufgaben gehören Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD und materielle Solidarität. Er gibt einen zweimonatlichen **Mosambikrundbrief** heraus (Bezug: KKM-Versandstelle, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt 90).

Arbeitsschwerpunkte des **Zimbabwe-Netzwerks**, c/o Ausbildungswerkstatt, Brabanter Str. 73, 5100 Aachen sind Informationsarbeit und materielle Solidarität, insbesondere die Unterstützung des Konzeptes „Erziehung mit Produktion“.

Wir schenken jedem ein Buch...

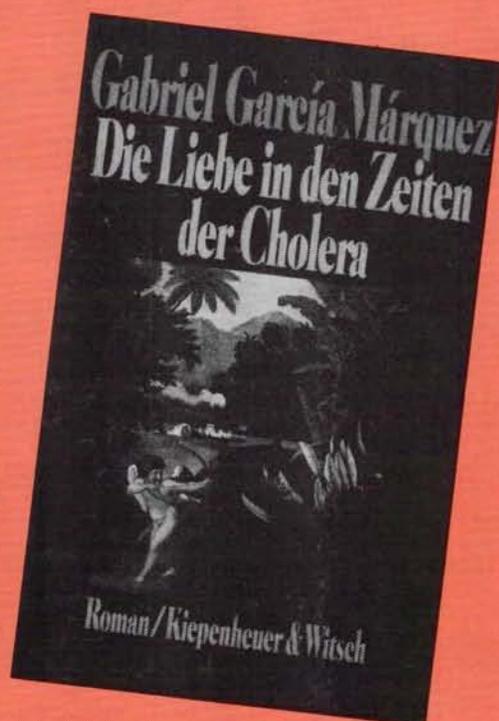
... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).

Buchprämie für zwei neue Abonnenten



Breyten Breytenbach
Mouir
Spiegelungen eines Romans
Kiepenheuer & Witsch
288 Seiten, 34,- DM



Gabriel Garcia Marquez
Die Liebe in den Zeiten der Cholera
Roman
Kiepenheuer & Witsch
512 Seiten, 39,80 DM

Unser Angebot für einen neuen Abonnenten finden Sie in der Heftmitte

Rainer Werning

Neue Elite – alte Politik

Überraschungen brachten die Parlamentswahlen vom 11. Mai d.J. nicht.¹ In dreierlei Hinsicht aber waren sie bedeutsam:

Mit dem eindeutigen Sieg der Regierungskoalition Lakas ng Bayan (Stärke des Volkes)² ist innerhalb der politischen Elite des Landes eine Kräfteumgruppierung in vollem Gange. Die Aussicht des legalen Linksbündnisses Allianz für eine Neue Politik (ANP)³ parlamentarisch Terrain zu gewinnen, erwies sich als Illusion. Auf Dauer wird ein Staatsterrorismus „neuer Qualität“ die „Counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung) kennzeichnen.

Will man die Zeit seit dem Amtsantritt „Cory“ Aquinos im Februar 1986 periodisieren, so sind drei Phasen auszumachen: einer von politischer Labilität charakterisierten euphorischen Aufbruchstimmung (von Februar bis etwa Mai 1986) folgte die auf Kosten der Marcos-Klientel einsetzende Konsolidierung des Aquino-Ramos-Blocks (etwa Juni bis November 1986)⁴, der seitdem in wachsendem Maße die Züge eines militärisch-zivilen Counterinsurgency-Regimes annimmt. Die Kommunalwahlen Ende August d.J. dürften den vorläufigen Höhepunkt dieser dritten Phase markieren.

In der jüngeren Geschichte des Landes

Die Gewinner der Senatswahlen werden aufgelistet



Neue Elite: Generalstabschef Ramos, Vizepräsident Laurel, Präsidentin Aquino, Verteidigungsminister Ilo (v. l. n. r.)

boten die ersten Wochen nach dem Marcos-Sturz die – zumindest in den Städten – offenste Atmosphäre für politische Organisationsarbeit und Dispute. Damals auch vertrat die Präsidentin die weitgehend von der Nationalen Demokratischen Front (NDF) geteilte Einschätzung, „die Subversion (habe) ihre Wurzeln in den ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Problemen“.

Die zweite Phase wurde eingeleitet, als Aquino von dem ursprünglichen Plan, mit einer „Revolutions-Verfassung“ zu regieren, abrückte und stattdessen auf der Basis ihrer sog. „Freiheits-Verfassung“ knapp 50 Mitglieder zur Verfassungsgebenden Versammlung (ConCom)

selbst ernannte. Zwar mißlang der Regierungsplan, philippinisches Fluchtkapital (inklusive der außer Landes geschafften Marcos-Gelder) in Höhe von 5-10 Mrd \$ zurückzulenken. Doch mittels sog. „sequestrations“ vermochte sie einen Teil der einst von Marcos auf Kosten seiner politischen Gegner konfiszierten Unternehmen und Ländereien unter sich und ihren Günstlingen aufzuteilen.

In diese Phase fiel auch der Staatsbesuch der Präsidentin in Washington (September 1986), wo ihr signalisiert wurde, daß eine uneingeschränkte Unterstützung an Manilas Bereitschaft und Fähigkeit gekoppelt ist, die Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) aufzureiben und militärisch zu besiegen. Seitdem erfolgte Militär-„coups“ (bis Mai 1987 vier an der Zahl) vermochten die Regierung, wenn schon nicht zu destabilisieren, so doch zunehmend auf einen militanten Rechtskurs einzuschwören.

Mit „People Power“ gegen das Volk

Die dritte Phase begann nach Monaten relativer Ruhe mit einem systematischen Kesseltreiben gegen die parlamentarische wie außerparlamentarische Linke. In Stadt und Land erinnerten die Szenen, da demonstrierende Bauern und Arbeiter zusammengeknüppelt und erschossen wurden, fatal an die Marcos-Ära.⁵

Der Antikommunismus wurde zur Staatsdoktrin erhoben und erhielt seitens der Marcos-Loyalisten seine weltlichen und zusätzlich durch die Kirchenhierarchie überirdische Weihen.⁶

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

7-DM Jg. 9, 2. Quartal, Mai 87

A 604 F. Nr. 33

WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



David Bohm • Cabal für Adam • Fahräder • Die Robert C. Gallo Story •
Das Jahr 1 nach Tschernobyl • Strahlenschutzverordnung

Nr. 33, Mai 1987

Schwerpunkt:

High-tech und »Dritte Welt«: Wege ins goldene Zeitalter? • Informatik in Ostafrika • Computerpolitik in Indien • Schwellenländer im internationalen Wettbewerb • Arbeitskreis »Informatik und Dritte Welt« in der GI • Wehre Dich, Du Frau, Du Schwarze •

Weitere Themen:

Zur Arbeit von David Bohm • Zur historischen Grundlage des »Männermythos« Computer • Gedanken zur Zukunft des Fahrrades • Die Robert C. Gallo Story • Zur Novellierung der Strahlenschutzverordnung • Aktiv gegen Strahlen •

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gnolenastr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 28,- Abonnement für 4 Hefte (Incl. Versandkosten); erscheint vierteljährlich

Für sich genommen ist das natürlich kein Novum. Doch im Gegensatz etwa zur Marcos-Ära hat dieser Antikommunismus eine populistische Grundlage. „Corys“ Image einer integren, die Welt des Lichts verkörpernden, schließlich durch den Mord an ihrem Ehemann selbst vom Staatsterror gezeichneten Politikerin bleibt bis heute unerschüttert.

Dies umso mehr, wie eine Kritik an ihr(em) Regierungsstil mit einer herbeigewünschten Wiederbelebung der alten Verhältnisse gleichgesetzt wird. In letzter Instanz verdankt die Präsidentin ihre Macht dem (revoltierenden) Militär und dieses wurde erst durch „Cory“ politisch aufgewertet.

So konnte das Militär denn auch die selbstinszenierten „Coups“ als Beweis für mangelnde Stabilität anführen und die Ersetzung unliebsamer Liberaler im Kabinett durch „civic action“-Experten à la Jaime Ferrer, dem neuen Minister für Lokalverwaltung, erzwingen.⁷ Zur Jahreswende fiel mit Arbeitsminister Augusto Sanchez ein Mann, der wegen seiner allzu „gewerkschaftsfreundlichen“ Haltung bereits seit April 1986 auf der Abschlußliste des State Department und Pentagon stand. An seine Stelle trat Franklin Drilon, einst Spitzenfunktionär des philippinischen Arbeitgeberverbandes und Rechtsberater ausländischer Großunternehmen.

Der Sieg der „Cory“-Kandidaten hat einen Troß von Persönlichkeiten in den Kongreß getragen, die seit Generationen im „Who is Who“ der Insepolitik einen Stamplatz einnehmen. Politisch ist damit eine Fraktion innerhalb der Elite – die Aquinos, Cojuangcos und Laurels – etabliert, die klassenmäßig (Großbourgeoisie/Großgrundbesitzer) um keinen Deut vom Vorgänger-Regime unterschieden ist.⁸

Ausmanövrierte Linke?

„Gold, guns and goons“ – „Gold bzw. Geld, Waffen und Schläger“: diese in früheren philippinischen Wahlen stets erprobte Erfolgsformel schlug im Mai d.J. neuerlich durch. Zwar wurden dieses Mal „nur“ weniger als 100 politisch motivierte Morde registriert, doch Einschüchterungen und eine extrem personale Fixierung (auf „Cory“ und ihre Kandidaten) zeugten vom Geist vergangener Rituale. Die ANP, deren wichtigster Bestandteil die im August 1986 gegründete Volkspartei (PnB) ist, war zunächst nicht zur Wahl zugelassen und dann durch Militärs, paramilitärische Einheiten und private Schlägertrupps in die Zange genommen worden. Sie verfügte nicht annähernd über die materiellen und finanziellen Ressourcen, um den Wahlkampf

ohne große Blessuren durchzustehen. Gegen die ANP war eine große Koalition aus Lakas ng Bayan, Große Allianz für Demokratie (GAD) und Bewegung Neue Gesellschaft – Union für Frieden und Fortschritt (KBL-UPP) angetreten, die trotz taktischer Differenzen ein strategisches Ziel verfolgten – die Linke zu isolieren und zu schlagen.

Das ist ihnen gelungen. Über zwei Dutzend ANP-Wahlhelfer wurden liquidiert. Ernsthaft hatte sich die ANP keinen Durchbruch ausgerechnet. Daß ihre Kandidaten aber eine solche Schlappe erlit-



Keine sozialen Reformen in Sicht: Zuckerrohrschneider auf dem Großgrundbesitz der Aquino-Familie

ten, hatte sie kaum erwartet. Innerhalb der Linken dürfte die Debatte – „Parlamentarischer und/oder bewaffneter Kampf?“ – frische Nahrung bekommen haben.

Bleibt als vorläufiges Fazit: Der bewaffnete Kampf gewinnt an Attraktivität⁹, und in den Städten – vor allem in der Metropole Manila – wird man sich politisch und organisatorisch auf ein neubelebtes „Parlament der Straße“ einrichten müssen. Schon bald dürfte das auf der Tagesordnung stehen und in dem Maße auf Unterstützung stoßen, wie grundlegende soziale und wirtschaftliche Reformen im rechtslastigen Kongreß zerredet werden und sich damit das von „Cory“ beschworene und verkörperte Modell des politischen Zentrismus („weder Kommunismus, noch eine Diktatur à la Marcos“) überlebt.

Zu offenkundig und rasch haben die Mai-Wahlen einen neuen Nepotismus gezeugt, der bereits selbst in Washington als kontraproduktiv eingeschätzt wird.¹⁰

Personelle Umbesetzungen im Militär und in der Regierung markierten den Übergang von einer zivil-militärischen, aus heterogenen bürgerlichen Schichten gebildeten Regierung zu einem militärisch-zivilen, reaktionären Regime. Im Unterschied zum Marcos-Regime zeich-

net es sich durch größere Flexibilität und Integrationsfähigkeit aus.

Beging Marcos gerade in der Endphase seiner Herrschaft den entscheidenden Fehler, sein Machtzentrum trotz wachsenden Unmuts bürgerlicher Oppositioneller abzuschotten und weiterhin mafiotisch zuzurichten, so toleriert und bindet das gegenwärtige Regime (noch mit Ausnahme der offen diskreditierten Schlüsselfiguren aus der Ära Marcos) sämtliche Kräfte, die den Antikommunismus in Worten und Taten vorbehaltlos unterstützen.



So ist der exklusiv militärische Aspekt im Kampf gegen die Linke (wie ihn z.B. der einstige Verteidigungsminister Juan Ponce „Rambo“ Enrile befürwortete) einem Konzept gewichen, das viel stärker mit flankierenden politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und psychologischen Elementen durchsetzt ist. Das benennt letztlich die qualitative Differenz zwischen der Counterinsurgency herkömmlichen Zuschnitts und der aktuellen Strategie des „Low-Intensity Conflict“ (Konflikt niedriger Intensität).¹¹

Formierung der „internen Contra“

Auf zunächst 10 Mio \$ belaufen sich die Kosten eines zweijährigen CIA-Programms, das nach der Flucht des Marcos-Intimus und Generalstabschefs Fabian Ver in desolatem Zustand vorgefundene militärische Geheimdienstsystem neu zu strukturieren. Aufklärungsflüge der „1. Special Operations Squadron“ der US-Luftwaffe (mit Sitz auf der nördlich von Manila gelegenen Clark Air Force Base) über NPA-kontrollierte Gebiete werden verstärkt durchgeführt. Um die operative Beweglichkeit der Armee zu erhöhen, werden die Einheiten in kleinere, mobilere Kampftruppen aufgebrochen und bei ihrer „Aufstandsbe-

kämpfung“ durch „raumsichernde“ paramilitärische Gruppen ergänzt.

Ein Teil der in diesem Jahr von der Reagan-Administration für Manila vorgesehenen Wirtschaft- und Militärhilfe in Höhe von 260 Mio \$ ist für den Erwerb von Huey-Kampfhubschraubern vorgesehen.

Selektiver Bombenterror und punktuelle Großoffensiven (wie kürzlich im nördlichen Kalinga-Apayao) werden ergänzt durch ein zunächst auf der Südinsel Mindanao getestetes neues Blockwartsystem.

In Städten wie Davao sind bereits früher einmal in die NPA eingeschleuste Agenten – die sog. „deep penetration agents“ oder „Zombies“ – mit Kriminellen und Mitgliedern fanatischer Sekten paramilitärisch ausgerüstet und zu wehrhaften „Vigilanten“ aufgepöppelt worden. Die Lokalverwaltung übernimmt einen Teil ihrer Finanzierung, wobei die Gelder dem Fonds des Ferrer-Ministeriums entstammen.¹²

Linke als Freiwild

Über lokale Rundfunksender werden Leute namentlich aufgerufen, sich den „Vigilanten“ anzuschließen. Tun sie das nicht, so gelten sie als NPAs – als Freiwild. Neutralsein zählt nicht.

Die gezielte Einbindung von Vigilanten-Mitgliedern und Paramilitärs wie der noch aus der Marcos-Zeit herübergeretteten „Bürgerwehren“ (CHDF) in bestehende Volksorganisationen bzw. die Schaffung neuer „people power organizations“ bilden das qualitativ neue Element der aktuellen Aufstandsbekämpfung.¹³ Stärker denn je ist darauf zu achten, ob und in welchem Maße „Entwicklungshilfegelder“ aus den USA, Japan, der EG und der BRD in Projekte gelenkt werden, die vorgeblich der „ländlichen Entwicklung“ dienen sollen, de facto indes dem mittlerweile auch von der Präsidentin propagierten Kreuzzug gegen den „Kommunismus“ zugeordnet werden. Der Schulterschluß zwischen „Volk“ und Militär, den die „Februar-Wunderrevolution“ in Liedern hymnisch beschwor, ist auf makabere Weise Realität.

Für Washington ist diese „Wende“ – zumindest im Augenblick – ideal. Ein massives Flagegezeihen ist nicht notwendig, obgleich seine „Special Operations Forces“ (SOF) abrufbereit Gewehr bei Fuß stehen. Selbst die Verdoppelung der Militärhilfe im Vorjahr ist – auch das im Einklang mit der „Low-Intensity Conflict“-Strategie – weitaus kostengünstiger als eine größere „Eigeninitiative“. Solange Ramos/Illeto die Linke mit größtmöglicher Effizienz bekriegen – was zu beweisen bleibt...

Anmerkungen:

- 1) Gewählt wurden die 24 Mitglieder des Senats und 200 Abgeordnete des Repräsentantenhauses.
- 2) Außer der „Cory“ Aquino-Liste Lakas ng Bayan stellten sich die von Ex-Verteidigungsminister Enrile geführte Große Allianz für Demokratie (GAD), die Bewegung Neue Gesellschaft – Union für Frieden und Fortschritt (KBL-UPP) der alten Marcos-Partei und die linke Allianz für eine Neue Politik (ANP) zur Wahl.
- 3) Sie hatte insgesamt sieben Kandidaten für den Senat nominiert, darunter den Gewerkschaftsführer Crispin Beltran, den Bauernführer Jaime Tadeo und Ex-NPA-Führer Bernabe Buscayno („Kumander Dante“). Er überlebte am 9. Juni d.J. schwer verletzt einen Mordanschlag. Näheres in: Philippinen Informationen, hrsg. von der Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi), Polch, Nr. 34/Mai 1987
- 4) Im November 1986 mußte Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile auf amerikanischen Druck hin demissionieren. Neuer Verteidigungsminister wurde Rafael Illeto. Fidel Ramos blieb Oberbefehlshaber der Streitkräfte.
- 5) Der Ermordung des bekannten Gewerkschaftsführers und Vorsitzenden der Volkspartei (PnB), Rolando Olalias (November 1986), folgten im Januar bzw. Februar die Massaker an der Mendiola-Brücke (Manila) und in Lupao (Provinz Nueva Ecija), bei denen insgesamt 40 Menschen von Regierungssoldaten erschossen wurden.
- 6) Am 22. April d.J. hatte Jaime Kardinal Sin, Manilas Erzbischof, dazu aufgerufen, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die keiner „gottlosen Ideologie huldigen“ und sich der „Gewalt als Mittel zur Veränderung“ enthalten. Vgl. International Herald Tribune, Paris, 23.4.1987
- 7) Schon in den 50er Jahren hatte Ferrer dem kürzlich verstorbenen CIA-Mann und US-Counterinsurgency-Strategen General Edward G. Lansdale bei der Zerschlagung der bäuerlichen „Hukbalahap“-Revolution gedient. „Civic action“ hieß damals wie heute – Durchführung von Projekten (z.B. Toilettenbau oder kostenlose Impfaktionen), um „Herzen und Hirne der Bevölkerung“ zu gewinnen.
- 8) Vgl. u.a.: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 21/18.5.1987
- 9) Das Pentagon veranschlagte kürzlich das Wachstum der NPA-Guerilla allein im Jahre 1986 auf 9%. Siehe auch: Newsweek, New York, 11.5.1987
- 10) Ebd., Die Geschichte trägt die vielsagende Überschrift: „Philippines: Danger Signs. U.S. officials fear Aquino is losing the war“.
- 11) Vgl. AIB 4/1987, S. 8ff.
- 12) Eigene Informationen. – Zu den notorischsten „Vigilanten“-Gruppen zählen „Also Masa“ (Das Volk erhebt sich) und „NAKASAKA“ (Vercientes Volk für Frieden) auf Mindanao, die „CACA“ (Bürgerarmee gegen Kommunismus“) auf Cebu und „El Tigre“ auf Negros. Vgl. Manila Chronicle, 18.3 und 7.4.1987 sowie Far Eastern Economic Review, Hongkong, 23.4.1987
- 13) Vgl. Gareth Porter, The Politics of Counterinsurgency in the Philippines: Military and Political Options. Philippine Studies Occasional Paper No. 9. Center for Philippine Studies/Centers for Asian and Pacific Studies, University of Hawaii 1987, S. 86-93

Rainer Werning Die „Neue Ordnung“ bleibt intakt



Jubelnde Anhänger der Regierungspartei Golkar

Ginge es nach der Bevölkerungszahl, so müßte sich Indonesien einer mindestens dreimal so intensiven Berichterstattung wie sein philippinischer Nachbar erfreuen. Doch der Archipel mit seinen 170 Mio Einwohnern und über 13.000 Inseln bleibt abseits der internationalen Öffentlichkeit, was dem seit zwei Jahrzehnten amtierenden Suharto-Regime nicht unapfänglich ist.

Bekanntlich bevorzugen es Diktatoren seiner Provenienz, ihre alltäglichen Geschäfte nicht durch gleißendes Scheinwerferlicht gefährdet zu wissen. Zogen die philippinischen Kongreßwahlen vom 11. Mai d.J. neuerlich einen Troß interessierter ausländischer Medienvertreter an, so waren, nimmt man die internationale Berichterstattung als Gradmesser, die Parlamentswahlen vom 23. April d.J. in Indonesien geradezu ein Un-Ereignis.

Von den 500 Sitzen der parlamentarischen Volksvertretung (DPR) wurden wie in der Vergangenheit 100 gleich vom Präsidenten vergeben.

Sie stehen den Militärs zu, die seit dem Befreiungskrieg gegen die Holländer zur traditionellen Stütze in Staat und Gesellschaft heranwuchsen und seit dem blutigen Putsch im Herbst 1965¹ offen die Macht an sich rissen. Von den 400 verbliebenen Mandaten vereinigte die von

den Militärs vor Jahren ins Leben gerufene Golongan Karya (Golkar) — eine „funktionale Gruppe“ aus Staatsbeamten, Frauen- und Jugendverbänden sowie berufsständischen Organisationen — 73% der Stimmen auf sich. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1982 waren es „nur“ 64,3% gewesen.

Weit abgeschlagen folgten die beiden anderen zugelassenen Wahlblöcke: Die aus vier islamischen Parteien zusammengesetzte Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) erhielt etwas über 16% (1982: 27,8%) und die sich nationalistisch-christlich verstehende Demokratische Partei Indonesiens (PDI) gut 11% (1982: 7,9%) der abgegebenen Stimmen.

Strahlender Wahlsieger Golkar

Sofern von Überraschungen die Rede sein konnte, gab es deren drei: Das Ergebnis dieser im Vergleich zu früheren Urnengängen relativ unblutigen und sauberen Wahlen überraschte in dieser Höhe selbst die Sieger. Golkar-Vorsitzender Sudharmono hatte sich um die 60% ausgerechnet.² Die Streitkräfte enthielten sich dieses Mal eines massiven Flankenschutzes für Golkar.

Hatte die Staatsmacht nach erbitterten

Demonstrationen moslemischer Organisationen im September 1984 ihre Bajonette gezeigt und gegen sie gerichtlich wie außergerichtlich Front gemacht³, so blieb die erwartete Welle des Fundamentalismus aus. Selbst in vormaligen Hochburgen der Moslems, wie in der Provinz Aceh im äußersten Norden Sumatras, büßte die PPP ihre Spitzenposition ein. Allem Anschein nach hatte sich die vor zwei Jahren vollzogene Abspaltung der einflußreichen Nahdatul Ulama (des konservativen Rates moslemischer Gelehrter) negativ auf die Gesamtpartei ausgewirkt.

Unerwartet hoch war der Stimmenzuwachs der PDI, für die u.a. auch Megawati, die Tochter des noch immer (oder wiederum) populären ersten Präsidenten Sukarno, kandidierte. Die PDI-Führung, vor einem Jahr delikaterweise selbst von der Regierung ausgewählt, sieht sich mit dem Problem konfrontiert, gegen wen nun der Büffel seine Hörner richten⁴ bzw. welche politische Zielsetzung die Partei fortan verfolgen soll, will sie ihre Wähler bei der Stange halten.

Letztlich zeichnete die Wahlen und die daran teilnehmenden Parteien eine bemerkenswerte Eindimensionalität und Programmlosigkeit aus.

Es sei denn, man wertete nationale Disziplin, Konsens und die Aufforderung an die Bevölkerung, den Gürtel enger zu schnallen, als programmatische Aussagen. Was die „Neue Ordnung“ Suhartos seit ihrem Machtantritt anstrebte — nämlich eine durch aggressiven Antikommunismus erzwungene politische Konformität —, ist ihr in beachtlichem Maße schon gelungen.

Das Staatsprinzip der Pancasila, das, vereinfacht ausgedrückt, den Glauben an Gott, Staat und Ordnung zur obersten Maxime erhebt, ist im Juni 1985 per Gesetz (sog. „Societies Law“) zur einzigen Grundlage aller Parteien und gesellschaftlichen Gemeinschaften deklariert worden. Damit „hat sich die Elite ein Instrument geschaffen, das jeglichen Zweifel am Machtsystem als unvereinbar mit den Pancasila-Prinzipien zurückweist und mit Strafe bedroht. Dabei werden in fragwürdiger Vereinfachung Staat und Regierung gleichgesetzt.

Das seit Jahren angepeilte Regierungsziel hin zu einer Einheitspartei ist de facto bereits erreicht: PPP und PDI haben im

Vorfeld der Parlamentswahlen deutlich gemacht, daß sie in Suharto auch den nächsten Präsidenten der Republik sehen. 1988 wird die Beratende Volksversammlung zusammentreten, in der automatisch alle Parlamentsabgeordneten vertreten sind und weitere 500 Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden.

Dieses Gremium bestimmt den Präsidenten. Schon jetzt steht der einzige Kandidat fest: Suharto.⁵

Das „Societies Law“ gewährte den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen eine zweijährige „Gnadenfrist“; bis zum 7. Juni 1987 mußten sie sich bei Strafe ihres Untergangs stromlinienförmig in dem Pancasila-Staat anpassen. Um zu gewährleisten, daß die politische Gängelung auch das soziale Leben von Grund auf im Interesse des herrschenden Regimes umkrempelt, erließ Djakarta im April 1986 Durchführungsbestimmungen für das „Societies Law“.

Diplomierte Staatsbürger

So sieht beispielsweise die Durchführungsbestimmung Nr. 18 vor, daß sich alle Mitglieder von Organisationen „mit größtmöglichem Einsatz“ der Pancasila-Schulung zu unterziehen haben (Art. 6), Organisationssymbole u.ä. vom Innenminister genehmigt werden müssen (Art. 10 und 11) und finanzielle sowie anderweitige Hilfe aus dem Ausland der Zustimmung durch die Regierung bedarf (Art. 12, 18 und 20).

Oberaufseher des Pancasila-Indoktrinationsprogramms ist General Sarwo Edhie, der in Zentraljava im Oktober 1965 die ersten Massensexekutionen an „Kommunisten“ durchführen ließ und sich später als Kommandeur der militärischen und geheimdienstlichen Operationen in West-Papua (Irian Jaya) zusätzliche Sporen verdiente.⁶ Heute ist Edhie Chef des als BP7 bekannten Staatsinstituts, das über die „geistigen Belange“ der Bevölkerung zu wachen hat.

Bereits 1983 war vereinbart worden, daß alle Staatsbürger verpflichtet sind, ein – wiewohl in Dauer und Intensität unterschiedliches – Pancasila-Pflichtpensum (P4) zu absolvieren, um gesellschaftlich „hoffähig“ zu werden. Müssen hochgestellte Personen einen zweiwöchigen Kurs belegen und diesen mit einer schriftlichen Arbeit abschließen, so benötigt das „gemeine Volk“ zum Erwerb des Pancasila-Zertifikats die Teilnahme an einem 40stündigen Seminar.

Augenblicklich wird gerade diese „untere Kategorie“ anvisiert. Als in der zentraljavanischen Stadt Semarang bekannt wurde, daß dort bereits 1.200 Prostituierte in den Genuß von P4-Zertifikaten gekommen waren, ja sie diese gar als Gütesiegel öffentlich vorzeigten, emp-

fahl der hygienebewußte General Edhie vor einer Versammlung der offiziell geduldeten Frauenorganisation „Dharma Wanita“, diese Unsitte zu stoppen und Prostituierten nebst exkommunistischen Häftlingen und Verbrechern die Ausstellung von P4-Zertifikaten vorzuenthalten.⁷

Mehr als bei früheren Wahlriten dominierten im April d.J. wirtschaftspolitische Themen. Verständnis für eine unvermeidliche Austeritäts-, d.h. Sparpolitik rangierte dabei auf allen Seiten an erster Stelle.

Der Verfall des Ölpreises hat das OPEC-Mitglied Indonesien schwer getroffen. Eine kurze relative wirtschaftliche Blüte (im verarbeitenden Sektor) hatte zuvor den Aufstieg eines vornehmlich städtischen Mittelstandes begünstigt, der heute aber die Rezession am schmerzlichsten verspürt.

Das allein dürfte das Suharto-Regime nicht existentiell bedrohen. Woraus ihm politische Probleme erwachsen könnten, ist das cukong-System. Die cukongs (chinesische Finanzmagnaten) sind in der Umgebung des Präsidenten über die Jahre zu dem geworden, was einst die „cronies“ („Vettern“) unter dem Marcos-Regime auf den Philippinen waren.

Vor allem die Verquickung von Politik und Geschäft, wie sie der Suharto-Clan z.B. mit dem Business-Emprise des (chinesischen) Industriellen Liem Sioe Liong meisterhaft betrieb, hat selbst die US-Botschaft in Djakarta alarmiert und dazu bewogen, eine eigene Studie über dieses dunkle und potentiell gefährliche Kapitel indonesischer Machtpolitik zu erstellen.⁸

Die Auslandsverschuldung Djarkatas beträgt mittlerweile gut 30 Mrd \$, denen noch etwa 7 Mrd \$ an Schulden des

Eine BP-7-Postkarte propagiert das „rechtschaffene Leben“ im Pancasila-Stil: Benennt die obere Bildhälfte „Nation, Gesellschaft und Selbstkontrolle“ als wichtigste Tugenden, so soll „Spielern, Prostituierten, Räufern, Drogensüchtigen und Säufnern“ (untere Bildhälfte) der Garaus gemacht werden



privaten Sektors zuzurechnen sind. Damit nähert sich die Schuldendienstrate, also das Verhältnis zwischen der für Tilgungen und Zinsen aufzuwendenden Summe und den Exporterlösen, der 40%-Marke.

Seit Jahresbeginn steht das Suharto-Regime mit der Weltbank und der japanischen Exim(Export-Import)-Bank in Verhandlungen über die Gewährung weiterer Darlehen in Höhe von 300 bzw. 900 Mio \$. Noch Ende 1986 war mit einem internationalen Bankenkonsortium unter japanischer Federführung ein 350 Mio \$ umfassender Handelskredit ausgehandelt worden.

Abweichend von ihrer Gepflogenheit, projektgebundene Darlehen zu gewähren, ist das neuerliche Hilfspaket der Weltbank einzig darauf abgestellt, Indonesiens Zahlungsbilanzdefizit zu begrenzen und das Land über die mit dem Ölpreisverfall einhergehenden größten Probleme hinwegzuhelfen. Für dieses Kreditpaket, deren Gewährung normalhin dem Internationalen Währungsfonds (IMF) obliegt, hat sich Djakarta verpflichten müssen, es schneller und höher verzinst als alle vorangegangenen Weltbank-Kredite zurückzuzahlen.

Ausschlaggebend dürfte Djarkatas bereits im September 1986 vollzogener drastischer Schnitt gewesen sein, die Landeswährung (den Rupiah) um 45%(!) abzuwerten und im laufenden Haushaltsjahr die öffentlichen Ausgaben zu senken sowie 6,8 Bio Rupiah (= ca. 4,25 Mrd \$) an Zins- und Tilgungslasten abzutragen. Die umfassende politische und soziale Repression, so das Kalkül des Regimes und seiner Gläubiger, wird die Bevölkerung trotz einschneidender wirtschaftlicher Maßnahmen – zumindest vorerst – nicht auf die Barrikaden treiben.

Schließlich sucht Djakarta beim IMF um ein neuerliches „Stand-by“-Darlehen im Rahmen seiner Ausgleichs-Fondsflexibilität nach, die gewöhnlich nur nichterdölproduzierenden Ländern im Falle einer Verschlechterung ihrer „terms of trade“ (Verhältnis der Export- und Importpreise) zustehen.

Das 900-Mio-\$-Paket von Tokios Exim-Bank ist das erste seiner Art, das nicht an die Auflage gebunden ist, japanische Exporte in das Empfängerland anzukurbeln. Das Darlehen soll von Djakarta in Rupiahs umgetauscht und zur finanziellen Deckung jener Weltbank-Projekte dienen, die andernfalls mangels Finanzierungslücken hätten aufgegeben bzw. auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen. Immerhin handelt es sich um nicht weniger als 21 (kapitalintensive) Projekte, die zuvor von Tokio mit ausgewählt wurden und solche im landwirtschaftlichen, Plantagen-, Elektrizitäts- und Kommunikations-Bereich so-

wie den Bau von Straßen und Dämmen betreffen. Kritische Beobachter vermuten, daß mit diesen Geldern auch das aufgrund akuter Finanznöte ins Stocken geratene staatliche Umsiedlungs („transmigrasi“)-Programm teilweise flottgemacht werden soll.⁹

Djakartas Schuldenberg gegenüber Japan, dem mittlerweile zweitgrößten Gläubiger des Landes, wird damit auf 5,5 Mrd \$ anwachsen. Piet Bukman, der neue niederländische Entwicklungshilfeminister und gleichzeitig Vorsitzender des internationalen Gläubigerkonsortiums IGGI¹⁰, machte während seines Indonesien-Besuchs Ende Februar d.J. deutlich, daß er sich auf der nächsten IGGI-Konferenz in Den Haag (17./18. Juni) für die Bereitstellung weiterer 2,5 Mrd \$ einsetzen werde.

Er bekräftigte bei der Gelegenheit das Vertrauen seiner Regierung in die Wirtschaft der ehemals niederländischen

für die Unabhängigkeit Osttimors (FRETILIN) – sei „ausgemerzt“, ist daran ersichtlich, daß die Verantwortung der dortigen Militäroperationen dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Benny Murdani, unterstellt sind. Nach schweren Rückschlägen der Falintil, des bewaffneten Arms der FRETILIN, in den Jahren 1977/78 scheint Djakartas Einschätzung mehr von Wunschdenken geprägt zu sein. Wäre die Situation in seinem Sinne „befriedet“, so bestünde kaum Anlaß, nahezu sämtlichen ausländischen Vertretern internationaler Menschenrechts- und Hilfsorganisationen sowie politischer Parteien die Einreise nach Osttimor zu verwehren.

Gelingt dies dennoch einmal, so sind, wie die Reise des portugiesischen Abgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentskommission zu Osttimor, Miguel Anacoreta Correia, im Juli

mao Xanana, habhaft zu werden. Angesichts seines Legitimationsgewinns durch die April-Wahlen, der geringen Beachtung, die Osttimor international zuteil wird, und der düsteren Aussicht der FRETILIN, dem jüngsten „Befriedungs“-Feldzug des indonesischen Militärs standzuhalten, erfreut sich das Regime in Djakarta einer zweifelhaften Sattelfestigkeit.

Anmerkungen:

- 1) Näheres in: R. Werning, „Indonesien 1965-85: Lange Schatten des Terrors“, Münster 1985, 72 S.
- 2) Siehe: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 7.5.1987
- 3) Vgl. Indonesia: Muslims on trial, hrsg. von TAPOL, the Indonesia Human Rights Campaign, London, April 1987, 128 S.
- 4) Stellte der Waringin-Baum (Sinnbild nationaler Einheit) und ein Stern das jeweilige Symbol der Golkar bzw. PPP bei den April-Wahlen dar, so benutzte die PDI den Büffelkopf als ihr offizielles Emblem.
- 5) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, 19.4.1987
- 6) Dort hatte Djakarta 1969 ein handverlesenes Gremium von 1.025 Papuas über die Zukunft ihres Landes entscheiden lassen, mit dem Resultat, das es als Irian Jaya dem indonesischen Staatsverband zugeschlagen wurde.
- 7) Vgl. Jakarta Post, 3.3.1987
- 8) Djakarta reagierte wie von einer Tarantel gestochen: australische und Hongkonger Zeitschriften, die auf den Report der US-Botschaft Bezug nahmen und sich der – so Dr. Richard Robison, Autor der umfangreichen Studie „Indonesia: The Rise of Capital“ – „unheiligen Allianz zwischen chinesischen Geschäftsinteressen und der javanischen politisch-bürokratischen Herrschaftselite“ annahmen, wurden in Indonesien kurzerhand verboten. Sonst begnügen sich die Regimezensoren damit, die ihrer Meinung nach inkriminierenden Artikel/Textpassagen einzuschwärzen.
- 9) Siehe z.B.: TAPOL Bulletin, London, Nr. 80/April 1987 und Nr. 78/Dezember 1986
- 10) Vgl. TAPOL-Bulletin, Nr. 80/April 1987. In der IGGI (Inter-Governmental Group on Indonesia) sind seit Mitte der 60er Jahre die Hauptgläubiger Djakartas vereint – die Weltbank sowie Regierungsvertreter der USA, Japans, der Bundesrepublik, Großbritannien, Australiens, Kanadas, der Niederlande, Belgiens, der Schweiz, Frankreichs, Italiens, Österreichs, Spaniens und Neuseelands. Finnland nimmt an den IGGI-Treffen als Beobachter teil.
- 11) Im Herbst 1986 unterzeichneten Indonesien und Papua Neuguinea einen Vertrag über gegenseitige Achtung, Freundschaft und Zusammenarbeit, was Djakarta über einen diplomatischen Erfolg hinaus nunmehr auch die Möglichkeit eröffnet, die im Grenzgebiet beider Länder operierende Bewegung Freies Papua (OPM) effektiver zu bekämpfen.
- 12) Als Hintergrundmaterial empfiehlt sich u.a.: „Statement on EAST TIMOR to the UN Committee of 24 (UN Decolonisation Committee)“, hrsg. von TAPOL und der British Campaign for the Defence of Political Prisoners and Human Rights in Indonesia, TAPOL Occasional Reports, London, Nr. 4/August 1986



Trotz brutalster Repression wurde die Fretilin nicht zerstört. Fretilin-Chef Kay Rala Gusmao Xanana (Mitte) bei Vereinbarung eines (kurzfristigen) Waffenstillstands mit einem indonesischen Offizier (l.) im Jahr 1983

Kolonie und sicherte dem Land für 1987 Wirtschaftshilfen in Höhe von 232 Mio Gulden zu – eine im Vergleich zum Vorjahr beträchtliche Mittelaufstockung um 35%. Bukman sprach ferner offen aus, worüber innerhalb der IGGI ein seit Jahren stillschweigender Konsens herrscht – auch in Zukunft ist nicht an ein Junktim zwischen ausländischer Unterstützung und der Menschenrechts- wie Osttimor-Frage gedacht.

Dies signalisiert dem Suharto-Regime weiterhin grünes Licht, die seit langem schwelenden Kriege in West-Papua (Irian Jaya)¹¹ und Osttimor militärisch zu lösen. De facto hat Djakarta aufgrund nur sporadischer und/oder lauwarmer internationaler Proteste bereits ein wesentliches Ziel erreicht – Kritik an seinen „innenpolitischen Entscheidungen“ abzuwehren.

Wie „sensibel“ noch immer die Situation gerade in Osttimor ist, von dem Djakarta behauptet, die „Subversion“ – die Front

1986 demonstrierte, nur vorgeschriebene Helikopter-Stippvisiten in ständiger Begleitung von Offizieren möglich. Osttimors Gouverneur von Djakartas Gnaden, Mario Carrascalao, erklärte dem Gast aus Lissabon, daß künftige Besuchsprogramme nur denkbar seien, wenn die vorangegangenen „etwas Positives“ zu einer Lösung des Osttimor-Problems beigetragen hätten.

Seit August 1986 haben indonesische Truppen unter dem Codenamen „Operasi Kikis“ (Operation Auslöschung) eine großangelegte Offensive in Osttimor entfesselt, an der nach Aussagen der FRETILIN 50 Bataillone mit ca. 40.000 Mann (darunter Soldaten der „Kopassus“-Eliteeinheit) beteiligt sind. Die Angriffe konzentrieren sich in erster Linie auf den zentralen und östlichen Inselteil, um, so vermuten ausländische Beobachter, des FRETILIN-Chefs und Vorsitzenden des Revolutionsrates des Nationalen Widerstandes, Kay Rala Gus-

Michael Gorbatschow

Fehler der Nationalitätenpolitik überwinden



Auf dem Plenum des KPdSU-Zentralkomitees vom 27. Januar d.J. wurde eine Zwischenbilanz der unter Generalsekretär Michail Gorbatschow eingeleiteten Erneuerung bzw. Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft gezogen. Anlässlich der vorausgegangenen Vorfälle in der asiatischen Sowjetrepublik Kasachstan verwies Gorbatschow auf Probleme der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Deren Bewältigung müsse in den allgemeinen Demokratisierungsprozeß eingebunden, ein feinfühleres Herangehen an die Nationalitätenfrage an den Tag gelegt werden.

(...) Wenn wir von der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft sprechen – was für uns eine Grundsatzfrage ist –, so ist es angebracht, den wichtigsten, den bestimmenden Wesenszug der sozialistischen Demokratie erneut zu unterstreichen. Ich meine die organische Verbindung von Demokratie und Disziplin, von Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein, von Rechten und Pflichten der Leitungskader und jedes Bürgers. (...)

Es ist gut bekannt, daß die Wirksamkeit wahrer Demokratie davon abhängt, in welchem Maße sie von den Interessen der breiten Massen ausgeht, sich auf sie stützt und von allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft unterstützt wird. Und in dieser Hinsicht bedürfen die Aufgaben der Umgestaltung noch einmal einer Analyse unserer Reserven und Möglichkeiten zum weiteren Ausbau der sozialen Basis der Demokratie. Die Aktualität dieser Fragestellung liegt auf der Hand. (...)

Bei der Lösung jeder prinzipiellen Frage müssen wir – wie in der Vergangenheit, so auch heute – berücksichtigen, daß wir in einem multinationalen Land leben. Die Wichtigkeit der sozialistischen Grundlagen bei der Entwicklung der nationalen Beziehungen bedarf wohl keines Beweises.

Gerade der Sozialismus hat Schluß gemacht mit nationaler Unterdrückung und Ungleichheit, mit Menschenrechtsverletzungen aller Art aus nationalen Motiven heraus, er hat den wirtschaftlichen und geistigen Fortschritt aller Nationalitäten und Völkerschaften garantiert. Mit einem Wort, die Erfolge der Nationalitätenpolitik unserer Partei sind unbestreitbar, und wir sind mit Recht stolz darauf (siehe Bilanz von G. Meyer in: AIB 5 und 6/1987; d. Red.). Aber wir sind verpflichtet, ein realistisches Bild und die Perspektive der Ent-

wicklung der nationalen Beziehungen zu sehen. Heute, da sich Demokratie und Selbstverwaltung erweitern, da das nationale Selbstbewußtsein aller Nationalitäten und Völkerschaften schnell wächst und sich die Prozesse der Internationalisierung vertiefen, erlangt die rechtzeitige und gerechte Lösung auftretender Fragen auf der einzig möglichen Grundlage – im Interesse der Entfaltung jeder Nationalität und Völkerschaft, im Interesse ihrer weiteren Annäherung, im Interesse der gesamten Gesellschaft – besonderes Gewicht.

Doch in diesem Zusammenhang darf nicht verschwiegen werden, daß sich negative Erscheinungen und Einstellungen, mit denen wir den Kampf aufgenommen haben, auch im Bereich der nationalen Beziehungen gezeigt haben. Wenn auch selten, so gibt es doch hin und wieder Erscheinungen von lokaler Engstirnigkeit, Tendenzen zu nationaler Abgeschlossenheit, Stimmungen nationaler Überheblichkeit und sogar Zwischenfälle, ähnlich jenen, die es kürzlich in Alma-Ata gegeben hat.

Die Ereignisse in Alma-Ata und das, was ihnen vorausgegangen war, müssen ernsthaft analysiert und prinzipiell eingeschätzt werden. Wir müssen uns mit all dem noch gründlich auseinandersetzen. Bereits heute ist aber klar: Die Geschehnisse dürfen nicht nur die Kommunisten Kasachstans, sondern müssen auch alle anderen Parteiorganisationen und deren Komitees dazu veranlassen, sich den Problemen der Weiterentwicklung der nationalen Beziehungen sowie der Verstärkung der internationalistischen Erziehung zuzuwenden. Besonders wichtig ist es, die heranwachsende Generation vor dem zersetzenden Einfluß des Nationalismus zu bewahren.

Lenin lehrte uns „die Fähigkeit, ... ein wirklicher Internationalist zu sein“ (W.I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 68), und unsere

Pflicht ist es, diese Lehre stets zu beherzigen.

Unsere gesamten Erfahrungen zeigen: Nationalistischen Erscheinungen kann mit Erfolg nur der konsequente, erprobte Internationalismus entgegengestellt werden. Alles, was wir erreicht haben, ist durch gemeinsame Arbeit geschaffen worden. Wird in der einen Region Erdöl gefördert, so erhält sie aus der anderen Getreide. Wer Baumwolle anbaut, bekommt Maschinen. In jeder Tonne Getreide, in jeder Tonne Baumwolle, Kohle oder Erdöl, in jeder Maschine – von der einfachsten bis zur hochkomplizierten – steckt die Arbeit des ganzen Sowjetvolkes, des ganzen Landes, unserer ganzen multinationalen Union.

Die ganze Atmosphäre unseres Lebens und der gemeinsamen Arbeit, die Familie und die Schule, die Armee, die Kultur, die Literatur und die Kunst sind dazu berufen, bei den sowjetischen Menschen aller Nationalitäten, und in erster Linie bei den jungen Menschen, die edelsten Gefühle herauszubilden und zu entwickeln – Gefühle des Internationalismus und des sowjetischen Patriotismus. Im Geiste der Leninschen Forderungen und der Direktiven des Parteitag ist es unerlässlich, festen Kurs darauf zu nehmen, daß in den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen, darunter auch auf Unionsebene, alle Nationen und Völkerschaften des Landes repräsentiert sind und sich deren nationale Struktur so genau wie möglich in der Zusammensetzung der Leitungskader widerspiegelt.

Es geht natürlich nicht um eine mechanische Verteilung der Sitze und Ämter nach nationalen Gegebenheiten – das wäre eine Vereinfachung der Idee des Internationalismus. Politische, fachliche und moralische Qualitäten – genau das kennzeichnet einen Funktionär in jeder Situation.

Mit besonderem Feingefühl muß man auch den nationalen Aspekten dieses oder jenes Problems Rechnung tragen, den nationalen Traditionen in der Lebensweise, der Mentalität und dem Verhalten der Menschen. All das muß sehr sorgsam berücksichtigt werden.

Man muß sagen, Genossen, daß einige

Leiter an die Lösung von Fragen, die die Beziehungen zwischen den Nationalitäten betreffen, manchmal ohne die gebührende Verantwortung herangehen.

Von Zeit zu Zeit entstehen Mißverständnisse in den Beziehungen zwischen benachbarten Rayons oder Gebieten unterschiedlicher Republiken. Manchmal wachsen sie zu Streitfällen und selbst zu Prozessen aus.

Und die Leiter der Partei- und Staatsorgane weichen prinzipiellen Lösungen aus, statt die Leidenschaften gar nicht erst aufkommen zu lassen oder sie zu zügeln. Politische Funktionäre müssen in solchen Situationen besonnen handeln und ungesunde Emotionen abkühlen.

Einen großen Rückstand gegenüber der Praxis in den nationalen Beziehungen hat unsere Theorie. Ich meine die offenkundig ungenügende Durchdringung der Fragen der Nationalitätenpolitik ent-

sprechend der heutigen Entwicklungs- etappe des Landes.

Es ist schließlich eine Tatsache, Genossen, daß anstelle der objektiven Erforschung der realen Erscheinungen in der Sphäre der nationalen Beziehungen und der Analyse der wirklichen sozialökonomischen und geistigen Prozesse, die von der Sache her kompliziert und widersprüchlich sind, einige unserer Gesellschaftswissenschaftler lange Zeit lieber Traktate von der Art von Trinksprüchen verfaßten, die manchmal mehr an schöngeistige Toaste erinnern als an ernsthafte wissenschaftliche Forschungen.

Man muß zugeben, daß Fehler im Bereich der nationalen Beziehungen und ihre Erscheinungsformen im Schatten blieben und es nicht üblich war, über sie zu sprechen. Das hatte negative Folgen, mit denen wir es nun zu tun haben.

Auf dem XXVII. Parteitag haben wir die Unerschütterlichkeit der von Lenin begründeten Traditionen unserer Partei unterstrichen: In allem, was die Entwicklung der nationalen Verhältnisse betrifft sowie die Interessen jeder Nation und Völkerschaft und die nationalen Gefühle der Menschen berührt, besonderes Einfühlungsvermögen und besondere Umsicht zu zeigen und auf diesem Gebiet entstehende Fragen rechtzeitig zu lösen.

Zu den Traditionen des Bolschewismus gehört der prinzipienfeste Kampf gegen jegliche Erscheinungen von nationaler Borniertheit und Großtuererei, Nationalismus und Chauvinismus, lokaler Engstirnigkeit, Zionismus und Antisemitismus, in welchen Formen sie auch auftreten. Wir müssen uns ständig dessen bewußt sein, daß Nationalismus und proletarischer Internationalismus zwei entgegen-

Lehren der Dezember-Ereignisse in Alma Ata

Im Frühjahr 1987 nahm der neueingesetzte erste Sekretär des Zentralkomitees der KP Kasachstans, Gennadi Kolbin, in einem Pressegespräch eine Auswertung der Dezemberereignisse von Alma-Ata und ihrer Hintergründe vor. Die wichtigsten Fakten und Erkenntnisse zeichnete Askar Nurmanow, Korrespondent von „Moskowskije Nowosti“, auf.

Ebenso wie die Bewohner von Alma-Ata hatten auch die Journalisten viele Fragen:

Wieso kann man in den Geschäften, in denen schon lange Zeit nur noch ein Schild daran erinnerte, daß es eine Fleischwarenabteilung gab, in den letzten Tagen plötzlich ohne Probleme Fleisch und Wurst kaufen?

Wie gelang es, innerhalb eines Monats die Qualität der Molkeerzeugnisse beträchtlich zu verbessern? Auf welche Weise gelang es, die Warteliste für Wohnungen im Wohnungsamt zu verkürzen, wenn vorläufig auch nur gering?

Werden sich die Dezember-Ereignisse in Alma-Ata nicht auf das Schicksal der Kader der alteingesessenen Nationalität auswirken?

Dutzende von Fragen. Und auf jede von ihnen bemühte sich Kolbin klare und erschöpfende Antworten zu geben. Hinsichtlich der oben aufgeworfenen Fragen führte er folgendes aus:

Ebenso wie allen Gebietszentren der Republik wurde der Stadt Alma-Ata ein Drittel ihrer Lebensmittelfonds zurückgegeben, das viele Jahre hindurch nur für führende Funktionäre bestimmt war.

Abkoppelung, Parasitismus überwinden

Entschlossen wird die langjährige Praxis geändert, wonach in Alma-Ata nur zwanzig Prozent der Gesamtfläche der neugebauten Wohnungen den in der Warteliste eingetragenen Personen zugewiesen wurden. Es besteht nicht die Meinung, daß alle Funktionen unbesehen ausgewechselt werden müßten. Jeder hat jetzt die Möglichkeit, sich zu bewähren, sein Recht unter Beweis zu stellen,

seinen Posten zu bekleiden. Das maßgebliche Kriterium wird hier Sachkundigkeit, die Fähigkeit, Zielvorstellungen in die Tat umzusetzen sowie die moralisch-sittliche Haltung sein.

Besondere Aufmerksamkeit wurde bei dem Treffen den Fragen der Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten Kasachstans gewidmet, die so überraschend akut am 17. und 18. Dezember in Alma-Ata in Erscheinung traten, als randalierende Jugendliche unter nationalistischen Losungen auf dem zentralen Platz und in den Straßen Alma-Atas demonstrierten.

Die Vorfälle bestätigen, was Michail Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU gesagt hatte: „Unsere Errungenschaften sollen jedoch nicht die Vorstellung von einer Problemlosigkeit der nationalen Prozesse erwecken, Widersprüche wohnen jeder beliebigen Entwicklung inne, sie sind auch in diesem Bereich unvermeidlich. Die Hauptsache besteht darin, daß man ihre ständig aufkommenden Aspekte und Seiten sieht, die Interessen aller und jeder einzelnen Nationalität zu berücksichtigen.“

Die Teilnehmer des Treffens sprachen darüber, daß es in dieser Sphäre wichtig ist, die Interessen aller und jeder einzelnen Nationalität zu berücksichtigen.

Es müsse eine gerechte nationale Vertretung in den leitenden Partei- und Staatsorganen und ein gerechter Zugang der Jugend der verschiedenen Nationalitäten zu den Hochschulen gewährleistet werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß es in den letzten Jahren in der Republik Fälle ungerechtfertigter Änderungen geographischer Namen und Ortsnamen gegeben habe. So etwas dürfe es in Zukunft nicht mehr geben, war die einhellige Meinung der Teilnehmer.

Mit Rücksicht auf die Aktualität und Wichtigkeit des Problems wurde beschlossen, im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans eine Abteilung für die Nationalitätenpolitik zu schaffen.

Für Kasachstan sind heute die Fragen der sozialen Gerechtigkeit von besonderer Bedeutung. Auf dem jüngsten Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans wurde bekannt, daß in den kolchos- und sowcheseigenen Herden des Uralgebiets Kasachstans fast zweitausend führende Partei-, Staats- und Gewerkschaftsfunktionäre, Leitungskräfte der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und der Miliz ihr in ihrem persönlichen Besitz befindliches Vieh weiden lassen – bis zu 250 und mehr Schafe, Dutzende Rinder und Pferde.

Natürlich muß ein Parteifunktionär oder Staatsanwalt, wenn er jemanden mit der Fütterung seines Viehs beauftragt, diesem irgendwann gewisse Dienste nach dem Prinzip „Wie du mir, so ich dir“ erweisen.

Wie konnte von sozialer Gerechtigkeit die Rede sein, wenn dreißig Prozent des für den Handel bestimmten Fleisches an Stellen verkauft wurden, die nicht allen zugänglich waren, etwa in Büros, Institutionen, Ministerien und Ämtern?

Rechenschaft vor dem Volk

Besorgt wandten sich die Versammelten auch solchen Fakten zu: Über anderthalb Millionen Rubel wurden für die Ausstattung staatlicher Landhäuser, Jagdhütten mit Sauna, Billardzimmern, Kristalleuchtern und teuren Möbeln ausgegeben. Dort gab es Bedienungspersonal, das aus dem Staatsäckel finanziert wurde.

Und all das nur dafür, daß ein- bis zweimal im Jahr irgendein Funktionär mit Freunden oder seiner Familie dorthin kommt. In der Republik hat man bereits mit der Abschaffung derartiger Paradiese für solche Funktionäre begonnen, die der Überzeugung waren, daß sie auf Staatskosten besser leben und sich besser erholen können als die einfachen Leute.

Fast zwei Jahre sind seit dem Aprilplenium des ZK der KPdSU vergangen; aber der Prozeß der Umgestaltung der Volkswirtschaft vollzieht sich in Kasachstan immer noch in einem äußerst geringen Tempo.

gesetzte Richtungen der Politik, zwei entgegengesetzte Weltanschauungen sind.

Wenn wir von diesen Positionen ausgehen, werden wir standhaft und prinzipienfest sein. Die nationalen Gefühle der Menschen verdienen Achtung und können nicht ignoriert werden, mit ihnen darf aber auch nicht kokettiert werden. Diejenigen, die mit nationalistischen oder chauvinistischen Vorurteilen ihr Spiel treiben, mögen in dieser Hinsicht keine Illusion haben und keine Nachsicht erwarten.

Prinzipien, Genossen, sind deshalb Prinzipien, weil sie nicht aufgegeben werden dürfen. Eine solche Haltung, eine prinzipienfeste, Leninsche Haltung, wird zweifellos von der ganzen Partei und dem gesamten multinationalen sowjetischen Volk unterstützt werden. (...)
(Quelle: TASS, Moskau, 27.1.1987)

Es gibt Funktionäre, die nicht an die Menschen, nicht an die Sache, sondern vor allem an ihr Prestige denken: Ihrem Willen gemäß werden pompöse, teure Bauten und Anlagen errichtet, die zwar wenig Nutzen haben, dafür aber irgend jemandes Eitelkeit befriedigen: „Das wurde zu meiner Amtszeit gebaut.“ Hinter einer solchen „Bautätigkeit“ verbirgt sich die Gleichgültigkeit gegenüber den wirklichen Bedürfnissen des Volkes und den Forderungen der Partei. Gennadi Kolbin stellte fest, daß eine Reihe von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären als aktive Gegner der demokratischen Umgestaltungen auftreten. Demokratie aber bestehe gerade darin, daß der Funktionär vor dem Volk Rechenschaft ablegen, den Menschen sagen muß, was er tun will und was er nicht zu Ende geführt hat, was alle durch seine Fehler verloren haben.

Bei uns ist heute der Funktionär gewohnt, vor den übergeordneten Organisationen Rechenschaft abzulegen, vor den untergeordneten jedoch nicht.

Wie soll man mit den Verfehlungen solcher Funktionäre umgehen? Sind heute Parteistrafen nicht entwertet? Denn für einige von denen, die den Namen Kommunist in Mißkredit gebracht haben, bilden sie quasi einen Blitzableiter: Er hat seine Strafe bekommen, eine gewisse Zeit still abgewartet, und dann wird sie vielleicht „gelöscht“.

Diese Frage hat die Teilnehmer des Treffens ebenfalls beschäftigt. Man forderte eine energischeren Maßregelung jener Parteimitglieder, die sich etwas zuschulden kommen ließen, in erster Linie jener, die eine leitende Stellung bekleiden.

Wenn ein Kommunist als leitender Funktionär persönliche Interessen an die erste Stelle und die Arbeit, die öffentliche Sache an die zweite Stelle setzt, muß man so jemanden von jeder möglichen Beförderung ausschließen und weiterhin nur in einer untergeordneten Stellung verwenden. Dies soll aber vor den Augen der Öffentlichkeit geschehen.

In Kasachstan wurden nach den letzten Wahlen in den Obersten Sowjet der Republik 16 Deputierte aberufen. Sie wurden ihren Aufgaben nicht gerecht und zeigten sich nicht gerade von ihrer besten Seite. Alle 16 gingen aber angeblich auf eigenen Wunsch.

(Quelle: Sowjetunion heute, Köln, Nr. 4/April 1987, S. 59-60)

Solidaritätsbewegung

Bankenaktionstage '87

Störungen in den Gottesdiensten des Kapitals

„Deutsche Bank: Finanzier der Apartheid. Damit die Reichen reicher werden. Verelendung der Dritten Welt.“ Dieses Transparent empfing die Aktionäre der Deutschen Bank bei der Jahreshauptversammlung der Bank am 14. Mai d.J. in Westberlin. Genau diesen Punkt brachten mehrere „kritische Aktionäre“ in Aktionärsversammlung zur Sprache.

Klaus Milke vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hatte den Antrag gestellt, nur 10% des ausgewiesenen Gewinns an die Aktionäre auszuschütten und den Rest für einen Schuldenfonds zur Streichung der Schulden der Dritten Welt zu nutzen.

Schuldenfonds von Aktionären?

In seiner schriftlichen Begründung schrieb er: „Viele Länder der Dritten Welt – wie derzeit Brasilien – können ihre Schuldendienste nicht mehr leisten. Die Ärmsten der Armen tragen die Hauptlast der aus der Schuldenbedienung folgenden Sparpolitik und verelenden zunehmend.“

Eine grundsätzliche Entlastung ist erforderlich. Die Deutsche Bank ist zu einer Schuldenstreichung in der Lage. Sie hat den überwiegenden Teil der Forderungen bereits zurückgestellt und wertberichtigt. Der Rest kann über den 'Schuldenfonds' abgefangen werden.“ Der „öfters propagierte simple Forderungsverzicht“ sei, so Vorstandssprecher Dr. Christians in seiner Entgegnung, indiskutabel. Er könne eine gesunde Wirtschaftspolitik nicht ersetzen. Die Deutsche Bank verfolge jedoch die Entwicklung der Schuldenkrise mit Sorge. Gottfried Kraatz, Superintendent des Berliner Kirchenkreises Zehlendorf und von 1980 bis zu seiner Ausweisung 1986 Pfarrer einer schwarzen Gemeinde in Südafrika, ging mit dem Apartheidgeschäft der Deutschen Bank ins Gericht. Als er auf die Kontinuität der Deutschen Bank in der „Mitschuld an Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ – heute Stützung der Apartheid, damals des Faschismus in Deutschland – eingehen wollte, wurde er unterbrochen. Der Vorstand fühlte sich persönlich angegriffen.



Bankenprotestaktion '87 in Frankfurt

An einem ähnlichen Punkt unterbrach der Aufsichtsrat der Dresdner Bank am 21. Mai d.J. die „kritische Aktionärin“ Esther Bejarano, die selbst in den KZs Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück inhaftiert war und heute Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten ist. Er tat dies mit der Aufforderung, ihre „unzutreffenden und verleumderischen Behauptungen“ zurückzunehmen. Ist es den Bankvorständen schon mehr als unangenehm, daß ihre aktuelle Geschäftspolitik kritisch ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wird, so wollen sie eine Auseinandersetzung mit ihrer Rolle während des Faschismus völlig abblocken. Außer Esther Bejarano sprachen bei der Dresdner Bank am 21. Mai d.J. als „kritische Aktionäre/innen“ Elisabeth Beyersdörfer, Vorsitzende der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Manfred Rieken, Mitglied im Landesbezirksvorstand Hessen des DGB, und Helmut Paschlaw vom Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“. Sie gingen schwerpunktmäßig auf die großzügige Umschuldungsregelung für Südafrika, an deren Aushandlung die Dresdner Bank maßgeblich beteiligt war (siehe: AIB 5/1987, S.8), die Gold- und Kreditgeschäfte mit dem Apartheidstaat, das Engagement der Dresdner Bank bei der SWABANK im von Südafrika illegal besetzten Namibia ein. Sie forderten ein Ende des Apartheid-Geschäfts. Elisabeth Beyersdörfer verwies darauf, daß die Bank bereits Kunden wegen ihrer Südafrika- und Namibia-Geschäfte verloren habe und flügte hinzu: „Christliche Gruppen werden weiterhin Einzelne und Organisationen aufrufen, ihre Konten bei Dresdner Bank zu kündigen, wenn diese ihre Geschäftspolitik nicht ändert.“

Charles Pauli

Verschuldungskrise Die Konjunktur der Verelendung



Tausende in über 80 Städten des Bundesgebiets, in London, Luxemburg, Genf und Zürich, forderten an diesem fünften Bankaktionstag unter dem Motto „Kein Geld für Apartheid“ mit phantasievollen Aktionen im strömenden Regen ebenfalls ein Ende der Bankengeschäfte mit Südafrika und Namibia.

Die immer stärkeren Proteste der Öffentlichkeit finden nun auch verstärkten Ausdruck in Kontenkündigungen von Organisationen. Ein wichtiges Signal war die Kündigung der Konten bei der Deutschen Bank durch den Deutschen Evangelischen Kirchentag (siehe: AIB 6/1987, S. 4ff.), die nach langjährigen Auseinandersetzungen und erst auf starken Druck zahlreicher Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen erfolgte.

Ein Fortschritt ist auch der Beschluß der bremsischen Evangelischen Kirche vom 20. Mai d.J., keine Gelder mehr bei Banken mit Südafrika-Geschäften anzulegen. Der weitergehende Antrag, die Konten bei diesen Banken sofort zu kündigen, fand jedoch nicht die erforderliche 3/5-Mehrheit.

Im kirchlichen Bereich ist ein wichtiger Anfang gemacht. Der Mehrheit des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des obersten Leitungsgremiums der bundesdeutschen Protestanten, ist die Diskussion um die kirchlichen Gelder offensichtlich äußerst unangenehm.

Er distanzierte sich Ende März d.J. in einer Erklärung von der Kontenkündigung des Kirchentages. Dabei hatte sich der Rat der EKD am 13. September 1986 selbst die Forderung nach gezielten Sanktionen zu eigen gemacht. Der Druck auf die Banken, die nicht vom Apartheid-Geschäft lassen wollen, muß noch wachsen. Ihr empfindlichster Punkt ist der Geldbeutel. Es müssen noch mehr kirchliche Organisationen, Hilfswerke, linke Gruppen, Verlage usw. dazu gebracht werden, ihre Konten bei den im Südafrika- und Namibia-Geschäft engagierten Banken aufzulösen. Der öffentliche Druck muß weiter wachsen. Die Boykottbewegung braucht einen langen Atem. Die Geschäftspolitik der bundesdeutschen Großbanken wird im nächsten Jahr noch stärker im Rampenlicht stehen. Dafür wird auch die „IWF/Weltbank-Kampagne“ des BUKO (siehe Auswertung in diesem Heft) sorgen.

Joachim Becker

Literaturhinweise:

Anti-Apartheid-Bewegung (Hg.), **Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika**. Dritte völlig überarbeitete Auflage, Bonn 1987, 28 S., 2 DM + Porto (Bezug: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 oder AK „Kein Geld für Apartheid“, Siegesstr. 9, 8000 München 40)
Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ (Hg.), **Alternativer Geschäftsbericht 1986** über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank, München 1987, 12 S., 2 DM + Porto (Bezug: AK „Kein Geld für Apartheid“)

Übersetzer/innen gesucht!

Um unseren Bestand an Übersetzer(n)/innen zu vergrößern und somit Überlastungen von Einzelnen bei dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu vermeiden, suchen wir dringend neue Übersetzer/innen für Englisch, Französisch und Spanisch.
Bitte melden bei: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg. Unbedingt Telefonnummer angeben.

Auf der diesjährigen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank vom 6.-10. April d.J. in Washington stand die Situation der Schuldnerländer, neben den Zahlungsbilanzungleichgewichten der Industrieländer, wieder an erster Stelle des Themenkatalogs.

Dabei wurde die allgemeine Ratlosigkeit der internationalen Finanzmanager ebenso deutlich wie die Tatsache, daß sich zunehmend härtere Auseinandersetzungen an der „Schuldenfront“ entwickeln. Bisheriger Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen und deutlichster Ausdruck der zugespitzten Situation war die Einstellung der Schuldendienstzahlungen durch Brasilien. Am 20.2.1987 erklärte dieses höchstverschuldete Land der Dritten Welt, daß es keine Zinsen und Tilgungen mehr an seine ausländischen Gläubigerbanken zahlen werde.

Bereits vorher hatten Länder wie Bolivien, Liberia, Guyana, Peru und der Sudan die Zahlungen teilweise eingestellt und waren vom IMF für kreditunwürdig erklärt worden.¹ Nach Brasilien machte auch noch ein zweiter Großschuldner, nämlich Argentinien, Ende Februar d.J. den Banken Schwierigkeiten, als der argentinische Finanzminister Broderon mit Einstellung des Schuldendienstes und mit einer argentinisch-brasilianischen Boykottfront drohte.²

Auf der IMF-Tagung selbst war von Boykottfronten allerdings nicht mehr die Rede, da es Argentinien bei Drohungen belassen hatte und sich insgesamt herausstellte, daß weitere Großschuldner ebenfalls nicht bereit sind, den Schritt Brasiliens nachzuvollziehen.

Die brasilianische Regierung war damit allein dem vollen Druck der Banken und Gläubigerstaaten ausgesetzt: Die international tätigen Großbanken sperrten die kurzfristigen Kreditlinien für die Außenhandelsfinanzierung, so daß brasilianische Unternehmen Schwierigkeiten bekamen, die notwendigen Importe abzuwickeln.³ Darüber hinaus waren die Gläubiger nicht bereit, Umschuldungen

vorzunehmen oder neue mittel- und langfristige Gelder zu vergeben, was einem Abwürgen des brasilianischen Wirtschaftswachstums gleichkommt.

Und in der Tat: Der neue Wirtschaftsminister Luis Carlos Bresser Pereira nahm Verhandlungen mit dem IMF auf und gab als eine seiner ersten Amtshandlungen bekannt, daß Brasilien zumindest wieder 50% seiner Schuldendienste bezahlen werde.

Aber auch in Brasilien selbst zeigte sich, wer politisch und ökonomisch letztendlich herrscht und seine Interessen durchsetzt: Die mit dem Auslandskapital verbundenen Gruppen der brasilianischen Unternehmerschaft eröffneten zusätzlich zum Druck von außen den Generalangriff auf Finanzminister Dilson Funaro, den Urheber des Zahlungsboykotts. Mit einer über die kapitalorientierten Gruppierungen der regierenden Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB) gegen Funaro geführten Kampagne wurde der Finanzminister rund zwei Wochen nach Ende der IMF-Tagung zum Rücktritt gezwungen. Die westdeutsche Presse kommentierte: „Nach dem Rücktritt des brasilianischen

Finanzministers Funaro: Chancen für eine kooperative Lösung."4 „Nach Funaros Rücktritt neuer Wirtschaftskurs in Brasilien — Einfluß der Gläubiger dürfte wachsen."5

Trotz solcher Machtdemonstrationen herrscht bei den Gläubigern Ratlosigkeit.

Einerseits wurden auf der IMF-Tagung Konzepte zur Schuldenstreckung oder zum teilweisen Schuldenerlaß en masse gehandelt, angefangen vom Vorschlag des US-Senators Bradley, drei Jahre lang jeweils 3% der Tilgung zu erlassen6 (Warum eigentlich nicht 17 Jahre 17%? oder ganz anders...) bis hin zu den Plänen von Englands Schatzkanzler Lawson und Frankreichs Finanzminister Balladour, den ärmsten Ländern Afrikas eine Streckung der Schulden zu gewähren.7 Andererseits ist von vorneherein klar, daß diese Vorschläge ebenso zum Scheitern verurteilt sind, wie der Baker-Plan, der 1985 mit großem Pathos verkündet wurde. Mit diesem Plan sollten den hochverschuldeten Ländern, unter der Voraussetzung, daß sie die „Marktwirtschaft" intensivieren, neue Mittel zugeführt werden.

Allein — die Banken zogen nicht mit! Sie dachten nicht daran, ihren alten Krediten neue hinterherzuwerfen, mit der hohen Wahrscheinlichkeit auch diese zu verlieren.

Trotz aller Pläne und Konferenzen bleibt als Faktum bestehen, daß die nächsten Zahlungsunfähigkeitserklärungen vorprogrammiert sind. Diese Entwicklung ist, ebenso wie die Zahlungseinstellung Brasiliens, nicht zufällig:

- Die unterentwickelten Länder sind Teil einer kapitalistischen Weltwirtschaft, deren Krisenhaftigkeit zunimmt und die sich tendenziell in Richtung Stagnation bewegt.

- Das konjunkturelle Wachstum dieser Weltwirtschaft verlangsamt sich derzeit, ein nächster zyklischer Abschwung steht bevor.

- Die konjunkturellen Bewegungen haben in den hochverschuldeten Ländern besonders gravierende Auswirkungen auf Wachstum, Zahlungsfähigkeit und Massenelend.

- Und dies umso mehr, als seit dem akuten Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 eine verschärfte Ausbeutung erfolgte, die die Ökonomien der Schuldnerstaaten schwächte und zusätzlich krisenanfällig machte.

Zahlungsunfähigkeiten einzelner Länder sind seit damals nichts Neues. Seit 1982 versuchen die Großbanken, die international tätigen Großkonzerne, der IMF und die Regierungen der kapitalistischen Industriestaaten diese Krise in den Griff zu bekommen. Wie man sieht, ohne nennenswerten Erfolg. Ganz im Gegenteil zeichnet sich immer deutlicher ab, daß

alle Versuche der Krisenlösung nur an eins herantreiben: An die nächste, noch gewaltigere Krise!

Verständlich wird das, wenn man sich vergegenwärtigt, was „Krisenlösung" für die Banken und kreditgebenden Regierungen überhaupt bedeutet: Vor allem für die Banken war die Situation die, daß an eine Rückzahlung der rund 400 Mrd \$ Schulden (der Rest waren Schulden bei Regierungen und internationalen Institutionen) nicht zu denken war.

Die wesentliche zu klärende Frage bestand darin, ob die Banken auf dieses Obligo regelmäßige Zinszahlungen bekommen würden, um so zumindest den einkalkulierten Profit auf ihre Ausleihungen zu erzielen.

Diese Zinsforderungen beliefen sich auf rund 35-40 Mrd \$ pro Jahr. Nimmt man die Zinsforderungen von Banken und Regierungen zusammen, kommt man auf 60-70 Mrd \$.

Das Geld, die Devisen für diese Zahlungen, lassen sich, vereinfacht gesagt, nur über Außenhandelsüberschüsse verdienen. Die unterentwickelten Länder waren also dazu gezwungen, zu Schleuderpreisen zu exportieren, was immer sich verkaufen ließ und auf der anderen Seite so wenig wie möglich zu importieren.

Das zweite Element der „Krisenlösung" bestand darin, bessere Investitionsmöglichkeiten für die ausländischen Konzerne zu schaffen. Die verschuldeten Länder mußten die Löhne senken, Sozialausgaben streichen, Entwicklungspläne fallen lassen und stattdessen mehr Geld als vorher aus den Staatskassen für Subventionen an die Konzerne freimachen.

Die meisten unterentwickelten Länder waren allerdings nicht in der Lage, Außenhandelsüberschüsse zu erzielen.

Zwang zum Export

Nehmen wir das Beispiel Brasilien: Nur zweimal seit 1982 hatte Brasilien mit 12 Mrd \$ einen Außenhandelsüberschuß, der rein rechnerisch ausgereicht hätte, die ebenfalls rund 12 Mrd \$ Schuldendienstzahlungen zu finanzieren.

Aber schon im letzten Jahr spielte sich das scheinbar Paradoxe ab, daß bei einem auf 7 Mrd \$ gesunkenen Überschuß zwar Milliarden an das Ausland flossen, sich aber Brasiliens Schulden trotzdem erhöhten. Denn diese 7 Mrd \$ an Einnahmen, die neu zur Verfügung standen, um an die Banken und Regierungen im Ausland transferiert zu werden, waren ja nur ein Teil des Schuldendienstes und Brasilien mußte neues Geld pumpen, um den Schuldendienst vollständig erfüllen zu können.

Überdies ist diese Rechnung vereinfacht. Die Zahlungsschwierigkeiten sind auch bei Außenhandelsüberschüssen wesentlich gravierender, da die einheimische Bourgeoisie einen Teil der Überschüsse auf Privatkonten ins Ausland schafft und die ausländischen Großkonzerne einen anderen Teil davon als Gewinnüberweisungen an die Konzernzentralen fließen lassen.

Der Vollständigkeit wegen, sollen hier noch einige Zahlen angeführt werden:

Handelsbilanz (f.o.b.) unterentwickelter Länder (ohne Ölexporture) in Mrd \$

1981	1982	1983	1984	1985
-48	-38	-23	-6	-13

Darunter südamerikanische „Schwellenländer"

1981	1982	1983	1984	1985
-4	+4	+12	+18	+18

(Quelle: errechnet nach IMF-Angaben)

Noch ein Vergleich zur besseren Anschauung: Die südamerikanischen Länder müssen 40-50% ihrer gesamten Exporteinnahmen für Schuldendienstzahlungen ausgeben. Wäre die BRD in einer ähnlichen Lage, würde das Zahlungen von mindestens 200 Mrd DM bedeuten, also fast 70% des gesamten Bundeshaushalts!

Auch die Investitionen entwickelten sich nicht so wie in den Konzepten zur „Krisenlösung" vorgesehen.

Über Brasilien schreibt das Handelsblatt: „Mit Stellungnahmen dieser Art (nämlich zum angeblich positiven Effekt von Direktinvestitionen) versucht die brasilianische Regierung zur Zeit die ausländischen Investoren zu beruhigen und den Trend des sinkenden internationalen Interesses an Brasilien umzukehren. Im ersten Quartal dieses Jahres waren nur noch 15 Mio \$ an ausländischen Investitionen in Brasilien registriert worden. Insgesamt wird von den Ausländern zur Zeit mehr Kapital aus Brasilien abgezogen, als neu investiert. Ein Abfluß von rund 1 Mrd \$ bis zum Ende des Jahres scheint deshalb wahrscheinlich."8

Die Konzerne waren nur sehr bedingt bereit, die noch weiter verbilligten Arbeitskräfte zu nutzen, da gerade aufgrund dieser Verarmungspolitik die ökonomischen und politischen Zukunftsaussichten zu instabil waren und die Märkte zu stark schrumpften. Die „Krisenlösung" funktionierte also nicht.

Die verschärfte Ausbeutung führte lediglich zu einem Teilerfolg für die Banken: Einige wenige Länder konnten sehr kurzzeitig Zinszahlungen leisten.

Die Folgen für die verschuldeten Länder waren aber gravierend. Nach Studien der UN-Wirtschaftsorganisation für Lateinamerika (CEPAL) von 1986 durchleiden die meisten Staaten Lateinamerikas die längste und tiefste Wirtschaftskrise der letzten 50 Jahre. Ein Ende ist nicht abzusehen.

1990 wird in vielen Ländern der Region das Pro-Kopf-Einkommen niedriger als 1980 liegen. Die 80er Jahre seien für die Region ein „verlorenes Jahrzehnt“, mit Einkommensschwund, Produktionsdrosselung und steigender Arbeitslosigkeit aufgrund drückender Schuldenlasten. Die Wachstumsmöglichkeiten seien stark behindert.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf hat sich in Bolivien um 28% zurückgebildet, in Uruguay, Argentinien und Guatemala um 18-22%, in Peru um rund 11%, in Brasilien um 2%. Die durchschnittliche Inflationsrate für Mittel- und Südamerika betrug 1985 über 140%.⁹

Diese Situation ist einerseits die Folge des Exportzwangs, der Ausverkauf an den Weltmarkt bedeutet, statt Aufbau einer eigenständigen Ökonomie. Andererseits verhindert diese Situation, daß selbst bescheidene Exportsteigerungen weiter möglich sein werden, da verfallende Volkswirtschaften immer weniger auf den Weltmärkten mitkonkurrieren können.

Die Versuche der Krisenlösung bereiten also tatsächlich nur die nächste, noch gewaltigere Krise vor.

Die Entstehung und Entwicklung der Verschuldungskrise war kein geradliniger Vorgang, sondern vollzog sich zyklisch. Als Rohstoffanhänger und Zulieferer der Metropolen, was sie in großem Umfang ja nach wie vor sind, werden die abhängigen Länder von den zyklischen Schwankungen der kapitalistischen Weltwirtschaft stark betroffen. In den Jahren seit 1979 waren es vor allem die Erhöhung der Dollarzinsen und seit 1980 die Krise in den Industrieländern mit abnehmendem Welthandel, die eine Rolle spielten. Da die unterent-

wickelten Länder die meisten Kredite zu variablen Zinsen aufgenommen hatten, mußten sie Anfang der 80er Jahre bei sinkenden Einnahmen Zinssätze von bis zu 14% und mehr bezahlen.

Darin zeigt sich der widersprüchliche, anarchische Charakter der kapitalistischen Ökonomie. Durch ihre Hochzinspolitik in der Krise versetzten die Banken und Regierungen der Industrieländer ihren Schuldnern in der Dritten Welt den letzten Stoß, der sie in den Bankrott trieb – und setzten damit gleichzeitig ihre eigenen Kredite in den Sand.

Stagnierender Weltmarkt

Ab 1983 wird dann allerdings bereits von einer „Entspannung der Schuldenkrise“ gesprochen. Gemeint war damit der oben beschriebene Zustand, daß zumindest einige der hochverschuldeten Länder Teile ihrer Zinsen zahlen konnten.

Die Exportüberschüsse dafür waren aber nur aufgrund von zwei Tatsachen möglich: Erstens expandierte das Volumen des Weltmarktes wieder, da seit 1982/83 die Industrieländer in eine Phase der wirtschaftlichen Erholung eintraten. Zweitens konnten aufgrund des hohen Dollarkurses auch unterentwickelte Länder leichter in die USA exportieren.

Das Welthandelsvolumen entwickelte sich wie folgt (Volumen):

1982	1983	1984	1985	1986
-2,4%	+2,9%	+8,6%	+3,5%	+3,5%

Für die Exporte der unterentwickelten Länder bedeutet das:

1982	1983	1984	1985
+0,7%	+8,0%	+11,5%	+3,5%

(Zahlen nach: IMF yearbook)

1986 werden die Zuwachsraten nach

allen Schätzungen noch weiter zurückgehen.

Der Welthandel weitet sich also nach einem Aufwärtstrend 1983 und 1984 seit zwei Jahren nur noch mäßig aus. Dementsprechend konnten auch die unterentwickelten Länder 1985 und 1986 keine großen Volumensteigerungen mehr erzielen.

Die „Entspannungsphase“ an der Schuldenfront neigt sich dem Ende zu. Die Defizite der meisten Länder nehmen wieder zu oder, wie im Falle Brasiliens, die Exportüberschüsse nehmen ab. „Seit Monaten schon lagen über der brasilianischen Wirtschaft düstere Gewitterwolken, doch in der Hauptstadt Brasilia wollten die verantwortlichen Politiker nicht das herannahende Grollen hören. Spätestens seit Oktober (1986) als der Außenhandelsüberschuß dramatisch auf 200 Mio \$ gefallen war, bahnte sich die Katastrophe an.“¹⁰ So schreibt das Handelsblatt in seiner üblichen blumigen Verschuldungsprosa.

Zum Vergleich: Im Jahr 1984 lagen die Außenhandelsüberschüsse pro Monat bei 1 Mrd \$.

Preissturz für Exporte

Wichtig dabei ist, daß der Export dem Wert nach noch wesentlich schneller abnimmt als nach Volumenzuwächsen bemessen.

Denn gerade bei den Waren, die die unterentwickelten Länder vorrangig anbieten, fallen weltweit die Preise. Nach Angaben der Weltbank sanken die Rohstoffpreise allein 1985 um 10%! Schon seit 1980 gehen die Preise für nichtindustrielle Waren ständig zurück.

Auch hier zeigt sich wieder der anarchische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise: Ein wesentlicher Grund für den Preisverfall der letzten Jahre besteht darin, daß die unterentwickelten Länder aufgrund ihrer Schulden die Rohstoffproduktion und den Rohstoffexport ohne Rücksicht auf die nachlassende Nachfrage ausweiten mußten und sich damit, statt höhere Exporterlöse zur Zinszahlung zu erzielen, selber die Preise verdarben. Das Ergebnis: Die Zinszahlungen lassen sich so erst recht nicht absichern.

Aber mehr noch: Die verschuldeten Länder sollen zwar exportieren, aber bitteschön ohne den Produzenten in den Industrieländern Konkurrenz zu machen – und eben das ist unmöglich. Entweder die Monopole und die Regierungen der Industrieländer lassen Exporte zu, dann können Zinsen gezahlt werden. Oder sie lassen die ungebetene Konkurrenz nicht ins Geschäft kommen, dann wird es aber auch keine Zinszahlungen geben.

Daß einem produktivitätsmäßig unter-

Gewerkschaftsprotest gegen Sparpolitik in Brasilien



legen Konkurrenten freiwillig das Feld geräumt wird, ist im Kapitalismus undenkbar. Die Konzerne der Industrieländer werden also ihre ökonomische und politische Macht und ihren Produktivitätsvorsprung nutzen, um gar nicht erst Konkurrenz aufkommen zu lassen. Dies gilt umso mehr, als mit der Verlangsamung des Aufschwunges seit 1985 zusätzlich noch der Protektionismus um sich greift und auch unterentwickelte Länder betrifft.

Eine Untersuchung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hat ergeben, daß Protektionismus zu einem immer stärkeren negativen Faktor für die außenwirtschaftliche Lage der unterentwickelten Länder wird. Bereits 1985 unterlagen über 1/3 der Exporte unterentwickelter Länder in die Industriestaaten beschränkenden Regelungen.

Betroffen sind vor allem Industriewaren, auf die sich viele unterentwickelte Länder spezialisieren wollten wie etwa Textilien und Schuhe. Ebenso bestehen drastische Beschränkungen für Eisen und Stahl.¹¹

All das führte zur Zahlungsunfähigkeit Brasiliens, dem derzeit spektakulärsten Ausdruck der neuerlichen Verschärfung der Schuldenkrise.

Was aber zeigt diese Verschärfung? In erster Linie ist sie ein Anzeichen dafür, daß sich die kapitalistische Weltwirtschaft der nächsten zyklischen Krise nähert.

Die nächste Krise steht bevor

Einer Krise, der ein Aufschwung vorherging, der nicht wirtschaftliche Entwicklung, sondern vermehrtes Elend in unterentwickelten Ländern brachte. Einer Krise, der ein Aufschwung vorherging, während dem auch in einem Industrieland wie der BRD unverändert 2,5 Mio Menschen arbeitslos blieben.

Einer Krise, die zeigt, daß das ökonomische System nicht mehr in der Lage ist, sich zu entwickeln und mit all seinen Widersprüchen immer mehr zu Verelendung und Stagnation führt.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6.10.1986
- 2) Vgl. Frankfurter Rundschau, 23.2.1987
- 3) Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1987
- 4) Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 28.4.1987
- 5) Die Welt, 28.4.1987
- 6) Siehe: HB, 6.4.1987
- 7) Siehe: SZ, 8.4.1987
- 8) HB, 21.10.1986
- 9) Alle Angaben nach: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 22.5.1986
- 10) HB, 24.2.1987
- 11) Vgl. UNCTAD, Trade and Development Report 1985, Anhang

Nico Biver

11. BUKO

Startschuß für „IWF/Weltbank-Kampagne '88“



Referent A. Schubert (l.) und Mitglieder des Koordinierungsausschusses

Nicht das Theoretisieren über die Verschuldungskrise der Dritten Welt, sondern praktische Aktionsvorschläge bestimmten die Debatten des 11. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO).

650 Interessierte aus ca. 250 Gruppen – davon etwa die Hälfte Mitgliedsgruppen des BUKO – hatten sich vom 28.-31. Mai d.J. in Fulda eingefunden, um unter dem Motto „Elende Schuld – unverschuldetes Elend“ „zum Kampf gegen die Strukturen und Mechanismen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen beizutragen“. Wichtigster Beschluß war die Durchführung einer Kampagne in Vorbereitung der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank im September 1988 in West-Berlin.

Die Rekordbeteiligung unterstreicht, daß man sich zumindest in der Solidaritätsbewegung des Stellenwerts der Schuldenkrise für die Entwicklung der Dritten Welt bewußt ist.

Daß mit der Thematik kein Neuland beschritten wurde, machten auch die Debatten in den 18 Arbeitsgruppen und den Workshops deutlich, wo es allenfalls bei Randthemen zu kontroversen Debatten kam. Fragen ob der IMF reformierbar sei oder abgeschafft werden sollte, ob nur ein Teil oder die gesamten Schulden gestrichen werden sollten, rückten schnell in den Hintergrund.

Zum Abschluß des Kongresses wurde einstimmig die „Fuldaer Erklärung“ verabschiedet, in der Ursachen und Folgen der Verschuldung und Auswege aus der Krise benannt werden (siehe Kasten). Grundkonsens war, daß die Verschuldungskrise ihren Ursprung im kapitalistischen Wirtschaftssystem habe, daß sie mit dazu diene die Aufrüstung der USA zu finanzieren und daß es auch in den industrialisierten Ländern Betroffenheit gebe, da Arbeitslosigkeit und neue Armut die andere Seite der Medaille seien. Der Kongreß unterstützte deshalb die Forderung nach Streichung der Schulden, erklärte aber gleichzeitig, daß eine langfristige Lösung der Probleme nicht möglich sei, solange die Beziehungen der Völker über den „freien“ Weltmarkt geregelt werden.

Mehrere Referenten hatten vorher Ursachen und Konsequenzen der Krise dargestellt, darunter Winfried Wolf, der für den erkrankten Ernest Mandel eingesprungen war. Amado Mendoza von der Universität der Philippinen erläuterte die Auswirkungen der Verschuldungskrise auf sein Land.

Als Vertreter der „Freiheit-von-Schulden-Koalition“, in der Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Kirchengruppen zusammengeschlossen sind, stellte er deren Kampf gegen die Rückzahlung der von der Marcos-Diktatur verursachten Schulden dar.

Fuldaer Erklärung des BUKO

Die folgende Abschlusserklärung wurde nach Abstimmung einiger Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs einstimmig auf der Abschlusssitzung des 11. BUKO angenommen.

„Wohlstand und Frieden“ versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt. Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der „Dritten Welt“: Hunger, Armut, Krieg, Massenarbeitslosigkeit, weitere Zerstörung der bestehenden sozialen Beziehungen, der natürlichen Lebensgrundlagen wie auch der kulturellen Identität. Betroffen sind auch wir, weil Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrieländern nur ein anderer Ausdruck derselben Kapitalverwertungskrise sind, die die „Dritte Welt“ in den Ruin treibt.

Wir wissen:

- Die Verantwortung für die Verschuldungskrise tragen die Metropolen, ihre Konzerne, Banken und ihre Statthalter in der „Dritten Welt“ und nicht die Bevölkerung in den Schuldnerländern.
- Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonialinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.
- Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der „Dritten Welt“ mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.
- Die Verschuldungskrise hat ihren Ursprung im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt“. Es bedarf darüber hinaus einer weitergehenden Analyse ihrer Verknüpfung mit patriarchalischen Ausbeutungsstrukturen. Die Wirtschaftsstruktur dieser Länder ist sowohl im agrarischen als auch im industriellen Bereich auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt manifestieren sich in niedrig gehaltenen Preisen für Produkte aus diesen Ländern und extrem hohen Preisen für Exportprodukte der kapitalistischen Industrieländer.
- Durch eine Politik zunächst billiger Kredite, die sich durch die US-Hochzinspolitik schlagartig änderte, verschärfte sich das Problem der Verschuldung und der ungerechten Austauschverhältnisse. Die Länder der „Dritten Welt“ sind heute sogar Netto-Kapital-Exporteure.
- Die Hochzinspolitik trug dazu bei, die Aufrüstung der USA zu finanzieren. Die kapitalistischen Industrieländer setzen ihre Interessen gegenüber der „Dritten Welt“ im Zweifelsfall auch rücksichtslos militärisch durch (z.B. Grenada, Nicaragua). Die BRD integriert sich in dieses Konzept militärischer Konfliktlösung.
- Die Krise wurde von den Eliten in vielen Ländern der „Dritten Welt“ durch hohe Rüstungsausgaben, teure Prestigeobjekte und Kapitalflucht noch verschärft.

• Die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Industrieländer ist in deren Interesse und dient dem Aufbau von Wirtschaftsstrukturen nach dem Muster der kapitalistischen Industrieländer. Dies führt zu einer systematischen Verelendung in den Entwicklungsländern.

• Immer mehr Menschen der „Dritten Welt“ versuchen dieser Situation zu entfliehen und werden hier als („Wirtschafts“-) Flüchtlinge erneut unterdrückt oder gar in Ausbeutung, Folter und Tod abgeschoben. Die Schulden der „Dritten Welt“ belaufen sich derzeit auf mehr als 1.000 Mrd \$ (= 1.000.000.000.000 \$). Durch die hohen Zinszahlungen wurden bereits Beträge in Höhe der ursprünglichen Ausleihungen an die Banken zurückgezahlt. Die BRD-Banken haben einen Großteil ihrer Kredite bereits abgeschrieben.

Die Schulden sind nicht rückzahlbar, da häufig die Exporterlöse nicht einmal zur Zinszahlung ausreichen. Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Deswegen unterstützen wir

die Forderungen nach Streichung der Schulden, die von der betroffenen Bevölkerung in der „Dritten Welt“ erhoben werden. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagenpolitik verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den „freien Weltmarkt“ geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.

Im September 1988 soll die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Dort stellen die führenden Industriestaaten und Großbanken die Weichen für die Schuldenpolitik und das Krisenmanagement der nächsten Jahre. Deshalb rufen wir zur

IWF/Weltbank-Kampagne 1988

auf, für die wir das Leitthema „Die BRD in der Weltwirtschaft“ vorschlagen. Wir laden ein zu einem ersten bundesweiten Treffen am 17.10.1987 in Frankfurt/Main.

Die Praxis des Kampfes gegen die Verschuldung in einem Gläubigerland beleuchtete das GRÜNEN-MdB Ludger Vollmer anhand des „Schuldenkrisen-Netzwerks“ in den USA. Diese Organisation sucht die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Friedensgruppen und Umweltschutzorganisationen, um Druck auf die Regierenden auszuüben. Durch gezielte Lobby-Arbeit konnte z.B. ein Amazonas-Erschließungsprojekt der Weltbank verhindert werden.

Weltwirtschaftlicher Super-GAU

Mit der Einsichtsfähigkeit der Regierenden rechnete auch der Westberliner Politologe Alexander Schubert.

Er legte dar, daß trotz Verschuldung das produktive Kapital in den Entwicklungsländern nicht erweitert wurde und jetzt eine Umverteilung zugunsten der Industrieländer erfolge. Die einzelnen entwickelten Länder würden versuchen, sich in dieser Krisensituation durchzuwurschteln und möglichst ungeschoren zu bleiben.

Dieses Verhalten könne wegen des Nichtfunktionierens internationaler Institutionen und Abkommen zu einem „weltwirtschaftlichen Super-GAU“ führen. „Angesichts der internationalen Computer-Spekulation ist heute ein Bankenkrach innerhalb von Minuten möglich“. Dies würde aber auch bedeuten, daß bei Fortsetzung der jetzigen Politik nicht nur die Länder der Dritten Welt, sondern auch die Wirtschaft der Industrieländer zu leiden hätte. Deshalb müsse es möglich sein, durch eine breit angelegte Kampagne, die sich durch Radikalität in der Anklage und in den Forderungen auszeichnen sollte, die politischen Entscheidungsträger zu beeinflussen.

In die auf dem BUKO beschlossene „IWF/Weltbank-Kampagne '88“ sollen möglichst alle interessierten Kräfte, vor allem aus den Bereichen neue soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Frauen einbezogen werden. Mit der Kampagne sollen u.a. „die Ursachen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise, die Funktion des Weltgeldpolizisten IWF im kapitalistischen Weltmarkt, die Rolle der BRD, ihrer Banken und Konzerne und die Auswirkungen dieser Politik auf Millionen von Menschen in der Peripherie und im Zentrum als zwei Seiten einer Medaille dargestellt werden“.

Höhepunkt dieser breit angelegten Kampagne sind Aktionen während der IMF/Weltbank-Tagung im September 1988 in West-Berlin, ein Gegenkongreß und eine bundesweite Demonstration. Die Bedeutung, die der Kampagne zugemessen wurde, drückte sich auch darin aus, daß der nächste BUKO sich nochmals mit

Interview mit dem nicaraguanischen Liedermacher Luis Enrique Mejia-Godoy

Wir sind Künstler und Regierende

Neben seinem Bruder Carlos ist Luis Enrique Mejia-Godoy der bekannteste Sänger und Liedermacher Nicaraguas. Vor dem Sturz Somozas besang er den Kampf der sandinistischen Guerilla, heute besingt er die Aufgaben und Probleme des revolutionären Prozesses in seinem Land. In den vergangenen Monaten begab er sich mit seiner Gruppe MANCOTAL auf eine Europatournee, die Bundesrepublik inbegriffen. Für das AIB befragte ihn Celal Canöz nach seinem künstlerischen Selbstverständnis und Auftrag.



AIB: Würden Sie sich kurz vorstellen und Ihre künstlerische Karriere beschreiben. Haben Sie unter der Somoza-Diktatur auch Lieder gesungen?

L.E. MEJIA-GODOY: Nun, ich will nur kurz sagen, daß ich ein nicaraguanischer Volkskünstler bin, Sänger, musikalischer Autodidakt aus einer Musikerfamilie. Mein Vater, mein Großvater, mein Urgroßvater waren Musiker, und aus unserer Tradition heraus lernten wir Musik zu machen, zu Hause, im Dorf, in der Gemeinschaft.

Darum habe ich später auch angefangen Musik zu komponieren, meine eigenen Lieder zu machen. Und diese Lieder entstanden im Kampf gegen die Somoza-Diktatur. Als ich nach dem Studium in Costa Rica nach Nicaragua zurückkehrte, spielte ich diese Lieder zusammen mit meinem Bruder Carlos auf verschiedenen politischen Demonstrationen, in der Universität, auf verschiedenen Plätzen, Kirchen, in einigen bekannten Bars von Managua und in anderen Städten Nicaraguas; beispielsweise um unliebsame Politiker zu befreien, um uns mit gewissen

Studentenbewegungen zu solidarisieren, mit Studenten und mit Leuten, die gegen die Somoza-Diktatur waren, die unser Land bis 1979 unterdrückte.

Bis 1974 konnte ich in Nicaragua leben, konnte ein- und ausreisen. Ab 1974 gab es eine starke Unterdrückung und mein Name stand auf einer Liste von Personen, die der Diktatur nicht genehm waren, und ich war in Gefahr, mein Leben zu verlieren.

In diesem Sinn begann meine Arbeit sich auf internationaler Ebene zu entwickeln, in Solidarität mit der Bewegung für den Kampf Nicaraguas, bis 1979, als das Volk triumphierte und sich die sandinistische Bewegung erhob, und ich nach Nicaragua zurückkehren konnte. Das war im September 1979.

AIB: Sie wenden sich in Ihren Liedern an ein breites Publikum, dabei sind die Melodien, die Sie verwenden, eingängig und unterhaltsam. Verwenden Sie Volksliedelemente? An welche musikalischen Traditionen knüpfen Sie an?

L.E. MEJIA-GODOY: Es war immer eine meiner Bemühungen, ohne dabei an Qualität zu verlieren, an die nicaraguanische Volksmusik, an die Folklore, an die traditionelle Musik, ihren Rhythmus, ihre Melodien und ihren Klang anzuknüpfen, indem ich verschiedene Instrumente der nicaraguanischen Folklore benutze, wie das Akkordeon, die Marimba, die Gitarre und natürlich das Schlagholz, dieses afronicaraguanische Instrument.

1979, als die Revolution siegte, habe ich die Gruppe MANCOTAL gegründet, mit der ich augenblicklich zusammenarbeite, um auf der Basis dieser Rhythmen, dieser Melodien, dieser Folklore, dieser nicaraguanischen Tradition zu experimentieren. Und kürzlich entdeckten wir, daß es einen ganzen Musikbereich gibt, den wir nicht gekannt hatten, die Musik

dem Schuldenthema befassen wird, in der Bankenmetropole Frankfurt. Der Kongreß beließ es jedoch nicht beim Beschließen von Resolutionen.

Etwa 80 Teilnehmer marschierten am Samstag zum Fuldaer Dom, um dort die Verteilung des Domschatzes an Bedürftige in der Dritten Welt zu fordern. Immerhin hatte die katholische Kirche kräftig an der Ausbeutung des lateinamerikanischen Kontinents durch die spanischen Eroberer mitverdient.

Tags zuvor waren bereits 35 Demonstranten zum Büro des bevorstehenden 11. Evangelischen Kirchentags gezogen, jedoch nicht um zu protestieren, sondern um die Unterstützung des BUKO für die Kündigung des Kirchentagskontos bei der Deutschen Bank zu bekunden. Der BUKO drückte dies anschließend auch in einer Resolution aus und unterstützte gleichzeitig den Aufruf der „Kampagne Kirchentag gegen Aprtheid“ (siehe AIB 5/1987, S. 7). Er merkte aber mehrheitlich an, daß darin die Nennung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) als Befreiungsbewegungen nicht ausreichte.

Bewährte Kampagnen-Politik

In weiteren Resolutionen protestierte der BUKO gegen die Versuche der Bundesregierung, Entwicklungshilfe an Namibia zu leisten. Und er verurteilte die Kampagne rechter Kreise gegen die SWAPO. Zudem wurde beschlossen, die Spendenkampagne „Freiheitssender Mandela“ durch Beteiligung an einer BRD-Rundreise eines(r) Vertreters/in von „Radio Freedom“ zu unterstützen. Aus Anlaß des 20. Jahrestages des Juni-Krieges in Nahost forderte der BUKO den Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten, das Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung der Palästinenser und einen unabhängigen palästinensischen Staat unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in den Gebieten der Westbank, des Gaza-Streifens mit der Hauptstadt Ostjerusalem.

Zu keinen Diskussionen gab die bewährte Arbeit der einzelnen BUKO-Kampagnen Anlaß.

Sie sollen auch weiterhin fortgesetzt werden: die Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“ mit den Arbeitsschwerpunkten Iran-Irak und Südafrika; die BUKO-Agro-Koordination mit dem Arbeitsschwerpunkt „Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte“ und die Pharma-Kampagne, die letztes Jahr vor allem die Praktiken des Hoechst-Konzerns beim Export von Medikamenten in die Dritte Welt unter die Lupe nahm.

der Miskitos, die afronicaraguanische Musik der Neger der Atlantikküste.

Darum tauchen auch einige Instrumente auf, die die Originalinstrumente nachbilden, wie zum Beispiel der Huaspano. Und der Synthesizer macht die Marimba oder die Bango und – mit einem Tuch bedeckt – die elektrische Gitarre nach. Und natürlich beziehen wir Instrumente mit ein, wie das Banjo, die Tumbadoras, die Maracas, das Huivos, den Cencerro, die Quijada de burro und natürlich eine ganze Reihe von Instrumenten, die man nicht nur in Nicaragua kennt, weil wir versuchen, uns von der lateinamerikanischen Musik beeinflussen zu lassen, der afrolateinamerikanischen, der brasilianischen, der kubanischen, der Musik der Mittelkaribik und der Musik der ganzen Welt, aus der wir die besten Einflüsse herausnehmen und die Elemente, die wir brauchen können; aus Jazz oder Rock oder dem Beat.

Diese Individualität, die wir verteidigen, hat ihre Wurzel auch in der kulturellen Identität mit unserm Volk. Unabhängig davon, daß wir mit dieser Musik experimentieren und daß sie den Klang moderner Musik hat, wird sie sich niemals von den Wurzeln unseres Volkes entfernen, das ist vielleicht das Wichtigste daran.

Auch die Texte basieren auf einer sehr nicaraguanischen Thematik, obwohl wir ganz allgemein auch von der mittel- und lateinamerikanischen Realität sprechen, weil es gemeinsame Probleme gibt, wie den Kampf für den Frieden, den Kampf gegen den Imperialismus, den Kampf um den Besitz des Bodens, die Revolution und den Kampf des Volkes in unseren Ländern.

In der Poesie versuchen wir auch Elemente der nicaraguanischen Sprache einzuführen, die Nahualismen, die speziell nicaraguanischen Termini und all diese sehr speziellen Formen, die auch in der Dichtung von Ruben Dario vorkommen, in der Dichtung von Ernesto Cardenal, von José Coronel Urtecho, Carlos Martínez Riva, Pablo Antonio Cuadra, Joaquín Pasos, einer Menge von Dichtern, Leonel Rugama, Giocanda Belli, die auch vom Geist dieser Volkssprache inspiriert wurden.

AIB: Welche Aussagen liegen Ihnen am Herzen? Und machen Sie auch Lieder für die Leute, die an der Front kämpfen?

L.E. MEJIA-GODOY: Ja, wir machen manchmal auch Lieder, in denen wir an ganz bestimmte Bereiche denken. Beispielsweise machen wir Lieder für Kinder, für junge Leute, die an der Front kämpfen.

Wir machen Lieder, um die Leute, die in der Produktion oder im Gesundheitsdienst arbeiten zu inspirieren, für Leute, die für den Frieden und die internationale Solidarität kämpfen. Und es gibt

Lieder, die nicht für einen bestimmten Bereich gemacht sind, wie beispielsweise ein ganz intimes Lied, ein Lied, das von persönlichen Problemen berichtet, von meinen Kindern, meiner Gefährtin, meinen Widersprüchen, meinem täglichen Leben in der Revolution, wie hart und wie schön das Leben ist und davon, verantwortlich zu sein, für die historischen Umstände in denen wir augenblicklich leben.

Wir lassen uns von all den Dingen inspirieren, die uns umgeben und die unser Herz und unser Bewußtsein sensibilisieren können.

AIB: Warum gehen Sie in der Bundesrepublik Deutschland auf Tournee? Meinen Sie, daß Ihre Texte für das europäische Publikum wichtig sind und verstanden werden? Wen sprechen Sie an und was wollen Sie dem europäischen Publikum mitteilen?

Die Solidarität zurückgeben

L.E. MEJIA-GODOY: In erster Linie kommen wir nach Europa, weil wir schon immer, schon seit der Zeit vor dem Sieg der Revolution, die Mehrzahl der europäischen Länder bereisen, wo eine sehr spontane, sehr wichtige Solidarität für den Kampf der sandinistischen Front und des Volkes gegen die Somoza-Diktatur entstand; nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch von den Regierungen, öffentlichen Vereinigungen, künstlerischen und religiösen Organisationen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen; von Arbeitern Westeuropas und besonders der Bundesrepublik.

Die Solidarität hat zugenommen. Und man hat sie nach dem Sieg der Revolution weiter aufrechterhalten, trotz der Desinformation, die die internationalen Firmen und die imperialistische amerikanische Regierung betreiben.

Trotz der Wirtschaftsblockade, trotz der Aggressionen und Lügen und der Verleumdungen und obwohl sie uns an die Wand drücken wollten, obwohl sie uns isolieren wollten, wurde uns diese internationale Solidarität in der Praxis in vielen Fällen entgegengebracht.

Beispielsweise gibt es Kulturbrigaden deutscher Künstler in Nicaragua. Wir haben Brigaden freiwilliger Arbeiter, Baubrigaden. Und nicht nur aus Deutschland, sondern aus Dänemark, Holland, Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, aus ganz Westeuropa. Und auf der andern Seite auch aus sozialistischen Ländern.

Wir machen diese zweimonatige Tournee, weil wir auf irgendeine Weise die Solidarität zurückgeben wollen, die uns entgegengebracht wurde, indem wir unsere Solidarität übergeben. Was bedeu-

tet unsere Solidarität?

Sie bedeutet, daß wir nichts unterschlagen wollen, daß wir mit der Revolution weitermachen werden, daß wir nicht weichen werden vor dem Druck des Imperialismus, vor der Erpressung des Imperialismus gegen die Völker, die uns in Zentralamerika umgeben, konkret Honduras und Costa Rica.

Wir sind ein friedliches Volk, wir wollen den Frieden, wir wollen keinen Krieg. Aber wenn man uns einen Krieg aufzwingt, werden wir uns verteidigen und wir werden siegen. Denn dieser, dem Volk aufgezwungene Krieg hat unser nationales Bewußtsein gestärkt, unsere nationale, antiimperialistische Einheit. Auf der andern Seite wollten wir natürlich, daß man unsere Texte in Europa kennt, daß man weiß, was wir in unseren Liedern sagen. Das ist manchmal sehr schwierig, weil sie voll sind von Volkswort und Redewendungen, die sehr schwer zu übersetzen sind.

Aber ich glaube, im allgemeinen haben die Leute sich daran gewöhnt; nicht nur an die Musik, weil sie tanzen, klatschen, lachen, sondern auch weil sie die Sprache des Nicaraguaners verstehen. Unsere Sprache ist nicht mehr unbekannt.

Um nochmal darauf zurückzukommen, es gibt nicht nur eine Dichtung, es gibt auch eine einfache Malerei, es gibt Volkstänze, es gibt eine Musik von der Atlantikküste, aus dem Norden, dem Süden, eine experimentelle Musik, die wir machen, es gibt auch sehr viel junge Musik, die seit sieben Jahren gemacht wird; von den jungen Talenten, die die neuen Lieder in Nicaragua machen. Und es ist sehr wichtig, daß die weiterentwickelten Länder das kennenlernen.

Wir sind ein Land, daß eine Volkskunst hat, das eine kulturelle Identität hat, ein kulturelles Beharrungsvermögen. Wir möchten, daß Sie sich mit Hilfe unserer Texte darüber klar werden und jeden Tag besser begreifen, daß wir ein optimi-



stisches Volk sind, was Leben und Kultur angeht. Daß wir freudig sind, trotz des Blutes, das an der Front fließt, und der großen Anzahl von Märtyrern, die es gibt.

Daß trotz der Schmerzen und der Trauer der nicaraguanischen Familien wir das „no pasaran“ (sie werden nicht durchkommen) freudig sagen, daß wir uns sicher sind, standhaft und unbeugsamen Willens.

AIB: Worin sehen Sie die Aufgaben und Probleme der Künstler in Nicaragua? Einige, beispielsweise Vizepräsident Sergio Ramirez, haben ihre künstlerische Tätigkeit wegen politischer Funktionen aufgegeben. Was sind die Aufgaben und Probleme der Künstler in Nicaragua?

L.E. MEJIA-GODOY: Also, bis jetzt hat in Nicaragua noch keiner aufgehört, für das Volk Kunst zu machen.

Er hat für sein Volk eine andere Aufgabe übernommen, die gerade wichtiger ist und die ihm die Zeit nimmt für anderes. Aber er hat nicht aufgehört Sergio Ramirez zu sein; weder Kommandant Daniel Ortega, der Dichter ist, noch Kommandant Wheelock, der Schriftsteller und Soziologe ist, noch Kommandant Tomas Borge, der ebenfalls Dichter ist, noch Ernesto Cardenal, der Minister und Dichter ist, noch irgendeiner von uns, wie ich, der ich als Beamter im Kultusministerium arbeite.

Andere arbeiten für das Verteidigungsministerium, andere Freunde im Innenministerium, andere im Gesundheitsdienst, wieder andere auf dem Bau. Wir haben nicht aufgehört Künstler zu sein, wir haben nur weniger Zeit. Wir nehmen uns darüber hinaus Zeit, um die Dinge weiterzumachen, mit gleicher Qualität. Wir geben dem Volk zwei Dinge anstatt eines. Wir geben unseren täglichen Schweiß an die eine Aufgabe und wir geben ihm auch unsere intellektuellen Fähigkeiten, um zu schreiben, zu malen und zu singen.

Das ist schwierig und hart. Aber in Nicaragua zeigen wir, daß es geht, und machen es. Auf der anderen Seite vergessen wir aber nicht, daß wir in der Zukunft sicher den Frieden haben werden und es diese Probleme für die kulturelle Entwicklung nicht mehr geben wird, diese Probleme die aus der imperialistischen Wirtschaftsblockade herrühren, aus den Aggressionen, die uns und natürlich unsere Kultur treffen, weil wir alles an die Verteidigung rücken müssen, an die Produktion, alles an die großen Aufgaben der Alphabetisierung und der Volksgesundheit.

Darum müssen wir in den kulturellen Aufgaben an den fundamentalen Fragen arbeiten. Wir müssen mit weniger Zeit, weniger Mitteln, weniger technischer Infrastruktur arbeiten. Das ist ziemlich schwierig.

Rezension

Kriege im Frieden

Angesichts des überwältigenden – zumal atomaren – militärischen Potentials der wichtigsten Industriestaaten ist ein offener Krieg zwischen ihnen in den letzten Jahrzehnten immer unwahrscheinlicher geworden. Durch diese Unfähigkeit, einen solchen Krieg zu gewinnen oder auch nur zu überleben, sind jedoch die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern und Kräften und den sozialistischen Ländern und Kräften auf der einen Seite und zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien auf der anderen Seite keineswegs geringer geworden.

Diese Widersprüche werden seitdem deshalb militärisch in einer Weise ausgetragen, die eine direkte Konfrontation zwischen Nuklearmächten ausschließen soll. In einzelnen Fällen fanden und finden sie in Form konventioneller Kriege statt. Beispiele sind der Koreakrieg, der Falklandkrieg zwischen Großbritannien und Argentinien und, am aktuellsten, der Golfkrieg. Der weitaus größte Teil der Kriege seit Ende des 2. Weltkrieges ist jedoch von anderer Art.

Es handelt sich hier um die im allgemeinen von den kolonialen und imperialistischen Staaten – heute in erster Linie den USA – materiell unterstützten und mitgeplanten Operationen lokaler Bourgeoisien in der sog. „Dritten“ Welt gegen bewaffnete revolutionäre Kräfte des eigenen Landes oder, im Falle des Sieges dieser Kräfte, um die Maßnahmen zu deren Sturz mit Hilfe konterrevolutionärer lokaler Kräfte.

In dem Buch

Jochen Hippler, Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 177 Seiten, 12,80 DM

werden ausführlich die theoretischen Konzeptionen dargelegt, die speziell von den USA zunächst im Rahmen der „Counterinsurgency“-Strategie (Aufstandsbekämpfung) und ihrer unter dem Namen „Low-Intensity Warfare“ (Kriegführung geringerer Intensität) bekannten moderneren Form ausgearbeitet worden sind. Dabei wird eine Tendenz zur stärkeren Betonung des militärischen Aspektes gegenüber dem Einsatz sozialökonomischer und -politischer Instrumentarien deutlich.

Hippler führt mehrere Fallbeispiele auf, beginnend mit den erfolgreichen Counterinsurgency-Maßnahmen gegen die philippinische Guerilla Anfang der 50er Jahre und der ebenso erfolgreichen britischen Strategie gegen die kommunistische Guerilla in Malaya nach 1948 über El Salvador bis Guatemala auf der einen Seite und auf der anderen Seite Nicaragua und Afghanistan als Beispiel imperialistischer Insurgency. Dabei wird deutlich, daß der Übergang vom „Counterinsurgency“-Konzept zum ausschließlicher militärisch orientierten Konzept des „Low-Intensity Warfare“ eine Antwort auf die strukturell bedingte Unwilligkeit und Unfähigkeit der proimperialistischen Bourgeoisien der Dritten Welt ist, die Masse der Bevölkerung ihrer Staaten durch sozialökonomische Reformen politisch und sozial dauerhaft zu pazifizieren. Verschiedene sozial-reformerische Konzepte der Counterinsurgency-Strategie hätten die Selbstaufgabe dieser im allgemeinen parasitären und korrupten Bourgeoisien erfordert und damit die Klassen liquidiert, die die imperialistische Ausbeutung dieser Länder lokal vermitteln.

Unter diesen Umständen hängt der Erfolg von

Ich war ein Contra



Maßnahmen der Counterinsurgency bzw. des „Low-Intensity Warfare“ ganz wesentlich vom Ausmaß der Mängel ab, die die revolutionäre Bewegung – national und letztlich auch international – aufweist. Hier liegt einer der Mängel der ansonsten sehr informativen und umfassenden Arbeit Hipplers.

Während er z.B. sehr ausführlich auf die ideologische Begründung und Darstellung der beiden Konzepte eingeht, die von ihren Verfechtern nicht zuletzt als Bestandteil der weltweiten Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus verstanden werden, kommt die Analyse der Gegenmaßnahmen der revolutionären Kräfte m.E. zu kurz. Die Betonung der unbestreitbaren Tatsache, daß diese zumal angesichts der materiellen Überlegenheit des Feindes nur eine Chance haben, wenn sie eng mit ihrem Volk verbunden sind, ist nicht ausreichend. Für die sicher überwiegend antimperialistisch orientierten Leser des Buches scheint mir eine genauere Kenntnis und Einschätzung der Maßnahmen der revolutionären Kräfte gegen die Strategien der lokalen und internationalen Konterrevolution von ebenso großer Bedeutung zu sein, wie das Wissen um diese. Das eine kann nicht ohne das andere voll verstanden werden.

Eine Art Illustration zu Hippler stellt die Selbstdarstellung des abtrünnig gewordenen nicaraguanischen Contras „Moises“ dar:

Elisabeth Reimann, Ich war ein Contra. Bekenntnis eines antisandinistischen Kommandanten, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 116 S., 9,80 DM.

José Efraim Martínez Fong (27 Jahre), alias „Moises“, war mit 17 Jahren Somozas Nationalgarde beigetreten und hatte 1982 sein erstes Kommando in der antisandinistischen Contra im befreiten Nicaragua übernommen. Als erster Regionalkommandant der Contra desertierte er schließlich, suchte in der mexikanischen Botschaft in Honduras Zuflucht und gelangte auf geheimen Wegen nach Managua. Dort, wo er heute im Verborgenen lebt, erzählte er der chilenischen Journalistin E. Reimann seine Lebensgeschichte.

Dabei treten viele Interna über die Struktur der Contra, ihre Machtkämpfe und ihre Anleitung durch Washington zutage. Neben der Fülle von Anschauungsmaterial über das derzeit wichtigste Testgelände des US-Interventionismus bietet das Buch auch eine systematische Ausleuchtung der größten Gruppierung der Contra, der „Demokratischen Front Nicaragua“ (FDN).

Lothar A. Heinrich

Fragwürdiges zu AIDS in Afrika

Der Artikel (von F. Makumbi-Kidza, AIDS in Afrika. Eine Katastrophe bahnt sich an, in: AIB 6/1987, S. 41-45; d. Red.) konterkariert die Bemühungen fortschrittlicher Kräfte, alternative Akzente zu setzen gegen die repressive Politik konservativer und reaktionärer Politiker in der BRD und in anderen Ländern. Es erstaunt mich sehr, daß ein Artikel mit so erheblichen Defiziten an Wissenschaftlichkeit und einer so großen Fülle spekulativer Zahlen-„spielereien“ Eingang in das AIB gefunden hat.

Die Wortwahl in dem Artikel entspricht der Panikmache in den bürgerlichen Medien:

„Katastrophe bahnt sich an“, „Ausbreitungsgeschwindigkeit“, „alarmierend“, „rasanter Anstieg“ usw. Auch wenn Aids nicht verarmlost werden darf, müssen, wenn schon mit Zahlen gearbeitet wird, die Relationen (im Vergleich mit Herz- und Kreislauferkrankungen, Verkehrsunfällen, Krebs, Unterernährung) genannt werden. Zahlen jedoch, die, weil sie nicht basieren können auf repräsentativen und seriösen Untersuchungen, dem „Spiegel“ zur Spekulation überlassen bleiben sollten.

Mir ist unklar, wie in einer linken Zeitung undifferenziert von „Afrika“ die Rede ist, die völlig unterschiedlichen sozialen Bedingungen und Gesellschaftsformationen gar nicht berücksichtigt werden. Zwischen Südafrika und Angola, Uganda und Marokko – um nur Beispiele zu nennen – gibt es so große soziale Unterschiede, die im Kampf gegen Aids doch wohl eine große Rolle spielen müssen.

Der Artikel unterläßt es, Forderungen zu entwickeln, etwa die Forderung, sofort alle Blutkonserven zu untersuchen, um Infizierungen über Bluttransfusionen zu vermeiden – im Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung könnten antiimperialistische Kräfte in der BRD und Westberlin einen wichtigen Beitrag leisten! Stattdessen führt der Artikel Argumentationsmuster vor, die dem Abbau sozialer Rechte Vorschub leisten. „Manche Unternehmen befürchten bei Fortzahlung der Krankengelder an alle Aids-kranken Betriebsangehörigen den baldigen Ruin“, heißt es wörtlich.

Da sorgt sich eine linke Zeitung um den angeblichen „Ruin“ für „Unternehmen“, statt Versuche von Krankenkassen, Unternehmern, Behörden, Aids-Kranke oder HIV-Antikörperpositive Menschen aus dem Kranken- und Sozialversicherungssystem auszuschließen, zu kritisieren und zu bekämpfen! Das Risiko trägt doch nicht der Unternehmer sondern der Kranke.

Völlig unverständlich bleibt die Behauptung, daß für die „sprunghafte Ausbreitung von Aids“ die „höhere Mobilität“ der „afrikanischen Bevölkerung“(!) durch „Wanderarbeit und Flüchtlingsströme“ eine Rolle spielt. Kein einziger Mensch hat sich bei „Wanderarbeit“ oder in „Flüchtlingsströmen“ (allein dieser Begriff!) angesteckt. Solche mißverständlichen und falschen Formulierungen sind gefährlich weil sie nahelegen, daß die BRD ihre Grenze zu Recht dichtmacht, wenn angeblich Flüchtlinge zu „sprunghafter“ Aids-Ausbreitung führen. Wie soll da der Kampf gegen CSU-Zimmermanns Grenzerlaß oder gegen die bayerischen Maßnahmen, die sich gegen Ausländer richten, organisiert werden?

Völliger Unsinn ist die Behauptung, Homosexualität sei „in Afrika“ „kulturell bedingt“ und „sehr viel weniger üblich“; „Ausnahme: weiße Südafrikaner“. Erstens gibt es auch hier

zu keine repräsentative Untersuchung, zweitens ist Homosexualität nicht „kulturell bedingt“, schon allein deshalb nicht, weil in allen Kulturen (soweit man das erforscht hat), von der Urgesellschaft bis zum entwickelten Sozialismus Homosexualität vorkommt. In dieser Behauptung steckt die „Dekadenztheorie“, die besagt, daß absterbende Kulturen (in diesem Fall das südafrikanische Rassistenregime) einen höheren Anteil Homosexueller aufweisen. Das ist, wie gesagt, Unsinn und für mich als fortschrittlichen Schwulen eine Diskriminierung.

Eckhard Seidel, West-Berlin

Partnerschaft Leverkusen-Chinandega

In Eurem Sonderheft 1/87, Nicaragua. Die Kunst des Überlebens, ist ein Beitrag von Eberhard Wolf: Städtepartnerschaften. Ein neues Element der Solidarität. Zu der Aufforderung, Diskussionsbeiträge zu diesem Thema zu liefern, habe ich für die Nicaragua-Arbeitsgruppe Leverkusen beiliegenden Artikel verfaßt.

Seit dem 20. Oktober 1986 hat Leverkusen eine neue Partnerstadt: Chinandega in Nicaragua. An jenem Tag stimmten die Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der CDU, für den Antrag, eine Partnerschaft einzugehen mit einer Stadt in Nicaragua, dessen politische Entwicklung in Leverkusen auch nicht unumstritten ist. Gleichzeitig wurden 50.000 DM zur Unterstützung von Projekten im kommunalen Bereich bewilligt.

Der Abschluß der Partnerschaft zwischen Leverkusen und Chinandega ist ein Ergebnis der Arbeit der Nicaragua-Arbeitsgruppe Leverkusen. Anfang 1985 bildete sich diese Gruppe mit Vertretern aus verschiedenen politischen, kirchlichen und Jugendorganisationen und Leverkusener Bürgern. Ziel der Arbeit war und ist es, die revolutionäre Entwicklung in Nicaragua politisch und materiell zu unterstützen und die Leverkusener Bürger darüber zu informieren. Es wurden zunächst Informationsveranstaltungen durchgeführt und mit eingenommenen Spendengeldern eine Landwirtschaftskooperative in der Nähe von Managua unterstützt.

Um die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und die nicaraguanischen Verhältnisse hier konkreter und breiter zu vermitteln, entstand die Idee, eine Städtepartnerschaft anzustreben, zumal eine rot-grüne Mehrheit im Rat der Stadt Aussicht auf Erfolg für dieses Projekt versprach.

Die Gruppe nahm Kontakt zu verschiedenen Städtepartnerschaftsinitiativen auf und erkundigte sich nach deren Erfahrungen und Vorgehen. Auch wurde Kontakt zur nicaraguanischen Botschaft geknüpft und nach Absprache mit dieser Chinandega in der Region II als zukünftige Partnerstadt festgelegt.

Nun begann intensive Kleinarbeit: Briefwechsel mit dem Bürgermeister von Chinandega, Suche nach Informationen über Chinandega, um diese Stadt in Leverkusen vorstellen zu können, Propagierung der Städtepartnerschaftsidee bei Ortsgruppen und dem Unterbezirk der SPD sowie bei den Grünen und in der Leverkusener Öffentlichkeit.

Bereits im April 1986 nahm der Rat der Stadt den Antrag, eine Städtepartnerschaft mit Chinandega anzustreben, an. Nach dem endgültigen Beschluß im Oktober folgte dann die offizielle Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde im Dezember, zu der der Bürgermei-

ster Aquileo Osejo und der Leiter des Colegio San Luis, Julio Zavala Rostrán, gekommen waren. Bei verschiedenen Gesprächen der Delegation aus Chinandega mit Vertretern der Stadt Leverkusen wurden konkrete Hilfsmaßnahmen festgelegt, wie der Kauf eines gebrauchten Container-LKWs als dringend benötigtes Müllfahrzeug und Hilfe beim Bau von Trinkwasseranlagen in drei Vororten Chinandegas.

Zur Zeit arbeitet die Nicaragua-Arbeitsgruppe, die sich seit kurzem auch als Verein konstituiert hat, mit dem Presseamt der Stadt in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Projektunterstützung zusammen. Es ist jedoch bereits abzusehen, daß von politischer Seite nicht viel Interesse besteht, sich für diese umstrittene Partnerschaft einzusetzen. Ob dem so ist, wird sich in nächster Zeit bei der Frage um weitere Bereitstellung von Geldern, z.B. für die Trinkwasserprojekte, herausstellen.

Unabhängig von der Zusammenarbeit mit der Stadt betreibt die Nicaragua-Arbeitsgruppe eigene Öffentlichkeitsarbeit mit Solidaritätsveranstaltungen, Info-Ständen, einem Videofilm über Chinandega, der letztes Jahr gedreht wurde und einer umfassenden Ausstellung über Nicaragua und Chinandega, die bereits in der Volkshochschule und kürzlich im Rathaus-Foyer zu sehen war.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Schwerpunkt der Informationen die aktuelle Situation und Entwicklung in Nicaragua betrifft. Themenbereiche wie die US-Aggressionen durch den Kontraktkrieg und den Wirtschaftsboykott, die Position der Kirchenhierarchie zu den Sandinisten, die neue Verfassung Nicaraguas usw. kämen im Rahmen einer ausschließlich auf Städtepartnerschaft gerichteten Arbeit zu kurz.

Barbara Engels, Leverkusen



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

Buchtip: Türkei

LänderBilderLeseBuch



Das erste Buch aus der Reihe LänderBilder-LeseBücher

Türkei. Menschen, Landschaften, Elefanten
Press Verlag, West-Berlin 1987, 128 S., 29,80 DM

gehört nicht zu den Schönfärbereibüchern, die über ein Land berichten und alle Probleme außen vor lassen. Es ist vielmehr ein spannendes Werk geworden, das die Menschen und deren Probleme, die politischen Gegebenheiten, die Geschichte und die Schönheiten des Landes verknüpft.

Die Bilder vermitteln dabei die unterschiedlichsten Eindrücke, ob ländliche Gegend, ob Großstadt – eine Vielzahl von politischen, alltäglichen und kulturellen Aspekten. Sowohl die Militärherrschaft, die Unterdrückung der Kurden als auch die Arbeitssituation in Stadt und Land und die türkisch-bundesdeutschen Beziehungen werden thematisiert.

Das Buch gibt Anstöße genug, sich mit diesem Land und seinen Menschen stärker auseinanderzusetzen.

Nicaragua-Plakat

Ein mehrfarbiges Plakat mit dem Gedicht von Erich Fried „Wo liegt Nicaragua?“ hat der Sprecher der Friedensliste, Karl-Heinz Hansen, herausgegeben. Der Reingewinn aus dem Verkauf des Posters (DIN A1; 7,50 DM, zzgl. Versandkosten) wird der Solidaritätsaktion „Nicaragua muß überleben“ zur Verfügung gestellt.

Bei Mehrabnahme kann ein Rabatt vereinbart werden. Bezug: Friedensliste, Baumschulallee 2a, 5300 Bonn 1.

IAF-Protest gegen AIDS-Erlaß

Heftige Kritik übte die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen/Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. (IAF) am Erlaß des Bundesinnenministers, AIDS-verdächtigen Ausländern die Einreise zu verweigern.

Hier, so die IAF, werde eine schlimme Krankheit, deren Opfer Menschen aller Nationen sind, benutzt, um Ausländer zu diffamieren und Ausländerhaß zu schüren. Aufgrund der Gerüchte um die Herkunft von AIDS sei die Ausgrenzung leicht vorstellbar: Je dunkler die Hautfarbe, desto größer der Verdacht auf

AIDS (siehe: AIB 6/1987).

Nach Meinung der IAF, macht sich die Bundesregierung unglaublich, einerseits für die Integration und Gleichbehandlung nationaler Minderheiten einzutreten, andererseits diese aber durch Grenzkontrollen zu diskriminieren. Die IAF, die sich mit zahlreichen Appellen an Politiker und Parteien wandte, erwartet von der Bundesregierung eine Änderung dieser Politik.

Archäologie-Kongreß

Vom 31. August bis 5. September d.J. soll in Mainz der 11. Weltkongreß der Internationalen Union der Vor- und Frühgeschichte (IUPPS) stattfinden. Die Durchführung des Kongresses sichern die Universität und das Römisch-Germanische Zentralmuseum Mainz. Ausdrücklich sollen südafrikanische und namibische Wissenschaftler teilnehmen können. Sie waren von einem unabhängigen Archäologenkongreß 1986 in Southampton/Großbritannien ausgeschlossen worden.

Gegen dieses neue Beispiel der Wissenschaftskollaboration zwischen bundesdeutschen Institutionen und Südafrika richtet sich der Protest des Koordinierungsausschusses für einen Wissenschaftsboykott Südafrikas, c/o ASTA Uni Mainz, Saarstr. 21, 6500 Mainz. Bei ihm kann ein Aufruf zum Wissenschaftskongreß angefordert werden.

Arias in Bonn

Während einer Westeuropa-Reise, die ihn in die wichtigsten EG-Staaten führte, besuchte der costarikanische Staatspräsident Oscar Arias vom 25.-28. Mai d.J. auch die Bundesrepublik. Dabei ging es ihm vor allem darum, wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung für seinen Mittelamerika-Friedensplan zu erhalten, der am 25./26. Juni d.J. von den mittelamerikanischen Staaten in Guatemala verhandelt werden sollte, bevor El Salvador diesen Termin platzen ließ.

Dieser Plan, für den er sich in Brüssel der Unterstützung der EG versichert hatte, sieht einen Waffenstillstand in den betroffenen Ländern vor, eine Einstellung der äußeren Hilfe für Aufständische, einen Dialog mit der unbewaffneten inneren Opposition, Abrüstungsschritte und die Einleitung eines „authentischen demokratischen, pluralistischen und partizipativen Prozesses“ in den einzelnen Ländern.

Bundeskanzler Kohl sprach „seine bedingungslose Unterstützung für den costarikanischen Friedensplan“ aus, der jedoch von der Reagan-Administration und ihren mittelamerikanischen Verbündeten kritisiert wird, da er implizit eine Einstellung der Hilfe für die Contra vorsieht.

Arias, der von der EG forderte, ihre Hilfe von demokratischen Bedingungen in den Empfängerländern abhängig zu machen, konnte mit seinem BRD-Besuch zufrieden sein. Die Bonner Entwicklungshilfe wurde im Vergleich zum Vorjahr auf 22 Mio DM verdreifacht.

Ob die bundesdeutsche Industrie die günstigen Investitionsbedingungen in Costa Rica zu würdigen weiß, die er vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) erläuterte – freier Gewinntransfer, Senkung der Einkommenssteuer um bis zu 100%, Befreiung von Importzöllen für Rohstoffe und Zwischenprodukte und Rückführung des investierten Kapitals nach teilweise schon zwei Jahren – bleibt abzuwarten.

Schulpartnerschaften mit Nicaragua

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen hat die Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (AOL) eine Broschüre zum Thema „Schulpartnerschaften: Nicaragua-Bundesrepublik“ (108 S.; DIN A4; 10 DM) herausgebracht. Die AOL versteht die Publikation als einen Beitrag zur Entwicklung der Solidarität mit Nicaragua.

Die Broschüre enthält, neben Grundinformationen über Nicaragua und sein Erziehungswesen, Beiträge zur Entwicklung von Städte- und Schulpartnerschaften, Darstellungen von Solidaritätsvereinen und Medien, Projektanregungen und ausgearbeitete Unterrichtsvorschläge, Schwerpunkt ist eine Dokumentation von Schulpartnerschaften.

Dieses sehr nützliche Hilfsmittel für alle, die an Städte- und Schulpartnerschaften mit Nicaragua interessiert sind, kann gegen Einzahlung von 10 DM auf das Konto 4300 2047 der Stadtparkasse Marburg (BLZ 533 500 07) oder gegen Einsendung eines Schecks bzw. von Briefmarken bezogen werden bei: AOL-Hessen, In der Wann 15a, 3550 Marburg.



In der neuen Nummer :

Schwerpunkt Ökologie :

- * Die Entwaldung Mittelamerikas
- * Der Managuasee - ein Müllteimer
- * Belice: Coca Cola zerstört den Regenwald

Erstes AKW in Mexico:

- * Strahlende Zukunft ?

US-Southern Command in Panama:

- * Zentrum der Aufstandsbekämpfung

Abonnieren: Einzelheft 32 Seiten 3,- DM. 10 Hefte jährlich. 6-Hefte-Abo 18,- DM.

Magazin Verlag, Schweißelstr. 6,
2300 Kiel 1, Tel.: 0431/565848

Gegen Einsendung dieser Anzeige erhalten Sie das abgebildete Heft kostenlos (pro Person einmal).

Weltwirtschaft

Vom 8.-10. Juni d.J. fand in Venedig der 13. „Weltwirtschafts“gipfel der Staatschefs der USA, Kanadas, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens statt. Die Teilnehmer verabschiedeten Resolutionen zu den Ost-West-Beziehungen, zum Golfkrieg, zum internationalen Terrorismus und zur Weltwirtschaft.

Zum Golfkrieg beschränkte man sich auf die Forderung nach freier Schifffahrt und nach „neuen und abgestimmten internationalen Bemühungen“ zu seiner Beendigung. Die Erklärung zum Ost-West-Verhältnis beschränkte sich auf allgemeine Friedensbekundungen, die Feststellung, daß die Aussichten eines Abbaus der Nuklearpotentiale gewachsen seien und auf eine Bekräftigung der Abschreckungspolitik.

In die Abschlusserklärung zur Weltwirtschaft konnten die Kontrahenten jeweils ihre eigenen Wünsche an die andere Seite hineinformulieren. So wurde von Ländern mit Überschüssen im Außenhandel eine „Fiskal- und Geldpolitik“ gefordert, die „auf die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte abzielt“. Auf der anderen Seite wurden „große staatliche Defizite“ beklagt (gemeint waren die USA) und mehr Haushaltsdisziplin gefordert. Neben Bekundungen, die Wechselkurspolitik untereinander abzustimmen und Klagen über den wachsenden Protektionismus, befähte man sich mit den Verschuldungsproblemen, die „teilweise eine Bedrohung für die politische Stabilität“ darstellten.

Es wurden eine „spürbare Anhebung“ der Mittel des Internationalen Währungsfonds für die ärmsten Entwicklungsländer gefordert und für die Länder der Sahelzone tilgungsfreie Zeiten und Zinsereicherungen vorgeschlagen. Dabei soll es allerdings bei Fall-zu-Fall-Lösungen bleiben.

Libanon

Der 65 Jahre alte sunnitische Ministerpräsident des Libanon, Raschid Karameh, fiel am 1. Juli d.J. einem Bombenattentat zum Opfer. Karameh befand sich zusammen mit dem christlichen Innenminister Abdullah Rassi sowie weiteren Personen auf dem Rückflug von Tripoli nach Beirut, als wenige Minuten nach dem Start des Hubschraubers eine unmittelbar unter dem Sitz Karamehs angebrachte Bombe explodierte. Während Karameh sofort tot war, überlebten die übrigen Insassen mit schweren Verletzungen.

Sowohl der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel als auch andere Regierungen der Nahostregion verurteilten diesen erneuten Terrorakt, welcher nach Berichten einer libanesischen Tageszeitung von einem israelischen Offizier geplant und von der Christenmiliz Libanesische Streitkräfte ausgeführt worden sein soll. Karameh ist damit das dritte prominente Opfer eines Attentats innerhalb weniger Monate, nachdem zuvor zwei führende Mitglieder der libanesischen Kommunistischen Partei ermordet worden waren.

Karameh hatte in der vor drei Jahren gebildeten nationalen Einheitsregierung das Amt des Ministerpräsidenten übernommen, das er zuvor bereits achtmal ausgeübt hatte. Er hatte allerdings am 4. Mai d.J. seinen Rücktritt eingereicht, u.a. weil Staatspräsident Gemayel sich politischen Reformen verweigern würde. Bereits seit Monaten hatten christliche Regie-

rungsvertreter und Milizen seinen Rücktritt gefordert.

Unterdessen kündigte die libanesische Regierung am 21. Mai d.J. das „Kairoer Abkommen“ mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von 1969 auf, welches die rechtliche Grundlage für die militärische und politische Präsenz der PLO im Libanon bildete. Libanesischen Zeitungsmeldungen zufolge kann die Aufkündigung des Abkommens nur mittels einer syrisch-US-amerikanischen Verständigung zustande gekommen sein. Die Palästinenser im Libanon dürften damit zukünftig noch stärker der Kontrolle durch die Syrer unterliegen.

Persischer Golf

Laut US-Verteidigungsminister Gaspar Weinberger sollen voraussichtlich ab Juli d.J. 11 kuwaitische Öltanker von US-Kriegsschiffen durch den Persischen Golf eskortiert werden. Um sie vor weiteren iranischen Angriffen zu schützen, sollen sie ferner unter US-amerikanischer Flagge laufen. Zum gleichen Zeitpunkt will die US-Marine die Zahl ihrer Kriegsschiffe im Golf von vormals sechs auf 12 verdoppeln. Zum Anlaß für diese Ausweitung ihrer Militärpräsenz in der Golfregion nahm die Reagan-Administration einen irrtümlich gestarteten irakischen Raketenangriff auf das US-Kriegsschiff „Stark“ am 17. Mai d.J. Dabei waren durch zwei französische Exocet-Raketen 37 Besatzungsmitglieder getötet, die Fregatte „Stark“ schwer beschädigt worden.

Präsident Reagan reklamierte den Golf einmal mehr als „Einflußzone“ der USA. Ihnen obliege daher die Sicherung des Ölzuflusses durch die Straße von Hormus, der derzeit 22% der Ölimporte Westeuropas (BRD 6%), 43% Japans und 6% der USA ausmacht. Dem Iran drohte man, falls dieser an der Straße von Hormus Raketen des Typs „Silkworm“ (Reichweite 80 km) installiere, Präventivschläge an. Teheran antwortete postwendend am 10. Juni d.J., indem es für diesen Fall Gegenschläge auf Atomkraftwerke und Einrichtungen der USA in aller Welt androhte.

Protestaktionen am 10. Juni d.J. in Seoul



US-Fregatte „Stark“ nach einem irakischen Raketen-treffer

Mit ihren Versuchen, die NATO-Alliierten und Japan zu konzertierten militärischen Aktivitäten in der Ölregion zu gewinnen, stieß die Reagan-Administration allerdings auf Zurückhaltung bis Ablehnung. Die Ausnahme bildeten die Niederlande, welche sich zur Entsendung eigener Kriegsschiffe in den Golf für einen Spannungsfall bereit zeigten.

Südkorea

Die in Südkorea regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) hat am 10. Juni d.J. erwartungsgemäß ihren Vorsitzenden Roh Tae Woo als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Dezember 1987 nominiert. Der frühere General und Ex-Innenminister war von Diktator Chun Doo Hwan als Nachfolger vorgeschlagen worden.

Tags zuvor hatte die südkoreanische Polizei etwa 40 Vertreter der Opposition unter Hausarrest gestellt und 2.600 weitere mutmaßliche Regimegegner vorübergehend festgenommen. Dennoch demonstrierten tags darauf im ganzen Land Zehntausende, gegen die 120.000 Polizisten aufgeboten wurden, für eine Verfassungsreform noch vor Beginn der Olympischen Spiele 1988 sowie gegen die Nominierung Roh Tae Woos zum Präsidentschaftskandidaten.

In der Hauptstadt Seoul beteiligten sich 60.000 Menschen an der nach Polizeiangaben größten Demonstration seit sieben Jahren. Beim Versuch paramilitärischer Polizeieinheiten, die Demonstrantengruppen gewaltsam

auseinanderzutreiben, wurde ein Student von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen und lebensgefährlich verletzt. Fast 4.000 Menschen wurden verhaftet.

Bereits Ende Mai d.J. hatte die scharfe öffentliche Kritik an Regierung und Justizbehörden nach dem Foltortod eines Studenten in Südkorea zu einer umfangreichen Regierungsumbildung geführt. Diktator Chun Doo Hwan wechselte dabei neben dem Ministerpräsidenten und den Ressortchefs für Wirtschaftsplanung, Finanzen, Inneres und Justiz auch den Geheimdienstchef sowie den Obersten Staatsanwalt aus.

Kampuchea

Für ein Jahr, beginnend am 7. Mai d.J., „werde ich für oder im Namen des Demokratischen Kampuchea oder der (Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea) keine Mission durchführen, keine Reise machen (und) mich in keiner Aktivität engagieren“. Diese Erklärung gab Prinz Norodom Sihanouk, „Präsident“ der von den USA, China und den ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und Philippinen) unterstützten Exil-Gegenregierung, am 14. Mai d.J. ab.

Er begründete diesen Schritt mit der Ermordung einiger seiner Soldaten durch die Roten Khmer, der stärksten Kraft innerhalb der kampucheanischen Contra. Sihanouk sagte, er werde seine Position nur dann wieder einnehmen, wenn die Roten Khmer die Angriffe auf seine Anhänger einstellen und die Menschenrechtsverletzungen in den von ihnen kontrollierten Flüchtlingslagern entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze beendeten. Westliche Diplomaten spekulierten, daß Prinz Sihanouk, der der Contra-Koalition ein gewisses Maß internationalen Ansehens gab, diesen Schritt getan haben könnte, um größere diplomatische Flexibilität zu gewinnen. Er habe bereits mehrfach geäußert, der Konflikt könne nur diplomatisch gelöst werden.

Nicaragua

Am 28. Mai d.J. erklärte der Minister für Auslandskooperation und Mitglied der Nationalen Führung der Sandinistischen Front, Henry Ruiz, daß die Sowjetunion sich nicht mehr in der Lage sehe, den Erdölbedarf Nicaraguas zu decken und ihr Anteil an der Versorgung auf bis zu 40% gesenkt werden könne.

Der Großteil des so entstandenen Fehlbetrags soll von anderen sozialistischen Ländern, darunter der DDR, Bulgarien, Kuba, Ungarn und der Tschechoslowakei ausgeglichen werden. Nach Informationen aus Mexiko soll ein Hilfsplan der Contadora-Staaten und der Unterstützungsgruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Brasilien, Uruguay, Peru und Argentinien) für Nicaragua bestehen, der u.a. Erdöllieferungen durch Mexiko und Venezuela vorsieht.

Nichtsdestotrotz kündigte Präsident Ortega in der zweiten Juni-Woche ein neues wirtschaftliches Maßnahmenpaket zur Senkung des Haushaltsdefizits an. Es sieht u.a. eine Erhöhung des Benzinpreises, Treibstoffeinsparungen von 5%, Importsteuern auf Rohstoffe, Maschinen, Baumaterialien und Transportmittel, eine Abwertung der Währung, Preiserhöhungen für 54 Produkte und eine Lohnerhöhung von 30% vor.

Durch die Umbenennung in Nicaraguanischen

Widerstand (RN) und die Wahl einer siebenköpfigen Führung haben die Contras am 13. Juni d.J. in Miami versucht, ihr Image vor allem in den USA aufzubessern. Die Verteilung der ausländischen Gelder soll nicht mehr wie in der Vergangenheit durch die militärischen Führer, sondern durch dieses Gremium erfolgen, dem wie bisher Alfonso Calero, Adolfo Robelo und Pedro Joaquim Chamorro angehören.

Hinzu gekommen sind Alfredo Cesar Aguirre vom Südlichen Oppositionsblock, Aristides Sanchez von der Liberalen Partei und Maria Azucena Ferrey von der Christlich-Sozialen Partei. Ein Vertreter der Miskito-Contra soll noch gewählt werden.

Peru

Am 19. Mai d.J. brachte ein Generalstreik, zu dem die größte Gewerkschaftszentrale des Landes, die CGTP, aufgerufen hatte, einen Großteil des Wirtschaftslebens zum Erliegen. Mit diesem ersten Generalstreik unter der populistischen Regierung Alan Garcias protestierte die Gewerkschaft gegen „den Autoritarismus, die Ausnahmegesetze, die Ausgangssperre und gegen die Preissteigerungen“. Im April d.J. waren bereits die Erdölarbeiter und Anfang Mai 80.000 Polizisten in den Ausstand getreten. Sie forderten bis zu 800% höhere Löhne. Die Inflationsrate erreichte 1986 63% und soll dieses Jahr auf 100% ansteigen.

Ein weiteres Zeichen für eine härtere Opposition der Linken gegen die Regierung Garcia ist auch der Rücktritt des Präsidenten des Bündnisses Vereinigte Linke (IU) und ehemaligen Bürgermeisters von Lima, Alfonso Barrantes, am 31. Mai d.J. Er war aus den Reihen der IU wegen seiner konzilianten Haltung gegenüber der Regierung kritisiert worden. Die Opposition gegen ihn hatte sich verstärkt, als er während des Generalstreiks zu einem Besuch in Bulgarien weilte und vorher ohne Abstimmung mit der IU-Führung den US-Botschafter bei sich zu Hause empfangen hatte.

Seine Ersetzung durch ein dreiköpfiges Direktorium bedeutet einen Linksruck des Bündnisses, das sich auf ca. 30% der Wähler stützen kann.

Argentinien

In Argentinien hat die Verabschiedung eines weiteren Amnestiegesetzes Anfang Juni d.J. eine neue Protestbewegung von Linksparteien und Menschenrechtsorganisationen ausgelöst. Während Präsident Alfonsín in seiner Gesetzesvorlage nur rangniederen Offizieren den Befehlsnotstand zubilligen wollte, beschloß der Senat, auch höheren Offizieren und Brigadegenerälen Straffreiheit für während der Diktatur verübte Verbrechen zu gewähren.

Von dieser großzügigen Amnestie, die in dieser Form am 5. Juni d.J. auch vom Abgeordnetenhaus angenommen wurde, bleiben lediglich Delikte wie Raub, Vergewaltigung und Kindesentführung ausgenommen. Mit Inkrafttreten des Gesetzes müssen sich auch nur noch ca. 40 ehemalige Juntamitglieder vor Gericht verantworten, bereits inhaftierte erwarten ihre Freilassung.

Offensichtlich waren mehrere Militärrevolten (vgl. AIB 6/1987) der Anlaß für das Nachgeben des Präsidenten gewesen. Viele Argentinier fürchten jetzt, daß die Militärs auch ihre Forderung nach einer vollständigen Amnestie durchsetzen.

Schwerpunktthema:

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Neue soziale Bewegungen I: Theorie · Lateinamerika

Nr. 140 · März 1987

Nr. 140 · März 1987

Der Irak im Golfkrieg
Interview mit einem
iranischen Asylbewerber
Strahlende Exporte

Themenschwerpunkt:

Fordismus und neue soziale Bewegungen

Zur Frauenbewegung in Chile heute

Brasilien
Stadtteilbewegung,
Landlosenbewegung,
Straßenkinder

Rezension:
Bauernbewegung in Bolivien

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Kündigungen

gilt ab sofort folgende Adresse:

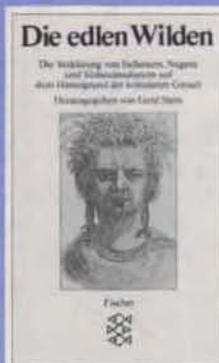
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

G 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



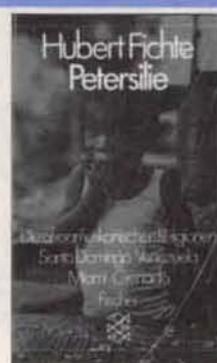
Bd. 3071/DM 12,80



Bd. 3072/DM 12,80



Bd. 3073/DM 12,80



Bd. 5437/DM 14,80



Bd. 5436/DM 14,80



Bd. 1616/DM 7,80



Bd. 3390/DM 9,80



Bd. 1457/DM 8,80

»Die Menschen in der neuen Welt sind wild, in eben dem Verhältnisse, wie wir die Früchte wild nennen, welche die Natur von selbst und nach ihrem eignen Fortschritte hervorgebracht hat...«

Michel de Montaigne (1580)

Ethnologie im Fischer Taschenbuch Verlag



Bd. 1809/DM 9,80



Bd. 3370/DM 10,80



Bd. 3035/DM 9,80



Bd. 5082/DM 8,80



Bd. 3864/DM 6,80



Bd. 3870/DM 9,80



Bd. 4375/DM 24,80



Bd. 42275/DM 12,80



Bd. 42079/DM 29,80



Bd. 42272/DM 24,80



Bd. 42267/DM 19,80



Bd. 7322/DM 9,80



Bd. 7335/DM 16,80



Bd. 7365/DM 14,80



Bd. 7348/DM 14,80



Bd. 7334/DM 24,80